David Georg Struben

Königlich Großbritanniſchen und Churfürſtlich-Braunſchweig-Lüneburgiſchen Canzley-Directoris,

Nebenſtunden.

Vierter Theil.

Neueſte Ausgabe.

Darmſtadt, 1789.

bey den Herausgebern der beſten Juriſtiſchen Werke.

G. w. 2955

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Vorrede.

Die ſo ſehr unterſchiedene Meynungen der gelehrteſten Männer von dem Urſprung der Landeshoheit in Deutſchland haben zwar zu verſchiedenen Schriften von dieſer Materie Anlaß gegeben, ſelbige jedoch noch eine Nachleſe übrig gelaſſen, und ich hoffe, es werde der Leſer in der zwey und zwanzigſten Abhandlung ein und anders finden, welches zur mehreren Erläuterung der Sache etwas beyträget. Es iſt ein irriger Schluß: Die Reichsſtände haben ſchon vor ſehr alten Zeiten faſt alle Hoheitsrechte geübet, deßwegen waren ſie mit einer ſolchen Landeshoheit verſehen, als ihnen heutiges Tages zuſtehet. Jenes verſtattet man auch den Stadthaltern, und vielfältig geringern Obrigkeiten. Ein König kann aber ſolche Rechte in ſeinen Ländern ſelbſt ausüben, wenn er will, und der den Obrigkeiten anvertrauten Gewalt willkürlich Schranken ſetzen. So lange in Deutſchland die Kaiſer mit den Reichsſtänden in denen Fürſtenthümern, Graf- und Herrſchaften concurrentem jurisdictionem hatten, und durch ertheilte Privilegien ihnen, zum Nachtheil anderer, Vorrechte mittheilten, war die heutige Landeshoheit nicht vorhanden. Sie iſt entſtanden, nachdem durch das erlangte Erbrecht der Fürſten und Grafen, mithin die nach eingeführtem Fauſtrecht geſchmählerte oberrichterliche Gewalt der Könige, und die Veräuſſerung ihrer Cammergüther, deren Macht ſo ſehr verringert worden, als die Unabhängigkeit der Reichsſtände zugenommen, welche jene von dem Mitgebrauch der Regalien in ihren Landen, ſofern ſie nicht widerrechtlich han-

deln, und alſo ein richterliches Erkenntniß nöthig iſt, nunmehro ausgeſchloſſen, und behindert haben, das Recht, Privilegien zu ertheilen, zu ihrem beträchtlichen Nachtheil zu gebrauchen.

Um den Ungrund der Meynung, daß die deutſche Landeshoheit ſehr alt ſey, ſo vielmehr begreiflich zu machen, bemühe ich mich in der **drey und zwanzigſten Abhandlung**, welche einen **Verſuch des deutſchen Staats-Rechts unter König Rudolph I.** enthält, den Zuſtand Deutſchlandes nach dem groſſen Interregno ins Licht zu ſtellen. Zu dieſen Zeiten fanden ſich noch Reichsgüther in den Provinzien, die den Königen gehörten, und über welche ſie Stadthalter und Verwalter beſtelleten. König Rudolph verſetzte Reichs-Städte, ertheilte Privilegien, die andern zum Schaden gereichten, und hielte in den mittelbaren Landen Gericht. Die Reichsſtände waren zwar mit den mehreſten Regalien begabet; konnten ſie aber nicht willkürlich üben. Das im Schwange gehende Fauſtrecht thate ſowohl ihrer richterlichen als der Kaiſerl. oberrichterlichen Gewalt Abbruch, weil die Unterthanen kein Bedenken trugen, den Landesherren Fehdebriefe zuzuſenden, der Adel ſeine Güther, inſonderheit aber die beveſtigte Häuſer, Fürſten und Herren, denen er ſonſt nicht unterworfen geweſen, zu Lehn auftruge, und mit ihnen Bündniſſe errichtete, auch die Städte ſich in fremder Herren Schutz begaben, weder willkürlich vom Landesherrn Steuren ausgeſchrieben, noch Geſetze verfaſſet, und Rechtshändel entſchieden wurden.

Man hielte es in den älteſten Zeiten für unbillig, den geſchickten Sohn eines wohlverdienten Vaters von deſſen Amt und Würden auszuſchlieſſen, und eben alſo wurde das Recht zur Crone der Königlichen Prinzen angeſehen. In der **vier und zwanzigſten Abhandlung**, die eine **Erörterung der Frage: Ob und welchergeſtalt Deutſchland im IX. X. XI. und XIlten Jahrhundert ein Erbreich geweſen?** enthält, zeige ich, daß man die Könige zwar erwählet, es jedoch im IX. X. und XIten Jahrhundert hart zu ſeyn geglaubet hat, das Königl. Hauß ohne erhebliche Urſachen vorbey zu gehen. Nur ſolchergeſtalt mögen die Stellen der Schriftſteller vereiniget werden,

welche dem Volk ein Wahlrecht, und denen Königlichen Prinzen ein Erbrecht beylegen.

In der fünf und zwanzigſten Abhandlung vom Beweiß der Landeshoheit prüfe ich inſonderheit denjenigen, welche man an den Orten zu führen pfleget, allwo mehreren Reichsſtänden gewiſſe Regalien zuſtehen. Ich halte dafür, daß die Vermuthung für den Gerichtsherrn waltet, und daß die übrige Hoheitsrechte, welche andere Reichsſtände an einem ſolchen Ort üben, als Servitutes juris publici anzuſehen ſind, jedoch nicht in denen Reichsſtädten, in welchen die Kaiſerl. Vogteyen an Fürſten und Herren kommen, noch wenn Landgerichte durch Kaiſerl. Conceſſiones in mehreren Territoriis erlanget worden. Was in eines Herrn Lande belegen, wird ſeiner Hoheit unterworfen zu ſeyn vermuthet, wenn nicht beſondere Umſtände ein anders gläublich machen. Die Erſcheinung auf Landtagen erweiſet gemeiniglich eine Landſäßigkeit, nicht aber, dafern ſich ergiebet, daß ſie von Vaſallen und Schutzverwandten der gemeinſamen Erhaltung wegen geſchehen. Die Landſteuren werden auch zu Zeiten nicht aus Landesfürſtl. Macht, ſondern vermöge gewiſſer Verträge erhoben, und durch Leiſtung des Homagii nur angelobet, einige Pflichten zu erfüllen, nicht aber in allem Gehorſam zu leiſten.

Die ſechs und zwanzigſte Abhandlung von den Viſitationen des Kaiſerl. Cammergerichts wird zur Erläuterung des deutſchen Staats-Rechts ſo viel dienlicher ſeyn, je weniger von dieſer Materie geſchrieben iſt. Ich zeige, wie man in ältern und neuern Zeiten bey den Viſitationen verfahren, und zuvorderſt den Punctum legitimationes berichtiget, die Viſitatores und Viſitandos zu Beobachtung ihrer Pflichten zum Theil durch einen Eid, und theils durch ein Handgelöbniß verbunden, demnächſt die Mängel des Gerichts unterſuchet und abgeſtellet, die zwiſchen deſſelben Gliedern entſtandene Streitigkeiten entſcheiden, von deſſen Einnahme und Ausgabe ſich Rechnung thun laſſen, ob neue Ordnungen zu machen, unterſuchet, und endlich die Acta revidiret hat. Ich führe endlich die Gründe an, welche die Reichsſtände billig bewegen ſollten, die Viſitationen und Reviſionen wieder in den Gang zu bringen.

Vorrede.

In der ſieben und zwanzigſten Abhandlung von der in dem Weſtphäliſchen Friedensſchluß erlaubten Selbſthülfe bemühe ich mich, einige Schlüſſe des Corporis Evangelicorum zu rechtfertigen, mithin der Craysausſchreibenden Fürſten Gewalt über den Weſtphäliſchen Frieden zu halten, und die Gerechtigkeit der in ſolcher Abſicht verhängten Arreſten, Repreſſalien und Retorſionen zu behaupten, welches mir ſowohl erlaubet ſeyn wird, als dem Herrn Geheimten Rath Sundermahler frey geſtanden, in einer öffentlichen Schrift dawider Einwürfe zu machen. Dieſe beantworte ich, und merke inſonderheit an, daß, wenn die Frage entſtehet, wie der Friedensſchluß zu verſtehen iſt, oder deſſen eingeſtandenen Sinn zuwider gehandelt wird, und ſolches die Reichsgerichte zugeben, dieſe, nach den Regeln des natürlichen Staatsrechts, die daher erwachſenen Streitigkeiten zu ſchlichten, unbefugt ſind, und man es alsdenn auf ihre Verfügungen nicht dürfe ankommen laſſen; daß man auch entweder im Contraventionsfall denen Evangeliſchen die Selbſthülfe erlauben, oder denenſelben anmuthen müſſe, zu dulden, daß ihnen und den ihrigen die durch den Weſtphäliſchen Friedens-Schluß ſo theuer erworbene Rechte genommen werden; daß ferner von dem Cathol. Theil erkannt ſey, wie die den Craysausſchreibenden Fürſten im Nürnbergiſchen Executionsreceß ertheilte Gewalt keinesweges aufgehöret habe, nachdem die Primodial-Execution geſchehen, und daß aus dem Recht eines Landesherrn Geſetze zu machen, die Befugniß flieſſet, den Catholiſchen Freyheiten zu entziehen, die ſie nach dem ſtrengen Recht nicht behaupten können, wenn unſern Glaubensgenoſſen in Catholiſchen Landen dergleichen widerfähret; daß auch endlich die Repreſſalien in allen denjenigen Fällen erlaubet ſind, in welchen man ſich ſelbſt mit den Waffen helfen könnte.

Die acht und zwanzigſte Abhandlung von adelichen Dienſtleuten vertheidiget meine in den Obſervationibus juris & Hiſtoriæ Germanicæ von den Miniſterialibus vorgetragene Lehre. Sie findet ſich ſchon in den Hannöveriſchen Gelehrten Anzeigen vom Jahr 1751. Ich wünſche aber, daß ſie auch denjenigen in die Hände komme, welche gedachte Anzeigen nicht leſen, und hoffe, es werden dieſe davon zufrieden ſeyn, daß ich ſie ihnen allhier mittheile.

Wider

Vorrede.

Wider meine Meynung, daß der niedere Adel nicht ſo jung ſey, als einige dafür halten, hat Herr Rudolph Zweifel erreget, und behaupten wollen, daß wenn diejenige in den mittlern Zeiten Nobiles genennet ſind, welche nicht vom Herrnſtande waren, man dadurch keine geborne Edelleute, ſondern ſolche Männer verſtehen müſſe, die ſich durch Tapferkeit und ausnehmende Verdienſte vor andern hervorgethan. Ich ſuche in der neun und zwanzigſten Abhandlung vom Alter des niedern deutſchen Adels das Gegentheil darzuthun, und überlaſſe dem Urtheil des Leſers, ob es hinlänglich geſchehen ſey.

Die dreyßigſte Abhandlung, welche eine Erläuterung des Reichsabſchiedes de 1654. §. 180. enthält, iſt eine Zugabe zu der in dieſer Nebenſtunden IIten Theil befindlichen Xten Abhandlung, und bemühe ich mich darin den Satz zu widerlegen, daß die Verträge, welche den Landesherrn verbinden, ohne der Landſtände Genehmhaltung im Steuerweſen nicht willkürlich zu verfahren, keinesweges auf ganz freywillige Contributiones einzuſchränken ſind, ſondern daß ſie auch alsdenn gelten, wenn zwar die Quæſtio An? daß nemlich zu gewiſſem Behuf Steuren aufgebracht werden müſſen, nicht aber das Quantum, und der Modus collectandi durch die Reichsgeſetze beſtimmet iſt.

Die preiswürdigſte Bemühungen einiger Geſetzgeber, eine beſſere Handhabung der Gerechtigkeit in ihren Landen zu veranlaſſen, als bisher zu erlangen geweſen, hat mir Gelegenheit gegeben, die ein und dreißigſte Abhandlung von der Verbeſſerung des Juſtizweſens in Deutſchland zu entwerfen. Dem gemeinen Weſen iſt mehr daran gelegen, daß dieſe Materie ins Licht geſtellet werde, als an den gelehrteſten die Römiſche und Deutſche Alterthümer erläuternden Entdeckungen. Finden gleich meine Gedanken von der Sache nicht vielen Beyfall, ſo geben ſie doch vielleicht andern weiter ſehenden Anlaß, die ihrige zu äuſſern, und dadurch die Geſetzgeber zu bewegen, Hand ans Werk zu legen. Ich halte ſolches für eine Pflicht derſelben, und für eine Sache, welche zwar ihre Schwierigkeiten hat, die jedoch

über-

überſteiglich ſind. Die Ungewißheit der Rechte, der Proceſſe übermäßige Langwierigkeit, und die Menge vieler Richter und Advocaten muß ein jeder als dem gemeinen Weſen ſehr ſchädliche Dinge anſehen. Wer kann auch zweifeln, daß ſie obwohl nicht ganz gehoben, jedoch ſehr gemindert würden, wenn der Geſetzgeber die viele ſtreitige Rechtsfragen ein für allemal, und zwar der politiſchen Klugheit gemäß entſcheidet, den Proceß kürzer machet, wie er an den mehreſten Orten iſt, und ſowohl den Richtern als Advocaten gewiſſe Schranken ſetzet. Von der Art und Weiſe, wie ſolches zu bewerkſtelligen, habe ich allhier nur wenig ſagen können, welches jedoch hoffentlich hinreichet, einen jeden die Gerechtigkeit und Wahrheit liebenden zu überzeugen, daß die Sache thunlich iſt. Hannover, den 25ten Merz 1755.

Inhalt
des vierten Theils.

XXII. Vom Urſprung der Landeshoheit in Deutſchland.

XXIII. Verſuch des deutſchen Staatsrechts unter König Rudolph I.

XXIV. Erörterung der Frage: Ob und welchergeſtalt Deutſchland im IX. X. XI. und XIIten Jahrhundert ein Erbreich geweſen.

XXV. Vom Beweis der Landeshoheit.

XXVI. Von den Viſitationen des Kaiſerl. Cammergerichts.

XXVII. Von der im Weſtphäliſchen Friedensſchluß erlaubten Selbſthülfe.

XXVIII. Von adelichen Dienſtleuten.

XXIX. Vom Alter des niedern deutſchen Adels.

XXX. Erläuterung des Reichsabſchiedes de 1654. §. 180.

XXXI. Von der Verbeſſerung des Juſtizweſens in Deutſchland.

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

Zwey und zwanzigſte Abhandlung,

Vom Urſprung der Landeshoheit in Deutſchland.

§. 1.

Unterſchiedene Meynungen von dem Urſprung der Landes-Hoheit in Deutſchland.

Verſchiedene Staatsrechtslehrer ſind der Meynung, daß nach Abgang des Carolingiſchen Mann-Stamms die Deutſche Reichsverfaſſung gänzlich geändert ſey. Es ſoll zwar König Conrad I. die Gewalt ſeiner Vorfahren zu behaupten geſuchet, deſſen Nachfolger Henrich der Vogeler aber verſtattet haben, daß jedwede Deutſche Provinz durch einen Fürſten mit aller Landeshoheit beherrſchet worden, welcher ihn jedoch für ſein Oberhaupt erkennen müſſen, daher vor 800 Jahren den Königen kein mehreres, noch den Herzogen ein geringers Recht zugeſtanden habe, als ſie zu unſern Zeiten üben.

Dieſe Lehre iſt von andern der Deutſchen Alterthümer kündigen Männern verworfen, und als ein Hirngeſpenſt angeſehen. Inſonderheit hat der Herr Abt Gottfried in ſeiner fürtreflichen Chronico Gotwicenſi ſich zu zeigen bemühet, wie ſehr der Zuſtand Deutſchlandes im Xten Jahrhundert von dem gegenwärtigen unterſchieden geweſen. Er führet an, daß zu jener Zeit weder die Herzogthümer, noch die Grafſchaften erblich beſeſſen worden, und denen Herzogen keine Hoheit, ſondern nur eine, Nahmens der Könige, geübte Gerichtbarkeit zugeſtanden habe; daß diejenige, welche ſich den Kaiſern widerſetzet, ſcharf gezüchtiget ſind; daß ſich in allen Provinzien Königliche Cammergüther gefunden, die durch Procuratores fiſci die Pfalzgrafen verwaltet, auch nach Willkühr verſchencket, und von der Herzoge und Grafen Gewalt frey gemachet worden.

Der Canzler von Ludewig bauete ſeine ganze Reichshiſtorie auf die oben angeführte Lehre von dem hohen Alter der Deutſchen Landeshoheit. Er thate daher ſein äuſſerſtes, dieſelbe in den wöchentlichen Hälliſchen Anzeigen

wider des Abts Gottfried Einwürfe zu vertheidigen. Was er zu ſolchem Ende geſchrieben, findet ſich in der Sammlung ſeiner gelehrten Anzeigen in des Iſten Theils 228, 229, 230, 231, 232, 233, und 234ſten Stück.

Um die Gerechtſame unſerer heutigen Kaiſer zu beſtimmen, darf man dieſe Frage nicht erörtern. Die Landeshoheit der Reichsſtände iſt durch die bündigſte Verträge ſo feſt gegründet, daß es zu deren Vertheidigung unnöthig, ſie auf ein Herkommen der älteſten Zeiten zu bauen. Wir wiſſen, daß der Churfürſten Wahlrecht im Xten Jahrhundert etwas ganz unbekanntes geweſen. Wer zweifelt aber deswegen, daß es ihnen zuſtehet? Unſere Kaiſere haben ihre Gewalt ſo wenig den Ottonen als den Carolingern, ſondern einer freyen Wahl zu danken, welche unter gewiſſen Bedingungen geſchehen. Dieſe müſſen erfüllet werden, wenn ſchon vor Alters dergleichen nicht bedungen worden.

Ueberdem iſt die Ludewigiſche Meynung dem gröſten Theil der heutigen Reichsſtände vielmehr nachtheilig als fürträglich. Wenige mögen ihre Landeshoheit von denjenigen Herzogen herleiten, denen ſie Henrich der Vogeler eingeräumet haben ſoll. Ihre Vorfahren machet man zu Landſaſſen, die beſagten Herzogen unterworfen geweſen, welches weder zu derſelben Ehre gereichet, noch zur Vertheidigung ihrer Gerechtſame etwas beyträget.

Die vom Urſprung der Landesherrlichen Hoheit entſtandene Frage erfordert jedoch deswegen eine genaue Erörterung, weil ſich nothwendig entweder der Canzler von Ludewig und ſeine Lehrlinge, oder der Abt Gottfried mit denjenigen, welche Schiltern, Hertius und Gundling folgen, einen irrigen Begrif von dem Zuſtande Deutſchlandes in vielen Jahrhunderten machen, mithin manche Begebenheit unrecht beurtheilen, und manche Urkunde übel erklären. Um grobe, auch in die Entſcheidung verſchiedener Rechtsfragen Einfluß habende Irrthümer zu vermeiden, iſt es demnach der Mühe werth, die Sache ſo viel möglich ins Licht zu ſtellen. Ich will zu ſolchem Ende erſtlich die Ludewigiſche Gründe prüfen, und demnächſt zweytens meine Gedanken von dem Urſprung der Landeshoheit nicht nur vortragen, ſondern auch mit Beweißthümern unterſtützen.

§. II.

Es iſt weder erweislich, noch gläublich, daß die

Es ſetzet der Herr von Ludewig I. voraus, daß die Carolingiſche Könige Deutſchland mit dem Degen bezwungen, und alſo eine erbliche ohnumſchränkte Gewalt über dieſes Reich erhalten haben. Nachdem deren Mannſtamm durch Ludewigs des Kindes tödtlichen Hintritt erloſchen, ſoll das Reich zu der ehemals genoſſenen Freyheit wieder gelanget ſeyn, die Herzoge, welche bisher

bisher Königliche Statthalter geweſen, die Landeshoheit überkommen, und ihre Länder den Königen freywillig zu Lehn aufgetragen haben.

Carolingiſche Regiments-Form, nach Ludewig des Kindes Tode, verändert worden.

Von einer ſo merkwürdigen Begebenheit, welche den ganzen Staats Cörper verändert hätte, thut jedoch 1) kein Hiſtorienſchreiber der damaligen Zeiten Meldung, noch hat man Urſach zu glauben, daß 2) die Deutſche den Willen gehabt, die Carolingiſche Regimentsverfaſſung aufzuheben. Dieſe iſt keinesweges ohnumſchränkt geweſen, ſondern man hat die Stände zu den wichtigſten Regimentsgeſchäften gezogen. Das Reich war auch, wie ich in der XXIIIten Abhandlung gezeiget habe, nicht ganz erblich. Die beſiegte Deutſche Völker ſind aus weiſen Urſachen dem Fränckiſchen Reich dergeſtalt einverleibet, daß ſie der Rechte theilhaftig worden, welche deſſen Stände und Unterthanen genoſſen. Hat gleich Furcht und Liebe veranlaſſet, daß unter des ſieghaften Carls des groſſen Regierung die Wirkungen der Freyheit nicht ſehr zu verſpühren geweſen, ſo empfunden doch deſſen nicht mit gleicher Weisheit das Ruder führende Nachfolger ſie vielfältig. Warum ſollten dann die Deutſche Stände mehr nach Ludewigs Tode, als nach ſeiner Vorfahren Ableben auf eine Einſchränkung der Königl. Gewalt bedacht ſeyn, und verlangen, daß deren gröſter Theil ihren Herzogen übergeben würde? In den Deutſchen Landen, in welchen die Landſtände noch heutiges Tages ſich wichtiger Rechte zu erfreuen haben, begreifet man ſehr wohl, daß die Freyheit der mittelbaren Unterthanen durch die Schmählerung der Kaiſerl. Gewalt den gröſten Abbruch leidet. Die Fürſtl. Landeshoheit kann ſowohl gemißbrauchet werden, als die Herrſchaf eines Königes. Denen Herzogen hat es zwar an Willen wohl keinesweges gemangelt, ſich auf Koſten der Könige gröſſer zu machen. Dazu aber reichten 3) ihre eigene Kräfte ſo wenig hin, als ein Pohlniſcher Woywode und ein Biſchöflicher deutſcher Droſt, oder auch ein mit Erbgerichten verſehener von Adel nach des Königs oder Biſchofs Tode den ihm anvertraueten Diſtrict ſich als Landesherr anmaſſen kann, wenn die Unterthanen ihnen keine mehrere Gewalt einräumen wollen, als denenſelben der abgelebte König oder Biſchof ertheilet hat, ſondern ſie von denjenigen, denen das Wahlrecht zuſtehet, einen andern Herrn erwarten, und bey dem Reich oder Fürſtenthum zu verbleiben entſchloſſen ſind, von dem dieſelbe bisher Schutz und alles Gute gehabt. Die Biſchöfe, Grafen und Herren in Deutſchland, welche von den Königen die wichtigſte geiſtliche und weltliche Aemter zu erlangen hoffen konnten, waren keinesweges geneigt, denen Herzogen zum Beſten jenen etwas nehmen zu laſſen. Herr *Glafey* vermeynet zwar in der Hiſtoria Germaniæ polemica p. 85. der Einwurf, daß von den Ständen aus guten Urſachen ein ſolcher Kaiſer erwählet ſey, als ſie

vorhin gehabt, ſtelle mehr eine Cauſam moventem & politicam neceſſitatem dar, als eine Neceſſitatem moralem & legalem. Dieſes iſt nun allerdings richtig. Man will aber auch mit ſolcher Anwort nur einen Einwurf, der von ganz gleicher Beſaffenheit iſt, ablehnen. Was vor eine Neceſſitas legalis nöthigte doch die Stände nach Abgang der Carolinger, die übliche Reichsverfaſſung zu ändern? Herr von Ludewig vermeynet, es ſey geſchehen, weil nicht zu glauben, daß ſie die Gelegenheit verſäumet hätten, das Fränckiſche Joch vom Halſe zu ſchütteln. Wenn ich nun vernünftige Urſachen anführe, welche dieſelbe bewegen können, keine Aenderungen vorzunehmen, ſo iſt die erregte Schwierigkeit gehoben, ob wohl nicht dargethan worden, daß nothwendig eine neue Wahl geſchehen müſſen, und die Deutſchen Völker unbefugt geweſen, diejenige Staatsverfaſſung einzuführen, welche der Herr von Ludewig zu ſelbigen Zeiten in Deutſchland zu finden vermeynet.

§. III.

Herzog Otto hatte eine groſſe Gewalt im ganzen Reich, jedoch keine Landes Hoheit in Sachſen.

Man berufet ſich ferner auf das Zeugniß *Witichindi* Annal. lib. I. p. 634. edit. Meibom., wo er alſo ſchreibet: Ipſe (Dux Saxoniæ Otto) quaſi jam gravior recuſabat imperii onus: ejus tamen conſultu Cunradus quondam Dux Francorum ungitur in Regem: penes Ottonem tamen ſummum ſemper & ubique vigebat imperium. Natus autem eſt ei filius toti mundo neceſſarius Regum maximus optimus Henricus, qui primus libera poteſtate regnavit in Saxonia. Hier ſoll nun II. das ſummum imperium Ottonis ſemper & ubique vigens die Landeshoheit bedeuten, und ihm ſelbige über das Sachſenland zugeſtanden haben. Allein die particula *tamen*, die das vorhergehende einſchränket, giebet deutlich zu erkennen, daß von dem Imperio die Rede iſt, welches Otto wegen ſeines Alters nicht annehmen wollen. Dieſes verbliebe ihm dennoch, und zwar keinesweges nur in Sachſen, ſondern ubique, mithin im ganzen Deutſchen Reich, nemlich ſo fern, daß man thate, was er gut fande, wiewohl ſonſt von einem groſſen Staatsminiſter geſaget wird, daß die ganze Gewalt in ſeinen Händen ſey, obwohl er kein König oder Landesherr iſt. Hat Otto in Sachſen eine Landeshoheit erlanget, und bedeutet die libera poteſtas, welche ſein Sohn Heinrich gehabt, nach des Herrn von Ludewig Meynung, auch Superioritatem erritorialem, wie kann denn Witichindus ſchreiben, hunc *primum* libera poteſtate regnaſſe in Saxonia? Er wäre ſodann der zweyte Landesfürſt. Herr *Glafey* antwortet zwar d. l. pag 89. hierauf, Herzog Otto habe zwar das Recht der Superiorität erhalten, wegen ſeines gar kurzen Lebens aber es nicht ad exercitium bringen können, ſondern die Ausübung Heinrichen überlaſſen müſſen, ſo daß dieſer den Actum ſecundum zuerſt geübet. Indem aber Witichindus

meldet,

das imperium Ottonis ſey ſemper & ubique vigens geweſen, ſo bezeuget er unwiderſprechlich, daß es ſehr nachdrücklich zur Uebung gebracht, und nicht nur in actu prima beſeſſen worden, mithin fehlet ſo viel, daß dieſes Geſchicht-Schreibers Zeugniß die nach Abgang des Carolingiſchen Mannſtamms geſchehen ſeyn ſollende Veränderung im Deutſchen Staatskörper erweiſet, daß vielmehr die Ludewigiſche Meynung damit nicht zu reimen iſt.

§. IV.

Herzog Heinrich regierte Sachſen ohne Abhängigkeit vom König nicht wegen der geänderten Deutſchen Reichs-Verfaſſung, ſondern weil er mit ihm ſeiner väterlichen Lehne halber im Kriege befangen war.

Aber hat nicht wenigſtens III. Herzog Heinrich diejenige Landeshoheit erlanget, welche unſere Fürſten heutiges Tages üben, weil von ihm geſagt wird, quod libera poteſtate regnavit in Saxonia? Allerdings behauptete er ſolche, und noch eine gröſſere Gewalt. Wenn man aber die Gelegenheit erweget, wie er dazu kommen, ſo fällt in die Augen, daß dieſes Exempel nichts weniger erweiſet, als daß im X. Jahrhundert die Regimentsverfaſſung des Deutſchen Reichs geändert worden. Den zwiſchen König Conrad I. und dieſem Herzog entſtandenen Streit, erzählet *Witichindus* pag. 635. alſo: Igitur patre patriæ & magno duce Ottone defuncto, illuſtri & magnifico filio Henrico totius Saxoniæ reliquit Ducatum - - Rex autem Cunradus, cum ſæpe expertus eſſet virtutem novi Ducis, veritus eſt ei tradere omnem poteſtatem patris. Quo factum eſt, ut indignationem incurreret exercitus Saxonici. Ficte tamen pro laude & gloria optimi Ducis plura locutus, promiſit, ſe majora ſibi daturum & honore magno glorificaturum. Saxones hujuscemodi ſimulationibus non attendebant, ſed ſuadebant Duci ſuo, ut ſi honore paterno eum nollet ſponte honorare, Rege invito, quæ vellet, obtinere poſſet, und *Ditmarus* Merſeburgenſis läſſet ſich edit. Leibnit. p. 325. hievon folgendergeſtalt vernehmen: Poſthæc Ottone ſecund. Calend. Decemb. carnis univerſæ viam intrante, ſæpe memoratus juvenis (Henricus) in vacuam ſuccedens hereditatem, jure & maximam beneficii partem gratuito Regis ſuſcepit ex munere, & quod ei defuit, cum ſuis omnibus ægre tulit, ac poſtea ſicut cum tritico lolium ſic ex eo latentis odii filia excrevit. Die Königliche Bediente und Lehnleute vermeynten ſchon zu der Carolinger Zeiten, es ſey unrecht, wenn man den Söhnen nach der Väter Tode, die von dieſen verwaltete Aemter ohne erhebliche Urſachen nehme, wovon ich unten §. XXII. mit mehrerem handeln will. König Conrad hielte hingegen dafür, des Reichs und ſeine Wohlfahrt erfordere, daß er Herzog Henrichen nicht zu mächtig werden laſſe, und ihm die beyde groſſe Völker der Sachſen und Thüringer, von denen er ſo ſehr geliebet wurde, als Herzogen auf die Weiſe untergebe, wie ſein Vater ihnen vorgeſetzet geweſen. Herzog Heinrich ſtunde aber in den Gedanken, daß man ihm wegen ſeiner eigenen und ſeines

Verdienſte deſſen Lehne ohngeſchmählert ertheilen müſſe, und weil die Sachſen gleicher Meynung waren, ſo behauptete er mit Gewalt der Waffen, was in Güte von König Conraden nicht zu erlangen war. Er regierte Sachſenland nach Willkühr, ohne daß ihn jener hindern konnte, folglich mit einer ſolchen Gewalt, die vor demſelben kein Herzog gehabt, nicht aber vermöge der eingeführten neuen Regimentsverfaſſung des Deutſchen Reichs, ſondern weil er mit dem Könige im Kriege lebte, und dieſer ihm die geringere Gewalt verweigerte, womit ſich Henrich gerne befriediget hatte, als welcher den Honorem paternum und keine Hoheit begehrte, die denen Herzogen ſeinen Vorfahren nimmer mitgetheilet worden. Wer dieſes in reife Erwägung ziehet, den kann der Einwurf des Herrn von Ludewig in den Gelehrten Anzeigen p. 1020. 1021. nicht irre machen, wenn er dem Herrn Abt Gottfried zu Gemüthe führet, ob der fromme König Henricus Auceps ſich nicht Sünde und Schande fürchten müſſen, wenn er den andern Deutſchen Herzogen dasjenige verſagen wollen, was er ſelbſt mit Gut und Blut gegen die Tiranney des Deutſchen Königs Cunradi befochten. Denn jener hat nimmer der Landeshoheit halber den Degen gezogen, ſondern nur um zu behaupten, daß ihm ohne erhebliche Urſach die väterliche Lehne verſaget würden.

Dieſe Anmerkung hebet auch den Zweifel, welchen Herr *Rudolph* in Vindiciis territorialis poteſtatis Imp. Rom. Germ. adverſus exemtiones nobilium §. 34. erreget, wenn er ſchreibet: Si is fuiſſet Henrici animus, qui ante Ducum fuerat, habendi videlicet poteſtatem ducalem per modum officii, ac exercitium tantum imperii, non vero ipſum imperium, tanquam jus ſibi proprium, aut ingenium Henrico admodum fuiſſe hebes dicendum foret, qui perſpicere non valuiſſet, a voluntate ſuperioris unice pendere, quoad usque officium ſibi relinquere vellet, aut mortalium fuiſſet peſſimus, qui nudam imperii adminiſtrationem, ipſo jure penes regem exiſtente, ſciens ſibi, hoc prohibente, armis vindicaverit. Denn weil man den Söhnen der Herzoge und Grafen die Aemter, welche ihre Väter verwaltet hatten, gemeiniglich anvertrauete, ſo konnte Heinrich ohne Dumheit und Bosheit für Unrecht halten, daß man ihm einen Theil derſelben nehmen wollte. Ich abſehe jedoch nicht, warum die gröſſere Vermuthung der Gemüthsbilligkeit für dieſen Herzog, als für König Conraden walten ſolle, und man kann mit eben dem Fug, wie Herr Rudolph, ſagen, es müſſe der letztere ein gewiſſenloſer Herr geweſen ſeyn, wenn er Herzog Henrichen Thüringen nehmen wollen, dafern die Landeshoheit über dieſes Land auf ihn vererbfället geweſen, folglich erhelle aus ſeinem Verfahren das Gegentheil. Der Schluß an ſich iſt aber ſehr unbündig. Wenn zwey groſe Herren in Streit ge-

gerathen, ſo muß nothwendig einer unrecht haben, und doch können ſie beyde keines gar blöden Verſtandes ſeyn, und die Ungerechtigkeit verabſcheuen. Vorurtheile benebeln nur gar zu leicht auch kluger Leute Verſtand, und man iſt ſehr geneigt, diejenige Handlungen für gerecht zu halten, welche uns Vortheil bringen. In den dunckeln Zeiten des X. Jahrhunderts wurde dasjenige, was die Billigkeit erfordert, von dem ſtrengen Recht nicht genau unterſchieden. König Conrad wollte dieſes gebrauchen, und dazu veranlaſſeten ihn groſſen Anſchein habende politiſche Urſachen. Herzog Henrich ſatzte ſich aber dawider, weil es ihm hart zu ſeyn dünkte, daß er nicht erlangen ſollte, was ſo vielen andern angediehen, auch vielleicht glaubte, daß ſein angemaßtes Erb-Recht in dem Herkommen gegründet ſey. Allerdings ſuchten ſchon damals nicht nur die Herzoge ſondern auch die Grafen eine gewiſſe Art des Erbrechts zu behaupten. So wenig aber der Herr von Ludewig ſolche wegen denen damaligen Grafen eine Landeshoheit beygeleget, ſo wenig erweiſet auch dieſer Umſtand, daß die Herzoge, deren theilhaftig worden. Wie eine erbliche Gewalt nicht immer eine Landeshoheit wirket, ergeben die öfters ſehr weitläuftige Gerichtbarkeiten des mittelbaren Adels.

Iſt es aber wohl gläublich und verantwortlich, wird man ſagen, daß König Heinrich dieſes Erbrecht zu behaupten geſuchet, von ſeinen Nachkommen aber es nicht ſelten in Zweifel gezogen worden? Allein nichts geſchiehet häufiger, als daß Könige und Fürſten nach den veränderten Umſtänden die Sprache ändern. Man könte viele neuere Beyſpiele unſerer Zeiten davon beybringen. Es iſt auch dieſe Aenderung nicht immer ungerecht. Einmal iſt gewiß ein Irrthum begangen. Jedoch kann eben ſo bald die erſte als die nachher angenommene Meynung irrig ſeyn. Vielleicht haben auch die Ottonen nicht alles Erbrecht denen Söhnen der Herzoge verſaget, ſondern ſie ſind nur einer wahren oder vorgegebenen Untüchtigkeit halber von ihnen einigemal vorbey gegangen.

§. V.

Herzog Arnolf hatte keine mehrere Gewalt als ſeine Vorfahren die Bayerſchen Herzoge, auſſer daß ihm die Biſchöfe untergeben worden.

IV. Will der Herr von Ludewig d. l. p. 1019. behaupten, daß bey dem zwiſchen König Heinrich und Herzog Arnolf in Bayern im Jahr 921. geſchloſſenen Frieden verabredet ſey, es ſollten Oeſterreich und Bayern ihren eigenen Landesfürſten, und dieſer über ſein Volk alle Gewalt und Macht im geiſtlichen und weltlichen haben, der Herzog ſelber aber dem Deutſchen Reich und König den Eid der Treue ſchwören. Allein kein Geſchichtſchreiber dieſer Zeiten meldet ſolches. *Luitprandus* erzählet Hiſtor. Lib. 2. Cap. 7, es hätten die Bayern ihrem nach der Deutſchen Krone trachtenden Herzog gerathen, ſich dem König Heinrich zu unterwerfen, dummodo, quod praedeceſſores non habuere, ſibi conce-

cedatur, ſcilicet quatenus totius Bajoariae Pontifices ſuae ſubjaceant ditioni, ſuae-que ſit poteſtatis uno defuncto, alterum ordinare. Er thut hinzu: Connivens Arnoldus huic optimo conſilio Henrici Regis miles efficitur, & ab eo conceſſis totius Bajoariæ Pontificibus honoratur. Ihm wurde alſo nichts mitgetheilet, was den Bayerſchen Herzogen vorhin gemangelt hatte, als das Jus ſacrorum. Zwar leget *Aventinus* in Annal. Bojorum Lib. 4. Cap. 22. n. 13. König Heinrichen folgende Worte in den Mund: Non ſolum Bojariae regnum locupletiſſimum tibi, ſicut poſſides, permitto, verum ſacratarum aedium quoque curatorem te eſſe jubeo, & patronum. Es iſt aber nicht nur dieſer Hiſtorienſchreiber viel zu jung, als daß er von ſo alten Begebenheiten ein tüchtiges Zeugniß ertheilen könnte, ſondern er ſaget auch nicht einmal, daß Herzog Arnolf, auſſer in Kirchenſachen, mehrere Gewalt erhalten, als ſeine Vorfahren gehabt. Vermöge der angeführten Worte ſollte ihm Bayern verbleiben, ſicut id poſſibebat. Er hat es aber nimmer mit aller Gewalt in geiſtlichen und weltlichen Sachen regieret, und deswegen machte denſelben die Beſtättigung ſeines Beſitzes keiner Landeshoheit theilhaftig. Als er ſich unter König Conrad I. mehr anmaſſen wollte, wie ihm ſonſt zugeſtanden, würde er aus dem Lande gejaget, und nach deſſen Tode verlangte Arnolf nicht König von Bayern, ſondern von Deutſchland zu ſeyn. Bey ſeinen Lebzeiten hat König Conrad ſolche Verfügungen in Bayern gemacht, deren ſich nach entſtandener Landeshoheit kein Kaiſer unterzogen. Anno 914. ſchenkte er dem Cloſter St. Emmerani ein foreſtum juxta Sulcibach cum foreſtario Siegefried nuncupato, und im Jahr 916. decimam partem vectigalium i. e. de miniſterio Zollenarii ad concinnanda luminaria (a). Es fanden ſich demnach ſowohl in Bayern, als in den übrigen Deutſchen Provinzien Königliche Cammergüther. Im Jahr 914. beſtättigte dieſer König zwey Tauſch-Contracte, welche Biſchof Tuto zu Regensſpurg mit Ellinrat der geweſenen Concubine Kaiſer Arnolfs, und einen Nahmens Etich errichtet hatte (b). Gleichfalls ſetzte König Heinrich im Jahr 931. Biſchof Wolfram zu Freiſingen in den Beſitz einiger ſeiner Kirche widerrechtlich entzogener Güther (c).

(a) *Lunig* Spicil. Eccleſ. Contin. III. in der Fortſetzung p. 106.

(b) *Lunig*, d. l. Contin. III. p. 1215.

(c) *Hundius* Metrop. Salisburg Tom. I. p. 90.

§. VI.

Es iſt ungewiß, ob die Sächſiſche Kai-

Man kann nicht in Abrede ſtellen, daß die Herzoge ſich vielfältig wider die Sächſiſche Könige empöret haben, von ihnen aber zum Gehorſam gebracht worden. Der Herr Abt Gottfried nennet jene Rebellen, der Herr von Ludewig aber V. dieſe pag. 1020. 1045. und 1046. Tirannen. Es iſt wohl unmöglich

gründ-

gründlich auszumachen, ob und wie fern denen Deutſchen Fürſten zu viel geſchehen. Die Geſchichtſchreiber ſelbiger Zeiten mißbilligen, daß ſie ſich den Königen widerſezet haben. Der Herr von Ludewig iſt auſſer Stande geweſen, jene der angeſchuldigten Partheylichkeit zu überführen. Derſelbe ſetzet voraus, was erwieſen werden muß, wenn er den Kaiſern übel deutet, daß ſie einigen die Herzogthümer genommen, und denen Söhnen nicht jedesmal die Würde verliehen haben, mit welcher die Väter begabet waren. Vielleicht iſt ihnen zu viel geſchehen. Vielleicht aber auch nicht. Wer kann zweifeln, daß ein Fürſt durch übeles Betragen wider das höchſte Oberhaupt des Reichs ſich ſeiner Würde verluſtig machet? Daß auch den Söhnen die Erbfolge gebühret hat, bevorab, wenn ſie von keiner ſonderbaren Geſchicklichkeit geweſen, iſt unerweislich. Solchenfalls maſſeten die Königliche Prinzen ſich keines Erbrechts an, daher um deſtoweniger gläublich, daß es den Söhnen der Herzoge und Grafen ohne alle Bedingung mitgetheilet worden. Ob aber die Mängel, welche man ihnen vorrückte, erheblich, und würcklich vorhanden geweſen, davon läſſet uns die Entfernung der Zeiten nicht urtheilen, noch beſtimmen, ob eine willkührliche Ausſchlieſſung des Sohns von ſeines Vaters Amt dem rechtlichen Herkommen zuwiderlaufen.

ſer mit oder ohne Recht verſchiedene Herzoge ihrer Aemter entſetzet, und ſie deren Söhnen verſaget haben.

§. VII.

Der groſſe Unterſchied des damaligen und heutigen Zuſtandes erhellet inſonderheit daher unwiderleglich, daß die Könige in den Herzogthümern viele wichtige Rechte geübet, welche anjezt der Landesfürſtlichen Hoheit ankleben.

Ich habe bereits im §. V. gemeldet, daß die Könige Conrad und Henrich in den Jahren 912, 914, 916 und 931. zu Zeiten Herzog Arnolfs die Stifter in Bayern mit Förſten und Zöllen begabet, auch denenſelben wieder gegeben haben, was ihnen genommen worden, maſſen ſie überall concurrentem jurisdictionem mit den Herzogen hatten, wie unten mit mehreren dargethan werden ſoll.

Von Kaiſer Otten dem Groſſen, und ſeinem Sohn Otten II. kann man noch mehrere Ausübungen der Königlichen Gewalt in dieſem Lande darthun. Jener ſchenkte im Jahr 940 dem Kloſter St. Emmeran zu Regenſpurg einen Ort, genannt Helſchindorf, cum foreſto, foreſtariis, & regio banno (a), im Jahr 950. eine curtem regalem cum regio banno, foreſtis &c. (b), und im Jahr 961. partem hereditatis cujusdam nobilis viri Diotmar vocati in loco Prieperch nuncupato in pago Nortgowe regiae poteſtati judicio ſcabineorum cum omnibus quae ipſius juris erant pro ſuo commiſſu judicatam (c). Die Confiſcationes in den Herzogthümern geſchahen alſo nicht, wie heutiges Tages, zum Beſten der Fürſten, ſon

Die Kaiſere übten viele wichtige Rechte in den Herzogthümern, welche heutiges Tages der Landesfürſtl. Hoheit ankleben, und zwar in Bayern.

dern der Könige, und deren Cammergüther wurden dadurch vermehret. Merkwürdig iſt es, daß dieſe von den Herzogen vielfältig gebeten worden, dergleichen Schenkungen in ihren Herzogthümern zu thun. Im Jahr 969. überkam von Kaiſer Otto I. die Salzburgiſche Kirche per interventum ac petitionem Henrici Ducis Abbatiam, quae Chymiſſe nuncupatur (d), und ich werde unten noch viele ſolche Vorbitten anführen. Die Herzoge ſelbſt erhielten auch dergleichen Schenkungen für ſich, mittelſt der im Jahr 973. dem Herzog Heinrich die Stadt Bamberg zu Theil wurde, welche damals zu Bayern gehörte (e). Von der Freygebigkeit Kaiſer Otten II. bekam im Jahr 967. der Biſchof zu Brixen eine Capellſein der Stadt Regenſpurg cum curtibus, aedificiis, familiis, cenſibus, decimis, ſylvis &c. (f), und im Jahr 974. das Kloſter Niedermünſter zu Regenſpurg quaedam proprietatis ſuae praedia in pago Tuonchkowe (g), im Jahr 974. der Biſchof zu Freyſingen per interventum Henrici Ducis quasdam partes ſuae proprietatis ſitas in Ducatu praefati Ducis & in Comitatu Popponis Comitis, quod Carniola vocatur, ſic ut nullus Comes vel ulla perſona in aliquo loco ſe intromittat, absque licentia vel juſſione præfati Epiſcopi, aut illius hominis, cui Epiſcopus hoc regendum commiſit (h). Eben dieſer Kaiſer ſezte im Jahr 979. per interventum Nepotis & fratris ſui Ottonis Allemannorum & Bavarorum Ducis den Mönchen zu Tegernſee einen Abt, und gab ihnen die Befugniß deſſen Nachfolgere zu erwählen (i). Die Kaiſere befreyten auch die den Geiſtlichen geſchenkte Güther von der weltlichen Richter Gewalt (k), und legten ſelbigen zum Beſten neue Bannforſte an (l).

(a) *Gewold* ad *Hund* Tom. II. p. 258.
(b) *Hund* Tom. I. p. 152.
(c) *Lunig* d. l. in der Fortſetzung p. 107.
(d) *Hund* Tom. II. p. 163.
(e) *Ludewig* Scriptor. Bamberg. p. 275.
(f) *Hund* T. I. pag. 316.
(g) *Hund* T. II. p. 406.
(h) *Hund* T. I. p. 92.
(i) *Hund* T. III. p. 273.
(k) *Meichelbeck* Hiſtor. Friſing. T. I. p. 180. 181.
(l) *Meichelbeck* d. l. p. 181.

§. VIII.

In Franken.

Im Herzogthum Franken, welches damals die Oberrheiniſche Lande unter ſich begriffe, finden wir eben ſolche Beweißthümer der Königlichen Gewalt. König Heinrich iſt nimmer Herzog in Franken, ſondern ſolches vielmehr Eber-

hard

hard der Bruder des Königs Conrad I. geweſen, und dennoch verſchenkte jener im Jahr 922. res juris ſui in Bouchunna ſitas in pago Grapfeld (a), welcher zum Herzogthum Franken gehörte. Von Kaiſer Otten I. empfing im Jahr 942. der Biſchof zu Worms de beneficio Conradi Comitis manſos ragales VIII. & mancipia XX. (b). im Jahr 951. interventu Counradi Ducis ſui der Abt zu Fulda einen neu angelegten Forſt (c), und in eben demſelben Jahr die Kirche zu Wormbs den Zoll zu Ladeburg Comitatu Counradi (d), auch im Jahr 956. einen Theil des Waldes in pago Nahgowe in foreſto ſuo Vuaſago nominato in Comitatu Ottonis filii Counradi Ducis (e), im Jahr 960. Juditha praepotens Bavariorum domina (die Wittwe Herzog Heinrichs von Bayern) bona ſita in Orientali Francia in pago Tubersgove ſuis poſteris hereditario jure relinquenda (f), im Jahr 961. der Domprobſt Dieterich zu Mainz ein Gut an der Lahn, quod Lantberto atque Megingozzo per Emichonem Comitem ſecundum jus ſcitumque Francorum, judiciumve Scabinorum ablatum, & in fiſcum Regium debita bannorum examinatione transmiſſum erat (g). Dem Kloſter Lorch ertheilte dieſer Kaiſer die Zollfreyheit im Jahr 963. in omni imperii ſui ditione, befreyete es von der weltlichen Richter Gewalt (h), und gab im Jahr 966. Gumberto fideli ſuo in pago Wortmatienſi in villa Thunigheim nuncupata quatuor manſos Francorum judicio in ſuum fiſcum redactos (i), König Otto II. aber im Jahr 980. der Kirche zu Aſchaffenburg villam Aſchaffa (k), und im Jahr 982. der Fuldiſchen Kirche Cenſum, quem publici fiſci exactoros de villa Medenheim dicta in pago Rietdegova, hoc eſt, per ſingulos annos unum bovem, altero autem duos in regium & imperiale jus redigere ſoliti fuerant (l).

König Heinrich vertauſchte auch im Jahr 942. mit dem Kloſter Fulda gewiſſe Güther in Franken (m), und Kaiſer Otto I. verboth im Jahr 940. ne nllus Princeps, Comes &c. in fundis, quos ſub Romano imperio Fuldenſe poſſidet monaſterium, oppida, caſtella, vel aliquas omnino munitiones quis ponere praeſumat (n). Er beſtättigte im Jahr 952. die vom Herzog Conrad dem Stift Worms gethane Schenkung quarundam rerum ſuae proprietatis in agro Spirenſi (o), und entſchiede im Jahr 970. einen Streit zwiſchen den Kirchen zu Worms und Lorch dahin, ut Annoni Epiſcopo Wormatienſi in ſilvatico in ſilvis Odenwalt nemo injuriam facere praeſumat (p), imgleichen Kaiſer Otto II. im Jahr 979. die Irrung, welche zwiſchen den Klöſtern Fulde und Hirſchfeld ſuper navigatione in fluvio Hurſila entſtanden (q). Man lieſſe ſich alſo damals nicht in die Gedanken kommen, daß über der Geiſtlichen Güther kein weltlicher Richter urtheilen dürfe.

(a) *Schannat* Tradit. Fuldenſ. p. 231.

(b) Id. Hiſt. Wormat. Cod. Probat. p. 18.
(c) Id. Hiſt. Fuld. Cod. Probat. p. 147.
(d) Id. Hiſt. Wormat. Cod. Probat. p. 19.
(e) Id. d. l. p. 20.
(f) *Leibnitius* Rer. Brunſuic. Tom. II. p. 374.
(g) *Hontheim* Hiſtor. Trevir. Tom. I. p. 292.
(h) *Meibom* Rer. Germ. T. I. p. 746.
(i) *Lunig* Spicil. Eccleſ. Cont. III. p. 1293.
(k) *Joannis* Spicil. p. 261.
(l) *Schannat* Tradit. Fuldenſ. p. 243.
(m) Id. d. l. p. 234.
(n) Id. Hiſt. Fuld. Cod. Probat. p. 146.
(o) Id. Hiſt. Wormat. Cod. Probat. p. 290.
(p) Id d. l. p. 22.
(q) Id. Hiſtor. Fuld. Cod. Probat. p. 149.

§. IX.

In Schwaben.

In Schwaben ſchenkte Kaiſer Otto I. im Jahr 948. dem Kloſter St. Gallen curtes Suaninga, Oberendorf & Wiare res proprietatis ſuæ (a), und im Jahr 950. der Meginrates Cellæ admonitione ac ſuggeſtione filii ſui Liutolfi ac Herimanni Ducis quasdam res juris ſui in Comitatu ejusdem Ducis Herimanni Rhetia (b), im Jahr 952. eben dieſem Kloſter locum Lielahe, qui ſibi de rebus Gundramni populari judicio in regiam rectamque venerat inveſtituram (c). Mit ſolches Grafen eingezogenen Güthern wurde es noch weiter bedacht, und gab ihm der Kaiſer im Jahr 959. quasdam res juris ſui in Ducatu Alamannico in Comitatu Burckardi Ducis Turgewe nuncupato, in villa Aſchinza cum omnibus ad eandem curtem pertinentibus, quæ Gundramus Comes in ipſo loco obtinuit, ſibique ob perfidiam ſui reatus juſto judicio publice in jus regium erant dijudicata (d), auch in ſelbigem Jahr dem Biſchof zu Chur in Comitatu Adalberti Comitis dimidiam partem civitatis Curiæ, cum tali diſtrictione & jure, ſicut hactenus ad ſuam pertinebat poteſtatem, & ſicut homines totius Provinciæ cenſuales ac liberi debitores ſunt: cum ædificiis in muro & aſſiduis vigiliis & cuſtodiis intus & foris (e). In einem Brief vom Jahr 965. läſſet ſich Kaiſer Otto I. alſo vernehmen: Purchardi noſtri Ducis conſultatu quasdam res juris noſtri eccleſiæ (Einſiedel) Abbati Gregorio ex integro condonavimus, cum omnibus ad easdem res Uffenowa juſte & legaliter pertinentibus in Ducata Alamannico in Comitatu Zurichgewe - - Hæc loca quadam proprietatis noſtræ Curte in Comitatu Adalberti Rhætia vocata, Scana dicta per concambium legitimæ transmutationis de Abbatia Seckchinga perpetualiter commutavi-

tavimus (f). Im Jahr 968. ſchenkte er ſeiner Gemahlin der Kaiſerin Adelheid in proprium juris regni ſui quasdam curtes in Eliſazin in Comitatu Hugonis Comitis, ut jure hereditario habeat (g), und im Jahr 972. der Churiſchen Kirche curtem ſuam in loco Zizuris in Comitatu Hræciæ (h). Von ihm wurde ein Tauſch beſtättiget, welchen die Mönche zu Schwarzach mit Biſchof Harpert zu Chur ſuper bonis in Ducatu Alemannico ſitis getroffen hatten, und er übergab damals Chuonrado Comiti monaſterii procurationem extrinſecus muniendam (i). Auch beſtättigte im Jahr 1016. Kaiſer Heinrich II. das von ſeinen Vorfahren dem Monaſterio Augienſi ertheilte Privilegium, ne provincialis judex, princeps, Comes vel quilibet alius Magiſtratus ejus eccleſias, pagos, loca, agros, prædia, & poſſeſſiones ſibi ſubjiceat (k).

(a) *Herrgott* Hiſt. Geneal. Habsburg. Tom. II. p. 74.

(b) Id. d. l. p. 75.

(c) Id. d. l. p. 76.

(d) Id. d. l. p. 78.

(e) *Lunig* Spicil. Eccleſ. Part. II. p. 154.

(f) *Herrgott* d. l. p. 81.

(g) *Tölner* Cod. Diplom. Palat. p. 19.

(h) *Herrgott* d. l. p. 84. 85.

(i) *Gudenus* in Syllog. p. 450.

(k) *Herrgott* d. l p. 103. 104.

§. X.

Im Herzogthum Lotharingen beſchenkte König Heinrich im Jahr 930. das Trierſche Kloſter S. Maximin, und die Canonicos ſeculares in Criſpinio im Hennegau (a), Kaiſer Otto I. aber im Jahr 944. das Stift Lüttig mit dem Kloſter Eiche (b), und im Jahr 966. das Kloſter S. Maximin mit der Villa ad Valles nominata, welche eine Stunde von der Stadt Trier gelegen (c). Zu dem Witthum der Kaiſerin Theophania Kaiſer Ottens II. Gemahlin, gehörte auch das im Trierſchen gelegene Boppard (d). Den Mönchen zu S. Maximin ertheilte Kaiſer Otto I. im Jahr 942. die Freyheit, unter ſich einen Abt zu erwählen (e). Er ſetzte im Jahr 945. das Erzſtift Trier wieder in den Beſitz der Abtey zu Maſtricht (f), und gab im Jahr 950. interventu Conradi Ducis den Mönchen zu S. Maximin einige Kirchen zurück, cum decimis, dote, dotalibusque mancipiis ad ipſas pertinentibus (g). Als auch dieſer Herzog Conrad ihn verſicherte, daß beſagtem Kloſter die Fiſchereygerechtigkeit in Ruvera fluvio zuſtehe, verordnete er authoritate regali, ne vel ipſe Archiepiſcopus Treverenſis, vel ſucceſſores ejus Epiſcopi aliquid incommoditatis vel in piſcatione ejusdem flu- In Lotharingen.

vii, vel in venna in eo conſtructa cœnobitis ingerant (h). Ferner ſchriebe Kaiſer Otto II. dem Vogt zu St. Maximin Geſetze ſuper juribus in vico Swegerbach im Jahr 963. für (i). Wenn alle Gewalt in geiſt- und weltlichen über die ganze Provinz dem Herzog mitgetheilet wäre, ſo hätte er die Mönche ſelbſt bey ihren Gerechtigkeiten ſchützen müſſen, und nicht Urſach gehabt, durch ſein Zeugniß Kaiſerliche Verordnungen auszuwirken.

(a) *Miraeus* Oper. Diplom. Tom. II. p. 938. 1129.

(b) *Lunig* Spicil. Eccleſ. P. II. p. 488.

(c) *Hontheim* Hiſtor. Trevir. p. 303.

(d) *Harenberg* Hiſtor. Gandersheim. p. 84.

(e) *Hontheim* d. l. p. 278.

(f) Ibid. p. 281.

(g) Ibid. p. 284.

(h) Ibid. p. 286.

(i) Ibid. p. 300.

§. XI.

In Sachſen.

Die in Sachſen vielfältig gemachte Verfügungen der Kaiſer und Könige wird man deßwegen für unerhebliche Beweißthümer halten, weil König Heinrich und ſeine Nachkommen zugleich Herzoge von Sachſen waren, und es daher zweifelhaft iſt, ob ſie als Könige, oder als Herzoge ſo viele Begnadigungs- und Schenkungsbriefe gegeben, und Befehle ergehen laſſen. Immittelſt war doch König Conrad I. kein Sächſiſcher Herzog, welcher dem Kloſter Meſchede im Münſterlande, die Freyheit ertheilte, einen Abt zu wählen.

§. XII.

Die Biſchöfe ſtunden ihrer Güther wegen unter den Herzögen als Königlichen Statthaltern. Wenige aber wurden von dieſen inveſtiret.

Der Canzler von Ludewig gehet *fünftens* alle Regalien und Landeshoheitliche Rechte durch, und will darthun, daß ſolche, bevorab in Oeſterreich und Bayern, nicht den Kaiſern, ſondern von Anfang her denen Landesfürſten zugeſtanden haben.

Es ſind aber die von ihm beygebrachte Beweißthümer aus dem XIten und folgenden Jahrhunderten. Wenn gleich damals die Fürſten ſchon zu ihrer jetzigen Hoheit gelanget wären, ſo folgte daher nicht, daß ſolches bereits unter den Sächſiſchen Kaiſern geſchehen. Denn es iſt bekannt, wie einen groſſen Abbruch die Königliche Gewalt zu den Zeiten Heinrichs IV. gelitten. Immittelſt enthalten die Gründe des Herrn von Ludewig auch von neuern Zeiten keinen tüchtigen Beweis.

Er berufet ſich pag. 1027. I. darauf, daß alle Biſchöfe und Prälaten Landſaſſen geweſen. Nun erſtrekte ſich allerdings die Gewalt des Herzoges über

über die ganze Provinz. Die Biſchöfe erſchienen bey den öffentlichen Verſammlungen des Landes. Vor ſelbigen wurde mancher ſie betreffender Rechtshandel erörtert (a), und das Chronicon Auſtriacum (b), meldet, teneri Epiſcopos & Comites vocatos venire ad celebrationem curiæ Ducis Bavariæ. Die durch ſonderbare Privilegien erlangte Befreyungen der Stifter von der Herzoge und Grafen Gewalt (c) giebet auch zu erkennen, daß ſie in deren Ermanglung ſelbigen unterworfen geweſen. Daraus aber läſſet ſich nichts weniger als eine Landeshoheit folgern. Auch die Staathalter üben ſolche Rechte. Sie halten Landtäge, und die Biſchöfe müſſen auf Erfordern vor ihnen erſcheinen. Deren Inveſtitur geſchahe ſelbſt in Bayern nach Herzog Arnolfs Tode nicht von ſeinen Nachfolgern, ſondern von den Königen (d). Herzog Gottfried von Lotharingen bathe es von König Heinrich als eine beſondere Gnade aus, daß der erledigte Biſchöfliche Stuhl zu Lüttig einsmal mit demjenigen beſetzet werden mögte, welchen er in Vorſchlag bringen würde (e), und in die Irrungen, ſo im Jahr 1078. der Erzbiſchöflichen Wahl halber zu Trier entſtunden, miſchte ſich der Herzog von Lotharingen keinesweges, ſondern man beſchwerte ſich nur darüber, daß der König einen nicht canoniſch erwählten der Kirche aufdringen wollte (f). An der Biſchöflichen Wahl zu Cammerich nahm er gleichfalls groſſen Theil, und verhalf dem Probſt Lietbert zu dieſer Würde (g). Zwar inveſtirte Herzog Heinrich der Löwe von Sachſen im XIIten Jahrhundert, die Biſchöfe zu Ratzeburg, Schwerin und Lübeck (h). Es geſchahe aber dieſer ganz beſondern Urſach halber, daß er gedachte Stifter herrlich begabet, und zu ihrer Erhaltung das mehreſte beygetragen hatte. Dennoch aber ſahe der Erzbiſchof von Bremen ſauer dazu aus (i), und *Ditmarus* Merſeburg. (k) betrachtete es als etwas ſehr unbilliges, daß Herzogen Arnolf, wie oben gemeldet iſt, auf ſeine Lebenszeit über die Bayerſche Biſchöfe Gewalt ertheilet worden, cum merito præ cæteris paſtoribus ſuis præſint Reges. Er thut hinzu: Incongruum nimis eſt, ut hi, quos Chriſtus ſui memores hujus terræ principes conſtituit, ſub aliquo ſint dominio, absque eorum, qui exemplo domini benedictonis & coronæ gloria mortales cunctos præcellunt. Redet aber ſonder Zweifel von der perſönlichen Freyheit, die ihnen ihres Amts wegen zuſtunde, obwohl ſie ihrer Güther wegen den Herzogen unterworfen waren (l). Daß dieſe Unterwürfigkeit derjenigen nicht gleich geweſen, welche heutiges Tages die mittelbare Cleriſey dem Landesherrn ſchuldig iſt, räumet der Herr von Ludewig ein, wenn er in Reliquiis MSS. Tom. VII. pag. 529. 530. ſchreibet, Cæſares epiſcopatus & potentioris notæ Præſulatus territoriis principum ſubduxiſſe, als welches heutiges Tages kein Kaiſer zu thun befugt, noch vermögend iſt.

(a)

(a) *Meichelbeck* Hiſtor. Friſing. T. I. P. II. n. 368. 487.

(b) *Pez* Script. Rer. Auſtriac. T. I. p. 684.

(c) *Albertus* Stadenſis ad ann. 1045.

(d) *Ditmarus* Merſeburg. Lib. I. in fin. *Gundling* de Henrico Aucupe. p. 91.

(e) Hiſtoria Andaginenſis Monaſterii beym Martene in Collect. vet. Scriptor. T. IV. p. 949 950.

(f) Hiſtoria Trevirenſis ad ann. 1073. beym Acheri in Spicil. T. XII. p. 46.

(g) Vita Lietberti Epiſcopi Cameracenſis C. XI. beym Acheri d. l. T. I. X. p. 686.

(h) *Mader* Antiquit. Brunſ. p. 121.

(i) *Hertius* de Feudis oblatis §. 6.

(k) Lib. I. edit. Leibnit. p. 329.

(l) *Koehlers* Reichshiſtorie p. 34.

§. XIII.

In den mittlern Zeiten iſt die Verfaſſung der Geſetze kein Beweiß der Landeshoheit.

Es ſoll II. ein Beweiß der Landesfürſtlichen Hoheit ſeyn, daß ohne der Deutſchen Kaiſer Einwilligung Landesgeſetze gemachet worden. Man muß ſich aber nicht einbilden, daß zu dieſen Zeiten die richterliche Gewalt ſo eingeſchränket, und von der Poteſtate legislatoria abgeſondert worden, wie es heutiges Tages geſchiehet. Die mehreſte Geſetze waren Sammlungen richterlicher Ausſprüche, welche ſo wenig die Herzoge als die Könige, ſondern die Schöppen abfaſſeten (a). Fürſten und Herren beſtärkten ſie zu Zeiten durch ihre Genehmhaltung. Verordneten aber ſelten etwas neues aus Obrigkeitlicher Gewalt wider der Unterthanen Willen (b). Dergleichen Geſetze machte man in Bürger- und Baurengerichten, und ſind die Willkühre, Weißthümer rc. nichts anders, daher die Verfaſſung eines Landrechts ohne Kaiſerliche Beſtätigung zu dieſen Zeiten keine Landeshoheit erweiſet.

(a) S. dieſer Nebenſtunden P. I. P. II. P. III.

(b) Ibid. P. I.

§. XIV.

Die richterliche Gewalt in den Herzogthümern übten nicht nur die Herzoge, ſondern auch die Könige.

III. Wird pag. 1032. eingewand, es ſey der Herzog von Oeſterreich oberſter Richter im Lande geweſen, welcher die höchſte Gerichte durch ſeine eigene Grafen, Landvögte und andere Gerichtsperſonen beſtellet, ſie ein- und abgeſetzet, auch die Stifter und Klöſter von der Gerichtbarkeit im Laude befreyet habe.

Es maſſeten aber ſich, wie unten §. XXII. gezeiget werden ſoll, die Grafen ſowohl ein Erbrecht an, als die Herzoge, und dieſe muſten ihnen ſolches gerne gönnen, um das Ihrige in Sicherheit zu ſtellen. Daß inſonderheit zur Zeit des errichteten Herzogthums Oeſterreich die Gräfliche Würde erblich

lich geweſen, leidet nicht den mindeſten Zweifel. Schon im XI. Jahrhundert ſchriebe *Bertoldus* Conſtantienſis ad ann. 1089.: Milites Ottonis Comitis opes ipſius diripuerunt, & tam allodium ejus, quam frodum (ſonder Zweifel feodum) non heredes ejus, ſed extranei poſſederunt. Man ſahe es daher als etwas auſſerordentliches an, daß den Erben das Lehn nicht zu Theil wurde.

Daß übrigens die Herzoge mit der oberſten richterlichen Gewalt verſehen geweſen, iſt nur ſo fern einzuräumen, daß auch ſolche den Königen zugeſtanden, welche ſie daher, wie oben §. VII. VIII. IX. und X. gezeiget iſt, in den Herzogthümern Bayern, Franken, Schwaben und Lotharingen übten, und den Stiftern wieder gaben, was ihnen mit Unrecht entzogen war. Sie hielten vor Alters an keinem Ort beſtändig Hof, ſondern zogen aus einer Provinz in die andere (a) ordneten alsdann den gemeinen Landfrieden, auch in den mittelbaren Landen, an (b), und handhabten die Gerechtigkeit. Wenn ſie im Gericht ſaſſen, ſo hörete die richterliche Gewalt der Herzoge und Grafen auf (c), und ſelbſt der Herr von Ludewig lehret in den Anmerkungen über Seckendorfs Fürſtenſtaat p. 68. 69. daß der Kaiſer in den Landen derer Stände concurrentem jurisdictionem gehabt, ſo daß der klagenden Parthey frey geſtanden, einen Richter zu erwählen, welche Freyheit die richterliche Gewalt der Reichsſtände überaus einſchränkte.

Indem auch die Herzoge von Oeſterreich im Jahr 1217. und 1243. denen Richtern verbothen, die Klöſter zu Crembsmünſter und St. Florian in ihrer Gerichtsfreyheit zu ſtöhren, haben ſie dieſen ſolche keinesweges mitgetheilet, und ihnen ein neues Privilegium gegeben, ſondern nur über ein ſchon ausgewürktes gehalten, welches jedem Richter oblieget.

Hatte immittelſt der Herzog den Comitatum, worin ein Kloſter belegen war, ſelbſt, und lieſſe die Gerechtigkeit durch Richter handhaben, die er willkührlich ein- und abſetzen konnte, ſo war derſelbe befugt, die Güther der Geiſtlichen von ihrer Gewalt zu befreyen, und ſolche denenſelben über ihre Leute, oder einen gewiſſen Diſtrict anzuvertrauen, wenn ihm gleich keine Landeshoheit zuſtunde, als wodurch weder dem Kaiſer, noch ſonſt jemanden zu nahe geſchahe. Der Herr von Ludewig will p. 1033. n. 54. mit einem in ſeinen Reliquiis MSS. Tom. IV. p. 242. befindlichen Diplomate erweiſen, daß wenn ein Stift vom Kaiſer befreyet ſeyn wollen, dieſem die Herzoge von Oeſterreich den Strich Landes vorhero refutiret, und die Lehne aufgelaſſen hätten. Das angeführte Diploma handelt aber überall von keinen Stiftiſchen Güthern, ſondern es wird darin ein Lehn zu Erbe gemachet. Dem Marggrafen Theobald ſtunde deſſen Dominium directum als ein Reichslehn zu, und deßwegen muſte er ſolches dem

Kaiſer refutiren, bevor der Vaſall Hugo von Cranichperg deſſen völliges Eigenthum erlangen konnte.

Die Reichsſtände hatten um deſtoweniger in Juſtitz-Sachen ungebundene Hände, da auch die Unterthanen ihre richterliche Gewalt ſehr einſchränkten. Noch im XIIIten Jahrhundert durfte kein Landesherrlicher Rath in dem Salzwedelſchen Gericht ſitzen. Der Marggraf erwählte 2 Ritter, wie auch das Land deren 2, und die Städte 2 Bürger, welche 6 Männer in der ganzen Vogtey bis zu Ablauf eines Jahrs Recht ſprachen, demnächſt aber ihre Nachfolger aus der Ritterſchaft und den Bürgern benannten. Der Landesherr machte ſich dabey folgendergeſtalt anheiſchig es bey ihren Erkänntniſſen zu laſſen: Nos ipſis juratis plene confidere & omnes, quas nobis expoſuerunt, cauſas ſecundum eorum relationem tenebimur diffinire ſecundum noſtrorum juſtitiam vaſallorum (d).

(a) *Lehmanns* Speierſche Chronic Lib. VII. cap. 26. Chronicon Gotwicenſe p. 443.

(b) Daß es in Thüringen geſchehen, erhellet aus des Herrn *Wilcken* Ticemanno in Cod. Diplom. p. 121.

(c) Schwäbiſches Landrecht, P. I. c. 13. Sächſiſches Landrecht, Lib. I. Art. 58. Lib 3. Art. 60. *Conring* de Judiciis reipublicæ Germanicæ § 95. Herr Cammergerichts-Aſſeſſor von *Gudenus* Codic. Diplom. Tom. I. p. 471. 472. Herr Hofrath *Koch* in den Anmerkungen von den Weſtphäliſchen Gerichten, auch den vormaligen Landgerichten in Deutſchland. p. 11. 20. 21.

(d) Marggräfl. Brandenburgiſche Urkunde pag. 98. 99.

§. XV.

Die Grafen und Herren in Bayern und Oeſterreich waren keine ſolche Landſaſſen, wie ſie es heutiges Tages ſind, obwohl dieſelbe unter den Herzogen ſtunden.

IV. Stunden allerdings die Oeſterreichiſche Grafen und Herren in keiner unmittelbaren Dependenz vom Kaiſer und Reich, wie Herr von Ludewig pag. 1033. anführet. Daraus aber folget nicht, daß die Reichsfürſten den Königen zu ſelbiger Zeit nur dergeſtalt unterworfen geweſen, als ſie es heutiges Tages ſind. Am wenigſten iſt es von den Zeiten der Sächſiſchen Kaiſer erweißlich, da aus dem obangeführten erhellet, wie viele Verfügungen von ſelbigen in Bayern unmittelbar gemachet worden. Die Gewalt der Landherren oder Stände, welche der Herr von Ludewig nicht ohne Urſach für groß hält, rührte eben daher, daß die Herzoge, deren Erbrecht anfänglich nicht einmal feſt gegründet war, ſie zu gewinnen ſuchen muſten. Dieſe würden ſich bald an den Kaiſer gewendet, und alle Anſchläge der Herzoge zu Waſſer gemachet haben, wenn nicht ihre Einwilligung zu den wichtigſten Regierungsgeſchäften vorgängig ausgebracht wäre. Die mit den Landſtänden errichtete Verträge haben, wie ich unten weiter bemerken will, die jetzige Verfaſſung der Deutſchen Fürſtenthümer und Herrſchaften fürnemlich veranlaſſet.

§. XVI.

§. XVI.

V. Soll ein Kennzeichen der Landeshoheit ſeyn, daß der Herzog in ſeinen, und nicht in des Kaiſers Namen Geld ſchlagen laſſen, auch die Feine und das Gewicht des Silbers nach dem Oeſterreichiſchen oder Bayerſchen Gehalt und Werth, und nicht nach den Kaiſerlichen oder Reichsgeſetzen gerechnet worden.

Das Münzrecht der Fürſten gründet ſich nicht auf die Landeshoheit, ſondern auf Kaiſerl. Privilegien.

Es iſt aber ſo wenig ein Zeichen, daß das Münzrecht vermöge der Landeshoheit ohne Ausbringung eines Kaiſerlichen Privilegii geübet worden, wenn ſich auf den Münzen kein Kaiſerlicher Name findet, als dieſe Bezeichnung erweiſet, daß das Geld in des Kaiſers Namen vermöge deſſen beſonderer Conceſſion geſchlagen iſt. Die geiſtliche Fürſten ſind mit dem Münzregal von den Kaiſern gemeiniglich privilegiret, wie Herr *Carrach* in Diſſ. de Jure cudendi monetam ex ſuperioritate territoriali, non ex privilegio imperiali competente §. 23. einräumet, und dennoch findet ſich ihr eigenes Bildniß vielfaltig auf derſelben älteſten Münzen. Hingegen ſezten die Landſtädte, welche aus Landesfürſtlicher Erlaubniß Geld prägeten, des Reichs Wapen, und des regierenden Kaiſers Namen darauf, um der Reichsmünzordnung Folge zu leiſten, wie Herr *Koehler* in den Münzbeluſtigungen P. XI. p. 40. lehret.

Auch fehlte es vor Alters an allgemeinen Reichsgeſetzen, die den Gehalt der Münzen beſtimmeten, weswegen ein jeder Münzherr das nöthige verfügen muſte, welches vielfältig mit Zuziehung der Landſtände geſchahe, damit die Veränderung des Geldes den Unterthanen keinen Nachtheil bringen mögte. Die Marggräfl. Brandenburgiſche Urkunde p. 577. ergeben, wie im Jahr 1436. ſogar die alte Stadt Saltzwedel ſich mit denen von Schulenburg, von Alvensleben und von Kneſebeck verglichen hat, wie die Münze beſchaffen ſeyn ſollte, welche beſagte Stadt prägte.

§. XVII.

Und das Recht, Zölle zu erheben, ſowohl auf ſelbige als auf die Bewilligung der Unterthanen.

Weil VI. die Sicherheit und Beſſerung der Heerſtraſſen zu beſorgen, dem Herzog oblage, ſo ſollen ihm auch Zölle, Maut und Geleit gehöret haben, ohne daß er dem Kaiſer und Reich, wohl aber den Landſtänden davon Rechenſchaft geben dörfen. Zum Beweiß wird angeführet, daß im Codice Leopoldino de 1190. Art. 46. verſehen, es ſolle niemand auf Waſſer oder auf kein Land kein Mauth nehmen, es ſey denn, daß ihm es der Landesherr erlaube. Herr von Ludewig thut hinzu: Nihil hic von den Reichszöllen, nihil de indulgentia auguſtali, quod blatterant interpretes vulgares. Dieſes Stillſchweigen erweiſet immittelſt keinesweges, daß die Herzoge ohne Kaiſerliche Bewilligung überall Zölle angeleget haben. Es geſchahe von Kaiſer Otto IV. anno 1208.

in ſolenni curia auf die Anfrage, ſi aliquis ſine regia licentia & authoritate novum poſſit inſtituere teloneum? der Ausſpruch, quod nullo modo hoc fieri poſſit vel debeat, & ſi factum fuerit, irritum ſit & inane (a). Ich glaube gern, daß auch mancher Zoll ohne eine ſolche Conceſſion eingeführet worden. Es ſind aber dawider vielfältig Kaiſerl. Verordnungen ergangen. Dergleichen findet ſich beym *Schilter* inter Diplomata Friderici III. Imperatoris p. 100. Das Verboth iſt zwar an einen Biſchof, jedoch zu der Zeit abgelaſſen, als die geiſtliche und weltliche Stände in ihren Landen gleiche Gewalt hatten. In Oeſterreich haben ſich die mächtige Landſtände auch dergleichen angemaſſet, welches ihnen unterſaget, und verordnet worden, daß niemand Mauth nehmen ſolle, es ſey denn, daß es der Landesherr erlaube, nemlich aus rechtlichen Urſachen. Der Handel mit Ausländern war zu ſelbiger Zeit in dieſem Herzogthum nicht beträchtlich. Es kam alſo vornemlich auf die Landeseingeſeſſene an, ob ein Zoll eingeführet werden ſollte. Man betrachtete ihn als eine Vergütung der Unkoſten, die mancher Landes- und Gerichsherr aufwenden muſte, um die Heerſtraſſe brauchbar und ſicher zu machen. Deßwegen wurde einigen erlaubet, Mauth zu nehmen. Entſtunde ein Widerſpruch der benachbarten Reichsſtände, ſo ſchlichtete der Kaiſer den Streit, und um ſolchen vorzubeugen, wurden Kaiſerliche Conceſſiones ausgebracht.

(a) *Lunig* Spicil. Eccleſ. Part. II. p. 916.

§. XVIII.

Die Kaiſer beſaſſen Forſten in den Herzogthümern, und diejenige, welche den Herzogen zuſtunden, waren ihrem Amt beygeleget.

Herr von Ludewig vermeynet VII. pag. 1034. man habe in Oeſterreich von Reichswäldern oder Kaiſerlichen Jagden nichts gewuſt. Die gröſſere Forſten, Seen und Heiden hatten dem Herzoge, in den geringern aber jedem Landmann das Holz und die Jagden auf ſeinem Eigenthum gehöret.

Ich kann zwar nicht verſichern, daß es in Oeſterreich Kaiſerliche Forſten geben. Vielleicht haben ſich ſolche die Kaiſer an den Gränzen von Deutſchland, wohin ſie ſeltener kommen, nicht vorbehalten. In Bayern fehlte es aber daran keineswegs, wie aus demjenigen erhellet, was oben im §. VII. angeführet worden. Waren die gröſſern Forſten und Seen des Herzoges, ſo klebten ſie deſſen Reichslehn an, und ſind ihm ſelbige ſamt andern Kaiſerlichen Cammergüthern zu ſeinem Unterhalt beygeleget. Er als ſacri Romani Imperii Archimagiſter venatorum (a), hatte auſſer Zweifel Jagden vom Reich. Es ſchenkte auch Ao. 1058. König Heinrich dem Kloſter St. Ypoliti III. regales manſos in Marchia Oſterriche & in Comitatu Erneſtes Marchionis ſitos cum ſilvis & venationibus (b), mithin beſaſſen die Könige in dieſem Lande Cammergüther, Wälder und Jagden.

(a)

(a) *Herrgott* in Monumentis Domus Auſtriacæ Tom. I. pag. 19.

(b) *Duellii* Excerpta Genealogico-Hiſtorica pag. 29.

§. XIX.

Das Recht, Kriege zu führen, und Bündniſſe zu machen, hatten in den mittlern Zeiten auch diejenige, welche ſich keiner Landeshoheit anmaſſeten.

Irrig werden VII'. p. 1035. die Rechte Krieg zu führen, Frieden und Bündniſſe zu machen, auch die Grafen, Herren, den Adel und andere Unterthanen aufzubiethen, als der Hoheit anklebende Befugniſſe von dem Herrn von Ludewig betrachtet. Währenden Fauſtrechts durfte auch ein mittelbarer Unterthan den andern befehden, mit ſeinen Feinden Friede, und mit andern Bündniſſe machen (a). Wer kann auch zweifeln, daß ein bloſſer Statthalter befugt iſt, ſo oft es nöthig, die Unterthanen aufzubiethen, und zur Vertheidigung des Landes dem Feinde entgegen zu führen? Der Lehnadel war ſeinem Lehnsherrn Hülfe zu leiſten verbunden, wenn er auch auſſer Landes wohnete, mithin ſind die Ritterdienſte kein Kennzeichen der Landeshoheit.

(a) Herr Reichshofrath von *Senkenberg* Select. Tom. III. p. 409. *Hundius*, beym Herrn von *Piſtorius* Amoenit. P. III. p. 308.

§. XX.

Von den Kaiſern wurde vielfältig die Erlaubniß ausgebracht, ein Schloß zu bauen.

Nicht erheblicher iſt es IX, daß im Lande Feſtungen und Städte ohne des Kaiſers, nicht aber ohne des Herzogs Einwilligung angeleget und gebauet worden. Noch unter den Sächſiſchen Kaiſern iſt jener erfordert. Kaiſer Otto II. und nicht der Herzog von Bayern erlaubte dem Kloſter St. Emmeran zu Regenſpurg wider die Einfälle der Ungarn ein Schloß zu erbauen (a). Kaiſer Otto III. theilte allen Bayern tam ſecularibus, quam eccleſiaſticis mit, liberam poteſtatem caſtella, oppida ac arces contra Ungarorum incurſiones conſtituendi (b), auch dem Biſchof zu Hildesheim Bernharden das Jus ſpeciale caſtellum aedificandi in ripa Alere (c), mithin Kaiſer Heinrich III. im Jahr 1044. Grafen Ludewig poteſtatem aedificandi caſtrum Scovenburg in confinio ſilvae, cujus pars quamplurima eidem regia authoritate erat donata (d). In den nachmaligen unruhigen Zeiten iſt es aber ſo genau nicht genommen, und haben viele Herren und Ritterleute ihre Häuſer befeſtiget. Daraus entſtunde groſſes Unheil, und wurden ſolche Schlöſſer öfters zur Räuberey misbrauchet, welches die Kaiſer ihrer abnehmenden Kräfte, und der immer zunehmenden verderblichen innerlichen Uneinigkeiten halber nicht verwehren konnten. Man war daher genöthiget in den Provinzen dawider Verfügungen zu machen, und erlaubte nicht leicht jemand ohne Vergünſtigung des Fürſten oder Grafen, worunter er geſeſſen war, eine Feſtung zu erbauen (e), wiewohl die Reichsſtände ſelbſt zu einem ſolchen Bau vielfältig des Königs Bewilligung ausbrachten, wenn ſie nemlich fürchteten, es möchten ſich die Nachbaren dawider ſetzen. Noch im Jahr 1349. erhielte

te die Stadt Nordhauſen von Kaiſer Carl IV. ein Privilegium, daß ſie als verre, als ihr Gebieth wendet, Huß und ander Gebäu ſetzen, buwen und machen müge (f), und im Jahr 1422. erlaubte Kaiſer Sigismund dem Biſchof zu Speyer in des Stifts Landen und Gebiethen, mit Graben, Steinen, Mauren und anders bürglichen, wehrlichen und andern Bau anzufangen, zu vollführen und zu vollenden (g). In Oeſterreich war beſonders den Herzogen daran gelegen, daß durch Errichtung neuer Bürge die gemeine Ruhe nicht geſtöhret, und der Adel zu mächtig würde, daher ſie niemand erlaubten, nach Willkühr dergleichen Bau vorzunehmen, woraus aber keinesweges folget, daß die Könige ſolche Befugniß den Oeſterreichiſchen Herrn und Rittern mitzutheilen unbefuget geweſen.

(a) *Hundius* Metrop. Salisburg. p. 229.

(b) Ibid. p. 268.

(c) *Lunig* Spicil. Eccleſ. P. II. p. 255.

(d) *Hahn* in Collect. Monum. Tom. I. p. 69. 70.

(e) Marggräfl. Brandenburgiſche Urkunde p. 224. 293. 300.

(f) *Lunigs* Reichsarchiv Part Spec. Contin. IV. pag. 67.

(g) Id. d. l. Part. Spec. Contin. I. dritte Fortſetzung pag. 263.

§. XXI.

Sie ertheilten einem Privilegia und Conceſſiones zum Nachtheil des andern, verſtatteten und hinderten die Ausübung der Hoheits-Rechte.

Die Landeshoheit beſtehet nicht ſowohl in Ausübung der Regalien, als darin, daß ſie nach dem Wohlgefallen des Regenten jedesmal geſchiehet. Jene Befugniß wird auch Statthaltern und Regierungs-Collegiis vielfältig mitgetheilet. Sie müſſen ſich aber gefallen laſſen, daß der König oder Fürſt, der ſie beſtellet hat, ihre Verfügungen nach Willkühr ändert. Heutiges Tages geſtatten es die Reichsgeſetze denen Kaiſern in der Reichsſtände Landen keinesweges. Wenn dieſe nichts denen vom Kaiſer und Reich beliebten Conſtitutionen und mit ihren Unterthanen errichteten Verträgen zuwider laufendes vornehmen, denn bleibet es billig bey derſelben Verordnungen. Klaget auch ein Unterthan über Unrecht, welches ihm ſein Landesherr zugefüget hat, ſo muß der daher entſtehende Streit nicht willkührlich, ſondern den Rechten gemäß gerichtlich entſchieden werden. Mancher Stand hat in Juſtizſachen ein Privilegium de non appellando, und allen kömmt es bis auf eine gewiſſe Summe zu. Dieſe Verfaſſung iſt neu, und nicht nur im Xten Jahrhundert, ſondern noch eine geraume Zeit nach Endſchaft des groſſen Interregni unbekannt geweſen. Ich habe 1) bereits oben §. XIV. angemerket, wie ſehr der Reichsſtände richterliche Gewalt durch der Kaiſer concurrentem Jurisdictionem eingeſchränket worden.

Nicht

Nicht nur aber an dieſer, ſondern auch an andern Hoheitsrechten hatten ſelbige in ganz Deutſchland groſſen Theil, indem ſie durch gegebene Privilegien vielfältig einen zum Nachtheil des andern mit Befugniſſen verſahen, und hielte es Kaiſer Friederich III. noch Ao. 1442. für ein in der güldenen Bulle gegründetes Vorrecht der Churfürſten, daß ihnen die Kaiſerliche Privilegien unſchädlich seyn müſſen (a).

Inſonderheit wurden 2) die Grenzen der Gerichte dadurch vielfältig nach Willkühr geändert. Es erlaubte Kaiſer Carl IV. den Schultheiſſen zu Nürnberg und der Stadt Nordhauſen, Miſſethäter in fremder Herren Landen anzugreifen (b), auch der Würtzburgiſchen Geiſtlichkeit die Layen für dem geiſtlichen Gericht zu belangen (c) und Kaiſer Sigismund hebte ſogar das Landgericht zu Hirſchberg, welches dem Herzog von Bayern zuſtunde, Ao. 1420. gänzlich auf (d). Von dem Nürnbergiſchen Landgericht befreyete aber Kaiſer Friederich III. Ao. 1489. das Stift Eichſtadt zum Nachtheil der Marggrafen von Brandenburg (e).

Nicht ſelten iſt 3) von den Kaiſern verbothen, in einem gewiſſen Diſtrict Feſtungen anzulegen. Ao. 1349. privilegirte Kaiſer Carl IV. die Stadt Speyer dahin, daß niemand inwendig 3 Meilen um ſelbiger einen bürglichen Bau ohne Erlaubung, Willen und Verhängniß der Stadt und der Bürger bauen, machen, und aufrichten ſolle (f). Auch wurde der Stadt Frankfurt zum Beſten verordnet, daß kein bürcklicher neuer Bau, Burg oder Stadt inwendig 5 Meilen allenthalben um Franckfurt gemachet werden ſolle (g), manchem Reichsſtand aber durch Kaiſerliche Vergünſtigungen ſolches erlaubet, wie aus dem §. XX. erhellet.

Es ſind 4) von den Kaiſern wohl unmittelbare Lande mittelbar gemachet, und andern untergeben (h).

5) Stunden die Unterthanen bey weitem nicht in der heutigen Unterwürfigkeit, und die Landesherrn fanden ſich öfters gemüßiget, es auf die Kaiſerliche Ermäßigung ankommen zu laſſen, wenn von ihnen in Zweifel gezogen wurde, ob es eine Schuldigkeit ſey, ihre Landesherrliche Verordnungen zu befolgen. Ich habe in dieſen Nebenſtunden P. II. bereits dargethan, daß vielfältig die Kaiſerliche Erlaubniß ausgebracht iſt, von den Unterthanen Steuren zu erheben, und will jetzt noch einige Beweisthümer davon anführen. Kaiſer Sigismund erlaubte Ao. 1417. dem Fürſten von Anhalt von jedem Fuder Zerbſter Bier 2 Böhmiſche Groſchen Geleit Geld zu nehmen, damit er die Straſſen ſicher halten könne (i), und Kaiſer Friederich III. Ao. 1464. Bürgermeiſtern und Rath der Stadt Frankfurt allen und jeglichen armen Leuten und Hinterſaſſen,

ſen, ſo hinter dieſer Stadt ſitzen, und ihr zuſtehen, Steuer aufzuſetzen, imgleichen auf jegliche Sache in Nürnberg Auffatzung und Auflegung zu thun, den Zoll zu mehren und zu mindern (k). Hingegen verboth eben dieſer Kaiſer Pfalzgraf Otto beym Rhein von der Speyerſchen Bürger Güthern im Hochheimer Mark Schatzung zu fordern, weil es ſein Vater nicht gethan, und die Leute von den Römiſchen Kaiſern und Königen befreyet wären (l). Wie Herzog Ulrich zu Würtenberg Ao. 1505. die Vergünſtigung erhalten, ſeiner aufgewandten Kriegskoſten halber einen Gülden-Zoll zu erheben, und daß er auch Ao. 1507. wegen des Zuges in Italien eine ſonderbare auf ſein Land zu legengende Schatzung ausgebracht, meldet *Betzius* in Hiſtoria Vlrici Ducis Würtembergici (m). Ao. 1348. verweigerten Herzog Rudolphs zu Sachſen Unterthanen in deſſen Abweſenheit ſeinen Söhnen den Gehorſam, weil ſie bey ihres Vaters Leben keine Lehne vom Reich empfangen hatten. Damit nun dieſer Zweifel gehoben, und die Gerechtigkeit gehandhabet werden mögte, verſicherte Kaiſer Carl IV. daß er ſelbigen oder einem unter ihnen, welchen der Vater wolte, den Bann über das Burggrafding, Grefending, und Botheding verleihen wolle. Befahl auch allen, die zu ſolchen Dingen gehören, daß ſie zu deſſen Geboth an den Gerichten ſitzen, klagen, antworten, Recht und Urthel geben und nehmen ſollten (n).

Inſonderheit verfuhren die Kaiſer 6) mit den Reichsſtänden ziemlich willkührlich, und verpfändeten ſie zum öftern, welches zu unterlaſſen ihnen vielfältig durch beſondere Privilegien verſprochen worden (o). Sie durften von ihren Cämmereygüthern nicht nach Wohlgefallen diſponiren, und mußte die Stadt Frankfurt Ao. 1349. eine Kaiſerliche Erlaubniß ausbringen, daß ſie im Nothfall einige Einkünfte gemeiner Stadt verkaufen oder verſetzen dürfe (p). Imgleichen erhielte Schweinfurt per Privilegium de 1361. die Gewalt, ihr Recht, Geſetze, Geboth und Gewohnheiten zu mehren, zu mindern, zu beſſern, und davon ab- und zu zuthun (q). Ao. 1397. entkräftete König Wenzlaw von Römiſcher Königlicher Macht alle Kaufe, welche die Städte Erfurt, Mülhuſen und Nordhuſen in Thüringen gethan, an Schloſſen, Dörffern, Gerichten und andern, welcherley die ſeyn, ſie ſeyn frey oder eigen (r). Wie wenig die Fürſten von den Beuteln ihrer Unterthanen Meiſter geweſen, erhellet inſonderheit daher, daß ſie um ihren Beytrag zu erlangen, die Beſtimmung der gemeinen Landes-Nothwendigkeiten zu Zeiten ihrem Gutdünken überlaſſen müſſen. Die Marggrafen von Brandenburg thaten es Ao. 1282. beſage der Marggräflichen Brandenburgiſchen Urkunden p. 104. 105. mittelſt folgender Verordnung: Si terrae noſtrae legitima neceſſitas aut guerrarum periculum ingruerit, ſtatuimus una

cum

cum vaſallis noſtris memoratis quatuor viros ad hoc & nomine milites noſtros Johannem de Burc, Gherardum de Kerkowe, Bereconem de Buc, Thidemannum de Oſterborch, ut quicquid iidemordina verint ad commodum ac utilitatem terrae per fidem & juramentum ipſorum prætextu unanimis preſtandi contenti erimus, nec a nobis ſuſpecti aliquatenus fore debent, & ſi unus ex ipſis ab hoc ſeculo deceſſerit, in locum illius infra menſem eligent aeque dignum, quod ſi non fecerint, Tangermunde intrabunt, ad jacendum unde nulla nocte egreſſuri, donec loco illius aeque bonus fuerit ſubrogatus. - - Item ruſtici prædicte terre non procedent ad aliquam expeditionem niſi tantum ad terre ejusdem tuitionem ſive defenſionem vel terre neceſſitate legitima imminente.

Aus dieſem allen erhellet dann, wie ſehr Herr *Rudolph* in Vindiciis territorialis poteſtatis Imp. Rom. Germ. adverſus exemtiones nobilium §. 27. irret, wenn er vermeynet, daß da die Herzoge beſtellet worden, um das Regiment in den Herzogthümern zu führen, weil von den Königen es im ganzen Reich ohnmöglich geſchehen könnte, ſo ſey zu vermuthen, daß ſie jenen den ganzen Complexum regalium übertragen haben, und ſolchen nicht ferner üben wollen, als welches von ihnen ipſo facto zu erkennen gegeben ſey. Allein ihre Facta legen, wie eben ausgeführet worden, gerade das Gegentheil vor Augen, wie ſie nemlich durch Beſtellung der Herzoge und Grafen ſich keinesweges der Bürde des Regiments in den Herzogthümern und Grafſchaften gänzlich entledigen, ſondern nur in ihrer Abweſenheit ſolches andern anvertrauen wollen. Man gründet ſich vergebens in allgemeinen Vermuthungen, wenn ſie ſich mit demjenigen nicht reimen laſſen, was würklich geſchehen iſt. Ein Fürſt beſtellet auch Droſten und Beamte, weil er nicht alle Regierungsgeſchäfte verrichten kann. Kein Beamter mag ihn jedoch hindern, dasjenige ſelbſt zu thun, was er ihm aufgegeben hat.

(a) *Lunig* Spicil. Eccleſ. P. I. p. 584.

(b) Id. im Reichsarchiv Part ſpec. Contin. IV. P. II. p. 67. 91.

(c) *Schannat* Videm. Collect. I. p. 213. 214.

(d) *Falckenſtein* Cod. Diplom. Nordgav. d. 252.

(e) Id. d. l. p. 311. S. auch Herr *Schminckens* Monimenta Haſſiaca Part. III. p. 261. 262.

(f) *Lehmans* Speierſche Chronic Lib. 7. Cap. 43. p. 703.

(g) *Lunig* d. l. Contin. 4. P. I. p. 582.

(h) Herr Reichshofrath von *Senckenberg* Select. Jur. & Hiſtor. Tom. IV. p. 44.

(i) *Lunig* d. l. Cont. II. 3te Fortſetzung p. 172.

(k) Id. d. l. Cont. IV. P. II. p. 125.

(l) Id. d. l. p. 506.

(m) *Ayrmanni* Sylloge Anecdot. p. 345. 346.

(n) *Ludewig* in Reliq. MSS. T. X. p. 39. 43.

(o) *Lunig* d. l. P. I. p. 912. 887. 1301. 1417. 1499. 1506.

(p) Id. d. l. p. 573.

(q) Id. d. l. P. II. p. 396.

(r) *Gleichenſteins* Additamentum Hiſtoriae Saxo-Gothanae p. 219.

§. XXII.

Wie iſt denn aber die Landeshoheit entſtanden, und zu welcher Zeit ſind die Deutſche Fürſten aus Beamten und Statthaltern Landesherrn worden, wenn es nicht nach Abgang der Carolinger geſchehen? Solches läſſet ſich ohnſchwer ausfündig machen, dafern man die Umſtände des Deutſchen Reichs, und die Veränderungen erweget, welche ſich darin begeben.

Welchergeſtalt die Deutſche Fürſten und Grafen ein Erbrecht erlanget haben.

Die hauptſächlichſte Urſach unſers heutigen Fürſtenrechts iſt ſonder Zweifel I. das erlangte Erbrecht der Reichsſtände.

Der hohe Adel beſaſſe in den älteſten Zeiten anſehnliche Striche Landes eigenthümlich, und deren Einwohner waren ihm unterworfen. Es iſt leicht zu ermeſſen, daß den Heerführern, und denen, die den gröſten Theil am Regiment hatten, bey Eroberung fremder Länder von ſelbigen ein mehreres als andern zugebilliget worden. Dieſe Antheile ſind demnächſt durch Heyrathen und Sterbfälle, auch wohl durch innerliche Kriege, und den Fleiß der Eigenthümer, welche die Wälder ausroden, und zu geſchlachtem Lande machen laſſen, ſehr verbeſſert. Als Carl der Groſſe der überwundenen Sachſen Freyheiten und Güther beſtättigte, ſo verbande er ſich dadurch, denen Sächſiſchen Herren ihre Herrſchaften dergeſtalt zu gönnen, wie ſie ſelbige bisher beſeſſen haben. Es merket *Herrgott* in Genealog. Habsburg. p. 22. an, daß in den mitlern Zeiten aus vielen Erbgüthern Graffſchaften gemachet worden. Dieſes geſchahe beſonders in Sachſen, in welchem bezwungenen Lande Carl der Groſſe die Fränkiſche Verfaſſung einführte, und es durch Grafen regieren lieſſe. Selbigen konnte er die mächtige Herren, welche anſehnliche Herrſchaften beſaſſen, nicht unterwürfig machen. Er legte alſo den leztern die gräfliche Würde bey, und entſtunden ſolchergeſtalt erbliche Graffſchaften, welche von niemanden zu Lehn getragen wurden, dergleichen die glorwürdigſte Vorfahren des Durchlauchtigſten Hauſes Braunſchweig und Lüneburg hatten, und welche deswegen Herzog Heinrich dem Löwen nach der Achts-Erklärung verblieben.

Daß

Daß auch die Franken in andern Ländern nicht alles, was ſie erobert, zu Lehn gemacht, bemerket *Montesquiou* in ſeinem Buch de l'Eſprit des Loix l. 30. C. 5., und ich zweifle keinesweges, daß bey der Theilung mancher vornehmer Franke eine Herrſchaft eigenthümlich erhalten, auch dergleichen einigen Ueberwundenen gelaſſen worden. Wir ſehen alſo eine reiche Quelle erblicher Obrigkeitlicher Aemter vor uns, und deren Anzahl wurde durch die Schenkungen der Kaiſer nicht wenig vermehret. Sie gaben nemlich öfters wohl verdienten Leuten anſehnliche Güther, die ſich auf einige Meilen erſtreckten, wovon in *Struvii* Comment. de Allodiis Imp. C. 2. Exempel zu finden ſind.

Seit welcher Zeit die Aemter der übrigen Herzoge und Grafen erblich geweſen, iſt zweifelhaft. Daß in Frankreich ſchon im IXten Jahrhundert vielfältig die Söhne ihren Vätern im Amt gefolget, ſolches jedoch nicht immer geſchehen iſt, machet das Capitulare Caroli Calvi de 877. tit. 54. Cap. 9. glaublich, worin es heiſſet: Si vero filium non habuerit (defunctus Comes) filius noſter cum caeteris fidelibus noſtris ordinet, qui cum miniſterialibus ipſius comitatus & Epiſcopo ipſum comitatum praevideat, donec juſſio noſtra inde fiat. Et pro hoc nullus iraſcatur, ſi eundem comitatum alteri, cui nobis placuerit, dederimus, quam illi, qui eum hactenus praevidit? Similiter & de vaſallis noſtris faciendum eſt (a). Bald führen die Geſchichtſchreiber an, daß ein Herzogthum bittweis verliehen worden, bald aber legen ſie denen Söhnen ein Erbrecht ſowohl daran, als an den Grafſchaften bey. Es ſchreibet *Regino* ad ann. 876.: Siquidem Udo & Rubertus filii Ruberti adhuc parvuli erant, quando pater extinctus eſt, idcirco non eſt illis ducatus commiſſus. Er bemerket es ſolchemnach als etwas auſſerordentliches, daß ſie dem Vater im Amt nicht gefolget ſind, und meldet, daß nur ihre junge Jahre es verhindert haben. Wie dergleichen Ausſchlieſſung ſonſt für unbillig gehalten worden, lehren die Annales Francorum Fuldenſes ad. ann. 884, wenn ſie erzählen, daß die Söhne zweyer Bayerſcher Grafen ſamt ihren Anverwandten nicht wollen geſchehen laſſen, daß der König die Grafſchaft einem Fremden gebe, welche ihre Väter wider die Mähren ſo tapfer vertheidiget hatten, woraus eine groſſe Kriegsunruhe entſtunde. Wir leſen beym *Ditmaro* Merſeburgenſi Edit. Leibnit. p. 388.: Rex Thiederico praedicti Comitis filio Comitatum ac omne beneficium *jure* & hortatu Reginae ac Principum ſuimet dedit. Beym *Alperto* in Eccardi Corp. Hiſtor. T. I. p. 107. heiſſet es: Dicebat Adela Baldrico: Regem adito & præfecturam, *quae juſtius ex linea conſanguinitatis & proſapia majorum tuorum tibi obtingit*, poſtulato; Beym *Lamberto* Schafnaburgenſi aber p. 192: Dux Otto paulum ante humanis rebus exceſſerat, & filius ejus Magnus, *cui Ducatus legitima ſucceſſione debeatur*, ad-

huc in caſtro Hartesburg ſervabatur; und pag. 225: Cumque ſub idem fere tempus Dedi Marchio longa aegritudine abſumtus deceſſiſſet, Marchiam ejus Bohemiae Duci in praemium exactae militiæ dedit, tametſi uxor Marchionis Adela filium ſuum, *cui hereditaria ſucceſſione Marchia debebatur*, ei paulo ante pro ſe obſidem miſiſſet, & ipſe Marchio poſt recuperatam pacem in Gerſtingun intemeratam ſemper erga Regem fidem ſervaſſet; Auch beym *Arenpeck* de Guelfis, in Leibnit. Scriptor. Brunſuic. T. III. p. 664: Ipſe enim Guelfo praefatum Ducatum *jure hereditario ad ſe ſpectare proclamans*, dum juſtitiam apud Regem Conradum impetrare non poſſet, ad rebellionem ſe parat. Hingegen aber ergeben die wegen des angemaßten Erbrechts entſtandene Streitigkeiten, daß ſolches die Könige denen Herzogen und Grafen nicht immer einräumen wollen, mithin vielfältig ihre Söhne vorbey gegangen ſind, und ſowohl Herzogthümer als Grafſchaften andern gegeben haben. *Regino* erzählet ad ann. 949.: Utonem Comitem *conſenſu Regis* quicquid beneficii aut praefecturarum habuit, quaſi hereditatem inter filios diviſiſſe. In Ermangelung ſolches Conſenſus war alſo dieſes erlaubet, und die Grafſchaften kein Erbguth. Von dem Herzogthum Sachſen leſen wir in Vita Meinwerci Epiſcopi Paderbornenſis Cap. 20.: Bernardus Dux pius Saxonicus filius Herimanni Ducis obiit, & filius ejus Bernardus, *favente ſibi Meinwerco Epiſcopo amicisque ſuis*, Ducatum obtinuit; Woraus erhellet, daß die Herzogthümer von den Söhnen der verſtorbenen Herzoge bittweiſe erlanget ſind. Die erſte Fränkiſche Kaiſer im XIten Jahrhundert behaupten gleichfalls das Recht ſelbige zu vergeben. Beym *Hermanno Contracto* ad ann. 1044. findet man davon folgendes Exempel: Gozzilo Dux Lotharienſium moriens Gozziloni filio quamvis ignavo Ducatum ſuum *a Rege Henrico promiſſum* relinquere diſpoſuit. Sed alter filius Gothefridus jam dudum Dux, cum Ducatum fratri debitum a Rege ſibi obtinere nequiviſſet, jusjurandum fidemque poſtponens, rebellare pio Regi praeſumſit. Der Herzog erkannte alſo, daß es von dem Willen des Königs abhängte, welcher ſeiner Söhne ihm im Regiment folgen ſollte. Hermannus Contractus bemerket, es ſey die Wahl nicht auf den Beſten gefallen. Er misbilliget es dennoch aber, daß ſich der Bruder dawider geſetzet hat. Mit der groſſen Lehne Erblichkeit iſt es vermuthlich nicht anderſt ergangen, als mit der Reichsfolge. Denen Söhnen der Könige ſtunde eigentlich kein Erbrecht zu. Man hielte es jedoch für billig, ſie bey der Wahl andern vorzuziehen, wenn es ihnen an der erforderlichen Geſchicklichkeit nicht fehlte. Auf eine gleiche Billigkeit gründeten die Kinder der Herzoge und Grafen ihr Erbrecht. Die Könige lieſſen auch ſolche öfters gelten, weil ſie ſich dadurch die angeſehenſten Häuſer verbindlich machten. Wenn aber jemand durch ſein Verhalten Anlaß gabe, daß man in ihn ein

Miß-

Mißtrauen ſezte, oder der Sohn unvermögend war, ſeines Vaters Amt gebührend zu verwalten, ſo ertheilte ſolches der König einem andern. Es iſt leicht zu ermeſſen, daß den ausgeſchloſſenen die Urſachen, warum man ſie andern nachſezte, ſelten hinlänglich zu ſeyn geſchienen, und daher entſtunden ihre öftere Empörungen.

Im XI. Jahrhundert wurde das Erbrecht der Fürſten und Grafen ſo ſehr befeſtiget, als dasjenige geſchwächet, welches die Königliche Kinder bisher genoſſen. Währender Minderjährigkeit Königs Heinrich IV. nahmen ſich die Deutſche Reichsſtände ſehr viel heraus, und als er ſie bändigen wollte, wurden dadurch innerliche Kriege veranlaſſet, welche für ihn und alle ſeine Nachkommen am Reich ein ſchlechtes Ende nahmen. Er thate zwar alles mögliche, um das Königliche Recht zu behaupten, und wollte Herzog Ottens von Sachſen Sohn Magnum aus dem Gefängniß nicht loß laſſen, bevor er ſich des an das Herzogthum gemachten Anſpruchs begeben hatte, wie *Lambertus* Schafnaburgenſis ad ann. 1073. erzählet. Als auch Herzog Gvelf ſich mit dem König verſöhnete, und das Herzogthum Bayern wieder erhielte, wurde ihm verſprochen, daß es nach des Vaters Tode einem ſeiner Söhne gegeben werden ſollte. S. den Annaliſtam Saxonem ad ann. 1098. und *Andream* Presbyter. in Chr. Bavariae, p. 22. welches auszudingen überflüßig geweſen wäre, wenn das Erbrecht der Herzoglichen Söhne niemand in Zweifel gezogen hätte. Nach dieſen Zeiten lieſet man jedoch nicht, daß hierüber Streit entſtanden, und wurde in Italien ſogar dem weiblichen Geſchlecht die Erbfolge in den Reichslehnen eingeräumet, wie *Muratorius* in den Geſchichten von Italien P. VI. ad ann. 1070. bemerket.

Die Landeshoheit zu erlangen, gabe fürnehmlich Anlaß I. dieſes Erbrecht.

Die Abhängigkeit der Reichsſtände vom Kaiſer iſt dadurch merklich vermindert. Unſere adeliche Gerichtsherrn handhaben die Gerechtigkeit nicht weniger als die Landesfürſtliche Beamte, Nahmens des Landesherrn, und ſind ſchuldig, ihm von ihrem Betragen Rede und Antwort zu geben. Es fällt jedoch viel ſchwerer jene in Ordnung zu halten, als dieſe, bevorab wenn die höchſte Obrigkeit keine unumſchränkte Gewalt hat. Ohne proceſſualiſche Weitläuftigkeiten, deren Ausgang öfters zweifelhaft, läſſet ein adlicher Gerichtsherr nicht leicht etwas geſchehen, welches ſeine Gewalt und Anſehen ſchmählert, dahingegen ein Beamter, dem ſein Herr den Dienſt aufkündigen kann, wenn er will, ſich zu allem bequemen muß, was dieſer von ihm begehret. Ueber den Leztern beſchweren ſich auch die Unterthanen eher, weil ſie die Hofnung haben, ſeinen Händen gänzlich zu entgehen, als über einen Edelmann, der immer ihr Gerichtsherr bleiben wird, und deſſen Nachkommenſchaft es diejenigen empfinden laſſen kann, welche ihm wehe gethan. So bald demnach die Deutſche Fürſten ein Erbrecht erlanget

get hatten, war ihnen die Ungnade der Könige nicht mehr ſo fürchterlich, als ſie es vorhin geweſen. Es gehörte viel darzu, dieſelbe durch Urthel und Recht ihrer Aemter zu entſetzen, bevorab, da nicht die Könige ſelbſt, ſondern Fürſten und Herren gleichen Standes den Ausſpruch thaten. Jener Macht war auch durch die Zwiſtigkeiten mit den Päbſten, und die von ſelbigen veranlaſſete innerliche Kriege dergeſtalt geſchwächet, daß ſie ſeit dem XIten Jahrhundert mit Gewalt der Waffen wider die mächtige Fürſten nicht viel ausrichten konnten, und würde Herzog Heinrich der Löwe ſich Kaiſer Frieder[i]chs I. leicht erwehret haben, wenn nicht dieſer durch den verſprochenen Antheil an der reichen Beute ſo viele, und inſonderheit die unter dem Herzog geſtandene Biſchöffe, Grafen und Herren wider ihn aufgebracht hätte.

(a) *Baluzii* Capitularia T. II. p. 525.

§. XXIII.

II. Das eingeführte Fauſt-Recht.

Zur Minderung der Königlichen Gewalt und der Landesfürſtlichen Vermehrung trug II. das eingeführte Fauſtrecht ein groſſes bey. Wie von dem Oberrichterlichen Amt noch heutiges Tages das Anſehen der Kaiſer hauptſächlich abhänget, ſo veranlaſſete auch deſſen Ausübung in jenen alten Zeiten, daß man ſie fürchtete und ehrete. Dieſes fiel ſehr hinweg, nachdem überaus ſelten von ihnen Recht zu erlangen war. Dieſelbe erkannten ihr Unvermögen, indem ſie ſowohl den mittelbaren als unmittelbaren Reichsgliedern die Selbſthülfe erlaubten. Es geſchahe Ao. 1356. in einem der Stadt Frankfurt von Kaiſer Carl IV. ertheilten Privilegio mit dieſen Worten: „Daß wir den Bürgermeiſtern, Scheffenen, den Rath und Bürgern gemeiniglich zu Frankfurt unſern und des Reichs lieben Getreuen mit wohlbedachten Muth und guten Willen erlaubet und gebothen han, und heiſchen ſie auch, were is, daß jemand wer der were, ſie oder die yn zu verantworten ſtehn, angriffe, ſchedigte, oder anderſt zu Unrecht leidigte, in keine Wiß, daß ſie ſich des von unſern und des Reichs wegen veſtiglich wehren und behindern ſollen, mit aller ihrer Mocht, wie ſie können oder mögen (a);" und noch deutlicher in demjenigen, welches die Stadt Hailbrun Ao. 1361. erhielte, alſo: „Haben von unſern ſonderlichen Kaiſerlichen Gnaden, und auch mit Kaiſerlicher Macht yn die Gnade gethan, und thun auch mit dieſem Briefe, wer ſie angreiffe oder ſchädige wider Recht, daß ſie ſich des wehren mögen, und auch die wieder angreifen und ſchädigen, die ihnen das gethan haben (b)." In einem an Ulrich Herren zu Hanau Landvogt in der Wetterau Ao. 1356. ergangenen Kaiſerlichen Befehl wird verordnet, „daß keiner der Dienſtmanne, Edlen Leute und Unterthanen des Stifts zu Fulde zu dem andern greiffen ſolle, er habe es

dann

dann von den Fürſten und vor ſeinem Gericht vor erfordert mit den Rechten (c). „ Selbſt in den Kaiſerlichen und andern Satzungen des Landfriedens wurden nicht alle Fehden gemißbilliget, ſondern nur ohnverwarnete Ueberfalle verbothen (d).

(a). *Lünigs* Reichsarchiv Part. Spec. Cont. IV. P. I. p. 576.

(b). Id. d. l. p. 889.

(c). *Schannat* Hiſt. Fuld. Cod. Probat. p. 269.

(d). *Ludewig* in Reliq. MSS. Tom. X. p. 241. 247. S. auch die XXIIIte Abhandlung vom Deutſchen Staatsrecht unter König Rudolph I. §. 1.

§. XXIV.

III. Die ſehr geſchwächte Macht des Kaiſers durch Veräuſſerung der Cammer-Güther.

Es iſt III. mit eine Urſach der ſo ſehr geſchwächten Kräfte der Kaiſer, daß die Kaiſerliche Cammergüther nach und nach verlohren gegangen, welche gröſtentheils der Geiſtlichkeit, auch einigen weltlichen Fürſten, Grafen, Herren, Ritterlichen Geſchlechtern und Städten zu Theil worden. Hieraus entſtunde ein gedoppelter Schade. Der Kaiſer verlohr die Einkünfte, und alſo nicht nur das Vermögen, viele tapfere Kriegesleute zu unterhalten, ſondern auch ſein Anſehen in den mittelbaren Landen. Daſelbſt waren bisher die Kaiſerliche Cammergüther durch Pfalzgrafen und andere anſehnliche Herren verwaltet, welche auf die Herzoge ein wachendes Auge hatten, und deren Gewalt einſchränkten. Nachdem nichts übrig war, welches eine Verwaltung erforderte, höreten dergleichen Aemter auf (a), und man ſpührete in manchem Lande kaum, daß ein Kaiſer in Deutſchland zu finden.

(a) *Hontheim* Hiſtor. Trevir. T. I. p. 651.

§. XXV.

IV. Der Unterthanen freywillige Unterwerfung, und die mit ſelbigen errichtete Verträge.

Dieſes veranlaſſete IV. daß ſich die Unterthanen mehr an ihren Fürſten als an den Kaiſer hielten, weil ſie von jenen, und nicht von dieſem viel Gutes und Böſes zu erwarten hatten. Selbige beſuchten die Reichstage nicht ferner, wie es vorhin geſchehen, weil darauf wenig ſie angehendes verfüget wurde. Vielmehr trachtete man durch Verträge und Verordnungen in jedem Lande das Unheil zu mindern, welches aus dem Gebrauch des Fauſtrechts entſtunde. Die Fürſten machten ſich, mittelſt vieler Lehnscontracte, den unter ihnen geſeſſenen Adel noch verbindlicher. Um der Ritterdienſte theilhaftig zu werden, erhielte mancher von ihnen ein Lehn. Mancher wurde auch beweget, ſein Erbe einem groſſen Herrn zu Lehn aufzutragen, und alſo den Schutz zu kaufen, welchen er von der ordentlichen Obrigkeit nicht erlangen konnte. In den Städten fande ſich gemeiniglich ein Fürſtlicher Vogt, welcher die Gerechtſame ſeines Herrn gelten machte. Alle Regierungsſachen wurden auf den

Land-

Landtagen behandelt, und von den Untertbanen diejenige Gewalt, welche die Kaiſer vorhin geübet hatten, denen Fürſten gutwillig eingeräumet, welches jene ihrer Schwäche halber geſchehen laſſen muſten, wovon oben §. XX. ein merkwürdiges Exempel angeführet iſt, da nemlich anfangs das Recht, die Befeſtigung eines Orts zu erlauben, nur den Kaiſern zugeſtanden, nachmals aber die Fürſten ſich ſolches angemaſſet haben. Mit den Steuren hat es gleiche Bewandniß, welche durch der Unterthanen Bewilligung nach und nach eingeführet worden.

§. XXVI.

V. Die aufhörende Kaiſerliche concurrens Jurisdictio in der Reichs-Stände Landen, und VI. die Einſchränkung des Juris concedendi privilegia.

Es ſind bereits oben §. XIV. und XXI. die beträchtliche Wirkungen der Kaiſerlichen concurrentis jurisdictionis in den mittelbaren Landen bemerket. Dieſe hat V. ein Ende genommen, nachdem die Könige ſeit Ludovici Bavari Zeiten in ihren Erblanden verblieben, und die ſonſt bisher überall im Reich gehaltene Kaiſerliche Curiæ publicæ auſſer Uebung kommen. Denn nun fiele es denen rechtſuchenden Partheyen ſchwer, und manchen unmöglich, ſich an den Kaiſer zu wenden, welcher nicht mehr, wie vormals, ſich in jedem Lande darſtellete, um den gedruckten Hülfe wiederfahren zu laſſen, ſondern in der Ferne an einem Ort geſuchet werden muſte, allwo die Erörterung der Sache ohne groſſe Koſten und Weitläuftigkeit nicht vorgenommen werden konnte. Die ganze Gerichtbarkeit in der erſten Inſtanz wurde daher denen Ständen zu Theil, und die Appellationes geſchahen ſelten.

Auch gienge VI. das höchſtwichtige Kaiſerliche Recht Privilegia zu ertheilen, faſt verlohren, nachdem ſeit Carl V. Zeiten die Kaiſer in den Wahl-Capitulationen verbunden ſind, alle Reichsſtände bey ihren Gerechtigkeiten zu handhaben, zu ſchützen und zu ſchirmen, und in den neuern die dawider ertheilte Privilegia caſſiret worden.

§. XXVII.

VII. Die wieder hergeſtellete richterliche Gewalt.

Daß unter Kaiſer Maximilian I. der Landfriede hinlänglich befeſtiget, und durch Anordnung des Cammergerichts der Weg Rechtens eröfnet wurde, gereichte zwar zur Vermehrung ſeines Anſehens. Die Landesfürſtliche Gewalt war aber damals ſchon ſeit einigen Jahrhunderten von ihrer urſprünglichen Beſchaffenheit ſo weit abgewichen, daß die Kaiſer weder mit Recht, noch mit Gewalt das Reich wieder in die Verfaſſung ſetzen konnten, worinn es ſich im IX. und Xten Jahrhundert befunden. Durch die Aufhebung des Fauſtrechts erlangten alſo auch die Fürſten einen Zuwachs ihrer Gewalt, als welche nunmehr aus Landesfürſtlicher Macht Gerichte anordneten, und ihren Landſaſſen ſolche Zügel anlegten, daß ſie diejenige Unterwürfigkeit ihnen auch wider Willen leiſten

ſten muſten, in welche ſie ſich anfangs gutwillig geſetzet, ſie aber vielfältig ohngeſtrafet verwindſchlaget hatten. Die neuere Reichsgeſetze mehreten ferner dadurch die Kräfte der Landesobrigkeiten, daß ſie die Reichsſteuren, ſo bisher aus ihren Cammergüthern entrichtet waren, ihnen gröſtentheils von den Unterthanen beyzutreiben erlaubten (a).

(a) S. meine Obſervationes Juris & Hiſtoriæ Germanicæ Obſ. 4. §. 6.

§. XXVIII.

Endlich hat man VIII. durch die deutlichſte Verträge mit denen Kaiſern den Reichsſtänden die hergebrachte Rechte, und den Gebrauch aller Regalien dergeſtalt bedungen, daß ihnen ſolche niemand mit Gerechtigkeit ſtreitig machen kann. Die fürchterliche Macht Kaiſer Carl V. veranlaſſete, daß man demſelben bey der Wahl eine Capitulation vorſchriebe. Mit ſeinen Nachfolgern am Reich iſt es eben alſo gehalten, und im Inſtrumento pacis Weſtphalicæ das liberum exercitium juris territorialis tam in eccleſiaſticis quam politicis auf das Beſte beſtärket. VIII. Die neuere Reichs-Geſetze.

§. XXIX.

Es iſt alſo nicht wie Herr *Rudolph* d. l. p. 92. vermeynet, nur in dem Verſtande die Landeshoheit ſemſim ac pedetentim erworben, daß die Fürſten einige den Kaiſern in den Provinzien vorbehaltene Rechte und Güther nach und nach an ſich gebracht, ſondern ihre Gewalt war in den denenſelben anvertraueten, dem Kaiſer keinesweges beſonders vorbehaltenen Landen anfangs überhaupt dergeſtalt eingeſchränket, daß den Königen der Mitgebrauch zuſtünde, und ſie hat nicht auf einmal, ſondern durch manchen zu verſchiedenen Zeiten geſchehenen Zuwachs ihren jetzigen Umfang, und die gegenwärtige Höhe erreichet. Die Landeshoheit iſt alſo daher nach und nach entſtandẽ, daß die Kaiſer von dem Mitgebrauch der Regalien ausgeſchloſſen, auch viele derſelben den Ständen durch beſondere Privilegia ertheilet worden.

Den Grund dazu legte das erlangte Erbrecht. Die Abhängigkeit von den Königen wurde immer kleiner, nachdem die Händel mit den Päbſten, und ſo viele innerliche Kriege jene dergeſtalt geſchwächet hatten, daß ſie ihr oberrichterliches Amt ſelten mit Nachdruck üben konnten, und geſcheben laſſen muſten, daß ſich ein jeder ſelbſt Recht ſchaffete. Bey dieſen Umſtänden bedurfften die Einwohner des Landes gemeiniglich ihres Fürſten mehr als des Königs, und ſahen jenen daher nicht ferner als einen Königlichen Beamten, ſondern als ihren Landesherrn an. Die Kaiſerliche concurrens Jurisdictio ſamt dem Jure dandi privilegia geſtatteten jedoch nicht, daß die Landeshoheit zur Vollkommenheit gediehe. Nachdem aber auch dieſe Befugniſſe ſehr genau eingeſchränket worden, und nicht nur die neuere Reichsgeſetze denen Reichsſtänden die Hoheitsrechte mit Ausſchlieſſung des Kaiſers verſichern, wenn kein widerrecht-

licher Gebrauch davon gemachet wird, ſondern ſie ſich auch gröſtentheils in eine zu deren Behauptung hinlängliche Kriegesverfaſſung geſetzet haben, ſo kann man mit Wahrheit ſagen, daß ihre Gewalt der Königlichen ſehr nahe kömt.

Es thut wenig zur Entſcheidung gegenwärtiger Frage, daß nach des Herrn *Rudolph* Anmerkung d. l. §. 24. die Herzoge ſchon zu den Zeiten, als ſie noch Beamte waren, alle Regimentsgeſchäfte beſorget, und alſo das Regimen provinciarum in complexu geführet haben. Daran darf man um deſto weniger zweifeln, da noch heutiges Tages unſere Stadthalter und Landdroſten, auch viele geringere Beamte ein gleiches thun, und nicht nur Streithändel entſcheiden, ſondern auch das Policeyweſen beſorgen, die äuſſerliche Ruhe ungeſtöhret zu erhalten ſuchen, und alle Verordnungen der höchſten Obrigkeit vollſtrecken, wie es nach Herr *Rudolphs* Lehre §. 30. num. III. den Grafen vor Alters oblage. Hier iſt zu unterſuchen: Auf was Weiſe die Reichsſtände aus Beamten Landesherren worden? welches dergeſtalt geſchehen, daß die Kaiſer bald von des einen, und bald von des andern Hoheitsrechts Mitgebrauch ausgeſchloſſen ſind, und die Fürſten manche Befugniß durch Kaiſerliche Privilegia erlanget haben, die anjezt der Landeshoheit anklebet. Manches Recht iſt ihnen auch von den Kaiſern durch die andern mitgetheilte Privilegia entzogen, wie im §. XXI. dargethan worden, welches mit dem vorgegebenen Alter und dem Titulo univerſali des Deutſchen Fürſtenrechts nicht zu reimen iſt.

Unſere Reichsverfaſſung wäre im Hauptwerck unverbeſſerlich, wenn die Reichsſatzungen gebührend befolget würden. Denn anſtatt die zwiſchen ſouverainen Staaten entſtehende Streitigkeiten ſelten ohne groſſes Blutvergieſſen entſchieden werden, ſo ſollte man den zwiſchen den Deutſchen Reichsſtänden ſich hervorthuenden Irrungen nur durch gerechte Erkenntniſſe, ohne der Länder Verderben, abhelfen, und indem die richterliche Hülfe auch den Unterthanen wider ihre Obrigkeiten angedeihet, behindert man ſowohl jener deſpotiſche Unterdrückung, als die Landverderbliche Empörungen, welche der Mißbrauch der höchſten Gewalt vielfältig veranlaſſet.

Drey und zwanzigſte Abhandlung,

enthaltend einen Verſuch des Deutſchen Staatsrechts unter König Rudolph I.

§. I.

Verwirrter Zuſtand Deutſchlandes

Die Regierung König Rudolph I. iſt eine der merkwürdigſten unſerer Deutſchen Kaiſer und Könige. Als er zu derſelben gelangte, hatte die Verwirrung im

im Reich beynahe den Gipfel erreichet, und dieſer groſſe Staatscörper wäre aus einander gangen, wenn es nicht Rudolphs Weisheit behindert hätte. Man lebte damals faſt im Stande der natürlichen Freyheit. Nicht nur dieje nige Streitigkeiten der Fürſten und Stände über ihre Güther und Gerechtſame, welche ſo vielfältig zu entſtehen pflegen, wurden mit dem Degen eigenrichterlich erörtert, weil es an einer Obrigkeit fehlete, von der man Gerechtigkeit erlangen konnte, ſondern es trugen auch viele kein Bedenken, ihre Mitſtände ohne den mindeſten Schein des Rechtens anzufallen, wenn Hofnung vorhanden war, ſelbige zu überwältigen, und dadurch einen Zuwachs an Macht und Anſehen zu erlangen. Sogar mittelbare Unterthanen verübten ſolche Gewaltthätigkeiten. Der Adel legte ſich auf das Rauben, und lebte zum Theil aus dem Stegreif. Selbſt die Landesherren wurden von ihren Lehnleuten nicht ſelten befehdet. Die Unſicherheit der Straſſen thate dem in den Städten wohnenden Handelsmann groſſen Schaden. Er war aber darauf bedacht, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, und ſezten ſich die Städte durch Errichtung ſtarker Mauren und Bündniſſe in ſolche Verfaſſung, daß auch ihre Landesherrn ſie fürchten, und öfters von ihnen vieles Unrecht erdulden muſten. beym Antritt der Regierung König Rudolphs I.

§. II.

König Rudolph ſahe ſehr wohl ein, daß dieſem Unweſen unmöglich anders, als durch die Wiederherſtellung der richterlichen Gewalt geſteuret werden könne. Das Fauſtrecht und die daraus entſtandene bisher gebrauchte zügelloſſe Freyheit, auf einmal gänzlich abzuſchaffen, war aber in ſeinem Vermögen nicht. Er veranlaſſete daher zuforderſt, daß durch beſondere Verträge ein Landfriede auf gewiſſe Jahre beliebet wurde, welches Ao. 1281. in Franken mit Königlicher Genehmhaltung auf 5 Jahr (a), auch in mehreren Ländern geſchahe (b). Wer keine Luſt zu Krieg und Blutvergieſſen hatte, der übergab ſeine Streithändel der Entſcheidung erwählter Schiedsrichter (c), und König Rudolph ſelbſt ſchlichtete im Jahr 1284. eine zwiſchen der Cleriſey zu Speyer und dieſer Stadt entſtandene Irrung, als erkohrner Schiedmann (d), weil man von ihm als Richter keine Entſcheidung begehrte. Die Zwiſtigkeiten, worin er mit einigen Ständen geriethe, wurden mehr auf eben dieſe Weiſe, und durch Kriege, als gerichtlich ausgemachet. Die zwiſchen ihm und dem König Ottocar von Böhmen entſtandene, übergab man der Beurtheilung Biſchofs Berchtold von Würzburg, Pfalzgraf Ludewigs, Biſchofs Bruno von Olmütz und Marggraf Ottens zu Brandenburg. Man verübelte es dem Böhmiſchen König nicht ſowohl, daß er wider König Rudolphen zum Waffen griffe, als daß es geſchahe, ihm einen Fehdebrief zuzuſenden (e). Der im Jahr 1283. mit Er ſuchete die faſt verlohren gegangene richterliche Gewalt wieder herzuſtellen.

Philipp Grafen von Savoyen getroffene Friede verbunde den König, die dem Reich zugehörige Güther und Feſtungen, welche der Graf beſaſſe, bey dieſes Lebzeiten nicht weiter in Anſpruch zu nehmen (f. Als auch Rudolph von den Wetzlarſchen Bürgern den 30ſten Pfennig forderte, darüber ein Streit entſtunde, und dieſer im Jahr 1285. verglichen wurde, erklärte ſich der König, daß er von den Speyeriſchen Bürgern keine Hülfe wider die Stadt Wetzlar begehren wollte, dafern er ſolchem Vergleich zuwider handelte (g). Dieſes alles ſind Merkmale der faſt verlohren gegangenen richterlichen Gewalt. Um ſolche wieder herzuſtellen, brachte es Rudolph endlich im Jahr 1287. dahin, daß auf dem Reichstag verordnet wurde, es ſollte niemand das ihm zugefügte Unrecht ſogleich rächen, ſondern erſt ſeine Klage an den Richter bringen. Widerführe dem Kläger alsdenn kein Recht, ſo mögte er ſeinen Feinden bey Tage abſagen. Man verbande alle Fürſten, und die Gerichte hatten, nach der Länder Sitten und Gewohnheit zu urtheilen, erlaubte niemand ohne des Richters Urlaub zu pfenden, und wollte, daß ein jeder Herr dafür ſtehen ſollte, wenn durch die Seinige jemand beraubet wurde (h). Die Räuber züchtigte der König hart, und zerſtöhrte ihre Schlöſſer, wie er denn im Jahr 1290. deren mehr als 70. vernichtigte (i). Die Art des gerichtlichen Verfahrens war dieſe. Der Richter ſelbſt faſſete keinen Rechtsſpruch ab, ſondern diejenige, mit welchen das Gericht beſetzet war. Solches geſchahe nicht immer mit denſelben Perſonen, ſondern man erwählte die Beyſitzer bey jeder Hegung des Gerichts, aus den zu ſelbiger Zeit bey dem König oder Richter gegenwärtigen, dazu fähigen Perſonen. Auf dieſe Weiſe wurden ſelbſt Rudolphen die Oeſterreichiſche Lande zuerkannt, und von Grafen, Herrn und andern Ständen zu Oeſterreich und Steyer, vermuthlich auf dem Landtage, ein Urthel dahin gefället, daß derſelbe ein Herr, der von Friederich zu Oeſterreich hinterlaſſenen Güther ſeyn, jedoch demjenigen davon zeitlich Recht thun ſolle, der was darauf zu ſprechen habe (k). Der König ſezte einen Hofrichter, der an ſeiner Statt das Gericht hegete. Vielfältig aber thate er es ſelbſt perſönlich (l), und dieſes wurde erfordert, wenn jemand in die Acht zu erklären war (m). Rudolph durchreiſete die Länder der Reichsſtände, ſezte ſich in ſelbigen auf den Richterſtuhl und ſtrafete die Friedebrecher (n). Beſtellete auch daſelbſt wohl andere, die an ſeine Statt über den Landfrieden hielten (o), und hatte alſo concurrentem jurisdictionem mit der ordentlichen Landesobrigkeit.

(a) *Herrgott* in Cod. prob. Genealog. Habsburg. p. 502.

(b) *Lunigs* Reichsarchiv Part Spec. Cont. IV. andern Theils Fortſetzung p. 432. *Datt* de pace publica Lib. 1. C. 5. n. 6. Chronicon Sa-

Saliſburgenſe beym Pez Script. Rer. auſtriac. T. I. p. 373. Herr *Wilckens* Ticemannus p. 100, und in Cod. Diplom. p. 121.

(c) *Joannis* Spicileg. p. 315. *Gudeni* Syllog. p. 480. 481. *Martene* Theſ. annecdot. Tom. I. p. 1194.

(d) *Lehmanns* Speyeriſche Chronic p. 569.

(e) Hiſtoria auſtralis beym Freher T. II. p. 328. 329.

(f) *Lunig* Part. Spec. Contin. I. p. 558.

(g) *Lunig* Part. Spec. Contin. IV. 11ten Theil p. 473.

(h) *Lehmann* d. l. p. 555. 557.

(i) Annales Colmarienſes ad ann. 1284. *Trithemius* in Chron. Hirſaug. ad ann. 1282. 1290. *Schannat.* Hiſt. Wormat. Cod. prob. p. 143. 144. Herr von *Senckenberg* Select. T. II. p. 594.

(k) *Dumont* Corps Diplom. T. I. P. I. p. 267.

(l) Herr von *Senckenberg* Select. T. II. p. 594. *Schannat* Hiſtor. Wormat. T. II. p. 143. 144. 147.

(m) *Lehmann* d. l p. 557.

(n) Hiſtoria de Landgraviis Thuringiac c. 76 *Trithemius d. l.* ad ann. 1290.

(o) Hiſtoria de Landgraviis Thuringiæ d. l.

§. III.

Den Pabſt muſte er zwar auf alle Art bey gutem Sinn zu erhalten ſuchen, maſſen ihn die Exempel ſeiner Vorfahren gelehret hatten, wie gefährlich es ſey, denſelben wider ſich aufzubringen. Er beſtättigte daher im Jahr 1275. mittelſt Eides deſſen Herrſchaft über die in Beſitz habende Güther, und verſprach ihm behülflich zu ſeyn, die verlohrne wieder zu erlangen (a). Jedoch behauptete derſelbe anſehnliche Stücke, der den Deutſchen Kaiſern und Königen bisher zugeſtandenen Gewalt in Kirchenſachen. Das Jus primariarum precum übte er gleich ſeinen Vorfahren (b). Weil das Stift Fulda in Armuth gerathen war, ſo anvertrauete der König dem Grafen von Catzenellenbogen im Jahr 1282. die Verwaltung der Güther deſſelben auf ſechs Jahr (c). Man lieſſe ſich alſo damals nicht in die Gedanken kommen, daß die Kirchengüther von der weltlichen Obrigkeit Gewalt ausgenommen wären. Wie nachtheilig es dem gemeinen Weſen iſt, wenn unbewegliche Güther in der Geiſtlichkeit Hände gerathen, erkannte der kluge König ſehr wohl, und verordnete deswegen im Jahr 1280., daß wenn dem Kloſter Dietzenhoven ſolche durch Schenkung, Tauſch oder Kauf zu Theil würden, es gehalten ſeyn ſollte, dieſelbe binnen Jahresfriſt zu verkaufen (d).

Behauptete die Königl. Gewalt in Kirchen-Sachen.

(a) *Lunig* Spicil. Eccl. Contin. I. p. 171. ſequ. *Martini Poloni* Continuatio apud Eccard. Corp. Hiſtor. T. I. p. 1426.

(b) *Lunig* Part. gen. Contin. II. p. 184.

(c). *Schannat* Cod. prob. Hiſt. Fuld. p. 210.

(d). *Herrgott* Genealog. Habsburg. T. II. p. 528. 529.

§. IV.

Beſaſſe verſchiedene unmittelbare Reichs-Güther, und beſtellete über ſelbige Stadthalter und Verwalter

Zu dieſen Zeiten fanden ſich noch Güther im Reich, die den Königen unmittelbar zuſtunden. Rudolph lieſſe ſolche Städte, Feſtungen und andere Gerechtſame in Sachſen und Thüringen, inſonderheit die Stadt Lübeck, anfangs durch Herzog Albrecht von Braunſchweig und Herzog Albrecht von Sachſen verwalten. Im Jahr 1279. truge er aber dieſe Verwaltung Herzog Albrecht von Sachſen und denen Marggrafen von Brandenburg Johann, Otto, und Conrad auf (a). Die Herzogthümer Oſterreich und Steyermark regierte noch im Jahr 1282. ſein Sohn Albrecht als Vicarius generalis (b). In Tuſcien war im Jahr 1284. Johann de Aveſnis Graf von Hennegau (c), und im Römiſchen Gebieth Graf Heinrich von Fürſtenberg Königlicher Stadthalter (d). Im Jahr 1290. truge Rudolph Grafen Reinald von Geldern die Regierung von Oſtfriesland dergeſtalt auf, daß er Recht und Gerechtigkeit darin handhaben, die Gerechtſame des Reichs wieder herbeybringen, wenn er es nöthig fünde, Steuren und Beeden erheben, Richter und Amtleute beſtellen, Verordnungen machen, und darüber halten, und alles was der König ſelbſt thun würde, daferne er gegenwärtig wäre, verrichten, die Aufkünfte aber berechnen, und das Land nicht ausantworten ſolle, bevor ihm erſetzet worden, was er an deſſelben Wiederherbeybringung und beſſere Einrichtung verwenden mögte, ohne daß demſelben die empfangene Geſchenke anzurechnen wären (e). In eben dieſem Jahr geſchiehet Meldung Ottonis de Anehalt judicis Capitanei a gloriosiſſimo Rom. Rege Rudolpho per Saxoniam de conſenſu Principum conſtitui (f).

(a) Origines Guelficae T. IV. praef. p. 3. *Ludewig* in Reliqu. MSS. T. II. p. 250.

(b) *Herrgott* d. l. p. 506. *Hundius* Metrop. Salisburg. T. II. p. 45.

(c) *Martene* Theſ. Anecdot. Tom. I. p. 1192.

(d) *Köhlers* Reichshiſtorie p. 260.

(e) *Lunig* Spicil. Secular. P. II. p. 1860.

(f) *Heineccius* Antiquit. Goslar. p. 308.

§. V.

Bemühete ſich, die veräuſſerte Reichs-Güther

Die veräuſſerte Reichsgüther ſuchte Rudolph, ſo viel möglich, wieder herbeyzubringen. Er erklärte im Jahr 1281. alle Verfügungen von denſelben, welche nach der Abſetzung Kaiſer Friederich II. von König Richard und ſeinen Vorfahren ohne Genehmhaltung des gröſten Theils der Churfürſten gemachet wor-

worden, für nichtig, und ſezte manche in Franken und Schwaben, von dem hohen Adel unter das Joch gebrachte Stadt, wieder in Freyheit (a). Inſonderheit trug derſelbe im Jahr 1279. Herzog Albrecht von Sachſen und Marggrafen Johann, Otten, und Conrad von Brandenburg auf, die veräuſſerte Reichsgüther in Sachſen und Thüringen einzuziehen (b). Eine ſolche Commiſſion erhielte auch im Jahr 1291. der Graf von Bichlingen Königl. Burggraf zu Kifhauſen, und eben zu dieſer Zeit wurde die Terra Pliſnenſis eingelöſet (c). Der Kirche zu Bern ertheilte Rudolph im Jahr 1273. die Verſicherung, daß ihre Güther nimmer auch im Nothfall vom Reich veräuſſert werden ſollten (d), und verſprach im Jahr 1286. den Städten Memmingen und Kaufbeuern, daß er ſie nicht verkaufen, verpfänden oder vertauſchen wolle (e). So ſorgfältig auch dieſer Herr war, die verlohrne Reichsgüther wieder zu erlangen, ſo lieſſe er ſich doch zu einigen Veräuſſerungen bewegen. Den Bürgern zu Gelnhauſen ertheilte derſelbe im Jahr 1275. die Befugniß, das Fallholz im Büdinger Walde zu ſammlen (f). Die Stadt Mühlhauſen wurde von ihm im Jahr 1278. dem Landgrafen von Thüringen auf den Fall, der ihm von dieſen wider den König von Böhmen leiſtenden Hülfe dergeſtalt verpfändet, daß er daraus jährlich 50 Marck Silbers erheben, und den Schultheiſſen beſtellen ſollte, welcher, mit Rath und Genehmhaltung der Bürger, Recht ſprache (g). Der König ſchenkte im Jahr 1279. dem Biſchof zu Baſel, das ihm in dieſer Stadt gebührende Zoll-Holtz, wogegen ſelbiger die zeitliche Kaiſer, wenn ſie ſich zu Baſel aufhielten, mit der nöthigen Feurung verſehen ſollte (h). Henrichen von Plawen lieſſe Rudolph im Jahr 1281. Aſche und Selewen für 600 Mark Silbers Pfandsweiſe über (i), und erlaubte im Jahr 1283. dem Kloſter Godenzelle Reichslehne, welche nicht über 100 Mark werth, an ſich zu bringen (k), imgleichen im Jahr 1285. dem Kloſter Schönefeld ſolche Lehne zu beſitzen, wenn ſie nicht über 30 Mark Silbers ertrügen (l), und verpfändete einige Reichsſtädte (m). In Italien ertheilte er verſchiedenen Städten ſofern die Freyheit, daß ſie von der Gewalt der Kaiſerl. Statthalter loßgeſprochen wurden (n).

wieder herbey zu bringen.

Er ſelbſt veräuſſerte jedoch einige.

(a) *Lunig* Part. Gen. Cont. II. p. 185. Hiſtoria auſtralis beym Freher T. I. p. 327. Chronicon Leobienſe beym Petz in Scriptor. Rer. auſtriac T. I. p. 841. 863. 864.

(b) *Ludewig* in Reliq. MSS. T. II. p. 250.

(c) *Leuckfeld* vom Kloſter Kelbra p. 67. Herr *Wilckens* Ticemannus p. 258.

(d) *Herrgott* d. l. p. 438.

(e) *Lunig* Part. Spec. Cont. IV. p. 1250. 1251. 1415.

(f) *Lunig* d. l. p. 786.

(g)

(g) *Gudeni* Sylloge p. 608.

(h) *Herrgott* d. l. p. 490.

(i) *Lunig* Part. Spec. Cont. II. von Grafen und Herren p. 201.

(k) *Lunig* Spicil. eccl. P. III. von Abbatiſſinnen p. 101.

(l) *Gewold* ad Hund. T. III. p. 227.

(m) Ann. Colmarienſes ad ann. 1285.

(n) *Köhlers* Reichshiſtorie p. 259.

§. VI.

Die Könige erhoben einige in den Für ſten- und hohen Adelſtand.

Eines der wichtigſten Kaiſerlichen Rechte iſt von jeher die Befugniß gewesen, allerhand Würden und Privilegien zu ertheilen, welche auch König Rudolph nicht ſelten geübet hat. Er gabe dem Trierſchen Erzbiſchof im Königreich Arelat, wie Schurtzfleiſch in Diſſ. Num Carolus IV. diſſipaverit Regnum Arelatenſe §. 14. lehret, das Erzcanzleramt, lieſſe verſchiedenen Perſonen Standeserhöhungen angedeihen, machte im Jahr 1274. den Abt zu Einſiedel zum Reichsfürſten (a), und eben dieſe Würde erhielten die Aebte zu Benedict-Bayern und Werden (b). Im Jahr 1273. erhub Rudolph die Gräfin von Hanau eine gebohrne von Münzenberg, und ihre Söhne, in den hohen Adelſtand (c), wie auch im Jahr 1278. die Eliſabeth von Miltiz Marggrafen Henrichs von Meiſſen zweyte Gemahlinn, und ihre mit demſelben erzeugte Kinder (d). Dieſe Gnade ertheilte er, ohne daß es nöthig war, der Reichsſtände Genehmhaltung auszubringen. Die Hanauiſche Standeserhöhung beſtärckten jedoch die Churfürſten mit ihrer Einwilligung, vermuthlich, weil es der Graf zu mehrerer Sicherheit begehrte. Von Albrecht von Hale wird auch gemeldet, quod ſua virtute & ſtrenuitate meruerit, a Domino Rudolpho Romanorum Rege honore & nomine Comitis inſigniri (e).

(a) *Herrgott* d. l. T. III. p. 442.

(b) *Petz* Theſaur. Anecdot. T. III. P. III. p. 645. 646. *Meichelbeck* Chronici Benedicto Burani p. 131. 140. *Schaten* Ann. Paderborn. P. II. Lib. 12. p. 169.

(c) *Lunig* Part. Spec. Contin. II. von Grafen und Herren p. 519. 521.

(d) *Lunig* Part. Spec. Cont. II. p. 178. Die Söhne erſter Ehe kehrten ſich jedoch daran wenig, und der Sohn zweyter Ehe wurde nach des Vaters Tode zur gleichen Theilung der Lande nicht gelaſſen. S. Herr *Wilckens* Ticemannum p. 37. 38.

(e) *H. Steronis* Annales ad an. 1279.

§. VII.

Ertheilete allerhand Privilegien.

Im Jahr 1274. erhielte das Kloſter Pfulingen vom König die Freyheit eigene Hirten zu halten, und gewiſſe unbewegliche Zinsgüther des Reichs an ſich

ſich zu bringen, welche ſonſt nur von den Zinsleuten, die man Genoſſen nannte, beſeſſen werden konnten (a). Der Stadt Worms verſprach er im Jahr 1283, ſie künftig nicht zu nöthigen, einen Todtſchläger wieder aufzunehmen (b), woraus erhellet, daß damals die Kaiſer das Recht gehabt, Miſſethäter in den Reichsſtädten zu begnadigen. Die Städte Memmingen und Kaufbeuern brachten eine Verordnung aus, daß keinem Rittersmann und Mönch erlaubet werden ſollte, in denſelben einiges Guth erblich an ſich zu bringen (c), und in der Stadt Mühlhauſen ſollten bürgerliche Güther nur an Bürger verkaufet werden. Der König befreyte ſie auch Anno 1290. vom Landgerichte, wenn nicht jemanden in der Stadt die Juſtitz verſaget ſey (d). Dem Abt zu St. Maximin verliehe Rudolph im Jahr 1373. das Näherrecht an der Vogtey des Kloſters und den Kirchengüthern, welche die Vögte veräuſſern wollten (e). Es iſt daher nichts neues, daß im XVIten Jahrhundert die Kaiſer der freyen Reichs-Ritterſchaft eben dieſes Recht an den Güthern ihrer Nebenbürtigen mitgetheilet haben. Vermuthlich ſind darüber Beſchwerden geführet, daß das Kaiſerliche Recht Privilegien zu geben ein und ander mal zu weit ausgedehnet worden, welche den König veranlaſſet haben, im Jahr 1283. die Erklärung zu thun, daß die Freyheiten, womit er verſchiedene Städte und andere Oerter begabet hatte, dem Reich und der Geiſtlichkeit unſchädlich ſeyn ſollten (f).

(a) *Ludewig* in Reliq. MSS. Tom. X. p. 154.
(b) *Ludewig* d. l. Tom. II. p. 240.
(c) *Lunig* Part. Spec. Cont. IV. p. 1415. 1416. 1250. 1251.
(d) Herr *Grasshof* de Originibus Mühlhuſae p. 198. 199.
(e) *Hontheim* Hiſt. Trevir. T. I. p. 801.
(f) *Lunig* Spic. Eccleſ. P. I. p. 811.

§. VIII.

Auch das Stadt-Recht.

Das Stadtrecht muſte zu Zeiten von den Königen ausgewirket werden. Im Jahr 1276. begabte Rudolph Braubach mit den Freyheiten, welche andere Reichsſtädte hatten (a), imgleichen im Jahr 1291. Meyen (b), wodurch ſie zwar zu Städten des Reichs, nicht aber zu unmittelbaren Reichsſtädten gemachet wurden. Er erlaubte im Jahr 1288. dem Biſchof von Baſel die Burg Schloſperg zu erbauen, und zu befeſtigen (c), und dem Biſchof von Paderborn zwey Feſtungen in ſeinem Stift anzulegen (d). Als auch im Jahr 1291. Reinold Graf von Geldern zu Stavern an der Velow ein neues Schloß aufführen wollte, wirkete er die Kaiſerliche Genehmhaltung dazu aus (e). Ich werde unten verſchiedene Schlöſſer anführen, welche ohne Kaiſerliche Genehmhaltung neu erbauet ſind. Daß darüber zwiſchen dem Biſchof von Baſel und Grafen von Mom-

pelgard Streit entſtanden, ergiebet der im Jahr 1283. errichtete Vergleich, mittelſt deſſen ſie ſich verbanden, einer den andern nicht zu hindern, auf dem Ihrigen Feſtungen zu bauen (f).

(a) Herr von *Senckenberg* in Selectis T. II. p. 593.

(b) Herr von *Hontheim* Hiſt. Trevir. T. I. p. 823.

(c) *Herrgott* d. l. p. 537. 538.

(d) *Schaten* Ann. Paderborn. T. II. p. 169.

(e) Hiſt. Gelr. l. 6. p. 168.

(f) *Herrgott* d. l. p. 512.

§. IX.

Das Recht einen Markt zu halten. Das Münzrecht. Bergwerken. Die Einſchränkung des Kampfrechts. Der König beſtättiget die Handlungen der Fürſten.

Der Stadt Rotenburg erlaubte der König im Jahr 1282. jährlich einen Markt zu halten (a). Mit dem Münzrecht begabte er, dem Grafen von Geldern zu Gefallen, die Stadt Arnheim (b) und mit Bergwerken im Jahr 1277. den Biſchof von Freiſingen (c). Das Kampf- und Kolbenrecht wurde von ihm im Jahr 1274. und 1291. dahin eingeſchränket, daß kein Rotenburgiſcher Bürger von einem Fremden, noch ein Gelnhäuſer auſſer der Stadt zum Kampf ſollte können gefordert werden (d). Im Jahr 1290. beſtättigte er eine Schenkung Herzog Albrechts von Sachſen, vermöge welcher derſelbe dem Kloſter Neuwerk die Vogtey über 21. Hufen Landes mittheilte (e).

(a) *Lunig* Tom. XIV. p. 335.

(b) *Lunig* C. G. D. T. II. p. 1755.

(c) *Ludewig* in Reliqu. MSS. T. X. p. 160.

(d) *Lunig* Part. Spec. Cont. IV. P. I. p. 787. & P. II. p. 335.

(e) *Heineccii* Antiq. Coslar. p. 309.

§. X.

Von den Rechten der Churfürſten.

Von den Kaiſerlichen Rechten ſchreite ich nunmehr zur Erzählung derjenigen, welche in dieſen Zeiten durch die Stände des Reichs geübet ſind. Die Wahl Rudolph I. hatte der Churfürſten Recht den erledigten Kaiſerlichen Thron mit Ausſchlieſſung der übrigen Reichsſtände hinwieder zu beſetzen, treflich beſtättiget, und dieſer König thate es noch mehr durch verſchiedene gemachte Verfügungen. Die zwiſchen den Häuſern Bayern und Pfalz wegen der Churwürde entſtandene Streitigkeit entſchiede er im Jahr 1275. dahin, daß ſie beyde die Kaiſerwahl verrichten, jedoch nur eine Stimme führen ſollten (a). Den Königen von Böhmen beſtättigte Rudolph im Jahr 1289. und 1290. das Erzſchenkenamt, und die Befugniß einen Kaiſer mit den übrigen dazu berechtigten Fürſten zu erwählen (b). Die den Pfalzgrafen beym Rhein von Alters anvertrauete Verwaltung des Reichs bey Erledigung des Kaiſerlichen Throns erſtrekte er auf Oeſterreich

und

und Steyermark (c). Seit dieſen Zeiten ſind die Wille-Briefe der Churfürſten in den Reichshandlungen üblich worden (d). Die Beſtättigung der Freyheiten des Römiſchen Stuhls wurde von den Churfürſten genehmiget (e). Dieſe willigten auch in die Oeſterreichiſche Privilegien im Jahr 1283. (f), und Erzbiſchof Werner zu Maynz, Herzog Johann zu Sachſen, und Marggraf Otto zu Brandenburg in die dem Jahann de Aveſnis ertheilte Belehnung mit dem Lande Alloſt (g). Daß die Standeserhöhung der Gräfin von Hanau und ihrer Kinder ſogar von den Churfürſten beſtättiget iſt, habe ich oben §. VI. geſaget. Nachdem, wie daſelbſt gemeldet worden, verſchiedener Kaiſer Verfügungen, welche die Churfürſten nicht gebilliget hatten, für unkräftig erkläret worden, ſuchte man, um ſich in völlige Sicherheit zu ſtellen, deren Einwilligung auszubringen.

(a) *Folneri* Cod. Diplom. Palat num. 107.

(b) *Lunig* Part. Spec. Cont. I. erſte Fortſetzung p. 10.

(c) *Leibnitz* in Mantiſſa Cod. jur. gent. Diplom. p. 102.

(d) Herr Profeſſor *Köhler* in der Deutſchen Reichshiſtorie p. 259. Herr von *Beulwitz* de Conſenſu S. R. I. Electorum ad concedenda Imperii feuda tempore Rudolphi I. in uſum veniente. Herr Prof. *Walchii* Comm. de Litteris Electorum conſenſionis teſtibus.

(e) *Lunig* Cont. Spic. eccleſ. p. 181.

(f) *Lunig* Cont. unter Oeſterreich p. 9.

(g) *Martène* Theſ. Anecdot. T. I. p. 1132. 1161. 1190.

§. XI.

Alle Reichs-Stände waren bereits zu großer Macht gelanget.

Daß dieſer und der übrigen Reichſtände Macht und Anſehen ſchon damals ſehr groß geweſen, iſt um deſtoweniger befremdlich, weil die Kaiſerliche Gewalt, welche ihnen Schranken ſetzen ſollen, ſeit ſo langen Jahren in den letzten Zügen gelegen, und König Rudolph die Kräfte mangelten, allem eigenrichterlichen Verfahren dergeſtalt Ziel und Maaß zu ſezen, wie es die gemeine Wohlfart erforderte. Die Stände wurden genöthiget, ſich und die ihrige durch Bündniſſe wider die Stöhrer der gemeinen Ruhe in Sicherheit zu ſtellen, und mittelſt des im Jahr 1287. auf dem Reichstag beliebten allgemeinen Landfriedens, denen Fürſten deſſen Verbeſſerung ausdrücklich erlaubet (a). Da man es ihnen nicht zum Verbrechen deutete, wenn ſie ſelbſt wider den König die Waffen führeten, wie in §. II. gemeldet worden, ſo iſt leicht zu ermeſſen, daß ihre Unterwürfigkeit nicht die gröſte geweſen. Inzwiſchen wurde es dennoch als eine ſtrafbare Verabſäumung ihrer Pflichten angeſehen, wenn ſie ſich auf eine ergangene Ladung beym Königlichen Hofe nicht einfanden (b).

(a) *Lehmanns* Speiriſche Chronic, p. 558.

(b) Chronica Auſtralis beym Freher T. I. p. 327. Chronic. Salisburgenſe beym Petz in ſcript. auſtriacis T. I. p. 373.

§. XII.

Und mit den mehreſten Regalien verſehen.

Sie waren mit den mehreſten Regalien verſehen, und da auch Unterthanen ihre widerwärtige befehden durften, Fürſten und Herren vielmehr befugt, Kriege zu führen, und Frieden zu ſchlieſſen. Sie baueten ſelbſt Feſtungen, und erlaubten ihren Unterthanen es gleichfalls zu thun. Die Stadt Roſtock muſte daher im Jahr 1278. mit Woldemar Herrn zu Roſtock einen beſonderen Vertrag errichten, um zu behindern, daß er binnen einer Meile von dieſer Stadt keinen befeſtigten Ort anlegte (a), und Herzog Albrecht von Oeſterreich erlaubte im Jahr 1293. Conrad Herrn von Pottendorf ſein Schloß bey Ebenfurt wieder aufzubauen (b).

Die Fürſten erhoben Schatzungen von ihren Unterthanen, und von fremden Ungeld, wovon Hertzog Johann zu Sachſen die Hamburger im Jahr 1274. in ſeinem Lande befreyete (c). Der König erlaubte ſogar Graf Reinald von Geldern, welcher, wie im §. IV. gemeldet iſt, Oſt-Friesland nur anſtatt deſſelben auf einige Zeit regieren ſollte, Steuren und Beeden zu erheben, wenn er es nöthig zu ſeyn erachtete, daher keinen Zweifel leidet, daß es euch Erbherrn thun dürfen. Dieſe gaben ihren Unterthanen Privilegien, und beſtättigte im Jahr 1281. der König dem Kloſter Alderſpach die Freyheit von der Mauth, die demſelben Herzog Leopold von Oeſterreich ertheilet hatte (d), und Herzog Albrecht von Oeſterreich im Jahr 1286. dem Kloſter zum heiligen Kreutz die Rechte, welche ſelbiges ſowohl von den Kaiſern und Römiſchen Königen, als den Oeſterreichiſchen und Steyriſchen Fürſten erhalten (e).

Mit dem Münzrecht waren viele Reichsſtände begabet (f), deſſen ſie auch andere theilhaftig machten, und erhielten es die Leipziger Bürger im Jahr 1273. von Marggraf Dieterich zu Landsberg (g).

Den geiſtlichen Fürſten muß man angemuthet haben, dem König eine Beyſteuer zu geben, weil ſie es für nöthig erachtet, ſich davon frey ſprechen zu laſſen (h). Die Fürſtenthümer waren theilbar, mithin das Erbrecht auf das weiteſte ausgedehnet (i).

(a) *Lunig* Part. Spec. Cont. IV. P. II. p. 683.

(b) *Ludewig* in Reliqu. MSS. T. IV. p. 268.

(c) *Lambecius* Rer. Hamburg. Lib. 2. p. 3. Chronicon Clauſtro-Neoburgenſe beym Pez Rer. Auſtr. T. I. p. 466.

(d) *Gewold* ad Hund. Tom. II. p. 45.

(e) *Ludewig* in Reliqu. MSS. T. IV. p. 266. 267.

(f)

(f) *Schannat* Cod. Prob. Hiſt. Wormat. p. 143 144.

(g) *Lunig* d. l. p. 543.

(h) *Herrgott* d. l. p. 473.

(i) *Steronis* Annales ad ann. 1290. *Trithemius* in Chron. Hirſaug. ad ann. 1285.

§. XIII.

Dieſem allen ohngeachtet darf man ſich nicht vorſtellen, daß die Reichsſtände ſolche groſſe und mächtige Herrn geweſen, wie ſie anjezt ſind. Die durch das Fauſtrecht veranlaſſete Schmälerung der Obrigkeitlichen Gewalt, welche der Königlichen Hoheit ſo groſſen Abbruch thate, gereichte auch der Landesherrlichen nicht ſelten zum empfindlichſten Nachtheil. Nur diejenige Unterthanen gehorſamten ihren Obern, denen die Kräften fehleten, ſich ihnen zu widerſetzen. Damit aber war der Adel und die Städte vielfältig verſehen. Jener befeſtigte ſeine Wohnungen, und machte ſie vor Erfindung des Pulvers öfters unüberwindlich. Ein ſolcher Ort konnte mit weniger Mannſchaft wider eine weit gröſſere Macht vertheidiget werden. Die Freundſchaft deſſen Beſitzers war demnach ſchätzbar, und wenn ihn der Landesherr nur ſauer anſahe, ſo verbande er ſich mit ſeinem Feinde, truge dieſem wohl gar einen Theil ſeiner Güther zu Lehn auf, und räumte demſelben das Oefnungsrecht ein. Dergleichen Verträge wurden für erlaubet gehalten, obwohl dieſelbe mit der Pflicht nicht gereimet werden konnten, welche ein Landſaß ſeinem Landesherrn ſchuldig iſt, ſie auch dem gemeinen Weſen höchſt ſchädlich waren. Weil man aber dergeſtalt nicht ſelten fremde Unterthanen an ſich zoge, ſo muſte man geſchehen laſſen, daß es andere gleichfals thaten. Vielfältig machten auch mehrere von Adel ein Bündniß wider ihren Herrn, ſendeten ihm einen Fehdebrief zu, und kündigten demſelben zugleich die Lehne auf, welche ihnen demnächſt bey erfolgtem Frieden wieder verliehen werden muſten (a). Die gröſſere Städte machten es nicht beſſer. Dieſe zu erobern, durfte kein Fürſt ihrer ſtarken Mauren und vieler nahmhafter Einwohner halber, hoffen. Sie gaben ſich wohl gar in anderer Fürſten Schutz, oder errichteten mit ihnen Bündniſſe. Solchem Unweſen zu ſteuren, vermogten die Landesherrn nicht. Man wuſte damals von keinem perpetuo milite, und war des zu Kriegesdienſten verbundenen Lehnadels nicht dergeſtalt mächtig, wie heutiges Tages der geworbenen Soldaten. Deswegen konnten auch diejenige, welche groſſe Länder beherrſcheten, nicht leicht groſſe Kriegesheere bey einander bringen, und ſich in und auſſer ihren Fürſtenthümern furchtbar machen. Man nahme zwar auch zu ſelbigen Zeiten wohl tapfere Kriegesleute in Sold. Dieſer aber wurde aus den Cammergüthern gereichet,

Jedoch bey weitem nicht ſo mächtig, als heutiges Tages.

weil die Unterthanen ſich nur ſelten bewegen lieſſen, Steuren aufzubringen, und alſo fehlete es denen Herren an Vermögen viele Söldner zu unterhalten. Sie hatten keine freye Hände im Lande zu verordnen, was ihnen gut deuchte, ſondern wenn ein neues Geſetz gemachet werden ſollte, ſo lieſſe man es gemeiniglich auf der Schöppen Urtheil ankommen, welche aus der Landſchaft genommen wurden (b). Deßwegen erfordert der Reichsabſchied vom Jahr 1287. daß die Fürſten mit der Landherrn, d. i. mit ihrer Stände Rath, den Landfrieden verbeſſern mögen (c). Auch die Entſcheidung der entſtandenen Streithändel geſchahe nicht von der höchſten Obrigkeit nach ihren und ihrer Diener Gutdünken, ſondern dem Erkenntniß der Schöppen gemäß, welche, wenn die Sache einen Rittersmann betraf, aus dem Adel, wenn man aber wider einen Bürger Recht ſuchte, aus der Bürgerſchaft genommen wurden (d), und bey ſolchen Erkenntniſſen bliebe es an einigen Orten ſchlechterdings, ohne daß eine Appellation an den Landesherrn verſtattet wurde, wie denn in den Privilegien der Stadt Hameln verſeden iſt, daß eine vor dem daſigen Fürſtl. Vogt entſchiedene Sache angeſehen werden ſolle, als wenn ſie vor dem höchſten Vogt und Landesherrn entſchieden ſey (e). Die Cammergefälle der mehreſten Fürſten waren auch bey weitem ſo anſehnlich nicht als anjetzt, da ihren Landen ſo manche ſchöne Graf- und Herrſchaft einverleibet, und zu einem Fürſtl. Amt gemachet iſt, von welchen viele erloſchene Gräfliche und Freyherrliche Häuſer ihr reichliches Auskommen hatten. Nichts ſchränkte aber der Landesherrn Gewalt ſo ſehr ein, als die concurrens jurisdictio Regis, welcher das Reich durchreiſete, und an allen Orten, wo er ſich befande, die Gerechtigkeiten handhabete, mithin ſonder Zweifel vieles wider den Willen der ordentlichen Obrigkeit verfügte, weil ſich inſonderheit die von dieſer unzufrieden waren, an ihn wendeten. Von der Territorialhoheit, womit die Deutſche Reichsſtände heutiges Tages verſehen ſind, wuſte man alſo damals nichts, ſondern die Juſtitia alta war das höchſte Recht, welches einem Fürſten verliehen wurde (f). Wie furchtbar ein König noch zu ſelbigen Zeiten den groſſen Fürſten geweſen, erhellet daher, daß der Herzog von Bayern anfangs Bedenken getragen, dem tapfern Rudolph ſeine Stimme zu geben, weil er beſorgte, es möchte ſelbiger ahnden, daß er ſeine Gemahlinn aus ungegründeter Eiferſucht ums Leben bringen laſſen.

(a) Meine Nebenſtunden P. I.

(b) Nebenſtunden P. II. P. III.

(c) *Lehmanns* Speiriſche Chronic. p. 558.

(d) Nebenſtunden P. I. In Herr *Wilckens* Ticemanno Codic. Diplom. n. 57.

n. 57. leſen wir: Et ſi predicti ruſtici de Blumberch aliquos malefactores arriperent, & illos judicarent, & tunc illos in Choſtdorf ſub patibulo ſecundum eorum merita interirent. Das peinliche Halsgericht wurde alſo mit Bauren beſetzet, und dieſe erkannten die Todesſtrafe.

(e) *Ludewigs* Reliqu. MSS. Tom. X. p. 30.

(f) *Hontheim* Hiſt. Trevir. Tom. I. p. 824.

(g) *Albertus* Argentinenſis p. 100.

§. XIV.

Von den in Gerichten üblichen Rechten.

Die Gerichte ſprachen zwar zu dieſen Zeiten noch nach den alten Deutſchen Rechten, und alle Fürſten und Richter wurden im Jahr 1287. angewieſen, nach des Landes Sitt und Gewohnheit zu richten (a). Inzwiſchen findet man ſchon den fremden Rechten gemäß errichtete Teſtamente (b) und im Jahr 1284. bezoge ſich Pfalzgraf Heinrich in einer Urkunde auf den L. Corneliam (c).

Merkwürdig iſt es, daß auch bereits im Jahr 1282. der Biſchof von Baſel Magiſtrum Henricum de Viſchinun Carpentarium mit einem Ritterlehn belehnet hat, welches dieſer von Burchardo milite de Haitluowe käuflich an ſich brachte (d).

(a) *Lehmanns* Speyriſche Chronic. p. 555.

(b) *Gudeni* Cod. Diplom. T. II. p. 140.

(c) *Gewold* ad Hund T. II. p. 350.

(d) *Herrgott* d. l. p. 504.

Vier und zwanzigſte Abhandlung,

enthaltend eine Erörterung der Frage: Ob und welchergeſtalt Deutſchland im IX. X. XI. und XIIten Jahrhundert ein Erbreich geweſen.

§. I.

Wie fern Deutſchland zu der Carolinger Zeiten ein Erbreich geweſen.

Die der Deutſchen Alterthümer kündigſte Gelehrte können ſich darüber nicht vereinigen: Ob unſern Königen im IX. X. XI. und XIIten Jahrhundert ein Erbrecht am Reich zugeſtanden, oder ob ſie die Crone der Wahl zu danken gehabt? Wir leſen vielfältig, daß dieſelbe erwählet worden, zugleich aber, daß ſie ſich auf ein Erbrecht berufen, und ihre Nachfolger ernennet haben. Der ſcharfſinnige Präſident *Monteſquiou* löſet in ſeinem Buch de L'Eſprit des Loix meines Ermeſſens den Knoten ſehr wohl auf, und vereiniget die Hiſtorienſchreiber, welche einander zu widerſprechen ſcheinen, wenn er L. 31. C. I. p. 514. ſich alſo vernehmen läſſet: La couronne au commencement de la ſeconde race

fut

fut elective, parce que le peuple choiſit; elle fut héréditaire, parce qu'il choiſit toujours dans la même famille. In den Originibus Guelficis Tom. II. p. 237. ſiehet man die Sache faſt eben ſo an, wenn behauptet wird, Germaniæ regnum verbis quidem electivum, re autem ipſa, ſcilicet ſi maſculi heredes ſive liberi generis maſculini ſupererant, hereditarium fuiſſe. Ich will die Beweißthümer dieſer Meynung beybringen, und ſie erläutern.

§. II.

Man legte den Königen ein Erbrecht bey.

Daß die Päbſte das Fränkiſche Reich erblich zu machen geſuchet, lehret uns *Regino* ad ann. 753. alſo: Francorum proceres apoſtolica benedictione ſanctificans authoriate St. Petri ſibi a Chriſto tradita obligavit & obteſtatus eſt, ut nunquam de altare ſtirpe per ſuccedentium temporum curricula, ipſi vel quique ex eorum progenie orti Regem ſuper ſe præſumant aliquo modo conſtituere, niſi de eorum progenie, quos & divina providentia ad fidem apoſtolicam tuendam eligere, & per eum videlicet S. Petri Vicarium, imo Domini noſtri Jeſu Chriſti in poteſtatem regiam dignata eſt ſublimare, & unctione ſacratiſſima conſecrare. Eben dieſer Hiſtorienſchreiber ſetzet auſſer Zweifel, wie man dafür gehalten, es gebühre der Nachkommenſchaft des Pipins die Crone. Er ſchreibet ad ann. 866.: Circa hæc tempora Ludowicus Rex fratris ſui Caroli regnum cum exercitu ingreſſus eſt, geſtiens occidentalia regna ſuo dominatui ſubjugare, fratrique præripere *debitam portionem*, *quæ ei ſorte ac funiculo hereditatis competenter acciderat;* Jmgleichen ad ann. 883.: Ea tempeſtate Carolus Imperator in Italia morabatur, ubi diverſis legationibus Germaniæ ac Galliæ pulſatur, *ut ad ſuſcipienda regna ſibi hereditario jure competentia*, feſtinaret, & periclitanti imperio ſuccurreret, quot, capite amiſſo, ludibrio hoſtibus erat; Und ad ann. 888.: Poſt cujus (Caroli Craſſi) mortem regna, quæ ejus ditioni paruerant, *veluti legitimo deſtituta herede*, in partes a ſua compage reſolvuntur, & jam non naturalem dominum præſtolantur, ſed unum quodque de ſuis viſceribus Regem ſibi creari diſponit. Die Könige beſtimmeten ſogar ihre Nachfolger, und theilten das Reich unter ihre Söhne. Wir leſen beym *Regino* ad ann. 855.: Lotharius convocatis primoribus regni imperium filiis ſuis diviſit. Ludovico Italiam tradidit, eumque Imperatorem appellari fecit: Aequivoco vero idem Lothario regnum, quod ex ſuo nomine vocatur, conceſſit: Carolo autem, qui junior natu erat, Provinciæ regnum largitus eſt, und in den Annalibus Francorum Fuldenſibus ad ann. 840.: Hlutarium de Italia ſero venientem Franci loco patris ejus ſuper ſe regnaturum ſuſcipiunt. Hunc enim ferunt Imperatorem morientem deſignaſſe, ut poſt ſe regni gubernacula ſuſciperet, miſſis ei inſigniis regalibus, hoc eſt, ſceptro imperii & coro-

corona. Quod fratres ejus non conſentientes contra eum inſurgere parant. Mehrere Exempel will ich in folgendem anführen.

§. III.

Hingegen meldet eben der *Regino* ad ann. 750.: Pipinus ſecundum morem Francorum *electus in Regem*, & unctus per manum ſanctæ memoriæ Bonifacii Moguntiacenſis urbis Archiepiſcopi, & elevatus eſt a Francis in regno in Sueſſionis civitate. Inſonderheit ſind folgende Worte eines Briefes, welchen der Maynziſche Erzbiſchof Hatto an den Pabſt abgelaſſen, merkwürdig: Quia timor magnus aderat, ne ſolidum regnum in partes ſe ſcinderet, divino, ut credimus, inſtinctu factum eſt, ut filius ſenioris noſtri, quamvis parviſſimus, *communi conſilio principum & totius populi conſenſu in regem elevaretur*, & quia reges Francorum ſemper ex uno genere procedebant, maluimus *priſtinum morem* ſervare, quam nova inſtitutione inſidere (a). Indem alſo Ludewig das Kind erwählet wurde, geſchahe nichts neues, ſondern die Deutſche blieben bey dem alten Gebrauch, vermöge deſſen ſich zwar vor geſchehener Wahl kein Königlicher Prinz der Regierung unterzoge, ſolche ihm aber vom Volk gemeiniglich aufgetragen wurde. Man ſahe es als etwas hartes an, die Nachkommen der Könige ohne erhebliche Urſachen vorbey zu gehen. Ob aber eine ſolche Urſach vorhanden ſey, beurtheilten die Reichsſtände, und wurde keiner auf den Thron erhoben, bevor ſelbige zu erkennen gegeben hatten, daß ſie nichts an ihm auszuſetzen fänden. Es entſtunde ein Zweifel, ob Ludewig dem Kinde, welcher ſeiner jungen Jahre halber untüchtig war, das Regiment zu führen, ſolches zu übergeben ſey. Aus Hochachtung gegen ſeine Königliche Vorfahren, und um eine Trennung des Reichs zu verhindern, wurde er dennoch der Crone theilhaftig gemachet. Wenn die Könige ihre Nachfolger beſtimmeten, ſo riefen ſie ſolcherwegen die Stände zuſammen, und bewegten ſelbige ihren Willen zu genehmigen. Alſo machte es Pipin im Jahr 768., wie *Fredegarius* Scholaſticus beym Freher Rer. Franc. T. I. p. 166. folgendergeſtalt erzählet: Cernens quod vitæ periculum evadere non poſſet, omnes proceres ſuos, Duces & Comites Francorum tam Epiſcopos, quam Sacerdotes ad ſe venire præcepit, ibique *cum conſenſu Francorum* & procerum ſuorum ſeu & Epiſcoporum regnum Francorum, quod ipſe tenuerat, æquali ſorte inter prædictos filios ſuos Carolum & Carlomannum, dum adhuc ipſe viveret, inter eos diviſit; Und daß die Stände eine ſolche Theilung ausdrücklich bedungen haben, lehren uns dieſe Worte des *Eginhardi* beym Freher d. l. p. 434.; Franci facto ſolenniter generali conventu ambos ſibi reges conſtituunt, *ea conditione præmiſſa*, ut totum regni corpus ex æquo partirentur, & Carolus eam partem, quam pater eorum Pipinus tenuerat, Karoloman-

Die Könige wurden vom Volk erwählet.

nus vero eam, cui patruus eorum Karolomannus praeerat, regendi gratia ſuſciperet. *Suſceptæ ſunt utrinque conditiones*, & pars regni diviſi juxta modum ſibi propoſitum ab utroque recepta eſt. Es machet zwar *Eckhart* de Rebus Franciæ Orientalis Tom. I. p. 600. wider dieſe Erzählung verſchiedene Einwürfe. Sie thun aber zu gegenwärtiger Sache nichts. Denn hätte gleich Eginhardus Carl dem Groſſen die Länder beygeleget, welche Carlmann überkommen, ſo iſt doch nicht zu glauben, daß dieſer der Reichsverfaſſung ſo kundige Mann ſich geirret, wann er geſchrieben, es ſey von den Ständen nur unter einer gewiſſen Bedingung darin gewilliget, daß das Reich zwichen ihres Königes Söhnen vertheilet worden. Carl der Große unterzog ſich eben wenig der Gewalt, die Reichsfolge nach Willkühr zu beſtimmen, ſondern er begehrte, und erhielte im Jahr 806. die Genehmhaltung aller Stände. Es heiſſet beym *Adelmo* in Francorum Regum Annalibus edit. Freher. p. 408. Conventum habuit Imperator cum primoribus & optimatibus Francorum, de pace conſtituenda & conſervanda inter filios ſuos, & diviſione regni facienda in tres partes, ut ſciret unusquisque illorum, quam partem tueri & regere debuiſſet, ſi ſuperſtes illi eveniret. De hac partitione & teſtamentum factum, *& jurejurando ab optimatibus Francorum confirmatum;* Und in der Charta diviſionis: Quod ſi talis filius cuilibet iſtorum trium fratrum natus fuerit, *quem populus eligere velit, ut ſuccedat patri ſuo in regni hereditate*, volumus, ut hoc conſentiant patrui ipſius pueri, & regnare permittant filium fratris ſui in portione regni, quam pater ejus, eorum frater habuit (b). Da denn das Erbrecht dem Sohne unter der Bedingung beygeleget wird, wenn ihn das Volk zum Reichsfolger erwählen wollen. Aus dem *Thegano* de Geſtis Ludewici Imp. §. 6. lernen wir, daß beſagter groſſe Kaiſer ſeinem Sohn die Königliche Würde nicht eher beygeleget, bis alle hohe und niedrige darin gewilliget haben. Die Worte des Geſchichtſchreibers lauten folgendergeſtalt: Imperator, cum jam intellexiſſet appropinquare ſibi diem obitus ſui, vocavit filium ſuum Ludewicum ad ſe cum omni exercitu, Epiſcopis, Abbatibus, Ducibus, Comitibus loco poſitis habuit grande colloquium cum eis Aquisgrani Palatio, pacifice & honeſte ammonens, ut fidem erga filium ſuum oſtenderent, interrogans omnes a maximo usque ad minimum ſi eis placuiſſet, ut nomen ſuum, id eſt Imperatoris, filio ſuo Ludewico tradidiſſet. Illi omnes reſponderunt, Dei eſſe admonitionem illius rei. Eben alſo hielte es Kaiſer Ludewig der Fromme, und lieſſe die Theilung des Reichs zwiſchen ſeinen Söhnen, die er gut fande, von den Ständen beſtättigen, wie *Adelmus* d. l. p. 422. ad ann. 821. mit dieſen Worten bezeuget: Iterumque conventus menſe Majo Noviomagi habendus condictus eſt, Comites, qui illuc venirent, deputati. Eo Dominus Imperator poſt

feſti paſchalis expletionem per Moſam navigavit, ibique conſtitutam annis ſuperioribus atque conſcriptam inter filios ſuos regni partitionem recenſuit, ac juramentis optimatum, qui tunc adeſſe poterant, confirmavit. Von deren nachmals im Jahr 840. gemachten Theilung melden die Annales Reuberiani p. 63.: Cunctus populus talibus applaudens omnia ſibi placere dicebat.

(a) *Gewold* ad Hund. Metrop. Salisburg. T. I. p. 32.

(b) *Eckhart* de Rebus Franciæ Orientalis T. II. p. 43.

§. IV.

Man wendet zwar hierwider ein 1) die Worte Electio und Conſenſus würden von den angeführten Schriftſtellern in einem ganz andern als dem ſonſt gewöhnlichen Verſtand genommen, und bedeute jenes eine ſolennem inaugurationem, dieſes aber die Unterwerfung, wozu ſich das Volk anheiſchig gemachet habe. Beantwortung der dawider gemachten Einwürfe.

Da auch 2) die Fränkiſche Stände auf Reichstagen ihr Gutachten ſagen dürfen, aber durch ihre Stimmen die Entſcheidung nicht geben können, ſo hätten ſie an der Ernennung des Nachfolgers im Reich keinen gröſſern Theil gehabt.

Inſonderheit ergeben 3) des Erzbiſchofs Hatto vorhin angeführte Worte, daß man das Reich zu ſelbiger Zeit vor erblich gehalten (a).

Ich abſehe aber 1) nicht, warum man die Worte Electio und Conſenſus zu der Carolinger Zeiten nicht ſowohl im eigentlichen Verſtande nehmen will, als in dem folgenden Jahrhundert unter den Sächſiſchen Kaiſern (b). Pipins Nachkommen waren mit keinem beſſern Recht zur Crone begabet, als die von Heinrich dem Vogeler abſtammende Sächſiſche Prinzen. Was für Urſach hat man denn im IX. Seculo den gedachten Worten einen Sinn beyzulegen, den ſie weder in den vorhergehenden, noch in den gleich darauf folgenden Zeiten gehabt? Der Pabſt muthete zwar den Franken an, keinen andern König als von Pipins Geblüte auf den Thron zu ſetzen. Sie verbanden ſich aber dazu keineswegs. Die von den Ständen geſchehene Erkänntniß der Nachfolger im Reich kann in einer ſchlechterdings ſchuldigen Anlobung der Treue deßwegen nicht beſtanden ſeyn, weil ſie nur unter gewiſſen willkührlichen Bedingungen ſich dazu entſchloſſen haben, und wenn die Electio eine bloſſe Solennität geweſen wäre, ſo hätte man nicht zweifeln können, ob das Volk einen aus der Königlichen Nachkommenſchaft erwählen würde, wie in den angeführten Charta diviſionis geſchehen. Am wenigſten iſt dadurch eine Salbung angedeutet (c), weil ſie vom Volk geſaget wird, welches dieſe Biſchöfliche Function nicht verrichtete.

2) Haben die Franken wider den uralten Gebrauch der Deutſchen Völker und insonderheit ihrer Vorfahren ſich der Carolingiſchen Könige willkührlicher Gewalt nimmer unterworfen (d).

3) Fehlet es ſo viel, daß der Erzbiſchof Hatto das Reich für erblich gehalten, daß er vielmehr die Meynung geäuſſert, es ſey durch ſonderbare göttliche Schickung, und alſo auſſerordentlich Ludewig das Kind auf den Thron erhoben, welches von einem natürlichen Cronerben nicht geſaget werden mag. Die alte Gewohnheit, bey der man damals bliebe, beſtunde nicht in der Erkäntniß des Erbrechts eines Königlichen Prinzen, ſondern in der auf ihn deßwegen gefallenen Wahl, weil man das Königliche Haus nicht leicht vorbey gienge, obwohl es aus erheblichen Urſachen geſchehen konnte, maſſen ſonſt keine Berathſchlagung darüber anzuſtellen geweſen wäre, ob der unmündige Prinz zu nehmen ſey oder nicht?

(a) Herr *Joachim* vom Deutſchen Wahlrecht p. 5. 8. 25.

(b) Eben daſelbſt p. 24. 25.

(c) *Baluzius* ad Capitularia Regum Francorum Tom. II. p. 108.

(d) *Schilter* de Libertate eccleſiarum Germaniæ Lib. I. Cap. 3. §. 3. Cap. I. §. 10. Cap. 8. §. 25.

§. V.

Auch die Sächſiſche Kaiſer ſind erwählet.

Kein beſſers noch geringeres Recht ſtunde den Sächſiſchen Kaiſern zu. Sie traten das Regiment nicht ehe an, bis das Volk darin gewilliget hatte. Legten ſich dennoch aber auf gewiſſe Maße ein Erbrecht bey. Als Otto der Groſſe zum Reich gelangte, redete der Erzbiſchof zu Mainz das Volk alſo an: En adduco vobis a Deo electum & a Domino rerum Heinrico olim deſignatum, nunc vero a cunctis Principibus Regem factum Ottonem; Si vobis iſta electio placeat, dextris in cœlum levatis ſignificate. Der Annaliſta Saxo beym Eccard Corp. Hiſtor. Tom. I. p. 258., welcher dieſes erzählet, thut hinzu: Ad hæc omnis populus dextras in cœlum levans cum clamore valido increpati ſunt proſpera novo Regi. Ita more Francorum Otto Rex creatus regnare cœpit, mithin wurde es mit der Beſetzung des Throns unter den Sachſen nicht anders gehalten, als unter den Carolingern. Daß auch Otto der Groſſe gezweifelt hat, ob die Wahl jederzeit auf ſeine Nachkommen fallen würde, erhellet aus folgender Ao. 937. von ihm gemachten Verordnung: Si aliquis generationis noſtræ in Francia & Saxonia regalem poteſtiva manu poſſideat ſedem, in illius poteſtate ſint ac defenſione prænuncupatum monaſterium & ſanctimoniales inibi in Dei ſervitio congregatæ. *Si autem alter e populo eligatur Rex*, ipſe in eis ſuam regalem teneat poteſtatem, ſicut in cæteris catervis in obſequium Sanctæ Tri-

nitatis

nitatis ſimili modo congregatis. Noſtræ namque cognationis, qui potentiſſimus ſit, advocatus habeatur & loci prædicti & ejusdem catervæ (a). Die Wahl König Otto II. geſchahe mit des Volks Einwilligung, wie in Vita Brunonis §. 36. alſo gemeldet wird: Erat Imperatori filius - - Cæſar ipſe futurus, electum ſummo conſenſu ab omni populo Regem eſſe conſtituit. Es ſchreibet *Ditmarus* Merſeburg. beym Leibnitz Rer. Brunſuic. Tom. I. p. 328. Von der Königin Mathilda: Aſſerunt nonnulli, eandem hoc ſummopere diu niſam fuiſſe, quod junior filius ſuimet patris ſedem poſſideret. Sed hoc Dominus electos ſibi ad unaquæque ſemper præordinans noluit, nec Summatum optima pars conſenſit. Eben derſelbe meldet von Henrich II. p. 358.: Quos ſingulatim ut ſe in Dominum ſibi & Regem *eligere voluiſſent, multis promiſſionibus hortatur* - - - Is (Heripertus Archipraeſul) cum omnibus, qui huc Imperatoris funus ſequebantur, excepto Antiſtite Sigefrido, Duci tunc non conſentiebat, neque omnino denegabat, *ſed quo melior & major populi totius pars ſe inclinaret, libenter aſſenſurum pronunciabat.* Von eben denſelben ſaget er nachmals p. 365.: Illum ſumma praeordinatione in Regem electum. Und ferner: Theodricus vero Luthariorum Dux vir ſapiens & militaris, *quo ſe pars populi major & melior inclinaret*, ſecurus expectabat. Damit ſtimmen überein die Worte *Tangmari* in Vita Berwardi Cap. 34.; Unde fit mirabilis Dei miſericordia in electum adunatio, *ut popularium vota Primorum praevenirent ſtudia.* Nam ſicubi publici conventus cogebantur, vox una vulgarium Dominum Hinricum debere imperare, ipſum, non alium quaemlibet, rebus debere praeeſſe. Omnibus ergo pari voto in electione illius concordantibus, Willegiſus Archiepiſcopus & beatus Bernwardus cum caeteris regni Principibus Dominum Henricum Moguntiam cum ſummo honore ducentes Dominica octava Pentecoſte regimen & regiam poteſtatem, cum Dominica haſta tradiderunt. Woraus auf das kläreſte die Gewalt des Volks bey der Königswahl erhellet.

(a) *Ketner* Antiquit. Quedlinburg. p. 7. *Leuckfeld* Antiq. Halberſtad. p. 638. *Maderus* Antiquitat. Brunſuicenſ. p. 106.

§. VI.

Daß immittelſt zu dieſen Wahlen die Herkunft vornehmlich Anlaß gegeben, leidet keinen Zweifel. Auf eine gänzliche Ausſchlieſſung des Königlichen Hauſes dachte nicht leicht jemand, ſondern es war gemeiniglich nur die Frage: Wer aus ſelbigem auf den Thron erhoben werden ſollte? Es heiſſet in Vita Mathildis C. 2. §. 8.: Cunctos Principes regni convenire praecepit Rex, ut ſe invicem coadunarent, quem ſuorum filiorum regale ſolium poſſidere eligerent; Und beym *Ditmaro* p. 328.: *Indoles relictae poſteritatis Henrici certos voluntariae* *electio-*

Doch gab dazu die Herkunft vornemlich Anlaß.

electionis fecit Principes. Nec pluribus, quibus regnandi ſpes in ſubſecutura Dominorum ſobole non relinquitur, & inter ſe facta diſſenſione & longa contentione aliquod conſilium & ſolamen cito non providetur, ſi in conſanguinitatis linea aliquis tali officio dignus non inveniatur, ſaltem in alia bene morigeratus omni odio procul remoto aſſumatur. Er meldet auch p. 365., maximam multitudinem populi reſpondiſſe Henrico regnum ambienti, illum Chriſti adjutorio & *jure hereditario* regnaturum. Imgleichen Adelboldus Num I.; *Hereditarium ſolium* (Henrici II.) dicimus, quia a Carolo M. deſcendebat. Inſuper Ottonis III. cognatus fuit; und Num. 5.; Sciebat Theodoricus Henricum II. *in regno eſſe heredem*; Dann ferner das Chronicon Magdeburgicum pag. 281; Henricus Bawarorum Dux in Regem eligetur, quia Ottoni non filius conſanguinitatis linea proximior. Man hielte es alſo nicht für hart, das Königliche Haus vorbey zu gehen, wenn in ſelbigem ein tüchtiger Regent zu finden war. Das Volk hatte mit Theil an der Wahl. Die Fürſten ſcheinen ihm aber jemand in Vorſchlag gebracht zu haben. Denn es heiſſet in eben angeführten Chronico d. l.: Majores & mediocres Saxones conveniunt, & Regem a Principibus electum unanimiter confirmant.

§. VII.

Man hielte es für hart, den Sohn eines Königs ohne erhebliche Urſache von der Reichs-Folge auszuſchlieſſen.

In einer Schrift, welche unter dem Titul: Conradus Samuel Schurtzfleiſchius ſe ipſe defendens a Nicolai Hieronymi Gundlingii inſultibus, id eſt, Diſſertatio, qua Ottonem primum non jure electionis, ſed ſucceſſionis regno Germaniae præfuiſſe demonſtratur, längſt ans Licht getreten, hat man auch behaupten wollen, das Wort eligere bedeute bey den Hiſtorienſchreibern dieſer Zeiten nur eine declarationem, & renunciationem, und keine primam juris regnandi conceſſionem. Es erhellet aber aus den angeführten Stellen, daß dieſe Declaration nicht nothwendig erfolgen müſſen, mithin war das Jus regnandi unvollkommen, bis ſie geſchehen. Warum fruge beym Annaliſta Saxone der Erzbiſchof zu Maynz das Volk, ob ihm die von dem Fürſten geſchehene Wahl König Otto der I. gefiele, wenn es ſich ſelbige ſeines Erbrechts halber gefallen laſſen muſte? Nach deſſen Tode zweifelten, wie Ditmarus ſchreibet, die Fürſten nicht, wen ſie zu erwählen hätten, keinesweges aber allein des Erbrechts halber, ſondern propter indolem relictae poſteritatis, und er thut hinzu, daß aus einem andern Geſchlecht, die Könige genommen wurden, ſi in conſanguinitatis linae aliquis tali officio dignus non invenitur. Daß König Henrich II. im eigentlichen Verſtande erwählet iſt, leidet keinen Zweifel. Einige Fürſten äuſſerten vor der Wahl, daß ſie dem meliori & majori populi parti beypflichten wollten. Das Volk erklärte ſich auch ehe für ihn als die Groſſen. Es iſt nicht glaublich, daß die Sächſiſche Kaiſer mehr Recht gehabt, als die Carolingiſche, oben aber §. III. gezeiget,

get, daß Ludewig der Fromme ſeine Söhne nur alsdenn angewieſen, ihrer Brüder Kinder die Reichsfolge nicht ſtreitig zu machen, ſi hos populus eligere velit, ut patri ſuccedant. Der Verfaſſer gedachter Schrift leget ſolche Verordnung dahin aus, daß wenn das Volck den Enkel für tüchtig zur Regierung erkenne, ihn des Vaters Bruder unter dem Vorwand der Vormundſchaft daran nicht hindern ſolle. Die Charta diviſionis thut aber keiner Vormundſchaft Meldung, ſondern redet von der Reichsfolge. Von unmündigen Kindern kann man nicht ſagen, daß ſie geſchickt ſind, das Ruder des Regiments zu führen.

Zwar entſtehet daher ein Zweifel gegen das Wahlrecht, daß man beym *Ditmaro* pag. 365. folgendes lieſet: Cui mox a maxima multitudine vox una reſpondit: Henricum Chriſti adjutorio & *jure hereditario* regnaturum, ſe paratos ad omnia, quæ ſibi unquam ſcrirent eſſe voluntaria. Herr *Joachim* in der Abhandlung vom Deutſchen Wahlrecht pag. 27. antwortet hierauf, es hatten nur die Sachſen dieſe Antwort ertheilet, welche allen Deutſchen Völkern keine Könige aufdringen können. Sie redeten auch nicht ſowohl von dem Reich, als von dem Herzogthum Sachſen.

Allein mit dieſer Einwendung wird man ſchwerlich auslangen. Die Sachſen wollten das Reich keinesweges erblich machen, ſondern ſie erkannten, daß es bereits ein ſolches ſey, und das Zeugniß dieſes Volks verdienet die gröſte Aufmerkſamkeit, bevorab da niemand demſelben widerſprochen hat. Unmöglich kann man auch deſſen Worte von dem Herzogthum Sachſen verſtehen. Nicht von dieſem, ſondern von dem Reich war die Rede. *Ditmarus* ſchreibet: Quo omnibus in uno collectis legationem ſuam aperuit (miles ab Henrico II. miſſus) auxiliantibusque Domino ſuo ad regnum bona plurima promiſit. Hierauf folgte die oben angeführte Antwort, welche daher auſſer Zweifel von der Königlichen und nicht von der Herzoglichen Würde handelt. Nach meiner oben §. III. gemachten Anmerkung hielte man dafür, es ſey hart und unbillig, die Verdienſte der Vorfahren ihre Nachkommenſchaft nicht empfinden zu laſſen, und derſelben, wenn die Wohlfahrt des Reichs es nicht erforderte, jemand durch die Wahl vorzuziehen, wie es auch alſo in Pohlen, ſo lange der Jagelloniſche Mannſtamm dauerte, gehalten worden. Dieſes nannten die Sachſen ein Erbrecht, welches mit der Wahlgerechtigkeit beſtehen kann.

§. VIII.

Die Fränkiſche Könige wurden gleich den Sächſiſchen erwählet, jedoch auf ihre Herkunft beſonders das Augenmerk genommen. Conrad II. machte ſeinen Sohn Heinrich III. zum König Pontificum & Principum electione, und von dieſem letztern meldet *Hermannus Contractus* ad ann. 1053., quod filium ſuum

Die geſchahe auch zu Zeiten der Fränkiſchen Könige.

ſuum a cunctis fecerit eligere Regem, eique poſt obitum ſuum ſubjectionem promitti, welches *Bertholdus* Conſtantienſis ad d. a. beſtärket. Es ſpricht auch ſolcher König beym *Alberto* Stradenſi edit. Schilter. p. 257: Haec Imperialis honoris ſunt inſignia, haec mihi praeſtitit aeterni Regis pietas, & principum concors electio. Er lieſſe ſich von den Fürſten eidlich verſprechen, daß ſie keinen andern als ſeinen Sohn erwählen wollten, wie *Lambertus* Schafnaburg. p. 233. meldet, und *Bertholdus* Conſtantienſis ad ann. 1076. thut hinzu, es ſey ſolches Verſprechen erzwungen. Man hielte aber auch zu dieſer Zeit dafür, daß es unbillig wäre, des Königs zur Regierung tüchtige Kinder vorbey zu geben, und legte ihnen ſo fern ein Erbrecht bey. Henrich IV. ſchrieb beym *Urſtiſio* p. 395. an den Pabſt, Regnum hereditario jure ſibi collatum eſſe, und als man an ſeine Statt Herzog Rudolph von Schwaben zum König erwählte, wurde, wie *Bruno* in Hiſtoria belli Saxonici p. 135. meldet, mit des Pabſtes Genehmhaltung feſtgeſtellet, ut Regia poteſtas nulli per hereditatem (ſicut inte fuit conſuetudo) cederet, ſed filius regis *etiamſi valde dignus eſſet, per electionem ſpontaneam*, quam per ſucceſſionis lineam Rex proveniret. Si vero non eſſet dignus Regis filius, vel ſi nollet eum populus, quem Regem facere vellet haberet in poteſtate populus. Woraus dann erhellet, daß man es bisher für unbillig gehalten, einem filio Regis valde digno die Crone zu verſagen.

(a) Annales Hildeſienſes ad Ann. 1065.

§. IX.

die Wahl der Schwäbiſchen Könige war noch ohneingeſchränkter.

Daß die Schwäbiſche Kaiſer durch die Wahl zur Krone gelanget ſind, daran zweifelt niemand. Von Friedrich I. ſchreibet *Otto Friſingenſis*. Lib. 2. C. 1.: Ubi cum de eligendo Principe primates conſultarent (nam id juris Romani Imperii apex videlicet non per ſanguinis propaginem deſcendere, ſed per Principum electionem Reges creare ſibi tanquam ex ſingulari vendicat praerogativa) tandem ab omnibus Fridericus Suevorum Dux Friderici Ducis filius petitur, cunctorumque favore in Regem ſublimatur. Sein Sohn Henrich VI. bemühete ſich vergebens, das Reich erblich zu machen (a). Immittelſt truge die Verwandſchaft dieſer Herren mit den ehemaligen Fränkiſchen Kaiſern vieles dazu bey, daß ſie vor andern gewählet wurden. Wie die Wahl in dieſem Jahrhundert nicht allein von den groſſen Herzogen geſchehen, erhellet aus der Narratione de Electione Lotharii Saxoniae Ducis in Imperatorem Romanorum beym *Pez* Scriptor. Rer. Auſtriac. Tom. I, p. 171. 172. Die Fürſten maſſeten ſich jedoch ſelbige bald hernach an, und die Deutſche Biſchöfe ſchrieben Anno. 1158. an den Pabſt: Electionis primam vocem Moguntino Archiepiſcopo, deinde quod ſupereſt, caeteris ſecundum ordinem Principibus recognoſcimus (b). Es ſagte auch

Kai-

Kaiſer Friederich I. (c) per electionem Principum a ſolo Deo regnum & Imperium ſuum eſſe. Man hat alſo entweder das Volck von der Wahl gänzlich ausgeſchloſſen, und es genöthiget, ſie den Fürſten zu überlaſſen, oder deſſen Genehmhaltung als eine Sache angeſehen, worauf es nicht hauptſächlich ankomme, weil ſich daſſelbe gemeiniglich gefallen lieſſe, was die Fürſten gut fanden.

(a) Magnum Chronicon Belgicum ad ann. 1194.

(b) *Radevicus* de Geſtis Friderici I. Imp. Lib. I. C. 16. Herrn Reichshofraths von *Senckenberg* Corp. Jur. Feud. Germ. p. 527.

(c) *Radevicus* d. l. Lib. 2. C. 10.

Fünf und zwanzigſte Abhandlung,

Vom Beweis der Landeshoheit.

§. I.

An verſchiedenen Orten in Deutſchland werden nicht alle Hoheitsrechte von einem Reichsſtand, ſondern eines von dieſem, das andere aber von einem andern geübet. Es ſchreibet davon *Hildebrand* de Territorio clauſo & non clauſo ſive mixto C. 1. §. 9.: Poteſt dici mixtum territorium, ubi plures in uno ſubjecto, vel uno eodemque territorio, ſed diverſo reſpectu jus territorii ſibi vindicant, ut in Comitatu Mansfeldico Elector Saxoniae metallariam jurisdictionem, Archiepiſcopus autem Magdeburgicus in caeteris ad ſe ſpectantibus jus territorii. Vielfältig entſtehet darüber ein Streit, wem im Zweifel diejenige Regalien zukommen, welche niemand rechtlich hergebracht zu haben erweiſen kann? Ich glaube, daß 1. gemeiniglich die Vermuthung für den Gerichtsherrn ſtreitet, weil die Uebung der höchſten Gerichtbarkeit der ſtärkſte Beweis des Territorialrechts iſt, mithin die Regalien, welche andere an dem Ort hergebracht haben, als Servitutes juris publici anzuſehen ſind. Denn es erhellet aus demjenigen, was in der XXIIten Abhandlung geſaget worden, daß die Landeshoheit aus der Gerichtbarkeit entſtanden, welche denen Fürſten und Grafen anfangs als Königlichen Beamten anvertrauet worden. Vermöge ſelbiger ſchlichteten ſie nicht nur die vorkommende Streithändel, ſondern beſorgten auch alles was erfordert wurde, den Ruheſtand des Landes zu erhalten, und waren alſo faſt alle Regalien zu üben befugt. Herr von *Hontheim* Hiſtor. Trevir. T. I. p. 824. ſchreibet daher ganz recht: Significatione juſtitiarum altarum tunc (in Seculo XIII.) intendebatur in eam poteſtatem ſeu ſuperioritatem quae deinde territorialis evaſit & appel-

Wenn an einem Ort mehreren Reichsſtänden gewiſſe Regalien zuſtehen, ſo wird derjenige billig für den Landesherrn gehalten, der die Gerichtbarkeit übet.

lata eſt. Immittelſt war dieſer Gerichte Gewalt von den Kaiſern ſehr eingeſchränket, als welche überall concurrentem jurisdictionem hatten. Der Kaiſerlichen Rechte ſehr ſtarke Abnahme hat ihre Unterwürfigkeit vermindert, und mit der Zeit unſere heutige Landeshoheit hervorgebracht. Daher entſtehet nun die Vermuthung, daß es überall geſchehen, und daß folglich der höchſte Richter des Orts der eigentliche Landesherr iſt, weil, wo man die Quelle der Landeshoheit findet, dieſe billig vorhanden zu ſeyn geglaubet wird.

Solche Vermuthung ſchwächet es keinesweges, wenn das Gericht ein Landgericht oder Gohgericht geheiſſen, oder noch heiſſet. Denn eben ſelbige waren die ordentliche höchſte Gerichte, für welche peinliche und bürgerliche Sachen gehörten (a), und iſt in einem Briefe der Herzoge von Sachſen-Lauenburg vom Jahr 1312. es als eine hergebrachte Regul angeführet: Dar dat Gud tho Landinge ginge, da ſcholn de Herrn over herſchoppen (a); mithin wurde dafür gehalten, daß dasjenige in eines Herrn Herrſchaft belegen ſey, was deſſen Landgerichte unterworfen war.

(a) *Kress* vom *Archidiaconal*-Weſen *p.* 225. 226. 231. 243. und in der *Diſſ. de variis Jurisdictionis criminalis in Germania generibus p.* 41. 42. Herr *Grupe in Obſerv. p.* 662. 693. Herr *Koch* in den Anmerkungen von den Weſtphäliſchen Gerichten, auch den vormaligen Landgerichten in Deutſchland *p.* 51. Herr *Maſcov in Notitia juris Brunſvigo-Luneburgici p.* 221. Herr *Lentz* in den Marggräflich Brandenburgiſchen Urkunden *p.* 920.

(b) Gründliche Nachricht von dem an die Stadt Lübeck Ao. 1359. verpfändeten *Dominio & Advocatia* der Herrſchaft Möllen in den Beylagen *p.* 33.

§. II.

Jedoch nicht in den Reichs-Städten, in welchen Fürſten und Herrn die Kaiſerl. Vogteyen und Burggrafſchaften an ſich gebracht haben.

Die Regul leidet jedoch an einigen Orten ihren Abfall, weil es in Deutſchland höhere Gerichte giebet, die ein Herr in des andern Territorio und an einem ſolchen Orte übet, wo ihm die übrige Regalien alle, oder doch gröſtentheils mangeln.

Solche finden ſich 1) in einigen Reichsſtädten. Dieſe waren Civitates regales, und den Kaiſern unmittelbar unterworfen (a), welche in ſelbigen Vögte oder Burggrafen beſtelleten, die in ihrem Namen das Gericht hegeten (b). Dieſe Vogtheyen oder Burggrafſchaften brachten zwar die Erz- und Biſchöfe in den Städten, worin ſie ihren Sitz hatten, gerne an ſich. Diejenige, welche ſolche erlangten, überkamen jedoch kein mehreres Recht, als die Königliche Beamte gehabt, und waren Obrigkeiten non ſuo jure, ſed more officialium (c); Daher dann die von ihnen belehnte Burggrafen den Blutbann vielfältig von

den

den Kaiſern ſelbſt zu Lehn empfingen (d). Sie ſuchten zwar ihre richterliche Gewalt in dieſen groſſen Städten eben ſowohl in eine Hoheit zu verwandeln, als es in den kleinen Städten, und auf dem Lande geſchahe. Man hatte es auch ſehr weit gebracht, als Kaiſer Friederich II. beweget wurde, Anno. 1233. die communia conſilia, magiſtros civium ſive rectores vel alios quoslibet officiales, welche ohne der Erz- und Biſchöfe Genehmhaltung beſtellet waren, gänzlich ab-zuſchaffen (e). Die Städte widerſetzten ſich aber dieſer Verordnung, und ſie iſt nimmer überall vollſtrecket. Zu Kölln waren Magiſtri civium, Conſilia, Conſules, Bürgermeiſter und Rath ſowohl nach, als vor dieſer Zeit Ao. 1169, 1260, 1264, und 1290. (f) Selbſt Erzbiſchof Conrad errichtete Ao. 1255. ein Bündniß pro ſervanda pace cum judicibus, Conſulibus & univerſis civibus Colonienſibus (g). Daß auch die Wormſer ſich an Kaiſer Friederichs II. Satzung nicht gekehret, bemerket Herr *Eſtor* (h). Ich habe oben gezeiget, daß nicht nur die Nach-ſicht der Kaiſer, ſondern auch vornehmlich der gute Wille, der des Schutzes ihrer Fürſten bedürftigen Unterthanen, die Landeshoheit der Reichsſtände ver-anlaſſet hat. An den leztern fehlte es nun in den groſſen Städten. Ihrer ſtarken Mauren, des durch den blühenden Handel erlangten Reichthums, und der Menge ſtreitbarer Bürger halber, welche ſich in denſelben fanden, hatten ſie nicht nöthig, den Schutz ihrer Biſchöfe zu ſuchen, ſondern dieſe muſten viel-mehr die Städte öfters um Hülfe anſprechen. Die Kaiſer lieſſen ſich zwar zu Zeiten bewegen, denen Fürſten ſelbige aufzuopfern. Die Bürger aber trugen kein Bedenken, ihre Gerechtſame durch Gewalt der Waffen zu vertheidigen, und einigemal geſchahe es mit ſolchem guten Fortgang, daß man ſie bey der hergebrachten Freyheit laſſen muſte (i), oder doch wenigſtens nicht gänzlich unter das Joch bringen konnte. Es ſchreibet *Ayrmann* in Syllog. Anecdot. proleg. §. 61. hievon alſo: Iſtis temporibus multis Imperii villis & civitatibus accidit, ut in ditionem Epiſcoporum, Abbatum, & Abbatiſſarum redigerentur, fere tamen reluctantibus civibus, veteremque libertatem tueri & conſervare ſtudentibus, unde poſtremo varia & multiplex civitatum hujusmodi forma enaſci debuit. Die Kaiſer erkannten auch endlich den groſſen Schaden, welcher ihnen, aus der Unterdrückung der Städte entſtunde, und vernichtigten wohl gar ausdrücklich ihrer Vorfahren zu derſelben Nachtheil gemachte Verfügungen (k). Wenn demnach der Fürſt in einer ſolchen Stadt nur die aus der Reichsvogthey her-flieſſende höchſte Gerichtbarkeit übet, ſo entſtehet daher keine Vermuthung eines ihm zukommenden Territorial-Rechts über ſelbige (l).

(a) Chronicon Gotwicenſe pag. 646. *Kreſſii* Vindiciae juſtitiæ judicii recu-peratorii p. 10.

(b) Herr *Eſtor* in den Anmerkungen über das Staats- und Kirchenrecht §. 399. 412. 423. *Ockel* de Palatio regio th. 59. Meine Nebenſtunden P. I.

(c) *Kreſſius* d. l. p. 12.

(d) Herr *Grupen* Orig. Hannover. p. 216. Herr von *Dreyhaupt* Beſchreibung des Magdeburgiſchen Saalcreyſes P. II. p. 461. Herr *Eſtor* d. l. p. 461. Herr *Koch* in den Anmerkungen von den Weſtphäliſchen Gerichten, auch den vormaligen Landgerichten in Deutſchland §. XI. n. 77.

(e) *Schannat* Hiſt. Wormat. Cod. Probat. p. 109. 110.

(f) *Lunig* Spicil. Eccleſ. Fortſetzung erſter Theil p. 333. 344. 353. 356. 361. 387.

(g) *Leibnitius* in Mantiſſa codicis Juris gentium diplomatici p. 93.

(h) d. l. §. 441.

(i) *Cornerus* in Chron. beym Eccard. Corp. Hiſtor. T. II. p. 1130.

(k) *Lunigs* Reichsarchiv Part. Spec. Cont. 4. p. 365.

(l) *Schilter* in den Anmerkungen über Könighofens Chronic. p. 621.

§ III.

Noch wenn durch beſondere Kaiſerl. Conceſſiones ein Landgericht in mehreren Territoriis erlanget worden.

Es findet ſich 2) noch eine andere Art der Gerichte in Deutſchland, welche keine Vermuthung der Landeshoheit wirket. Die Kaiſer haben vermöge der ihnen zugeſtandenen concurrentis Jurisdictionis an manchem Ort, nebſt denen von Alters eingeführten Gräflichen Gerichten, Landgerichte angeordnet, welchen mehrere Graf- und Herrſchaften unterworfen worden (a). Diejenige, welche dergleichen an einem Ort üben, ſind deswegen keine Landesherrn, und können ſich der Regierungsſachen nicht, ſondern nur der Juſtitzſachen anmaſſen, es wäre denn, daß ſie ein mehreres hergebracht hätten. (b).

Die Kaiſer beſtellten auch 3) Landrichter (c), welche zwar nur die aus der Verletzung des Landfriedens entſtehende Streitigkeiten ſchlichteten. Man legte ihnen jedoch öfters mehrere Gewalt bey, und nannte gemeiniglich vieles einen Friedensbruch, welches in der That keiner war (d). Dieſe Gerichte hatten anfangs mit der Landeshoheit ungleiche Grenzen, bis endlich König Wenceslaus jedem Stande erlaubte, einen Landrichter zu beſtellen (e), welches zwar viele gethan; jedoch ſind nicht alle über fremde Länder ſich erſtreckende Land- und Freygerichte abgeſchaffet. Es ſcheinet das Bayriſche Landgericht Hirſchberg von dieſer Gattung zu ſeyn. In der Herzoge von Bayern Inſtruction d. 1523. wird geſaget, daß es in etlicher viel Churfürſten, Fürſten und ander Stände Länder und Gebuete zu richten habe, und zwar vermöge der Landgerichtsordnung d. 1518. art. 5. alle Sachen unrechten Gewalt betreffende, wodurch verſtanden wird, „wo einer mit der That und Gewalt ſeiner Gü-

ther

ihrer entſetzet, entwert, beraubt, oder darinnen turbirt, oder betrübt, oder ob einer zu was Sache das wäre, durch Gewalt gedrungen oder genöthiget würde, und in Gemain, wo ſich einer thätlich unterſtünde, durch ſich ſelbs zu erhalten, oder inne zu haben, oder andern zuzufügen, oder abzuwenden, daß ſich an Erlaubniß der Obrigkeit nit zu thun gepürte.„ Perſonal-Klagen nimmt man aber nur alsdenn an, wenn der ordentliche Richter jemanden die Juſtiz verſaget, oder ſie verzögert (f).

Endlich 4) erlaubten viele ihren Unterthanen, die entſtandene Streit-Händel auſſer Landes an diejenige Gerichte zur Entſcheidung zu bringen, welche man vor andern der Deutſchen Rechte und Gewohnheiten kündig zu ſeyn glaubte. Man nannte dieſelbe Oberhöfe, und anfänglich grüdete ſich deren Gerichtbarkeit nur in Compromiſſen. Durch Verträge und Nachſicht der Landesherrn iſt aber wohl eine Servitus juris publici daraus entſtanden, nachdem dieſe ſolche ihrer Hoheit nachtheilige Recurſe und Appellationes geſchehen laſſen müſſen (g), welches alles beſtärket, was ich bereits oben geſaget habe, daß weil mehrentheils die höchſte Gerichtbarkeit in Deutſchland denen Herzogen und Grafen anvertrauet worden, zwar im Zweifel zu vermuthen iſt, daß ſie von den Reichsſtänden vermöge ſolcher ordentlichen, zu neuern Zeiten in eine Landeshoheit verwandelten Gewalt geübet wird, mithin daß ihr die übrige Regalien ankleben, wenn nicht ein anderer erweiſet, ſie an ſich gebracht zu haben; Daß aber dieſe Vermuthung wegfällt, ſo oft die Gerichtbarkeit aus beſondern Conceſſionen oder Verträgen herflieſſet, oder ſich ſonſt ergiebet, daß dem Gerichtsherrn kein mehreres, als die richterliche Gewalt über ſeine Gerichts-Unterthanen eingeräumet worden.

(a) *Ludewig* in den Anmerkungen über Seckendorfs Fürſtenſtaat p. 69. *Heineccius* Elem. Jur Germ. Lib. 2. tit. 18. §. XI. *Graſhof* de Originibus civitatis Mulhuſæ Cap. 3. §. 8.

(b) Herr *Eſtor* in den kleinen Schriften Tom. III. p. 388. 389. *Schöpf* von dem Kaiſerlichen Landgericht zu Schweinfurt pag. 12. 13.

(c) *Tölner* Cod. Diplom. Palat. p. 102. *Lunig* im Reichsarchiv Part. Spec. Cont. 4. des andern Theils Fortſetzung p. 455. und des Spicil. Secul. P. I. p. 50. *Schannat* in der Samlung pag. 85. *Kayſer* de Judiciis pacis in J. R. G. p. 38. Herr von *Dreyhaupt* in der Beſchreibung des Saalcreyſes P. I. p. 90.

(d) *Kayſer* d. l. p. 45. Herr Hofrath *Koch* in den Anmerkungen von den Weſtphäliſchen Gerichten, auch von den vormaligen Landgerichten in Deutſchland §. 2.

(e) Es geſchahe anfangs durch beſondere Privilegia. Ein ſolches erhielten die Landgrafen von Thüringen und Marggrafen zu Meiſſen im Jahr 1385. S. die Gotham Diplomaticam T. V. p. 218. und der Land-

und Fehden haben viel auſſerordentliches in Deutſchland, und auch dieſes eingeführet, daß zu Zeiten diejenige, welchen an der Erhaltung eines Landes hoch gelegen war, auf deſſen Landtägen erſchienen, obwohl ſie dem Landesherrn nicht unterworfen geweſen. Solche Landtäge ſchrieben Fürſten und Herren aus, um in wichtigen Angelegenheiten, der ihrigen guten Raths und Beyhülfe theilhaftig zu werden. Eben dieſe Urſache veranlaſſete, daß man auch diejenige zu dergleichen Zuſammenkünften einladete, welche Kraft der errichteten Bündniſſe, und geleiſteten Lehnspflicht, ſchuldig waren, das Beſte eines Reichsſtandes zu befördern, oder welche, wegen der Situation ihrer Güther, die natürliche Sorgfalt für deren Erhaltung dazu verbande. Der in fremden Landen gelegenen Lehne halber lieſſen ſich ſolche Einladungen nicht füglich thun. Denn deren Beſitzer muſten gemeiniglich mehr Rückſicht auf den Landesherrn als den Lehnherrn nehmen, und jener verſtattete nicht leicht, daß ſie ihren Hinterſaſſen, einem auswärtigen Herren zum Beſten, die mindeſte Schatzung auflegten. Eine andere Bewandniß hatte es mit der freyen Reichs-Ritterſchaft, welche niemand hinderte, ihren Lehnsherrn beyzuſpringen.

Ich habe bereits vorhin bemerket (b), daß die Vaſallen nicht blindlings den Lehndienſt leiſten müſſen, ſondern darüber mit zu erkennen gehabt, ob der Krieg, worin man ſie verwickeln wollte, gerecht ſey? Auch davon dieſelben zu überzeugen, war die Berufung zum Landtage das bequemſte Mittel, welche daher in ältern Zeiten nicht immer ein Beweiß der Landſäſſerey iſt. Viele groſſe Städte, die ſich niemals denen Fürſten ganz unterwürfig machen, und deren Gerichtbarkeit in eine Landeshoheit verwandeln laſſen, fanden ſich dennoch bey Landtagen ein, weil ihnen hoch daran gelegen war, daß zur Erhaltung Ruhe und Friedens die beſte Maaßreguln genommen werden mögten.

Dieſes geſchahe auch von Schutzverwandten, und hat der Probſt zu Elwangen den Würtenbergiſchen Landtagen zu Stutgard beygewohnet, weil er zu ſelbiger Zeit im Würtembergiſchen Schirm ſtunde, obwohl derſelbe ein unmittelbarer Reichsſtand war. Gleichergeſtalt wird zwar denen Biſchöfen zu Trident und Brixen auf den Reichstagen Sitz und Stimme verſtattet, und von ihren Erkenntniſſen an die höchſte Reichsgerichte appelliret. Dem ohngeachtet aber erſcheinen ſie auf den Tyroliſchen Landtagen, und helfen die Bürden des Landes tragen, weil von deſſen Erhaltung die ihrige abhänget (c). Von den Trierſchen Landtagen meldet der Herr von *Hontheim* (d): In eo differrebant monaſteria & collegia aliarum dioeceſium ab iis, quae in Trevirenſi ſita ſunt, quod haec, *etiamſi extra temporalem poteſtatem Archiepiſcopi eſſent,* uti

Epter-

Epternacenſe, Prumienſe & Luxemburgenſe B. M. V. nihilominus in provincialibus Comitiis comparerent, & ad quantum provinciale Electori ſolvendum voto & aere absque reſpectu ad bonorum ſuorum ſitum concurrent. Auch die unmittelbare Grafen wurden herbey gezogen, von denen es daſelbſt (e) heiſſet: Comites, quanquam quoad perſonas ſuas Electoris ſubditi non eſſent, declararunt tamen anno 1515 cum reliqua nobilitate, „ſie ſeyn ſchuldig unſern gnädigſten Herren zu rathen und zu helfen ihres Vermögens. Dieſe wurde von ihnen gesonnen, weil alle die ſich deſſelbigen Friedens, Rechtens, Schutz und Schirms gebrauchen und erfreuen, ſie ſtehen zu, wem ſie wollen, von Rechts und aller Billigkeit wegen ſchuldig ſeyn, das gemeine Mitleiden helffen zu tragen." Es verwilligte Ao. 1622. die Ritterſchaft Churfürſt Lothario eine Compagnie Harquebuſirer, weil ihr, ihrem Weib und Kindern durch den feindlichen Einfall äuſſerſtes Unheil und Verderben bevorſtehe; wogegen der Churfürſt ſich reverſirte, daß dieſer freywillige Succurs der Ritterſchaft an dero wohlhergebrachten und bekenntlichen Poſſeſſion vel quaſi exemtionis & libertatis nicht præjudicirlich ſeyn ſolle (f). Auch auf den Erzſtift Cöllniſchen und Stift Münſterſchen Landtagen ſind unmittelbare Grafen erſchienen, weil ſie als Nachbarn bey des Stifts Wohlfart intereſſiret waren (g).

(a) *Klock* Votor. Camer. Relat. 72. n. 203. *Knichen* de Jure territorii Cap. 3. n. 287.

(b) In dieſen Nebenſtunden, P. I.

(c) Vertheidigte Freyheit der ohnmittelbaren Reichsritterſchaft pag. 288. *Fritſch* de Conventibus provincialibus C. 4. n. 14. *Lunig* in Selectis ſcriptis illuſtribus p. 586. *Schweder* in Theatro prætenſ. P. I. p. 208.

(d) Hiſtor. Trevir. Tom. II. p. 534.

(e) Ibid. p. 534. 770.

(f) Ibid Tom. III. p. 272.

(g) *Ludolph* Symph. Vol. III. P. III. pag. 818. 819.

§. VI.

Das Jus circa ſacra.

Gleichwie das Kirchenregiment in Römiſchcatholichen Landen heutiges Tages nicht denen Landesherrn, ſondern denen Biſchöfen zuſtehet, alſo war es auch vor Luthers Zeiten überall in dieſer Händen. Bey der Reformation unterzogen ſich aber deſſen diejenige Reichsſtände, welche eines Regenten Pflicht zu ſeyn erachteten, die eingeſchlichene Mißbräuche abzuſtellen. Wer demnach IV. an einem Evangeliſchen Ort verfüget, wie der öffentliche Gottesdienſt zu verrichten, und die Kirchengüther zu gebrauchen ſind, mithin die geiſtliche

richtbarkeit übet, der iſt für den Landesherrn zu halten, weil gemeiniglich nur ſelbigen ſolche Gewalt verſtattet worden.

Da jedoch verſchiedenen Grafen, Herren und Städten manche Hoheitsrechte mit einer gewiſſen Abhängigkeit von andern Reichsſtänden zukommen (a), ſo iſt auch die Gewalt in Kirchenſachen zu Zeiten zwiſchen mehreren Herren getheilet. Es werden z. E. in der Grafſchaft Spiegelberg, deren Landes- und Lehnsherr Sr. Königl. Majeſtät von Großbritannien, als Herr des Fürſtenthums Calenberg ſind (b), die Prediger und Capelläne von des Prinzen Oranien und Naſſau Durchl. als Grafen zu Spiegelberg, dem Churbraunſchweigiſchen Conſiſtorio zum Examen und der Probepredigt præſentiret, und daſelbſt ordiniret. Sie unterſchreiben auch die Braunſchweig-Lüneburgiſche Kirchenordnung, und müſſen ſich, wenn wider ſelbige ein Verdacht irriger Lehre entſtehet, vor beſagtem Conſiſtorio rechfertigen. Dagegen geſchiehet ihre Immiſſion durch die Gräfliche Beamte, und dieſe ſind ſchuldig, bey den Generalviſitationen zu erſcheinen, und die vorfallende Mängel mit und neben den Churfürſtlichen Viſitatoribus richtig zu machen. In der Unterthanen Eheſachen erkennet auch das Gräfliche Gericht in prima inſtantia, und von deſſen Ausſprüchen findet die Appellation an das Churfürſtl. Conſiſtorium Platz. Die Grafen und nunmehrige Fürſten zu Schwarzburg ſcheinen in ihrem unter Churſachſen ſtehenden Lande mehreren Theil an dem Jure circa ſacra zu haben, wie es denn auch ſelbſt von ihnen reformiret worden (c).

Die Verfügung des Trauergeläuts und der Trauerceremonien iſt ſowohl ein Kennzeichen der Landeshoheit (d), als das öffentliche Kirchengebet. Weil man aber vielfältig in ſelbiges auch Schutzherrn, Gerichtsherrn, Kirchenpatronen, und andere nimmt (e), ſo giebet es nur alsdenn einen erheblichen Grund an Hand, wenn keine andere beſondere Urſach deſſelben erhellet, und derjenige, welcher jemanden die Hoheit ſtreitig machet, darin übergangen wird.

(a) S. dieſer Nebenſtunden I. Theil.

(b) *Ludolph* Vol. I. Symph. 3. p. 257.

(c) *Seckendorf* in Hiſtoria Lutheraniſmi Lib. 3. §. 25. Addit. 3. *Heidenreichs* Hiſtorie des Fürſtlichen Hauſes Schwarzburg p. 346.

(d) *Ludovici* de eo quod juſtum eſt circa campanas Cap. 2. §. 3.

(e) *Böhmer* de jure precum publicarum Cap. 3. §. 14. & J. E. P. Lib. 3. tit. 41. §. 81.

§. VII.

Die Erhebung

Die Steuren werden V. gemeiniglich nur dem Landesherrn entrichtet, und

und ſind daher ein ſtarkes Merkmal der Hoheit (a). Sie empfänget jedoch auch vielfältig derjenige, welcher kein Landesherr iſt. Daß der Kaiſerliche Reichshofrath Ao. 1729. dafür gehalten, jus collectandi ſequerelæ non arguere ſuperioritatem territorialem, bezeuget der Reichshofrath von *Wernher* (b), und es lehret der Cammergerichts-Aſſeſſor von *Ludolph* (c), a jure ſuperioritatis ad jus collectarum recte concludi, niſi probetur exemtio, non vero a jure collectarum ad jus territoriale, niſi alia concurrant ſigna. Es ſind nemlich viele Steuren und Beeden nicht aus Landesherrlicher Macht, ſondern durch gewiſſe Verträge eingeführet, und ſtändige denen Rentcammern einflieſſende Gefälle daraus gemachet (d). Dieſe wurden nach Willkühr veräuſſert und deßwegen öfters jemanden zu Theil, der nichts weniger als Landesherr war. der Steuren.

Im Reichsabſchied de 1544. §. 45. iſt verſehen, „daß ein jeder allein an den Ort, wo er geſeſſen, ſeine Anlagen der Defenſion-Hülfe geben ſolle, von allen ſeinen Haab und Güthern, die ſeyn Lehn oder Erbe, die er allenthalben hat, unverhindert, wie die in- oder auſſerhalb des Reichs ſeyn oder liegen;" welche Verordnung aber nur von Reichsſteuren handelt, die zum Behuf des Kaiſers erhoben werden (e). Zu ſelbiger Zeit erwieſe alſo die Steuer-Einnahme keine Gewalt über die Güther, von welchen ſie ein Reichsſtand in Empfang nahm. Dieſe Vermögenſteuer hat längſt aufgehöret, und da der Landesherr von denen in ſeinen Landen befindlichen Güthern die Reichsſteuren gemeiniglich erhebt, ſo iſt ſolche Hebung allerdings ein Beweis der Landeshoheit.

Vielfältig rühret es von der Beamten und Einnehmer Nachläßigkeit her, daß an Grenzorten die Unterthanen dem Herrn, worunter ſie wohnen, auch wohl diejenige Güther verſteuren, welche ihnen in eines andern Reichsſtandes angrenzenden Territorio zugehören, und wenn ſolches ſeit ſo vielen Jahren geſchehen, als zur Erwerbung einer Servitutis juris publici nöthig, auch an den übrigen Erforderniſſen der Verjährung kein Mangel erſcheinet, ſo hat es dabey billig ſein Verbleiben.

(a) *Lyncker* Vol. I. Reſp. 97. n. 56.

(b) Tom. III. P. IV. Obſ. 103.

(c) Obſ. 102. p. 266.

(d) In dieſer Nebenſtunden 2ten Th.

(e) *Ludolph* Obſ. 102. n. 4. & Symph. Vol. II. Conſ. 10. p. 223. *Hertius* Vol. I. Reſp. 4. n. 5. Reichs-Fama Tom. VI. pag. 24.

(f) *Hertius* de Superioritate territoriali §. 62. *Graſs* de Præſcriptione ſuperioritatis territorialis acquiſitiva Cap. 5. §. I. *Engelbrecht* de Ser-

Servitutibus juris publici p. 254 *Ziegler* de Juribus Majeſtaticis Lib. 2. Cap. 2. th. 5. *Coccejus* Tom. II. Dec. 419. n. 19. *Andler* Jurisprud. Lib. tit. 36. n. 62. 63. 64.

§. VIII.

Die Leiſtung des Homagii.

Die Leiſtung des Homagii nennen die Rechtslehrer VI. Teſſeram ſubjectionis (a), und ſie iſt es allerdings. Ein Gerichts Lehn und Guthsherr läſſet ſich aber auch wohl von ſeinen Hinterſaſſen, Lehn- und Pachtleuten eidlich anloben, daß ſie ihm treu, hold und gehorſam ſeyn wollen (a). Die bloße Eidesformul machet es alſo nicht aus, ſondern es müſſen die übrige Umſtände ergeben, daß derjenige, welchem der Eid geleiſtet worden, dadurch für einen Landesherrn erkannt iſt. Dieſes mag von denen nicht geſaget werden, die zu eben der Zeit, da ſie ſchwören, eine Unmittelbarkeit behaupten wollen. Wer angelobet, jemanden gehorſam zu ſeyn, der verbindet ſich nicht deſſen Willen ohne Ausnahme, ſondern nur alsdenn zu erfüllen, wenn er fordert, was man ihm zu leiſten ſchuldig iſt. Einen ſolchen Gehorſam können die Städte den Biſchöfen nicht verſagen, deren bloßer geiſtlicher oder auch weltlicher Jurisdiction ſie unterworfen ſind. Jmgleichen fordern ihn billig Gerichtsherrn, und Guthsherrn, und es verändert die Sache keinesweges, das Verſprechen geſchehe mit oder ohne Eid.

Soll aber auch ein wahres Homagium etwas in petitorio wirken, ſo muß es ſeit rechtsverwehrter Zeit vor entſtandenem Proceß geleiſtet, und mit der Ausübung landesherrlicher Rechte vergeſellſchaftet ſeyn. Auch in poſſeſſorio hilfet es nichts, wenn ſich ein anderer in Poſſeßion der fürnehmſten Regalien befindet. Denn ſolchenfalls ſind die Unterthanen unvermögend durch dergleichen Huldigung demjenigen einigen Nachtheil zu verurſachen, dem ſie unterworfen ſind.

(a) *Hertius* Vol. I. Reſp. 56. n. 2. *Ludolph* Symph. Vol. II. Conſ. 25. 1165.

(b) *Hertius* d. l. n. 10.

§. IX.

Das Eigenthum des Orts.

Erweiſet ein Reichsſtand, daß ihm oder auch ſeinen Unterthanen der ſtreitige Ort eigenthümlich zuſtehet, ſo muß man VII. vermuthen, daß ihm auch die Landeshoheit über denſelben gehöret, weil bey der erſten Beſitznehmung der Länder keinem fremden leicht verſtattet worden, ſich in einem benachbarten Lande etwas anzumaſſen, und es geſchlacht zu machen. So lange der gröſte Theil Deutſchlandes unbebauet war, hat man wohl die Landesgrenzen nicht genau beſtimmet. Sie ſind aber ſo vielmehr erweitert, jemehr ein Volk nach

und

und nach die ungeheure gröſtentheils in keines beſondern Eigenthum geweſene Waldungen ausgerodet, die Aecker gebauet, und Dörfer angeleget hat. Solchergeſtalt waren der Obrigkeitlichen Gewalt nicht nur die zu einem Volk oder auch einer Gow gehörige Perſonen, ſondern zugleich derſelben nicht ſehr entfernte Güther unterworfen. Man hält deßwegen mit Recht dafür, daß ſich die Jurisdiction der Richter jeden Orts ſo weit erſtrecket, als die Markung einer Stadt, oder eines Dorfs reichet (a), und eben dieſes iſt von der Landeshoheit zu ſagen. Die Regul leidet jedoch Abfälle, und zwar inſonderheit wenn, wie es gemeiniglich geſchiehet, Flüſſe um allen Streit zu vermeiden zur Grenze der Länder beſtimmet worden. Wenn ſolchenfalls jenſeits derſelbigen ein Unterthan etwas an ſich bringet, ſo unterwirft er ſich ſo fern dem benachbarten Landesherrn, und es iſt bey dergleichen Umſtänden keine Erweiterung der Landesgrenzen zu vermuthen.

Nicht ſelten wird auch der vortheilhaften Lage halber an einem Moraſt, oder auf einem Berge hart an der Grenze eine Feſtung angeleget, und alsdenn finden ſich öfters die dazu gehörige Ländereyen zum Theil in einem andern Territorio. Es muß aber die vor den Herrn des Orts ſtreitende allgemeine Vermuthung jedesmal durch beſondere Vermuthungen entkräftet, und dargethan werden, daß ein anderer Reichsſtand daſelbſt die Landeshoheit geübet hat.

(a) *Ottinger* de Limitibus Lib. I. C. 8. n. 10. *Stryck* U. M. ff. tit. de Jurisdictione §. 20. *Philoparchi* kluger Beamte P. II. tit. 38. §. 24.

§. X.

Dergleichen Streitigkeiten ſind gemeiniglich ſehr alt, und haben wohl einige 100. Jahr gedauret. Von beyden Theilen werden actus poſſeſſorii erwieſen, und einer rücket dem andern ein heimliches oder gewaltthätiges Verfahren vor. Sind die Facta nach entſtandenem Rechtsſtreit verübet, ſo können ſie um deſtoweniger das mindeſte wirken (a). Sonſten obſieget derjenige, welcher die älteſte Actus erweiſen kann. Denn von dieſem iſt zu vermuthen, daß er der erlangten Poſſeſſion nicht entſetzet worden, und alles was der Gegentheil dawider gethan, für eine Beeinträchtigung zu halten (b), welche nicht die mindeſte Wirkung hat, ſo lange der ältere Beſitzer die Gedanken äuſſert, den erlangten Beſitz behaupten zu wollen (c), und nicht gänzlich auſſer Stand geſetzet iſt, ſolches zu thun. Bloſſe Proteſtationes ſind von keinem Nutzen. Vielmehr ſchaden dieſelbe, wenn deren ohngeachtet der Gegner fortfähret, ſein vermeyntes Recht zu üben, und man ſo wenig ſolches verhindert, als richterliche Hülfe ſuchet (d), Von dem Poſſeſſorio.

maſſen dergleichen Widerſpruch zwar keine Erlangung der Poſſeſſion geſchehen läſſet, die würklich erlangte aber niemand entziehet (e).

Durch die Ausübung eines Hoheitsrechts überkommt man den Beſitz aller übrigen, jedoch nur alsdenn, wenn ſich kein anderer ihrer bemächtiget hat (f). Wer daher z. E. die Steuren aus einer Feldmark hebet, in welcher ein anderer die Jurisdiction hergebracht hat, der kann ſich dieſer und anderer Regalien nicht anmaſſen.

(a) Cap. 1. 2. 3. 11. X. ut lite pendente *Lancellottus* de Attentatis p. II. C. 4. in praef. n. 349. *Mevius* P. II. Dec. 188. *Lyncker* Dec. 10. *Böhmer* T. I. Reſp. 6. n. 61.

(b) *Poſtius* de Manutenendo Obſ. 7. n. 2. *Mevius* P. III. Dec. 91. n. 5. *Lyncker* Dec. 916. *Harpprecht* Vol. nov. Conſ. 4. n. 433. *Berger* Elect. Proc. Poſſeſſ. §. 32. *Wernher* T. I. P. II. Obſ. 433.

(c) *Poſtius* d. l. n. 8. *Ludolph* Symph. Vol. I. Conſ. 29. p. 598.

(d) *Faber* in Cod. Lib. 3. tit. 24. def. 10. *Coler* de Proceſſu executivo P. I. C. 3. n. 139. *Brunnemann* Conſ. 131. n. 304. *Lyncker* de Gravamine extrajudiciali C. 9. P. II. §. 62. *Wernher* T. II. P. VII. Obſ. 113.

(e) *Klock* Vol. I. Conſ. 50. n. 320. *Mevius* P. IV. Dec. 97. n. 5.

(f) *Poſtius* d. l. Obſ. 18. n. 11. *Berger* d. l. §. 20.

Sechs und zwanzigſte Abhandlung.

Von den Viſitationen des Kaiſerl. Cammergerichts.

§. I.

Die deutſche Reichs-Stände haben immer ſowohl Antheil an der Oberrichterlichen Gewalt gehabt, als ſie die Gerichts-

Die obrigkeitliche Gewalt hat zwar denen Kaiſern in Deutſchland immer zugeſtanden. Sie entſchieden jedoch, wie ich bereits anderwärts bemerket habe, die Streitigkeiten nicht nach ihrem Gutbefinden, ſondern die Beyſitzer des Gerichts fanden das Urtheil, und dieſe wurden gemeiniglich aus den Reichsſtänden genommen. Ihr Amt war von keiner Dauer, ſondern endigte ſich ſo bald das Gericht aufgehoben wurde, worin ſie ſaſſen, welches man nur wenige Zeit hegete. Nachdem aber Kaiſer Maximilian I. das Cammergericht angeordnet, und mit ſolchen Rechtsgelehrten beſetzet hat, die den Entſcheidungen der Rechtshändel beſtändig abwarten müſſen, ſo iſt die Benennung des gröſten Theils derſelben den Reichsſtänden überlaſſen, anſtatt die Urtheiler ehemals aus ihren Mitteln genommen wurden. Sie behielten demnach ſolchergeſtalt Antheil an

der richterlichen Gewalt, und heiſſet es daher im Viſitationsabſchied de 1713. §. 22. ganz recht, „daß das Cammergericht überhaupt Ihro Kaiſerl. Majeſtät und das Reich allein repraeſentire.“ Die eigentliche Reichsregierung wird zugleich vom Kaiſer und den Ständen geführet. Jener kann alſo ohne dieſer Genehmhaltung keine Geſetze machen. Deswegen iſt die Cammergerichtsordnung von den Ständen mit verfaſſet, und man hat auf Reichstagen darüber gerathſchlaget, wie ſolche zu handhaben ſey.

Ordnungen mit verfaſſen und handhaben helfen.

§. II.

Inſonderheit wurde durch den Coſtnitziſchen Reichsabſchied vom Jahr 1507. §. 14. feſtgeſtellet, daß das Cammergericht 6 Jahr dauren, und zu Ausgang jedes Jahrs auf einen nemlichen Tag der Kaiſer oder ſeine Räthe, und zwey dazu benannte Churfürſten und Fürſten bey ſelbigen erſcheinen, deſſen Gebrechen verhören und verſehen, über Einnahme und Ausgabe Rechnung empfangen, und der Stände Beytrag nach Befinden mehren oder mindern ſollten.

Einige ihres Mittels viſitiren daher das Cammergericht mit.

Die Cammergerichtsordnung vom Jahr 1521. Art. V. ſetzet hinzu, daß ſo lange das Cammergericht mit dem Reichsregiment an einem Ort seyn würde, dieſes die Viſitation thun, wenn man aber ſelbiges vom Cammergericht abſonderte, oder es nicht im Weſen ſeyn würde, alsdenn es gehalten werden ſolle, wie auf dem jüngſt gehaltenen Reichstag zu Coſtantz beſchloſſen iſt.

Ferner beliebte man im Reichsabſchied vom Jahr 1532. Tit. III. §. 3. jährlich den 1. May an dem Ort, da das Cammergericht gehalten wird, die Viſitation durch 9 Perſonen verrichten zu laſſen, als nemlich durch 2 Kaiſerl. Commiſſarios, einen Churmaynziſchen, und noch einen Churfürſtl. Rath, 2 Fürſten, einen Geiſtlichen und einen Weltlichen, dergeſtalt, daß das erſte Jahr der Geiſtliche in eigener Perſon, und der Weltliche durch einen Rath, im andern Jahr aber der Weltliche in eigener Perſon, und der Geiſtliche durch einen Rath erſcheine, ſodann durch die Prälaten, Grafen, und Städte, deren jeder einen Rath abſenden möge. Solches ſollte auf Koſten der Viſitatoren geſchehen.

In der Cammergerichtsordnung de 1555. Part. I art. L. iſt eben dieſes verfüget, aber, beſage Reichsabſchiedes de 1654. §. 132. ſeit 1582. keine ordinaire Viſitation jedoch Ao. 1595. und 1600 extraordinaire gehalten. Die letztere verrichteten die im Jahr 1532. benannte Stände nicht, ſondern man trug ſie laut Reichsabſchiedes de 1583 §. 47. dem Reichsdeputationsconvent auf, welcher mittelſt der Reichsabſchiede de 1555. §. 65., de 1559. §. 50. und de 1570. §. 20. zur Handhabung des Landfriedens angeordnet war, und aus meh-

veren Perſonen, als das Collegium der Viſitatorum ordinariorum beſtunde. Im Prager Frieden de 1635. §. 27. verabredete man, daß die Ordinari-Viſitationes und Reviſiones des Cammergerichts wieder angehen, zuforderſt aber eine Extraordinari-Viſitation vermittelſt eines Deputationstages angeſtellet werden ſolle.

Im Reichsabſchied de 1654. §. 128. wurde der Ao. 1532. errichtete dahin geändert, daß künftig nicht ein Fürſt denen Ordinari-Viſitationen ſelbſt in Perſon beywohnen, oder einen andern Fürſten an ſeine Statt erbitten, ſondern die perſönliche Erſcheinung in deſſen Willkühr geſtellet, und ihm aus ſeinen qualificirten Räthen, jedoch zu mehrerem Reſpect einen von ſeinen vornehmſten Miniſtris, an ſeine Stelle zu verordnen, erlaubet ſeyn ſolle.

Damit auch die alte und überhäufte Reviſiones abgethan werden mögten, iſt beſage §. 130. 132. eine aus 24 Ständen beſtehende extraordinari Reichsdeputation verordnet, und beſchloſſen, daß, nach Erledigung der alten Reviſions-Sachen, die Ordinari-Viſitationes wieder eingeführet, und alle Jahr fortgeſetzet werden ſollten.

Es iſt aber dieſer heilſame Schluß nicht ins Werk gerichtet, jedoch Ao. 1706 eine extraordinaire Reichsviſitationsdeputation zu der beym Kayſerl. Cammergericht entſtandener Differenzien, eingeſchlichener Misbräuche und Unordnungen rechtlicher Reichsconſtitutionsmäßiger Unterſuchung, Abthuung, Corrigirung und Reformirung beliebet. Die Deputati waren aus dem Churfüſtlichen Collegio Chur-Maynz, Churſachſen, Churpfalz und Churbrandenburg; aus dem Fürſtlichen die geiſtliche Salzburg, Bamberg, Speyer, Hildesheim, Osnabrück, Münſter ſammt den Schwäbiſchen Prälaten, und die weltliche Oeſterreich, Magdeburg, Bremen, Sachſen Weimar, Brandenburg Culmbach, Braunſchweig-Celle, Würtemberg, Heſſen-Caſſel, Baaden Baaden, Mecklenburg-Schwerin und die Wetterauiſche Grafen, ſodann aus dem Reichsſtädtiſchen Collegio Aachen, Nürnberg, Ueberlingen und Frankfurt. S. *Fabri* Staats-Canzley P. XI. p. 209. 210. Dieſe Viſitation hat von 1708. bis 1713. gedauret, und den aus 115. §§. beſtehenden Viſitationsabſchied verfertiget. Ihr war in der Inſtruction Art. XXI. beſonders aufgegeben, „ein heilſames Expediens auszufinden, und mit der Condition, wenn Ihro Kaiſerl. Majeſtät und das Reich nicht ein anders reſolvirten, feſtzuſtellen, wie die Viſitationes ordinariae & reviſiones, die hiernächſt vor die Hand genommen werden ſollten, wieder in richtigen Gang zu bringen.“

Endlich iſt in den jüngern Kaiſerlichen Wahlcapitulationen Art. XVII. beliebet, daß am 1ten May des folgenden Jahrs die zur Reichsdeputation verordnete Stände beym Kammergericht ſich durch ihre dahin abſchickende Räthe ohnfehlbar einfinden ſollten. Dieſe ſind in prima Claſſe aus dem Churfürſtlichen

chen Collegio Chur-Mainz, Chur-Trier, Chur-Sachſen und Chur-Brandenburg, aus dem Fürſtlichen die Geiſtliche Bamberg, Coſtanz, Regenſpurg, Münſter und ein Prälat, die Weltliche aber Oeſterreich, Bayern, Bremen, Sachſen-Gotha, Brandenburg-Culmbach, Braunſchweig-Wolfenbüttel, Mecklenburg-Schwerin, Heſſen-Darmſtadt, Baaden-Durlach und zwey Grafen ſammt den Städten Cölln, Nürnberg, Augſpurg und Regenſpurg. Bisher aber iſt ſolche heilſame Verordnung nicht vollſtrecket.

§. III.

Die Convocation der Viſitatoren geſchiehet von Chur-Mainz.

Die Verabladung zur Viſitation geſchiehet von Chur-Mainz. Bey der jüngſten fanden ſich nicht alle Deputati zu anberaumter Zeit ein. Dieſes entſchuldigten dieſelbe in Relatione ad Caeſarem folgendergeſtalt: „Gleichwie aber ſothane Zeit wegen des feindlichen Einbruchs in Schwaben, und anderer immittelſt eingefallener Verhinderniſſe einiger Stände ſo genau zu beobachten nicht möglich geweſen, als haben wir uns guten Theils etwas ſpäter allhier eingefunden und nicht eher als im Februar des 1707. Jahrs zuſammen treten, jedoch die Seſſiones den 10ten October erſt anfangen können."

§. IV.

Welchergeſtalt die Viſitation eröffnet wird.

Es lieſſe nemlich Chur-Mainz am 18ten Octobr. 1707. anſagen, daß die Kaiſerl. Commiſſarii am 20ten die Propoſition thun würden. Selbigen Tages hohlten ſie Chur-Mainz, Chur-Sachſen, Salzburg, Magdeburg, die Prälatiſche und Gräfliche, ſo alle mit 6 Pferden fuhren, auch die Stadt-Cölniſche und Nürnbergiſche, die nur 2 Pferde hatten, auf, und von den übrigen Deputirten wurden ſelbige an der mittlern Thür empfangen. In des Principal-Commiſſarii Wagen ſaß der Concommiſſarius mit, jedoch zurück. Dieſer letztere thate die erſte Anrede, und demnächſt hielte auch der Principal-Commiſſarius eine Rede. Der erſte Chur-Mainziſche Subdelegatus antwortete ihnen im Namen der ſämmtlichen von den Ständen des Reichs Subdelegirten, deren ein jeder nach der Ordnung in einem kleinen Diſcours ſich auf die übergebene Vollmacht bezog, und der Reichs-Inſtruction nachzukommen verſprach. Als dieſes geſchehen, ſtunde der Principal-Commiſſarius zuerſt von ſeinem Seſſel auf, und die Commiſſarii wurden ſolchergeſtalt nach Hauſe begleitet, wie ſie aufgehohlet worden.

§. V.

Die Vollmachten der Deputirten werden vor allen beyge-

Vor allen iſt der Punctus legitimationis zu berichtigen. Die Vollmachten der Deputirten werden Chur-Mainz zugeſtellet, und in pleno examiniret. In dem Diario des Chur-Sächſiſchen Deputirten Abraham Bocks den 24ten Julii 1587. iſt folgendes verzeichnet: „Als die Viſitatores um 7 Uhr zuſammen kommen,

Gewalt vorgebracht, und beurtheilet. men, hat D. Chriſtoph Faber, ſo neben den Biſchof zu Worms, und Herren Wambolden Kaiſerl. Commiſſarien, zur Stelle proponiret, daß man wollte die Gewalt beſehen, welches dann geſchehen, und ein jeder angezeiget, wie er von ſeinen Herren abgefertiget, ſich auch was zu Beförderung der löblichen Juſtizien und anders gelangte, ſeinen Fleiß darzu angebothen. Hierauf hat man eine Gewalt nach der andern angefangen abzuleſen, und nachdem dieſelbe abgetreten, davon in der Umfrage, welche Chur-Maniz gehalten, conſultiret." Anno 1707. geſchahe ein gleiches, und erhobe man ſich vom Seſſel bey Verleſung der Titulaturen der Chur- und Fürſten, nicht aber der Prälaten, Grafen und Städte.

§. VI.

Sie müſſen derjenigen, welche ſie abgeſendet haben, Räthe oder zu dem Viſitations Geſchäft, beſonders verpflichtet ſeyn.

Von den Deputirten wird erfordert, daß ſie desjenigen Standes, welcher ſie abgeſchicket hat, eigene Räthe, oder doch zu dem Viſitationsgeſchäft beſonders verpflichtet ſind. Denn die Reichsabſchiede den 1557. §. 4. 1559. §. 69., und 1570. §. 103. wollen, daß der viſitirenden Stände anſehnliche, redliche, geübte Räthe und Syndici abgeſchickt werden ſollen, wie auch der Reichs-Abſchied de 1654. §. 130., daß die Deputirten der beſchriebenen Stände würkliche oder zum wenigſten zu dieſem Actu verpflichtete Räthe ſind. Ao. 1569. wurde der Wetterauiſchen Grafen Deputatus, wie auch der Nordlingiſche Abgeordnete, weil ſie bißher in ſolcher Pflicht nicht geſtanden, mit einem leiblichen Eide beleget, wie folgender Extractus Protocolli ergiebet: „Derowegen dann der Wohlgebohrne Herr Ludewig Graf zu Königſtein an den Herrn D. Ludewig Stahlen genugſame Gewalt von aller andern Wetterauiſchen Grafen wegen, hat ausgehen laſſen, vielgedachten Herr D. Johann von Poſſeneck mit leiblichen Eid zu belahden, und was in vorgangenen, auch jetzo wehrender Viſitation von ihm gehandelt, daß daſſelbige ihrer aller Wille und Meynung geweſen, auch noch wäre. Dieſen Eid hat D. Poſſeneck ermeltem D. Stahl im ſitzenden Viſitationsrath vor Ausgang dieſer Viſitation praeſtiret, und iſt derowegen ſeiner Perſon halber nichts mehr bedenkliches vorgefallen. Als auch nach ſolchem D. Abraham Löſcher, als der Erb-Frey-und Reichs-Stadt Nordlingen Geſandter einen Ehrbaren Rath derſelben allein nach Inhalt aufgerichteter Beſtallung verpflichtet, und mit leiblichem Eid geleiſtet und geſchworen nicht zugethan geweſen, hat er in Beyſeyn Herrn Chriſtoph Philipps Zotten, als Kayſerl. Commiſſarii, dem Nordlingiſchen Stadtſchreiber, Herrn Friederich Schützen, der dazu von Ehren gedachten Rath mit genugſamen Gewalt abgefertiget, einen leiblichen Eid geleiſtet und geſchworen, daß er einem Ehrbaren Rath der Stadt Nordlingen in ihren Sachen, vermöge und nach Inhalt aufgerichteter Beſtallung, treulich und fleißig dienen wollte, wie dann ſolches alles von dem Mayntziſchen Secretario

alſo-

alſobald potocolliret und eingeſchrieben worden.“ Den Biſchöfl. Hildesheimiſchen Deputirten lieſſe man aber nicht zu, weil er weder dem Biſchof mit Eid und Pflicht verwandt war, noch ſich zeitig genug qualificirte, wovon der Kaiſerl. Commiſſariorum und Viſitatoren Bericht folgendes meldet: „Demnach aber ſich hernachmals von unſers gnädigen Fürſten und Herrn des Biſchofen zu Hildesheim wegen D. Jacob Ganſer Vicarius in ſpiritualibus allhier zu Speyer angeben, haben wir deſſelben übergebenen Gewalt überſehen und befunden, daß ermeldter Doctor hochermeldten Biſchofen weder mit Eid oder Pflichten verwand und zugethan, vielweniger mehr berührter Gewalt mit Sr. Fürſtl. Gnaden Secret oder Inſiegel bekräftiget, derowegen wir nicht unzeitlich dieſen Articul zu nothwendiger Berathſchlagung gezogen. Und wiewohl für unſere Perſon bemeldten D. Ganſer als zu dieſem Werk genugſam qualificiret, wohl hätten leiden mögen; So iſt doch gleich anfangs, ehe und zuvor der Herr Cammerrichters Amts-Verweſer und Aſſeſſores ſich der Viſitation ſubmittiret und unterwürfig gemachet, bey uns derowegen ſonderlich Anregung geſchehen, nachdem im Abſchied Ao. 1557. allhie zu Speyer aufgericht heilſamlich verſehen und geordnet, daß die Churfürſten, Fürſten und Stände jedesmal zu der Viſitation beſchrieben, ihre anſehnliche, tapfere, gelehrte, und geſchworne Räthe verordnen und abfertigen ſollen, ſo wollte auch ein löbl. Collegium ſich zu uns denen Commiſſariis und Viſitatoribus verſehen, die zu dieſer Viſitation abgeordnet, werden ihren Herrn und Obern allerſeits dergeſtalt verwand und zugethan ſeyn, immaſſen obangeregter Abſchied mit ſich bringet und ausweiſet, mit angehefften Begehren, wie es um eine jede Perſon diesfalls geſchaffen, ihnen daſſelbige zuvor zu vermelden, dieweil ſie bey denen Eiden und Pflichten, damit ſie Ew. Kaiſerl. Majeſtät und denen Ständen des heiligen Römiſchen Reichs verwand und zugethan, auf alles und jedes darum ſie gefragt, deponiren, auch ſonſten für ſich ſelbſten des Gerichts Mängel und Gebrechen an Perſonen und ſonſt anzuzeigen ſchuldig, daß man faſt bedenklich halte, die Secreta Judicii vor denen, ſo ihren Herren und Obern Inhalt abgeregten Abſchiede nicht verwand, anzuzeigen. Dieweil dann Ew. Kaiſerl. Majeſtät löbl. Cammergericht alſo hierauf beſtanden, wir uns auch ſelbſten zu erinnern gewuſt, daß uns mit nichten gebühren wollen, Ew. Kaiſerl. Majeſtät und des heiligen Röm. Reichs wohlbedachtſamen, heilſamen aufgerichteten Conſtitutionen und Abſchieden zuwider etwas, zu nachtheiligen beſchwerlichen Conſequentien, einführen zu laſſen, alſo haben wir ihm deſſen nothdürftiglich erinnert, aber doch daneben vermeldet, woferne er ſich vor Ausgang vermeldter Viſitation, gleich obangeregtes Abſchiedes legitimiren würde, daß wir alsdann denſelben vor unſer Perſon hinzu zu laſſen gar kein Bedenken. Wann

er ſich denn herwiederum in Antwort dahin reſolviret, daß er jezt angeregter des heiligen Röm. Reichs Conſtitutionen und Ordnung ſich wohl zu erinnern wiſſe, daß auch derſelbe dieſe Ding an hochgedachten Biſchofen zu Hildesheim ohnſäumlich gelangen laſſen wollte; So iſt es auch auf diesmal dabey verblieben, und er D. Ganſer obgemeldt hierauf ohn einig Geheiß vom Examine abgewichen, und ſich deſſelben enthalten, keine fernere Legitimation einkommen, und wie wir es dafür halten, daß ſolches wegen ferne und weite des Weges verblieben, darauf wir nach beſchehener Vergleichung der Interrogatorien das Examen perſonarum vor die Hand genommen."

Als die Schwäbiſche Prälaten Ao. 1707. einen Churpfälziſchen Rath ſubdelegirten, wurde laut Protocolli vom 7. Nov. beſchloſſen: „Derſelbe wäre ad interim zu admittiren, jedoch, daß er ſeinem ad Protocollum gegebenen Erbieten nach, noch Praeſtanda, ſowohl in puncto des verbeſſerten Gewalts, als Erlaſſung ſeiner Chur-Pfälziſchen Pflichten, quoad hoc negotium, zu præſtiren, und ſolches annoch ante Examen perſonarum Cameralium zu thun hätte, widrigenfalls und bis zum Verfolg er weiter nicht zuzulaſſen ſey."

§. VII.

Ob der Committenten Tutoria beyzubringen ſind?

Laut Protocolli vom 7. Nov. 1707. entſtunde bey der letzten Viſitation die Frage: Ob der Fürſtl. Sachſen-Weimarſche Subdelegatus ſich durch Production eines Tutorii der Fürſtl. Vormundſchaft legitimiren müſſe. Um ſolches abzulehnen, übergabe er folgende Schrift:

Unverfängliche Remonſtration
Warum der Sachſen-Weimarſche Subdelegatus die ihm angemuthete Anſchaffung eines Tutorii zu decleniren, neceſſitiret wird.

Nachdeme nur benanntem Sachſen-Weimarſchen, zu gegenwärtiger Extraordinair-Reichsviſitationsdeputation Abgeordneten die unvermuthete Nachricht hinterbracht worden, als ob bey Examinirung ſeiner Vollmacht, ratione Tutorii ein Zweifel erregt, und auf deſſen Anſchaffung per majora geſchloſſen werden wollen, ſo hält er vor nöthig, wider dieſen, ungehört ſeiner, abgefaſſeten vermeyntlichen Schluß dem ganzen Hochlöbl. Conſeſſui kürzlich zu repræſentiren.

1) Welchermaſſen bey dem Chur- und Fürſtlichen Hauſe Sachſen von uhralten Zeiten beſtändig hergebracht, daß bey ereigenden Fällen der proximus Agnatus als Tutor Legitimus, die Tutel und Adminiſtration der ſeinen unmündigen Vettern zukommender Lande und aller dazu gehörigen Jurium jederzeit geführet, ohne daß er ſich diesfalls in ſeiner Tutela legitima confirmiren laſſen, oder ein Tutorium darüber anſchaffen dürfen.

Vid.

Vid Müller Ann. Sax. ad ann. 1602. p. 231.

welche einem ſolchen hohen Tutorn zukommende Befugniß, wie ſie ihrem Urſprung nach 2) in den allgemeinen uhralten Sächſiſchen Rechten, die von der Tutela Teſtamentaria gar nichts wiſſen, und die Dativam bloß in defectu legitimae verſtatten.

Sächſiſche Landrecht L. I. art. 43. & 45.

Schrader de feudis part 10. Sect. 19. n. 30. & ſeqq.

Hingegen dieſe die Legitimam ohne Erforderung einiger Confirmation mit den expreſſis verbis diſpoſitivis de præſenti, daß nemlich der älteſte ebenbürtige Schwerdmage ipſo facto Vormund ſey

vid. nur allegirtes Landrecht L. I. art. 23.

Weichbild Art. 49.

Sentent. Scab. Magdeburg. Part. I. c. 8. diſt. 8.

authoriſiren, und folglich nicht ſowohl auf die Probationem tutelæ, als welche eigentlich durch das Tutorium intendiret, und ſua natura bloß in den Fällen, wo die Tutela nicht à lege publica, ſondern Facto hominis herrühret, erfordert wird, als die Certitudinem agnationis, die aber, wo ſie, wie in præſenti, notoria, per allegata Juris keiner Probation, und alſo auch keines gerichtlichen und formalen Tutorii bedarf, reflectiren, hauptſächlich gegründet, und

3) in denen zwiſchen den Chur und Fürſtl. Häuſern, Sachſen, Brandenburg und Heſſen errichteten, und in allen Kaſerl. Wahl-Capitulationen expreſſe confirmirten Erbeinigungen,

4) intuitu ſtatuum Imperii & præcipue Principum Saxoniæ, durch die Reform guter Policey de anno 1548. und die darauf erfolgte Erklärung derſelben de an. 1577., weil ſolche Ordnungen beyderſeits

C. 31. & reſpon. 32.

mehr auf die Unterthanen der Statuum, als die Status ipſos, ſowohl nach den klaren Worten, als der Meynung einiger Rechtsgelehrten, und inſonderheit

Richters Vol. I. part. 4. Conſ. 12. n. 37.

abzuzielen ſcheinen, im geringſten nicht aufgehoben, ſondern allenfalls

5) durch die bekannte, von denen Churfürſten und Fürſten zu Sachſen wider alle denen Sächſiſchen Rechten und Gewohnheiten entgegen laufende Reichs-Conſtitutionen, publice eingelegte Proteſtation, (welche auch in andern Fällen als zum Exempel in ſucceſſione nepotum in bona patrui und dergleichen mehr der Sächſiſchen Rechten Sanctiones conſervirt) bey ihren vigore erhalten; über dieſes alles aber

6) bey denen Sächſiſchen Fürſtl. Häuſern durch die kundbare Obſervanz, kraft welcher bey Herzog Johann Wilhelms zu Weimar Herren Söhnen Churfürſt Auguſtus zu Sachſen 1573., und hernach bey Herzog Johanſen der Herr Bruder Herzog Friederich Wilhelm 1586., ferner bey nur benannten Herzog Friederich Wilhelms und Herzog Johanſens Herren Söhnen Churfürſt Chriſtianus II. anno 1602. & 1605., und nachdem Churfürſt Johann Georg I., imgleichen bey Herzog Bernhards zu Jena hinterlaſſenen Prinzen Se. Hochfürſtl. Durchl. der noch regierende Herr Herzog Wilhelm Ernſt zu Weimar 1686., und denn des Königs Auguſti Majeſtät als Churfürſt zu Sachſen bey dero minderjährigen und unmündigen Herrn Vettern zu Merſeburg und Weiſenfels 1694, & 1697. die Vormundſchaft

vid. Müller Ann. Sax. ad annos alleg.

ohne Suchung einiger Confirmation übernommen, und ungeachtet etliche bey unterſchiedenen Reichstägen

vid. Subſcr. Rec. de anno. 1576. 1582. 1603. & 1613.

in Vormundſchaft erſchienen, nie kein Tutorium exhibiret, nachdrücklich corroboriret, ja ſogar 7) noviſſime da des Königs Auguſti Majeſtät dero unmündigen Herrn Vetters zu Merſeburg in übernommener Vormundſchaft die Lehen zu Wien geſuchet, und der Kaiſerl. Hof durch ein Reichshofraths-Decretum anno 1696. Derſelben die Productionem Tutorii oder Beſcheinigung des obigen Herkommens und Juris non confirmandæ tutelæ angemuthet.

vid. Müller Ann. Sax. ad dict. anno 1696.

nach geſchehener Remonſtration aber davon wieder abgegangen, und die anfänglich denegirte Lehn in einiger Zeit darauf conferiret, gleichſam in contradictorio behauptet worden. Weil nun

8) nach denen Sächſiſchen Rechten und Gewohnheiten in denen Sachen, ſo aus Sachſen kommen, bekanntermaſſen auch bey denen höchſten Reichsgerichten geſprochen, und vermöge ſolcher Sächſiſchen Rechte und Gewohnheiten die Exhibitio tutorii hauptſächlich nur in den Fällen, wenn man entweder judicialiter, oder ſonſt etwas, ſo directe in utilitatem vel detrimentum pupillorum vel minorum gereichet, erfordert wird, hier aber eigentlich kein dergleichen Caſus vorhanden, nächſtdem

9) des gegenwärtigen Herren Subdelegantis Hochfürſtl. Durchl., ob ſie wohl mit Dero jüngſt verſtorbenen Herren Bruder, als der jetzigen unmündigen Herrn Vater, auf gewiſſe maſſe, nach Ausweiß der Pactorum familiæ in Communione geſtanden, dennoch die Regierung der geſamten Lande, vor ſich und im Namen dero Herrn Bruders, alleine geführet, dahero ſowohl in

dem

dem öffentlichen Kirchengebet, als ſonſt den Nahmen des regierenden Landesfürſten jederzeit behalten, hingegen dem jüngern Herren Bruder Höchſtſel. Gedächtniß, wenn dero Meldung geſchehen, das Wort regierend nirgend zuſtehen, dabey cum titulo & qualitate Regentis unterſchiedene Prærogativen zum voraus exerciren, und inſonderheit durch dero geſamtes Regierungs-Collegium die vorfallende Affairen, obſervato ſtylo curiæ, ohne weitere Special-Concurrenz des jüngern Herrn Bruders expediren laſſen, mithin, da dieſe nunmehro verſtorben, und dero unmündige Herren Söhne in nichts weiter, als des Herrn Vaters gehabte Jura ſuccediret, als regierender Landesfürſt auch hier zu conſideriren, und zu Beſorgung desjenigen, was dem Fürſtl. Samt-Haus Weimar Reichswegen aufgetragen worden, bey noch minderjährigen und unmündigen Jahren der Fürſtl. Herrn Nepotum, um ſo viel eher ohne anderweite Legitimation zu admittiren ſeyn, je kundbarer die Landübliche Sächſiſche Rechte,

10) ohnedem zuſtehen, daß wenn man gleich nach dem höchſten Rigeur gehen will, dennoch auch inter privatos (und alſo um ſo viel eher inter Principes Imperii) ein Patruus pro Nepotibus absque legitimatione etiam in judiciis tutorio nomine admittiret werden ſoll.

Vid. Ord. Proc. Sax. tit. 7. §. wir laſſen aber gleichwohl geſchehen ꝛc. So lebt man bey ſogeſtalten Dingen der tröſtlichen Zuverſicht, es werde, dem notoriſchen Herkommen und hohen Befugniſſen des Chur- und Fürſtl. Hauſes Sachſen entgegen, nichts weiter prætendiret, ſondern von dem Eingangs erwehnten Anmuthen, ein Tutorium ad effectum legitimationis noch anzuſchaffen, abgeſtanden, und der Endesbenannte Abgeordnete, ohne weitern Aufenthalt und absquæ conditione, zum Congreſſu und Deliberationibus admittiret werden, widrigenfalls wird contra omnia præjudicialia ſolenniter proteſtiret, und ulterior Deductio jurium cum quibusvis competentibus per expreſſum reſerviret.

Alberti Fürſtl. Weimariſcher Subdelegatus.

Man drunge auch deßwegen nicht ferner in ihn. Immittelſt ergiebet das Protocollum vom 10. Septemb. 1708., wie der Baaden-Baadiſche Subdelegatus zu ſeiner Legitimation von Ihre Churfürſtl. Durchl. zu Pfalz, als Contutore über des leztverſtorbenen Herrn Marggrafens unmündige Prinzen die Vollmacht, auch eine Beſcheinigung des geleiſteten Vormundſchaftseides, und Extractum teſtamenti exhibiret hat.

§. VIII.

Von der Deputirten Facultate ſubſtituendi.

Laut Protocolli de 31. Octob. 1707. wollte man den Churbrandenburgiſchen und Gräfl. Wetterauiſchen Subdelegatis keine Facultatem ſubſtituendi einräu-

räumen. Jene ſuchten ſolches Recht mit folgendem Aufſatz zu behaupten:

Urſachen,

warum die Clauſula ſubſtitutionis in denen bey dermaliger extraordinaria Viſitationis Deputatione übergebenen Vollmachten vor anſtößig nicht zu achten.

I. Iſt zu Erläuterung dieſes Puncts wohl die Quæſtio mit wenigem zu berühren, ob das Principum, quod abſentium Statuum eorumque Subdelegatorum non ſit habenda ratio, auf gegenwärtige Fälle durchgehends applicabel ſey? Wobey man denen Statibus Deputatis, ſo die Abſchickung unterlaſſen, das Wort eben nicht zu reden hat. Dann weil gleichſam Pœna contumaciæ, oder, gelinder zu reden, ſpontanea abdicatio mit unterläuft; ſo hat man auch nicht nöthig, ſich wegen Abgang ihres Voti hierbey lange aufzuhalten.

II. Dieſes aber iſt die hieher gehörige Hauptfrage: Ob auf den Fall, da ein Stand des Reichs ordnungsmäſſig die Abſchickung thut, der Abgeſchickte ſich auch einfindet und legitimiret, oder gar ſeine Verrichtuug mit antritt, das ſothanem Subdelegato aufgetragene Votum vaciren müſſe, wann er bey dem Conſeſſu aus erheblichen Urſachen zu erſcheinen behindert iſt? Wobey dann wohl die höchſte Billigkeit die negativam um ſo mehr an die Hand giebt, als aus den gemeinen Rechten ſelbſt bekannt, quod abſentia legitima abſenti non noceat, und daneben eine Sache von nicht geringer Conſequence ſeyn würde, wann man inter Status ſo leicht auf Privationem voti fallen wollte, zumal in ſolchem Fall, da ein Herr mit ſchweren Koſten die Abſchickung gebührend gethan, Caſum zu præſtiren nicht ſchuldig, Culpa aber nicht vorhanden iſt, auſſer welcher es hart ſeyn würde, ad privationem zu ſchreiten, zumal da ein einziger Actus von ſolchem Gewicht ſeyn kann, daß die Ausſchlieſſung pro maximo præjudicio zu achten wäre.

III. Nächſt dieſem Præſuppoſito iſt wohl gewiß, daß auf begebenden ſolchen Fall, da ein Subdelegatus ex juſtis cauſis abſens, zu Verhütung ſonſt beſorglichen Præjudizes, die Subſtitutio wohl das bequemſte und pro re nata, wann abſens nicht einmal Materiam deliberandam wiſſen kann, das einzige Mittel, und bey vorwehrender hochanſehnlicher Reichsdeputation um ſo weniger zu excludiren ſey, als bekanntermaſſen ſolche Subſtitutiones bey Reichs- und Deputationsconventen ohndiſputirlich de genere permiſſorum ſeynd, und täglich ohne einige Widerrede practiciret werden.

IV. Es iſt zwar nicht ohne, daß nach Ausweiſung der alten Viſitations-Acten die Subſtitutiones, wenn ſie in den Vollmachten angemerket worden, einigen Anſtoß gegeben. Es iſt aber hierbey ein notabler Unterſchied zu machen, zwiſchen der Clauſula, ſo einem Subdelegato poteſtatem giebt, und zwiſchen der

Sub-

Subſtitution, ſo von dem Subdelegante gleich mit Benennung einer gewiſſen Perſon geſchiehet. Erſtes iſt dahero bedenklich gefallen, quia perſonæ induſtria electa, dieſes auch wohl billig als ein nöthiges Requiſitum zu conſideriren iſt, wiewohl auch ſolche Subſtitutio nicht bloßerdinges verworfen, ſondern, wie ex actis Viſitationis de anno 1574. klar zu erſehen, mit gutem Grunde davon gehalten worden, daß wann die Perſona ſubſtituenda die in Viſitatoribus erforderte Qualitates hätte, die Subſtitutio wohl der Cammergerichtsordnung nicht zuwider ſey, und zweifelt man nicht, es werde dieſes in ein oder andern vortreflichen Voto weiter deduciret ſeyn, daß es nicht nöthig, ſich dabey aufzuhalten. Daß aber

V. eine Subſtitutio, ſo von dem Principalen ſelbſt mit ausdrücklicher Benennung geſchehen, ſollte in Zweifel gezogen oder verworfen ſeyn, davon erinnert man ſich keines Exempels, und kann dergleichen um ſo weniger vermuthen, als es wohl nicht gläublich, daß man die Beneficia juris denen deputirten Ständen abzuſchneiden, ſich werde unterſtanden haben, zumal da die Ratio decidendi, warum man Poteſtatem ſubſtituendi ſubdelegato conceſſam in Zweifel ziehet, daß nemlich in ſubdelegato fides ſeu induſtria perſonæ ſit electa, bekänntlich hier ceſſiret, da ſowohl Conſtitutus als Subſtitutus von dem Prinzipalen benennet ſeyn, und daher die rechtliche Vermuthung iſt, daß ſowohl bey einer als der andern Perſon die in Viſitatoribus erforderte qualitates in Conſideration gezogen und gefunden worden, und wie hier hoffentlich kein Dubium ſich weiter ereignet, ſo hat ſolche Subſtitutio wohl um ſo mehr ſtatt, wann ein Stand zwey Perſonen zu Führung unterſchiedlicher ihm zuſtehender Votorum abſchickt, und ſelbige mit einander mutuo con- und ſubſtituiret, maßen da der geringſte Zweifel Ratione electæ induſtriæ nicht übrig bleibt, wie dann ſo viel die von Sr. Königl. Majeſtät in Preuſſen ertheilte Vollmachten betrift, die darin enthaltene allergnädigſte Expreſſiones gnuſam zu erkennen geben, daß dieſelbe hierauf hauptſächlich die allergnädigſte Reflexiones genommen.

VI. Und ob zwar einiges Dubium erregen möchte, daß eine mutua con- & ſubſtitutio combinationem votorum mit ſich führe, alſo nicht zu verſtatten ſey, ſo widerſpricht doch zuforderſt der Generalitati ſothanes Einwurfes oder Principii die bekannte Praxis Imperii, maſſen in Comitiis nichts gemeiner iſt, als daß einem Geſandten 2. 3. und mehr Vota aufgetragen werden, und muß man billig in ſolchen Fällen dasjenige, ſo bey allgemeinen Reichstage approbiret iſt, auch bey Reichs-Deputationibus ſo lange pro norma generali halten, bis gezeiget wird, daß ſolches ſich auf ein oder anders Reichs-Negotium nicht appliciren laſſe.

VII. Es iſt nun zwar auſſer Zweifel, daß bey Viſitationibus die Reichs-Conſtitutiones hierin etwas abweichen, da in dem

Reichsabſchiede de anno 1559. §. 69.

„ausdrücklich verſehen, daß jedesmal ein jeder beſchriebener Viſitator einen eigenen Rath oder Befehlhaber an ſeine Statt verordnen und dargeben ſolle.“

Auſſerdem aber, daß hierin nicht ein Wort enthalten, daß ſolche Conſtitutio auch einen Stand binden ſolle, der zwey Stellen und Stimmen zu beſchicken hat; So iſt doch billig ein Unterſchied zu machen, inter combinationem votorum perpetuam & eam, quæ fit ad tempus exigente neceſſitate. Daß erſteres denen Reichsſatzungen nicht conform ſey, dagegen hat man um ſoweniger vor itzo etwas einzuwenden nöthig, als es an Seiten der von allerhöchſt beſagter Sr. Königl. Majeſtät Subdelegirten die Meynung nicht hat, dergleichen Combinationem votorum perpetuam zu prætendiren. Was aber Combinationem votorum ad tempus betrift, da findet man in allen Reichs-Conſtitutionen und dem oballegirten Reichsabſchiede de Anno 1559. ſelbſt, ſo viel man ſich erinnern kann, nicht ein einziges Wort, woraus eine Prohibitio auf letzten Fall könnte inferiret werden, und bleibet es daher billig extra caſum prohibitum bey dem, was ſonſt juris & ſecundum obſervantiam Imperii liberæ facultatis iſt. Und iſt hiebey wohl zu merken, daß gar erhebliche Urſachen ſich gefunden, warum man bey denen Viſitationibus ordinariis erfordert, daß ein jeder Stand ſeinen eigenen Rath ſchicken ſollte. Denn weil ſothane Viſitationes aus wenigen Perſonen beſtunden; ſo würde ein ganzer Actus ſich leicht haben zerſchlagen können, wann auf eine gar zu kleine Anzahl die Viſitatores wären redigiret worden, dergleichen aber bey der temporanea conjunctione votorum nicht zu beſorgen iſt, am wenigſten aber bey dieſer ſo zahlreichen Reichs Deputation.

VIII. Wobey dann hoffentlich ein jeder Subdelegatus, welcher vi Subſtitutionis einem andern ad tempus oder unum vel alterum actum ſein Votum überläſſet, die Præſumtion vor ſich haben wird, daß er ſich bey dieſem Viſitations-Geſchäfte ſeiner obliegenden Pflicht erinnern, und nicht anders als ex juſtis cauſis oder ob legitima impedimenta abſent zu ſeyn, ſich bemühen werde. Solte auch etwan wollen eingewand werden, daß in cauſis juſtitiæ ſolche Combinatio nicht wohl admittiret werden könnte; ſo iſt doch ſolches auch keine Univerſal-Regul, maſſen man die Deliberationes, ſo in Comitiis in tota cauſæ Camerali, die man hieher verwieſen, gehalten worden, und wobey man keine Combinationem votorum in Zweifel gezogen, entgegen ſetzen könnte. So iſt auch dieſe Reichs-Deputation nach der kurzen Schnur der Privat-Judiciorum nicht zu meſſen, da derſelben nicht nur Poteſtas Judiciaria, ſondern auch legislatoria und

zwar

zwar in longe eminentiori gradu, als ſelbige jemals bey einer Viſitatione geweſen, aufgetragen worden. Es iſt auch die Hauptabſicht bey den Juſtizpunkten wohl dieſe, daß diejenigen, ſo über die zwiſchen den Cameral-Perſonen enſtandene Differentien, und was dem anhängig, judiciren ſollen, nächſtdem, daß ſie mit den dazu erforderten Qualitæten begabet ſeyn müſſen, auch ſpecialiter hierzu verpflichtet ſeyn, damit man deſto ſicherer unpartheyiſche Juſtiz hoffen, und ein völliges gutes Vertrauen zu dem ganzen löbl. Conſeſſu haben könne. Welche ratio ja nicht verfehlet wird, man jemanden, ſo erforderter maſſen ſich qualificiret hat, in caſu neceſſitatis noch ein Votum mit aufgetragen wird, und kann es bey ſolcher weitläuftigen Verſamlung wenig machen, wann gleich 2 Vota gleichſtimmig ſeyn, wie dann die Nebenanlage ſub No. 1. zu erkennen giebet, wie ſogar in Comitiis die majora im Fürſtlichen Collegio dahin angetragen, daß auch der Abſentium vota dem Theil accreſciren ſollten, von deſſen Religion der abgehende ſeyn würde, welches weit mehr, als Clauſula ſubſtitutionis iſt, involviret, und Zweifelsohne geſchehen ſeyn würde, wann man nicht allen Prætext zur Jalouſie zwiſchen beyderſeits Religionsverwandten zu verhüten nöthig erachtet hatte.

Salvo meliore Wetzlar den 1ten Nov. 1707.

Churmainz votirte, es ſey die Subſtitution, welche anno 1595 in der Grafen Gewalt geweſen, verworffen, und man müſſe ſolchen Concluſo inhæriren, welches auch per majora beliebet, und zum Protocoll genommen wurde: „Die Gräfl. Wetterauiſche Gewalt paſſiret, auſſerhalb Subſtitutio, welche als generalis pro ſuperfluo zu halten.“ In dem Oeſterreichiſchen Voto vom 25ten Octob. 1707. wurde jedoch angeführet, es ſey laut Viſitations-Protocolli de 1595. dem Gülichſchen und Pommerſchen Abgeſandten auf ihr Anſuchen, und in der Vollmacht gehabte Clauſulam Subſtitutionis, die Subſtitutio wirklich zugeſtanden. Es wären auch damals zwar mehrere Deputirte ab eodem Statu in loco geweſen, hieraus aber nur einer ad Viſitationem Cameralem gelaſſen. Ob ſie nicht alle zu admittiren, darüber iſt im Jahr 1574. ſcharf geſtritten, wie aus der Kaiſerl. Commiſſarien und Viſitatoren Relation vom 19ten May 1574 erhellet, in welcher es alſo heiſſet: „Als nun Cammerrichter und Beyſitzer darüber (wie man ihnen nemlich die Viſitation angekündiget, und nomine Viſitatorum behändigt gehabt) Bedenkzeit genommen, haben ſie durch einen Ausſchuß uns anzeigen laſſen, daß ihnen beſchwerlich den Herrn Biſchöfen zu Pauſau zween Räth, gleichfalls den Mainziſchen vier Perſonen wider die Ordnung und alt Herkommen zuzulaſſen, bathen derhalben, es wolle Paſſau den zweyten Rath, auch die Mainziſche die vierte Perſon abtreten laſſen. Wiewohl

Ob ein Votum durch mehrere Perſonen geführet werden könne.

wohl nun der Herr von Paſſau anzeigen laſſen, Ihro Fürſtl. Gnaden würde berichtet, es ſollen die vorige viſitirende Fürſten indifferenter zu Zeiten einen, zween oder drey Räth bey der Viſitation gehabt, ꝛc. Doch alle Verzüglichkeit zu verhüten, haben Ihro Fürſtl. Gnaden aus gutem Willen, aber ſonſten Ihr und keinen Fürſten zu præjudiciren, nur ihren Canzler im Rath behalten.

Aber von wegen Mainz iſt durch den Canzler vermeldt, daß ihr gnädigſter Herr nicht allein als ein Churfürſt, ſondern auch als Erzcanzler zu allen Viſitationen 3. 4. oder mehr Perſonen, nach Gelegenheit der Geſchäft, bis daher abgeordnet, und daß nicht zu Ihro Churfürſtl. Gnaden ſelbſt Nutzen, ſondern mit ihren ſchweren Koſten, Kaiſerl. Maj. und dem heiligen Reich zu Ehren, damit der Canzley halben, (da je zu Zeiten jemand mit unverſehntlicher Schwachheit angegriffen, oder anderer Ehehaft wegen ſich abſentiren müſte) ſolch wichtig Werk der Viſitation nicht verzogen, oder eingeſtellet werden ſollte, derhalben und weil Mainz Ao. 1556. 60. 64. und mehr Jahre auch vier Perſonen darbey gehabt, und niemals angefochten worden, wollten ſie ſich verſehen, und gebethen haben, ihrem gnädigſten Churfürſten und Herrn bey nothwendiger Verſehung und Verrichtung ſeines Erz-Cancellariat wider Herkommen, nicht verhindern zu laſſen, ſondern das Collegium von ſolchen neuen Sachen abzuweiſen, und in eventum damit ſie entſchuldigt, mögten ſie darüber Erkänntniß leiden.

Da nun dieſe Streitigkeit eingefallen, haben wir nicht unterlaſſen, dieſelbige in der Güte durch Mittel hinzulegen. Wann aber Cammerrichter und Beyſitzer darüber auch ihre ſchriftliche Bedenken und Petition eingeben, und alſo die Güte unverfänglich geweſen, iſt zuletzt am ſiebenden May durch uns Ew. Kaiſerl. Majeſtät Commiſſarien und andere Viſitatorn, beyden Theilen zugegen, in berührter Rathsſtuben, Beſcheid geben worden, als hierneben mit C. und D. zu befinden.

Beylage C.

Cammerrichter, Præſidenten und Beyſitzer können und wiſſen von ihrer nothwendigen Exeception geſtrigs Tags und heut fürgewand, viele Perſonen belangend, beſchwerlichen Eingang und Neuerung zu verhüten, und dieweil dieſelbige in der Cammergerichtsordnung ausdrücklich begründet, auch dem Herkommen gemäß, und mit andern Chur und Fürſten dergleichen gehalten werden, ohne der Kaiſerl. Comiſſarien, und anweſenden Herrn Viſitatorn Erkänntniß, nicht abzuweichen, bittend, daß bißanhero die Viſitation hiedurch verlängert, oder noch ferners verzogen werden ſoll, ſie für ihre Perſon nicht allein für entſchul-

digt

digt zu halten, ſondern auch bey Röm. Kaiſerl. Majeſt. auch Chur- und Fürſten und gemeiner Ständen deſſen alſo in beſtem zu gedenken, und daß an Ihnen nichts erwunden, ſo zu würklicher Vollziehung dieſer angeſtelleten Viſitation ſich gebühret hätte, nothdürftiglich zu berichten.

Decretum.

Der Kaiſerl. Maj. Commiſſarius auch anweſender Fürſt und zu vorſtehender Viſitation abgeordnete Räth und Bottſchafter, ſtellen zwiſchen dem Kaiſerl. Cammergericht und Churfürſtl. Mainziſchen Abgeſandten eingefallenen Streits die Pluralitæt oder Anzahl Viſitantium belangend, endliche Erledigung zu der Kaiſerl. Majeſt. Chur- und Fürſten, auch gemeiner des Reichs Ständen Erklärung und Reſolution, und iſt derſelben auf die von beyden Partheyen beſchehene Submiſſion der Beſcheid, daß nach Geſtalt und Gelegenheit dieſer Sache die Churfürſtl. Mainziſche zu vorſtehender Viſitation Deputirte und verordnete conjunctim & diviſim dismals zuzulaſſen, doch dergeſtalt, daß ſolcher jezziger Actus keinem Theil an ſeiner Gerechtigkeit etwas geben oder nehmen, oder auch ſonſten in einige Wege Vortheil oder Nachtheil gebähren, ſondern jedem Theil ſein Recht hiemit ausdrücklich vorbehalten ſeyn ſoll, und ſollen hierauf hoch und wohlbedachte Herr Cammerrichter, Præſidenten und Beyſitzer ihrer dießfalls vorgewandter Einrede unverhindert, ohne längern Verzug nach altem gewöhnlichen Gebrauch und Ausweiſung der Cammergerichtsordnung und Abſchied, vorgenommener und angenommener Viſitation ſich unterworfen. Decretum Spiræ 7ten May Anno 1574."

Ein ſolcher Streit entſtund auch Ao. 1575. beſage folgender Relation: „Darauf nach gehaltenen Bedacht haben ſie (Camerales) durch einen Ausſchuß anzeigen laſſen, ſie hätten die Ankündung fürweſender Viſitation angehöret, und dann aus zugeſtelleten Verzeichniß vernommen, daß von der Churfürſtlichen Pfalz, gleichfalls vom Biſchofen zu Lüttich zwey Räth zu der Viſitation abgeordnet. Wiewohl ſie nun ob Dero Perſonen kein Bedenkens, ſo wolle ihnen doch bey der Ordnung, darab ſie gelobt, zu bleiben gebühren. Wann dann darin tit. 50. part. 1. wohlbedächtlich ſtatuiret, daß ein jeder viſitirender Churfürſt, Fürſt oder auch Stand nur einen Rath zur Viſitation abfertigen ſoll, wie es auch in andern erfolgten Abſchieden von Röm. Kaiſern zu Kaiſern und allen Ständen ſeithero dabey gelaſſen, und daß aus denen fürnehmen Motiven, damit die Erkundigung bey den Perſonen nicht zu weitläuftig gemacht, und dahero viel guter Leut, ſo dem Gericht faſt nützlich, davon abtrachten möchten, alſo baten ſie, daß von eines jeden Herrn wegen nur ein Rath zur

Viſitation gelaſſen würde, wollten alsdann der Submiſſion halben ſich der Gebühr ferners erklären.

Auf ſolches Anbringen, und nach Abtreten des Ausſchuß, haben die Pfälziſche, wie auch die Lüttichſche Abgeſandten von wegen ihres gnädigſten und gnädigen Churfürſten und Fürſten reſpective dieſen Gegenbericht in effectu gethan: Sie wüſten ſich angezogener Kaiſerl. Cammergerichtsordnung, Abſchiede, und was von alters herkommen, wohl zu erinnern, und obwohl in der Ordnung dieſe Worte (jeder einen Rath) geſetzt, ſo ſey doch keinem Churfürſten, Fürſten oder andern viſitirenden Ständen, auch mehr Räth abzufertigen damit benommen, ſondern ſey Mens ordinationis, daß ein jeder viſitirender Stand, zum wenigſten einen Rath zu ſchicken verbunden ſeyn ſoll, wie dann im Reichsabſchied Anno 59. ausdrückentlich verſehen, auch hiebevor von andern viſitirenden Ständen indifferenter gehalten worden, mit Anregung unterſchiedlicher Fälle ꝛc. darum ſie auch von ihren gnädigſten und gnädigen Herren mit Befehlich dermaſſen abgeordnet, daß ſie jetziger Viſitation ſamentlich beywohnen ſollten; begehrten derohalben das Collegium von ſeinem Fürhaben der Gebühr abzuweiſen. Da nun ſolche Diſputation mit weiters Ausführung beyderſeits erregt, haben wir anfänglich mit dem Lüttichſchen, folgendes auch mit den Pfälziſchen Abgeſandten die Sach dahin gemittelt, auch durch Beſcheid dahin erklärt, daß uns ſolchen wichtigen erregten Streit, ſo alle Stände anlangen thäte, zu decidiren nit gebühren wolle, ſondern zu gemeiner Reichsverſammlung reſerviren müſten, aber damit die fürſtehende Viſitation dadurch nicht aufgehalten, ſollt diesmal nur ein Rath von eines jeden Herrn wegen bey der Viſitation ſeyn. Doch ihrem gnädigſten und gnädigen Herrn noch andern Ständen nichts begeben; bey welcher Erklärung beyde die Pfälziſche und Lüttichſche Abgeſandten es auch gelaſſen, doch mit dem Vorbehalt, da einer von ihnen hernach mögte abgefordert werden, daß alsdann dem andern die Viſitation weiters zu continuiren unbenommen ſeyn ſoll, darbey es auch blieben."

§. IX.

Von den Recuſationen der Viſitatoren.

Ferner ſind die Recuſationes der Viſitatoren von allen zu beurtheilen. Welchergeſtalt es Ao. 1563. geſchehen, ergiebet des Chur-Sächſiſchen Deputati Abraham Bocks folgender Bericht: Ehe man aber zu einiger Frage kommen, iſt Cammerrichtern und Beyſitzern auf ihr Begehren Deſignatio perſonarum viſitantium übergeben worden. Und obwohl Cammerrichter und Beyſitzer der Ordnung, ſo viel die Viſitation belanget, und ſonſt erinnert, auch mit unſern Perſonen allenthalben wohl zufrieden geweſen, und ſich der Viſitation ſubmittiren wollen, ſo haben ſich doch wider Herzog Heinrichs von Braunſchweig Abgeſandten und

Canz-

Canzler D. Joachim Minſinger excipiret, mit nachfolgender ohngefehrlicher Vermeldung, daß derſelbe vor etlichen Jahren des Cammergerichts Beyſitzer, und demſelben mit Eid und Pflichten vermöge des 17ten Titels im erſten Buch d.r Ordnung zugethan geweſen wäre. Nun hätte ihm vermöge Ordnung und ſeiner Pflicht gebühret, die Heimlichkeit des Gerichts bis in ſeine Grube verſchwiegen zu halten. Aber deſſen unangeſehen wäre in ſeinem Namen ein Buch ausgangen, unter dem Titel Singularium obſervationum Camerae Imperialis centuriae quatuor, darinnen er die Heimlichkeit des Cammergerichts ſeiner Pflicht zuwider geoffenbaret, darum er dann hiebevor, neben etlichen andern Urſachen, dazumal da er von der Kaiſerl. Majeſtät zum Beyſitzer praeſentiret, nicht angenommen. Derowegen ob ſie wohl die Viſitation nicht verhindern wollten, ſo wäre ihnen doch bedenklich, einen ſolchen Mann zum Viſitatore zu dulden. Sie ſtellen auch unſern Bedenken, ob wir ihn in unſern Mitteln leiden wollten, und auf den Fall, da wir mit ihm zufrieden, ſo thaten ſie ihnen dasjenige, was ihnen gebührete, vorbehalten. Solche des Cammergerichts Recuſation iſt von uns andern, doch abweſend des Recuſirten, neben den Kaiſerl. Commiſſarien zu Rath und Bedenken gezogen. und als ich derowegen befragt, habe von wegen Ew. Churfürſtl. Gnaden ich mir nicht können gefallen laſſen, daß D. Minſinger tanquam viſitator ex Imperii conſtitutione & pragmatica ſanctione nomine ſui Principis ordinarius nach Gelegenheit diesfalls ausgeſchloſſen würde, aus folgenden Urſachen. Dann anfänglich wiewohl ich nicht gerne mit dem der notorio wider ſeine Pflicht gehandelt, umgehen wollte, und ſo viel das angezogene Buch belangte, ich an ſeinen Ort und zu ſeiner Verantwortung ſtellete, ſo wäre doch ſolches, daß von ihnen inferirt, noch nicht ausgeführet, und hierzu nicht allein auf ſeine Perſon, ſondern deſſen, von dem er abgeſandt, zu ſehen, und zu bedenken, daß es der Ordnung nicht gemäß, einen ſolchen hohen Stand des Reichs propter allegationem nudam, quae ſola per ſe non eſſet relevans ſive ſufficiens recuſationis cauſa, auszuſchlieſſen. Zu dem finde ich das Buch ſo geſchaft, daß darinnen zum Theil diejenigen Ort der Cammergerichtsordnung erkläret ſind, ſo ſonſten propter diverſitates opinionum zweifelhaft wären. Ueberdas wäre es der Römiſchen Königl. Majeſtät dem Römiſchen König zuzuſchreiben, und von der Kaiſerl. Majeſtät mit einem ſtattlichen Privilegio verſehen. Ob dann gleich was zu viel geſchehen ſeyn ſollte, (darüber ich doch auſſerhalb ſo viel die Cauſam recuſationis betreffe, nicht judiciren wollte) ſo gebühret mir doch nicht, dem Kaiſerl. Privilegio was zuwider zu handlen. So wäre auch dieſe Recuſationis quæſtio auf allen Theilen verfänglich und praejudicialis, und ich wäre berichtet, daß Cammerrichter und Beyſitzer wider ihn

Pro-

Proceß erkannt, darum der Fiſcal noch heute verfahren wollte, demnach ihnen meines Erachtens lite pendente nicht gebühre, ſeiner Perſon halber was zu attentiren. Sonderlich aber hätte Cammerrichter und Beyſitzer vernünftig zu bedenken, daß durch dieſe Mittel das fürſeyende Werck, und was dem allenthalben mit Reviſion und andern abhängt, zerrüttet werden mögte, daraus ihnen abermals ein Verdacht, als wollten ſie daſſelb gern hindern, zuſtehen würde, wie dann hiebevor mit Brandenburg auch geſchehen fürnehmlich dieweil ſie wiſſen, wie Braunſchweig Marggraf Hanſen verwand wäre, und ich hätte von Ew. Churfürſtl. Gnaden keinen Befehl, mögte es auch nicht verantworten, zudem da es bey den Viſitatoribus nicht ſtünde, einen oder den andern Stand des Reichs, oder deren Geſandten, welche ordentlich viſitiren helfen ſollten, ohne Befehl zu verwerfen. Ueberdas wäre im jüngſten Deputationsabſchied verſehen, daß der oder diejenigen, ſo die Viſitation nicht beſuchten, oder zur Hinterziehung Urſach geben, daß der oder dieſelben der andern aufgewandte Unkoſten erlegen ſollten. Weil dann dem alſo, ſo konnte ich bey mir nicht finden, daß D. Minſinger aus angegebenen Urſachen auf dasmal mögte ausgeſchloſſen werden, ich wollte aber auch durch dies mein Bedenken und Votiren dem Gericht oder Handel an ihm ſelbſt kein Praejudicium machen, ſondern daſſelbe allein, damit das Werk, darum wir alle mit ſchweren Unkoſten dalegen, nicht eingeſtellet werden dörfte, niemand aber dadurch zu verantworten oder Beyfall zu geben gemeinet haben; und als man zum andernmal collegitatim herum gefragt, haben ihnen die andern dieſe Meynung, und daß es aufs glimpflichſte Cammerrichter und Beyſitzern anzuzeigen ſeyn ſollte, gefallen laſſen. Auf dieſe unſere Anzeige haben Cammerrichtern und Beyſitzer Bedenkzeit bis auf den folgenden Tag genommen, und folgendes Tages nach gehabten Rath ihr vorig Einbringen wiederhohlet, und wie vor gebeten, D. Minſinger aus oberzählten Urſachen, in unſern Mitteln nicht zu leiden. Als wir ihnen aber vorige Urſachen wiederum erneuret, und die Kaiſerl. Commiſſarii vor ſich begehret, Cammerrichter und Beyſitzer wollten der Kaiſerl. Majeſtät zu allerunterthänigſten Gehorſam, und damit dieſe Dinge nicht zerrüttet werden dörften, auf diesmal einſtellen, und ihre Forderung, ſo ſie erregter und anderer Bedenkheiten halber, wegen D. Minſinger privatim haben mögten, vorbehalten, daben ſie mit eingewandter Proteſtation und Bitt dieſe Ding fleißig zu protocolliren, und zu der Mainziſchen Canzley zu behalten, auch ſonſt vor uns nicht in Vergeſſen zu ſtellen, ſich der Viſitation gutwillig ſubmittiret und unterworfen." Bey der jüngſten Viſitation wurden nach deren Eröfnung ſo.

ſogleich die von einigen Gliedern des Gerichts beſchehene Recuſationes eines und andern Subdelegati laut Relationis vom 18. Sept. 1713 unterſuchet und abgethan.

§. X.

Nach des Kaiſerl. Concommiſſarii Reichshofraths von Zimmermann Tode, ſchickten ihro Kaiſerl. Majeſtät den Grafen von Metſch an deſſen Statt nach Wetzlar, und zeigte Churmainz den 13. Jun. 1712 an, es habe derſelbe ſeine Vollmacht als Concommiſſarius eingeſandt, auch einen andern mitgeſchicket, worin er als Commiſſarius in pari gradu beſtimmet ſey, dabey aber declariret, daß Se. Kaiſ. Maj. zur Beförderung des Viſitationsgeſchäfts, ſolches durch ihn in Qualitaet dero Concommiſſarii continuiren laſſen, Ihro aber die Abſchikkung mehrerer Commiſſariorum in pari gradu, wie vor Alters, zu den künftigen Viſitationen vorbehalten wollten. Er bedunge ſich auch ad Protocollum, daß den Kaiſerl. Gerechtſamen zu keinem Präjuditz gereichen ſolle, daß der verſtorbene Cammerrichter bey des Gerichts Wiedereröfnung den Rang über den vorigen Concommiſſarium genommen, und vor dieſem einen diſtinguirten Seſſel mit Handlehnen gehabt.

Von des Kaiſerl. Commiſſarii Legitimation, und ob der Kaiſer mehrere Commiſſarios paris dignitatis abſende könne.

§. XI.

Nach geſchehenen Legitimationen wurde die Viſitation Ao. 1708. durch ein ad valvas curiae Cameralis affigirtes Decretum eröfnet, welchem die Reichs-Inſtruction einverleibet war.

Eröfnung der Viſitation.

Bever man aber zum Examine ſchritte, hohlten am 6ten Jun. 1708. Churmainz, Chur-Brandenburg, Oeſterreich, Magdeburg, die Schwäbiſche Prälaten, Wetterauiſche Grafen, auch die Städte Cölln und Nürnberg die Kaiſ. Commiſſion noch einmal auf, wobey die Bürger paradirten, und man alle Glocken in der Stiftskirche läutete. Vor der groſſen Rathsſtube empfingen non conducentes die Commiſſion, und begleiteten ſie bis in die Audienzſtube. Conducentes giengen vorher, und non conducentes folgten. Der Principal-Commiſſarius ſezte ſich unter den Baldachin auf einen Seſſel, welcher 2 Staffeln vom Paviment erhöhet war, der Concommiſſarius aber auf einen zur linken Seite auf dem Paviment und einen Schritt von der Viſitatoren Tiſch ſtehenden rothen ſammeten Seſſel ohne Armlehnen, und die Viſitatoren an den Tiſch auf eben ſolche Seſſel. Der Principal-Commiſſarius hielte eine Rede, und verſprach ad Protocollum ſowohl die Verſchwiegenheit deſſen, was im Examine von Importanz vorkommen würde (jedoch mit Exception der Kaiſerl. Majeſt. und dero hohen Miniſterii), als auch in puncto juſtitiae die genaueſte Impartialitaet bey Fürſtlichen Worten und Ehren. Der Concommiſſarius und die Churmainziſche Deputirten thaten eine gleiche Declaration nach Anleitung des Reichsabſchiedes von 1570. §. 103.

Viſitatores verſprechen ſolenniter das Silentium.

§. 103., und alle Viſitatores, wie auch der Churmainziſche Secretarius, verſprachen hierauf das Silentium.

wie auch die Glieder des Cammergerichts und Bediente, daß ſie die Wahrheit ſagen wollen.

Demnächſt forderte man die Präſidenten, und Aſſeſſores herein, welchen Chur-Mainz vorhielte, daß ihnen der Eid de dicenda veritate vorgeleſen werden, und ſie Handgelöbniß thun ſollten, demſelben auf das genaueſte nachzukommen, welches ſelbige auch, und zwar ſtehend, dem Principal-Commiſſario geleiſtet haben. Der Canzley-Verwalter, Fiſcal und Advocatus Fiſci muſten aber den Eid würklich abſchwören, und eben dieſes geſchahe von den Procuratoribus, Protonotariis, Notariis, Lectoribus, Pfennigmeiſter, Receptoribus taxae, Bothenmeiſtern, Ingroſſiſten, Pedellen und Bothen.

§. XII.

Von der Viſitatoren Eide.

Vor Alters machten ſich die Viſitatores mittelſt Eides nicht verbindlich, ſondern verſprachen nur das Silentium durch ein Handgelübde. In dem mehrmalen angeführten Chur-Sächſiſchen Diario heiſſet es ad d. 26ten Juli 1587: „Auf ſolches haben die Viſitatores alle miteinander (ausgenommen der Pommerſche und Nürnbergiſche, ſo nicht da geweſen) dem Herrn Biſchof zu Worms, als den Obriſten Kaiſerl. Commiſſarien eine Handgelübde gethan, daß wir alles, ſo in der Viſitation würde fürlauffen, in Geheim, auſſerhalb unſer Herrſchaft, und denen es zu wiſſen gebührt, wollten halten." Die Reichs-Inſtruction von 1706. erforderte einen Eid, welchen die Deputirten in dieſer Form ſchriftlich an Churmainz ausſtelleten: „Ich N. gelobe, gerede und ſchwöre hiemit zu Gott und ſein heilig Evangelium, daß ich bey jetzt obſeyender extraordinari-viſitation des Kaiſerl. und des Reichs-Cammergerichts, als von wegen NN. Subdelegatus, den Inhalt der darüber ertheilten Kaiſerl. und Reichs Vollmacht und Inſtruction beſten Fleiſſes nachkommen und beobachten, dabey denen Viſitandis von dem Obern bis auf den Untern in genere und in ſpecie kein Unrecht directe oder indirecte thun, ſondern denen Reichsordnungen und Satzungen, auch denen Rechten meiner beſten Verſtändniß und informirten Gewiſſen nach ohne einiges Geſuch, Paſſion und Affecten verfahren, mich auch dagegen keine Sach bewegen laſſen, noch von denen Viſitandis oder ſonſten jemand anders Gab, Geſchenk oder einigen Nutzen durch mich ſelbſten oder andere, wie das Menſchen Sinn erdenken mögen, nehmen oder nehmen laſſen will, wie auch, daß ich in denen zwiſchen des Cammergerichts jetzmaligen Praeſidenten und Aſſeſſoren obhandenen Streitigkeiten nicht gerathen habe, ohne alle Gefehrde, alſo ſchwöre ich ſo wahr mir Gott helfe und ſein heiliges Evangelium."

wie auch der Secretarien.

Sämtliche Secretarii wurden auch am 4ten Nov. 1707. ad confeſſum gefordert, und muſten daſelbſt ihren Principalen den Handſchlag de ſervando

ſilen-

ſilentio dahin thun, daß ſie, was ihnen ex protocollo viſitationis per Dictaturam und ſonſt bekannt würde, niemand als ihrem Herrn Abgeſandten eröffnen wollten. Die Brandenburgiſche Deputirten hatten aber ihren Secretariis zu erſcheinen verbothen. Chur-Sachſen bedunge ſich nomine omnium, daß dieſer Actus denen Juribus Statuum nicht praejudiciren ſollte. Hingegen declarirte Churmainz daß Sr. Churfürſtl. Gnaden nicht aus Schuldigkeit, ſondern zu Beförderung der Sache die Protocolla ad dictaturam geben lieſſen.

§. XIII.

Die Viſitatores unterſuchen des Gerichts Mängel und ſtellen ſelbige ab.

Wann nun ſolches alles gehörig berichtiget iſt, ſo ſchreitet man zur Unterſuchung. Den Viſitatoren lieget ob I. die Mängel und Gebrechen des Gerichts zu erforſchen und abzuſtellen. Es werden gewiſſe Fragſtücke entworfen, worüber deſſen Glieder ſich müſſen vernehmen laſſen. An. 1582 lauteten dieſelben alſo:

Memorial der Herrn Kaiſerl. Commiſſarien und Viſitatorn an den Herrn Cammer-Richters Amtsverweſer.

1) Der Herr Cammer-Richters Amtsverweſer ſoll dieſe Ordnung thun, daß den Herrn Kaiſerl. Commiſſarien und Viſitatoren aller und jeder Perſonen, ſo diesmals vermöge der Ordnung und alten Gebrauch nach zu viſitiren, Namen übergeben, daneben denſelben befohlen wurde, ſich einheimiſch zu halten.

2) Zum andern auch berichten, wie viel Sachen ein jeder Beyſitzer definitive oder interlocutorie referiret oder correferiret habe, ſeither

3) nächſter Viſitation, oder dero Zeit ein jeder beym Gericht herkommen; daß auch ein jeder Procurator eine Deſignation von ſich gebe, wie viel Partheyen und Sachen er habe, und das zum Anfang der Viſitation, ohne gefährlichen Verzug.

4) Daß die Leſer ein Verzeichniß übergeben, wie viel beſchloſſener Sachen noch in Gewölben, ſonderlich auch wann und wie lange in jeden Sachen, ſo darin verwahret liegen, und zur ſelben Zeit ad referendum nicht ausgetheilet, beſchloſſen ſey; dann auch wie viel bey denen Referenten noch unexpediret vorhanden ſeyn, wie lange in denſelben auch beſchloſſen geweſen, wie viel Sachen von Zeit jüngſt Ao. 81. verrichteter auch nächſt ſuſpendirter Viſitation ihrer Partheyen recognoſcirte Briefe und Siegel aus dem Gewölbe nicht abgehohlet haben.

5) Ferner, daß den Kaiſerl. Commiſſarien und Viſitatorn eine Verzeichniß der ferner verglichenen Puncten vermöge Speyeriſchen Abſchiedes Ao. 70. in verſu (damit man aber alle Veränderung) was deren noch weiter über die-

jenige, ſo allbereits in die Mainziſche Canzley überantwortet, auch nächſt zu Augſpurg gemeinen Ständen fürbracht, reſolviret ſey, zugeſtellet werde.

6) Man begehret auch Bericht, ob und was zu Verbeſſerung des gerichtlichen Proceſſes von Zeit nächſter Viſitation weiter dienlich obſerviret, ſonderlich ob Terminus praejudicialis, davon in allen Ao. 77. 78. 79. und jüngſt verrichteter Viſitation Memorial-Zetteln Anregung beſchehen, zu Beförderung der rechtlichen Sachen nützlich befunden, und warum die Procuratores dabey nicht gelaſſen, ſondern darüber demnächſten Prorogation deſſelben ſine cauſae cognitione, dem Ao. 81. von den Kaiſerl. Commiſſarien und Viſitatorn verfaſſeten Memorial zuwider, einander verſtattet, oder aber ob etwas daran zu verfaſſen.

7) Wie auch die Leſer der Kaiſerl. Commiſſarien und Viſitatoren eine Verzeichniß übergeben ſollen, wie viel unterſchiedliche Definitiv- und Interlocutori-Räthe ſeyn, wie viel und in was Rathe ein jeglicher Präſident und Beyſitzer verordnet.

8) Ob auch den Memorial-Zetteln nächſter Viſitation, und was darin aus etlichen vorigen Abſchieden und Memorialen repetiret, durchaus würklich gelebet und nachgeſetzet ſey, ſowohl bey dem Collegio, als bey den Procuratorn, oder aber woran, oder bey wem der Mangel erſcheine."

Der Reichsabſchied von 1590. §. 59. will, daß die Viſitatores die gefundene Mängel in perſonis & rebus ändern und verbeſſern ſollen, daher er Cammerrichter, Präſidenten und Beyſitzer anweiſet, ſich ſolcher Viſitation zu unterwerfen. In der Reichsinſtruction von 1706. §. 8. 9. heiſſet es: „Damit deſto weniger Zeit verlohren werden möchte, ſollen die Interrogatoria und Memorial-Zettel, wie ſie genennet werden, der Obſervanz gemäß, nach welchen Präſidenten und Aſſeſſores ſowohl, als andere Cammeral-Perſonen zu vernehmen und abzuhören, gleich Anfangs mit genauer Abſicht auf den jetzigen Zuſtand des Gerichts aufgeſetzet, darüber deliberiret und verglichen werden; welchemnach mit der Examination der Präſidenten und Aſſeſſoren (nachdem einem jeden bey der Viſitation gewöhnlichermaſſen das juramentum de dicenda veritate vorgehalten, und ſie die Handgelöbniß gegeben, die übrige Cameral-Perſonen aber das gewöhnliche Juramentum würklich abgeſchworen) über alle vorgekommene und alle vorkommende Verbrechen, Corruptiones, Mißbräuche, Defectus und andere Mängel nach dieſer Inſtruction den Anfang machen, das Befinden Reichsconſtitutionsmäßig zu ſtrafen, zu emendiren, zu corrigiren, und zu verordnen," welches im §. 17. anderweit verfüget wird.

Bey den vorigen Viſitationen hat man nach Examinirung der Vollmachten

ten den Memorial-Zettul verfertiget. Alle Intimationes geſchahen dem Zeitlichen Cammerrichter durch Churmainz und denjenigen Deputirten, welcher nach dieſem der erſte war. Das eben angeführte Memorial iſt deswegen an des damaligen Cammerrichters Amtsverweſer gerichtet. Bey der jüngſten Viſitatation wurde aber am 16 Nov. 1707. beliebet, der Ausfertigung der Memorial-Zettuls noch einen Anſtand zu geben, und zwar deswegen, weil das Collegium Camerale damals auſſer Activität war. Ehe man die Interrogatoria abfaſſete, erſuchte der Kaiſerl. Principal-Commiſſarius Fürſt von Kempten, Nahmens Kaiſerl. Commiſſion und ſämmtlicher der Deputirten Churfürſten, Fürſten und Stände Herrn Viſitatoren, den Churfürſten von Trier als Cammerrichter ſchriftlich, dero vernünftige Gedanken und Einrath zu communiciren, wie der rühmliche Zweck in Abſtellung der Exceſſen, Erſetzung der Defecten, auch Feſtſtellung guter Ordnung zu erreichen. Sonſten muß ſich ſelbſt der Cammerrichter dem Examini unterwerfen, und ſchreibet der Churſächſiſche Deputatus Abraham Bock in ſeinem Diario vom 26. Jul. 1587.: Iſt hierauf der Hochwürdige Fürſt, Herr Eberhard Biſchof zu Speyer Cammerrichter durch den Mainziſchen Canzler geholet, und als auf eine Bank bey den Kaiſerl. Commiſſarien geſetzet, und er, was zur Juſtitz nöthig, zu erinnern ermahnet worden, hat er angezeiget, daß die Zeit über keine Viſitation vorgangen, man es nicht mangeln laſſen, an dem was zu Beförderung der heilſamen Juſtitien nützlich und gut geweſen." Von den Viſitatoren wurde deswegen am 16ten Mart. 1708. ad Protocollum bedungen, daß gedachtes an Churtrier abgelaſſenes Schreiben zu keinem Präjuditz angezogen werden ſollte, maſſen ſonſt beſage der alten Viſitations-Protocollorum die Interrogatoria auch auf den Cammerrichter geſtellet worden. In dem Sr. Kaiſerl. Majeſtät erſtatteten Bericht der Commiſſarien und Viſitatatoren vom 18. Dec. 1713 heiſſet es auch. „Wobey wir allerunterthänigſt nicht bergen ſollen, daß des damaligen Herren Cammerrichters Churfürſtl. Gnaden, aus bewegenden Urſachen, und weil ſie bekenntlich vom Gericht beſtändig abweſend geweſen, für diesmal, ſo viel das Examen betrift, jedoch ohne Conſequenz, und mit Vorbehalt des einer Viſitation zuſtehenden Rechtens, nicht vornehmen, hingegen beyde Präſidenten bey denen obgedachtermaſſen angeordneten zwey Senatibus nicht, ſondern in pleno, und mit dem Beding, daß ſolches künftig gegen die Beyſitzer zu keinem Nachtheil angeführet werden ſolle, verhöret worden. S. Fabri Staatscanzley P. 34. p. 574. Se. Churfürſtl. Gnaden zu Trier antworteten auf eben erwehntes Schreiben, ſie wollten ihre Gedanken demnächſt eröfnen, und zu dem Ende mit Präſidenten und Aſſeſſoren communiciren.

Es wurde hierauf die Formula juramenti folgendergeſtalt entworfen: „Ihr ſollet geloben und zu Gott und dem heiligen Evangelio ſchwören, daß ihr auf die vorgenommene Viſitation auf alles das, darum ihr gefraget werdet, oder von euch ſelbſt des Cammergerichts Mängel und Gebrechen halber an Perſonen und ſonſt für nothwendig und gut ermeſſet (addatur in formula juramenti Advocatorum ohnerachtet euer Eid und Pflicht, damit ihr dem Kaiſerl. Cammergericht zugethan, ſo ferne euch dieſelbe daran verhindern möchten) die Wahrheit eures Wiſſens und Glaubens antworten, ſagen, und euch daran euer ſelbſt Nutz oder Nachtheil, noch keinerley andere Sache verhindern laſſen, daß ihr auch alles, worauf ihr gefraget werdet, und ihr geſaget habt, in aller Geheim halten wollet, alles getreulich und ohngefährlich,“ die Viſitations-Artikul oder Interrogatoria lauteten aber alſo: Sollen Präſidenten, Beyſitzere, Advocaten, Procuratoren, Protonotarien und andere Canzleyperſonen von und auf Präſidenten und Aſſeſſoren gefraget werden.

Präſidenten und Aſſeſſores.

Art. 1) Ob jemand der Religion halber vermöge der ältern und jüngern Reichs-Abſchieden auch des Inſtrumenti Pacis Weſtphalicæ beym Cammergericht nicht zu dulden?

2) Ob denen Präſidenten und Beyſitzern ohne redliche Urſache, auch ohne Vorwiſſen der andern Präſidenten und Beyſitzer, erlaubt werde abzuſeyn, und ob das Erlauben in Beyſeyn eines Protonotarii geſchehen, und auf wie viel Zeit notiret worden?

3) Ob zu einer Zeit zwey, drey oder vier Aſſeſſoren weg zu ſeyn erlaubet werde?

4) Ob Einſehens beſchehen, daß die Acta von denen, welchen erlaubt wird, genommen, andern zu referiren oder denen Leſeren zugeſtellet worden?

5) Ob die Gerichtsperſonen ihrer Saumniß und Ueberfahrung halber ohnnachläßig geſtrafet, und die Strafgelder gebührend eingezogen worden?

6) Ob auf die Relationes und Vota der Beyſitzer gute Acht und fleißig Aufmerkung beſchehen, und ob 2do darauf gehalten worden, daß die Relationes und Vota ordentlicher Weiſe abgelegt, auch ob nicht 3tio wann einer, ſo mit ſeiner Relation gefaßt, auf den vorſitzenden, ſo mit ſeiner Relation noch nicht gefaßt, warten müſſen, und alſo die Relationes dadurch verzogen worden?

7) Ob in denen Relationibus und Votis einiger Unfleiß, Unordnung und überflüßige Diſputationes, undienliche Allegationes und Repetitiones, dadurch die Sachen aufgehalten, und andere Relationes gehindert, gebrauchet worden?

8) Ob in dem ſitzenden Rath denen Beyſitzern, wann ſie referiren, in ihre Vota geredet oder Eintrag gethan, oder ſonſt andere Supplicationes und Sachen dar-

darzwiſchen eingemiſchet, und dadurch behindert worden, ihre endliche Meynung und Beſchluß zu ſagen?

9) Ob die Acten in denen definitive, oder ſonſt auf wichtige Interlocutorien beſchloſſen, alle Sambtage durch die Leſer unter die Beyſitzere in deren Gegenwart nach der Ordnung ausgetheilet, und ſonſt der Ordnung in dem diſtribuiren gemäß gelebet worden?

10) Ob Cauſæ pauperum vermöge der Ordnung ausgetheilet, und dieſelbe auch andere gefreyte Sachen vor andern befördert worden?

11) Ob die Relationes durch Correferenten in wichtigen Sachen jederzeit geſchehen, oder von denen Beyſitzern etwan einem, ſonderlich die neu ankommen, und des Referirens ſonſt nicht gar geübet, allein ohne einen Correferenten zu referiren zugelaſſen worden?

12) Ob Auffſehens geſchehen, daß die Acta, ſo denen Beyſitzern zu referiren übergeben, ehe und bevor ſie expediret, ohne des Herrn Cammerrichters, oder desjenigen, ſo deſſen Stelle verwaltet, Vorwiſſen, in die Leſerey nicht gegeben worden?

13) Ob Regiſter über die Austheilung der Acten, darin dieſelbe wenn, auf welche Zeit, und worauf darin beſchloſſen, und ſie einem jeden Aſſeſſorn zu referiren oder correferiren übergeben, geſchrieben, gehalten worden?

14) Ob die alten Sachen mit der vorgeſchriebenen Beſcheidenheit für jüngſt beſchloſſenen referiret und expediret worden?

15) Ob Churfürſten, Fürſten und Stände Privilegia de non appellando, primæ inſtantiæ & Auſtregarum der Gebühr jedesmal beobachtet, und ſie darin nicht durch erkannte Mandata, Commiſſiones oder auf andere Wege turbiret worden?

16) Ob die Materien, ſo der Ordnung nach ein Plenum erfordern, dahin jedesmal gebührend gebracht, und ſonſt bey ſolchen Plenis dasjenige obſerviret worden, was ſothane Ordnung vorſchreibet?

17) Ob Re- und Correferenten auch andere, ſo einmal bey Referirung der Sachen geweſen, ohne wichtige Urſachen, der Cammergerichtsordnung zuwider, verändert worden?

18) Ob der abgekommenen und verſtorbenen Beyſitzer Relationes und Protocolla bey dem Gericht jederzeit wohl verwahret worden?

19) Ob die Acta, ſo auf dem Beſcheidtiſch der Ordnung nach gehörig, daſelbſt ohnverzüglich expediret und erlediget worden?

20) Ob auch Einſehens geſchehen, daß Acta, ſo auf dem Beſcheidtiſch der Ordnung nach nicht gehörig, darauf nicht gebracht worden?

21) Ob Beyſitzere nach deren jedesmal befindlicher Anzahl in verſchiedene Senatus, und zu denen fiscaliſchen Sachen, auch denen gerichtlichen Beſcheiden und Interlocutorien, Inhalts des Ordnung, geordnet worden?

22) Ob mit dem referiren gute Ordnung gehalten, und ſonderlich, daß die Beyſitzere in der Ordnung, wie ſie erſtmals geſeſſen, bis zu der Abwechſelung der Räthe, jederzeit im Rath ſitzen geblieben, und darauf in ſolcher Ordnung zu votiren und zu referiren angehalten, und wann ein Beyſitzer ſolche Ordnung übergangen, ob er derhalben angeredet, und die Urſachen ſeines nicht referirens angehöret worden?

23) Ob gegen die Beyſitzere, die in ihrem Amt ohnfleißig und ſäumig, Inhalts der Ordnung verfahren worden?

24) Ob zu denen Supplicationen und Beſcheiden eine ſondere bequemliche Zeit und Stunde genommen, die ſelbige gefördert, und nicht 3. 4. oder mehr Tage liegen geblieben?

25) Ob ohne ehehafte Urſachen Entſchuldigung angenommen worden, wann Præſident und Beyſitzer zu des Raths Stunde, desgleichen ein Protonotarius, wann er erfordert, nicht zeitig in den Rath ſich verfüget habe?

26 Wenn in einer Sache ein End-oder ſonſt wichtig Urtheil beſchloſſen, ob alsdann denen Beyſitzern aus dem Rath zu gehen erlaubet worden, ehe dieſelbe gefaſſet, im Rath öffentlich verleſen, und in das gewöhnliche Rathsbuch und Protocoll eingeſchrieben, und durch die Referenten ſubſcribiret worden ſey?

27) Ob auf die Vota gut Acht gegeben, oder ohnnöthiger Weiſe zum andern oder drittenmal umgefraget, und ob im Fall, da der andern oder dritten Umfrag vonnöthen, Einſehens beſchehen, daß die Beyſitzere in ihren Votis ſich der Kürze befliſſen, und dasjenige, was von andern geredet, nicht nach der Länge wiederum repetiret worden?

28) Ob Præſidenten und Beyſitzere im Rath ſich mit Schmäh-und andern hitzigen Worten und Reden gegen einander eingelaſſen?

29) Ob gegen diejenige, ſo ſich deſſen unterſtanden, und zu Unwillen und Zank Urſache gegeben, mit Rath und Vorwiſſen der Beyſitzer, Ernſt gebraucht, Spaltung zu verhüten, hingegen Freundſchaft und Einigkeit zu erhalten geſuchet worden?

30) Ob Einſehens geſchehen, daß die Procuratores keine ohnnöthige Rechtſätz oder Submiſſiones gethan, und ob ſie darum vermöge der Ordnung geſtraffet, auch ob dißfalls dem R. Imp. Nov. § Die Unterſcheidung ꝛc. 88 nachgelebet, und eine ſolche Verordnung gemachet worden, wie die Procuratores ihre

Pro-

Producta und Handlungen einzubringen haben, und welchergeſtalt die Audienzien reguliret worden?

31) Ob auch darauf gehalten worden, daß in der Audienz kein Geruff, Geſchwätz oder andere Ungeſtümigkeit vorgegangen, damit ein Procurator den andern hören, und die Protonotarii die Vorträge deſto fleißiger aufſchreiben mögen, auch in nothwendigen Vorträgen nicht übereilet, auch die Ueberfahrer ohnnachläßig nach Geſtalt der Ueberfahrung geſtrafet worden?

32) Ob denen Procuratoren lange mündliche Vorträge und ohnnöthige Receſs zugelaſſen, oder ihnen nicht alsbald im Gericht mit Ernſt eingeredet, und der Receſs mit Vorbehalt der Strafe verworffen, und ſich derſelben zu enthalten, auch ihre Nothdurft in Schriften fürzubringen, auferlegt worden, und, wofern es unterblieben, aus was Urſachen ſolches geſchehen?

33) Ob denen Procuratoren Schimpf- und Scheltworte, oder ſonſt hitzige, anzügliche, undienliche und unnütze Reden im Gericht von denen Aſſeſſoren, der Canzley, oder Protonotarien geſtattet, und gegen den Uebertreter gebührliche Strafe vorgenommen worden?

34) Ob ein Procurator anders als in ſeiner Ordnung gehöret worden?

35) Ob von denen Procuratoren Nachricht eingezogen, auch ihnen bey ihren Pflichten je zu Zeiten auferleget worden, anzuzeigen, wie viel ein jeder Sachen habe, und disfalls vermöge der Ordnung gegen den Procuratorem verfahren worden?

36) Ob die Procuratores, welche die Ordnung vor Rath, in der Canzley, und vor Gericht ſonderlich in ihren ſchrift- und mündlichen Handlungen und Vorträgen, auch ſonſt in ein oder mehr Puncten nicht gehalten, vermöge der Ordnung geſtrafet worden?

37) Ob darauf gehalten worden, daß die Præſidenten und Beyſitzere, dem jüngern Reichsabſchied gemäß, zu rechter Zeit und beſtimten Tägen, jedes in ſeinen Rath, auch in denen Audienzien erſchienen, und darin ſeinem Amt fleißig abgewartet?

38) Ob auch darauf gehalten worden, daß Pronotarien, Notarien, und Leſer ſo in der Audienz ſitzen, jedesmal in denen Protocollen und Regiſtraturen aufgezeichnet, wann die Audienzien angefangen, und ſich geendiget?

39) Ob Aufmerkens geſchehen, wann aus Muthwillen zu Aufhalt und Verhinderung der Execution geſprochener Urtheil appelliret worden, daß die Appellantes in expenſas condemniret, und gegen dieſelbe nach Gelegenheit und Geſtalt der Sachen und Partheyen die gebührliche Strafe der Rechten vorgenommen worden?

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

40) Ob die Ordnung in Abfaſſung und Publication der Urtheil, dann in denen Audienzien, auch in denen Umfragen fleißig gehalten worden?

41) Ob nicht zuweilen Mandata S. C. contra Conſtitutiones Imperii, inſonderheit auf Anrufen der Unterthanen wider ihre Obrigkeit erkannt, und dadurch ein oder ander Stand des Reichs beſchweret worden?

42) Ob die Paritas religionis in denen Fällen, worinnen es die Cammergerichts-Ordnung, der Weſtphäliſche Friedenſchluß, und der jüngere Reichsabſchied verordnet, ſey gehalten worden?

43) Ob Præſidenten und Aſſeſſores eines ehrbaren Weſens und Wandels auch tauglich und geſchickt ſeyn, wie einem jeden ſeinem Stand nach geziemet und gebühret?

44) Ob ein oder ander Beyſitzer ſich der Singularität in ſeinem votiren gefährlicher Weiſe und pertinaciter befliſſen habe?

45) Ob die Aſſeſſores allein denen Cammergerichtlichen Geſchäften abgewartet, und ſich ſonſt fremder Geſchäften, Kauf- und anderer Händel, darzu Advocirens und Rathgebens in andern Gerichten und Sachen der Ordnung gemäß gänzlich enthalten?

46) Ob ſich ein jeder in zierlicher, ehrbarer Kleidung, ſeinem Stand und der Ordnung gemäß, gehalten?

47) Ob ein Beyſitzer ſich unternommen, auf die Supplicationes die Decreta und Beſcheide zu ſchreiben?

48) Ob anders als nach denen gemeinen Rechten, Reichsabſchieden, Cammergerichtsordnung, Religions- und Weſtphäliſchen Frieden, auch ſonſt nach Ländiſchen Ordnungen, Statuten und rechtlicher ehrbarer Gewohnheit der Fürſtenthum, Herrſchaften und Gericht, daher die Sachen gebracht, verfahren und darüber gehalten worden?

49) Ob jemand ſich im Rath und ſonſten einiger anderer Geſchäften, dann ſeines Amts, unterfangen, oder ſonſt etwas gearbeitet, geſchrieben, geleſen, ſtudiret, daß ihm an Beſichtigung der Relation, fleißiger Zuhör- und Erwegung der Gerichtshändel Verhinderung bringen mögen?

50) Ob ein oder anderer Beyſitzer die Relationes fleißig gehöret, oder einer den andern gehindert, oder einige in ihre Stimme eingeredet, item, ob jemand von denen andern aufgeſtanden, herumgegangen, aus- und eingeloffen, von anderen Sachen geredet, dadurch in Relationibus denen Partheyen zum Nachtheil etwas überhört, oder verſäumet worden?

51) Ob jemand der Ordnung zuwider einige Perſonen bey ſich im Hauſe wiſſentlich oder in der Koſt gehalten, oder ſelbſt zu Koſt gangen, oder ſonſt in andere

Wege wider die Ordnung mit einem oder andern tägliche und argwöhniſche Gemeinſchaft gehabt habe, oder noch habe?

52) Ob von Beyſitzern jemand in Sachen, darin er zuvor, ehe er Beyſitzer worden, advociret, oder ſonſt in andere Wege ſich gebrauchen laſſen, in ſeinem Beyſitzerſtande weiters advocirens, conſulirens, judicirens und referirens unternommen?

53) Ob er wiſſe oder gehöret habe, daß jemand von denen Beyſitzern die Acten, ſo ihm gegeben worden, in ſeiner Behauſung vor denen Hausgenoſſen und Dienern oder anderen liegen laſſen?

54) Ob jemand von Beyſitzern die Acta in Definitivis oder Interlocutoriis, ſo ihnen zu referiren zugeſtellt, über die in der Ordnung beſtimmte Zeit aufgehalten?

55) Ob jemand Sachen zu referiren angenommen, oder vor ſich aus der Leſerey gefordert, die ihm mit Vorwiſſen des Cammerrichters, oder desjenigen, ſo deſſen Stelle verwaltet, nicht zugeſtellt und befohlen worden?

56) Ob Sachen halber, ſo im Gericht gehangen, noch rechtshängig ſeyn, oder ſeyn würden, von denen Partheyen, oder in deren Namen, Gabe, Geſchenk, oder einiger Nutz durch ſich ſelbſt, oder durch andere genommen, oder nehmen laſſen, oder einiges Geding desfals gemacht habe?

57) Ob und von wem denen Präſidenten und Aſſeſſoren Gab und Geſchenk angebothen worden?

58) Ob jemand ſich im Gericht Partheyen, einen Anhang, oder Zufall im votiren, decretiren und Urtheil machen geſucht oder gemacht?

59) Ob jemand gegen die Ordnung denen Partheyen gerathen, oder dieſelbe gewarnet, oder was in Rathſchlagen und Sachen gehandelt, denen Partheyen oder anderen vor oder nach dem Urtheil eröfnet?

60) Ob Sachen gefliſſentlich aufgehalten, und verzogen worden?

61) Ob die End- oder Bey- Urtheil etwa angezeigt, oder divulgiret worden, ehe judicialiter eröfnet geweſen?

62) Ob die Referenten in etlichen Sachen offenbaret, und denen Partheyen oder andern angezeiget worden?

63) Ob nicht die Beyſitzere durch etlicher Churfürſten, Fürſten oder anderer Stände Bedrohungen ſich verhindern laſſen, Urtheil auszuſprechen, oder für ſich ſelbſt wider dieſelbe Recht zu ſprechen, aus Furcht oder andern Abſichten unterlaſſen?

64) Ob nicht Beyſitzere mehr auf Nebenbeförderungen und ausgebrachte Pro-

motorialien oder Interceſſionalen, dann ihrer Geſchicklichkeit halber angenommen worden?

65) Ob nicht die von Ihro Kayſerl. Majeſtät denen Churfürſten und Crayſen, Präſentirte etwa ohne erhebliche Urſache aufgehalten, und nicht alsbald, wie es ſich der Ordnung nach gebühret, angenommen worden?

66) Ob jederzeit der Cammergerichtsordnung und Conſtitutionibus Immperii gemäß der Präſentirten Relationes fleißig examiniret, und dahin geſehen und erkundiget worden, ob der Præſentatus die Relationes ſelber gemacht, oder durch andere verfertigen laſſen?

67) Ob auch auf des Präſentirten Wandel ratione morum & aliarum qualitatum genau inquiriret worden?

68) Ob von Präſidenten und Beyſitzern jemands mit Dienſt- oder anderen Pflichten anderweitlich der Ordnung zuwider verhaftet, oder aber Wart-Dienſt oder Gnadengeld, Zeit wehrender ſeiner Cameralfunction, gehabt oder noch habe?

69) Ob die Eröfnung der Urtheil gegen Stände oder andere Partheyen nicht aufgehalten, oder gar eingeſtellet worden?

70) Ob nicht am Cammergericht mit Erken- und Beförderung der Proceſſen zwiſchen denen Partheyen Ohngleichheit gehalten worden?

71) Ob Originalia, Relationes oder ſonſten andere Documenta oder Protocolla ab actis wegkommen, wann, wo und welchergeſtalt ſolches geſchehen?

72) Ob die Präſidenten und Beyſitzere, welche Verwandtſchaft oder anderer erheblichen Urſachen halber in einer Sache von Rechtswegen nicht wohl Richter ſeyn können, ſolches Ordnungsmäßig ehe ſie die Merita cauſæ erfahren, die Acta geleſen, oder die Sache in viele Wege aufgehalten, angezeiget, und ſich der Sachen entſchlagen haben?

73) Ob die Sachen, ſo einen Präſidenten oder Beyſitzer ſelbſt angehen, in einem ſolchen Rath, darin die Principalen nicht präſidiren oder ſitzen, jedesmal durch den andern Präſidenten, den die Sache nichts angangen, ad referendum gegeben worden?

74) Ob jemand von Präſidenten oder Beyſitzern in allzugroſſer Familiarität mit denen Advocaten und Procuratoren geſtanden oder noch ſtehe?

75) Ob deren jemand ſich mit denen Partheyen und derſelben Sollicitanten allzugemein gemachet?

76) Ob nicht auch die Juden auch andere, denen es nicht gebührt, ſich des Sollicitirens in fremden Sachen angemaſſet?

77) Ob auch von denen Beyſitzern jemand von Advocaten und Procuratoren, oder andern ſich Extractus actorum und Relationes machen laſſen?

78) Ob derjenige Beyſitzer, welcher etwa ſein Votum in Sachen der Ordnung zuwider ſuſpendiren, oder gar keines abgeben wollen, ad votandum gebührend angehalten worden?

79) Ob die Aſſeſſores, wenn ſie ihre Diener mit denen Acten oder Protocollen zur Canzley geſchicket, ſolche auch verpitſchieret?

80) Ob nicht zuweilen die Mandata de exequendo die Cammergerichtsordnung lange aufgehalten, oder ob ſelbige zu rechter Zeit erkannt worden?

81) Ob nicht gegen den jüngern Reichsabſchied die Fatalia appellationis allzulange ohne erhebliche Urſachen prorogiret worden?

82) Ob er von Cammergerichtsperſonen auſſerhalb obbemeldten Fragſtücken einigen andern Defect oder Mängel wiſſe?

Auf folgende Articul ſollen Präſidenten und Beyſitzere, Advocaten, Procuratores, Protonotarien, und andere Canzleyperſonen von dem Verwalter befraget werden.

1) Ob die Canzley mit geſchickten Perſonen vermöge der Ordnung beſetzet ſey? Canzley-Verwalter.

2) Ob der Canzleyverwalter gute Ordnung gehalten, darob geweſen, daß er, und die Perſonen der Canzley ihren Aemtern mit Fleiß abgewartet, 2do zu rechter und gewöhnlicher Zeit embſich in der Canzley und Rath erſchienen, und, was ihnen gebühret, befohlen worden, forderlich und mit Fleiß ausgerichtet, ſodann 3tio auf der Advocaten und Procuratoren oder deren Diener Sollicitiren beſcheidne Antwort gegeben, oder aber ob deshalben die Partheyen aufgehalten worden?

3) Ob der Canzleyverwalter darob geweſen ſey, daß die Akten von einem jeden Gerichtstag und derſelben Protocoll compliret, und die Acta alsbald ad referendum übergeben worden, und ob nicht 2do derhalben, daß die Acta je zu Zeiten nicht compliret, Cammerrichter, Präſidenten und Beyſitzern förderlich vorgebracht, die Beſcheide, daran merklich gelegen, zu lange aufgehalten worden?

4) Ob Canzleyverwalter darob geweſen ſey, daß die Proceſs, Urtheil und andere Briefe, auch Copeyen jederzeit in der Canzley, ſobald möglich verfertiget, und mit denſelben die Partheyen nicht lange aufgehalten worden?

5) Ob die Anzahl der jetzigen Perſonen, womit die Canzeley beſetzet, genugſam ſey, die Proceſſe und andere nothdürftige Arbeit, ohne beſchwerlichen Aufzug der Partheyen, zu verrichten, und wie viel der Perſonen ſeyn?

6) Ob der Canzleyverwalter die Partheyen mit übermäßiger Tax der Urtheil und Briefen oder auch anderer Canzleyarbeit beſchweret, und er ſich derhalben von Präſidenten und Beyſitzern nicht einreden laſſen wollen?

7) Ob er die Partheyen Urtheilbrief zu nehmen in ein oder andern Wege genöthiget?

8) Ob der Canzley-Verwalter, als dem Bothen-Meiſter und denen Bothen verordneter Deputatus, mit Fleiß und Ernſt darob geweſen ſey, daß die Ordnung, der Bothen halber aufgerichtet und gehandhabt worden?

9) Ob denen Supplicanten ihre erkannte Proceß förderlich expediret worden?

10) Ob nicht bis die Poceſſe concipiret, dazu folgends bis Sie ingroſſiret, ſigniret, und verſiegelt, viele Zeit verloffen?

11) Ob vom Canzley-Verwalter und Bothenmeiſter in dem Gleichheit gehalten, daß kein Bothe mit einem einzigen Proceß, ſonderlich da denen Partheyen viel angelegen iſt, förderlich wegzureiten verhindert, oder aber die Bothen nach Gunſt, und wem ſie wohl wollen, von Stund an bald oder langſam mit denen Proceſſen abgefertiget worden?

12) Ob dasjenige, ſo in denen Reichs- und Viſitationsabſchieden von des Canzleyverwalters Amt und anderen Canzleybedienten ſtatuiret, gehalten und gehandhabt, oder welchergeſtalt und wer in demſelben contraveniret worden?

13) Ob in des Canzley-Verwalters Abweſenheit aus erheblichen Urſachen oder Schwachheit die Canzley nach Nothdurft und vermöge der Ordnung verſehen und denen Partheyen verholfen worden?

14) Ob er weiter Mangel von dem Canzleyverwalter und anderen Canzleyverwandten wiſſe?

Auf nachfolgende Articul ſollen Präſidenten und Beyſitzere, wie auch Advocaten, Procuratores und Canzley-Perſonen von denen Protonotarien und Notarien gefragt werden:

Protonotarii und Notarii.

1) Ob Protonotarii und Notarii ihrem Amt ein Genügen geleiſtet?

2) Ob, wann einem Präſidenten und Beyſitzer abweſend zu ſeyn erlaubt, die Zeit wann und wie lange die Erlaubniß geſchehen, imgleichen wenn der, dem erlaubt, wieder angekommen, fleißig aufgezeichnet, und dem Pfenningmeiſter angezeiget worden, und von wem ſolches geſchehen?

3) Ob Protonotarii und Notarii zu der Rath-Stunde jederzeit zeitlich im Rath erſchienen, und was ihnen zugeſtanden, fleißig aufgeſchrieben, die Urtheil alsbald concipiret, und durch die Referenten und Correferenten ſubſcribiren laſſen?

4) Ob ſie die drey Bücher, darinnen die Urtheil geſchrieben werden ſollen, vermöge der Ordnung gehalten?

5) Ob in denen Audienzien von einem Protonotario ſammt einem Notario, was geredet und gehandelt, mit Fleiß aufgeſchrieben worden?

6) Ob auch die Canzley-Perſonen, auſſerhalb ihrer ordinairen Geſchäfften, mit Commiſſionen, Vormundſchaften und dergleichen fremden Handlungen beladen worden?

7) Ob ſie die Urtheile und andere Briefe, die ſie in der Canzley concipiret, und verfertiget, vor der Unterſchreibung revidiret?

8) Ob ſie ihrem Amt fleißig obgelegen, mit aufſchreiben, leſen und anderen Verrichtungen, auch die Briefe und Urkunde, ſo in das Gericht gebracht worden, getreulich bey demſelben verwahret?

9) Ob ſie was in rathſchlagen des Richters und der Urtheiler, oder ſonſt im Rath gehandelt worden, auch die Heimlichkeit der Gerichtshändel jemand eröfnet, leſen oder ſehen laſſen, und von wem ſolches geſchehen?

10) Ob ſie auch, da auf die beſchehene Submiſſion referiret, und die Beſcheide expediret, vermöge der Viſitations-Abſchieden ad marginem Protocolli annotiret: Iſt expediret?

11) Ob ſie einer Parthey wider die andere gerathen, oder gewarnet, Geſchenk genommen, oder zu ihrem Nutzen nehmen laſſen?

12) Ob die Pronotarien und Notarien die Motiven der Decreten fleißig aufgezeichnet, damit wann die Procuratores etwa hernach wiederum angeſucht, Präſidenten und 2 Beyſitzere ſich der vorigen Motiven zu erinnern, und nach derſelben Gelegenheit zu verhalten gewuſt?

13) Ob auch der ausländiſchen Notarien Documenta legalitatis, fidelitatis und Geſchicklichkeit, ſo in Camera pro immatriculatione fürgebracht, durch den Herrn Cammerrichter oder, in deſſen Abweſenheit, durch Präſidenten und 2 Beyſitzere vermöge der Ordnung, mit Fleiß zuforderſt erſehen, und ponderiret, aber auch Inhalts der Viſitationsabſchiede ſich gewöhnlichen Examini perſönlich zu ſubmittiren, fürbeſchieden und alſo anders nicht, denn da ſie allerſeits qualificiret befunden, ad matriculam zugelaſſen worden?

14) Ob noch einiger Mangel von Protonotarien und Notarien anzuzeigen ſey?

Auf nachfolgende Articul ſollen Präſidenten und Beyſitzere, Advocaten, Procuratores, Verwalter, Pratonotarii und andere Canzleyperſonen von dem Kaiſerl. und Reichscammergerichts-Fiſcal und ſeinen Advocaten gefraget werden.

1)

Fiſcalis und Advocatus fiſci.

1) Ob der Fiſcalis und ſein Advocat fleißig ihrer Function abgewartet?

2) Ob der Fiſcal ohne Rath, Wiſſen und Willen der ihm aus denen Beyſitzern zugeordneter Deputaten jemand um fiſcaliſche Sachen oder Strafe fürgenommen habe?

3) Ob der Fiſcal mit denen ſtrafwürdigen Partheyen ohne Wiſſen und Willen ſeiner zugeordneten Beyſitzere ſich jemals vertragen habe?

4) Ob der Fiſcal auf die fiſcaliſche Sachen fleißig Aufmerkens gehabt, und dero halben ſeine Kundſchaft gemacht, ſich auch von Amtswegen eingelaſſen und die Pönfälle förderlich eingezogen?

5) Ob der Fiſcal ſich in denen ſchriftlichen oder mündlichen Verträgen in der Audienz, wie andere Procuratores, der Ordnung gemäß gehalten?

6) Ob der Fiſcal und ſein Advocat alle und jede Sachen und Händel, ſo ihnen befohlen worden, oder die ihnen vorkommen, und Amts halber zu handeln gebühret, Kaiſerl. Majeſt. und dem Fiſco zu gut, und nach ihren beſten Verſtändniſſen, mit Fleiß fürgebracht und gehandelt?

7) Ob der Fiſcal mit denen Partheyen einig Verbindung ohne Wiſſen und Befehl des Herrn Cammerrichters, Präſidenten, und 2 Beyſitzern, und der Advocat auſſerhalb ſonderlich Wiſſens und Befehls der Kaiſerlichen Majeſtät oder dero General-Fiſcalis gemacht?

8) Ob ſie die Heimlichkeit, Nachricht und Behelff, ſo ſie in denen Sachen erkundiget und erfahren, dem Fiſco zu ſchaden offenbaret?

9) Ob ſie von wegen ihres Amts und fiſcaliſchen Sachen halber, Gabe, Geſchenk oder einigen Nutz durch ſich ſelbſt oder andere genommen, oder jemand von ihrentwegen nehmen laſſen?

10) Ob der Fiſcal daran geweſen, was zu Erhaltung des Kaiſerl. und Reichscammergerichts gehörig, und von denen Ständen nicht erleget, förderlich eingebracht, und darin Gleichheit gehalten worden.

11) Ob auch gegen die Säumige nach Ausweiſe der Reichsabſchiede, ſonderlich des jüngern, mit Ernſt procediret worden?

12) Ob der Fiſcal die alten Sachen für denen neuen auch befördert, damit Gleichheit gehalten, und keiner vor den andern beſchweret worden?

13) Ob auch der Fiſcal gegen die Säumige, denen durch Executoriales etwas auferleget, wegen der aufgeloffenen Expenſen, Executorialium, ſo ſie verurſachet, procediret und verfahren worden?

14) Ob auſſerhalb obbemeldten Fragſtücken vom Fiſcal und ſeinem Advocaten einigen andern Mangel wiſſe?

Auf nachfolgende Articul ſollen Präſidenten und Beyſitzere, Advocaten

und Procuratores, Verwalter, Protonotarii und andere Canzleypersonen von Advocaten und Procuratoren gefraget werden.

1) Ob ein jeder Procurator und Advocat eines ehrbaren Weſens, Wandels, ſo gelehrt und geſchickt, wie einem Advocaten und Procuratoren dieſes höchſten Gerichts zuſtehet, ſey? Advocati und Procuratores.

2) Ob auch die Procuratores und Advocaten mit ehrbaren Kleidern in denen gerichtlichen Audienzien erſchienen?

3) Ob von Advocaten und Procuratoren jemand anders, als vermöge der Ordnung, durch Herrn Cammerrichter, Präſidenten und Aſſeſſoren examiniret, und zu dieſem Stande qualificiret befunden worden?

4) Ob ein oder ander Procurator mehr Sachen angenommen habe, als er abwarten und befördern möge?

5) Ob ſich ein Procurator des Procurirens an andern Orten, der Ordnung zuwider, unternommen?

6) Ob die Procuratores zu rechter Stund, vermöge der Ordnung und Memorial-Zettuln, bey denen Gerichten erſchienen, oder diejenige, ſo ohne Erlaubniß ausgeblieben, geſtrafet worden?

7) Ob die Procuratores in denen gerichtlichen mündlichen Vorträgen laut der Ordnung ſich der Kürze befliſſen?

8) Ob ein oder ander Procurator ohnnöthige lange Receſſe, ohnnöthige Rechtsſätz oder Submiſſion, und frivoles Exceptiones, oder ſonſt überflüßige Handlungen, die Sachen zu verlängern, gethan oder fürgebracht?

9) Ob ein Procurator Schimpfworte, oder ſonſt ohndienliche ohnnützliche Reden im Gericht, in der Canzley, oder vor denen Protonotarien ſich gebrauchet?

10) Ob ein oder ander in denen gerichtlichen Audienzien mit andern Procuratoren oder andern Umſtehenden viel geredet?

11) Ob ein oder anderer Procurator copias atteſtationum anderswo, als aus der Cammergerichtscanzley, genommen, auch andere Copias, Proceß, Urtheilsbrief und alles was zu ſchreiben und zu verfertigen befohlen und ſollicitiret, jederzeit, ſobald ſolches verfertiget, aus der Canzley ohne Widerſprechen, auch ohne daß er die Canzley auf die Parthey verwieſen, ausgelöſet habe?

12) Ob er auch das der Canzley zuſtehende Geld, welches er von denen Partheyen erhoben, gleich in die Canzley geliefert?

13) Ob er ſich in allen und jeden Sachen, was ihm durch Herrn Cammerrichter, Präſidenten und Aſſeſſores zur Belohnung taxiret worden, begnügen laſſen, und ſich derſelben unterworfen, und ob er vor der Taxa Expenſarum,

was er von denen Partheyen auf die Sache zur Belohnung zuvor empfangen, angezeiget?

14) Ob ein oder anderer Procurator oder Advocat die Partheyen beſchweret, oder einige ſondere Pacta derhalben gemachet, oder die zu Verſprechung jährlichen Dienſtgeldes gedrungen, dermaſſen, wenn die Partheyen ſolches nicht bewilliget, daß er ſich der Sachen nicht annehmen, ſondern entſchlagen wolle, und unter was Schein er ſolches gethan, als ob es dieſes Gerichts Gewohnheit und Gebrauch seyn ſolle?

15) Ob ein oder ander Procurator oder Advocat Wart- oder Dienſt-Geld von denen, die andere Procuratores zuvor zu ihren Sachen beſtellet gehabt, allein darum genommen, daß er wider dieſelbe, von denen er das Wartgeld genommen, nicht dienen wolle?

16) Ob ſie der Partheyen Sachen, die ſie angenommen, mit Fleiß abgewartet?

17) Ob ein oder ander Procurator mit denen Partheyen einige Pacta de quota litis, oder auf eine gewiſſe Summe Geldes im Fall der Obſiegung in Sachen, worin er bedienet iſt, zu erlangen gemachet habe?

18) Ob ſie die Heimlichkeit und Behelf, ſo ſie von denen Partheyen empfangen, oder Unterrichtung der Sachen, die ſie von ihm ſelbſt gemerket, der Parthey zum Schaden jemand offenbaret?

19) Ob ſie die Gerichtsperſonen in gebührenden Ehren gehalten?

20) Ob ein Procurator Sachen angenommen, und hernachmals ohne Vorwiſſen der Parthey einem anderen Procuratoren übergeben, oder zugeſtellet habe?

21) Ob er ſich auch deren Perſonen Arbeit in ſeinem Vorbringen und Producten gebrauchet, denen zu procuriren und zu advociren am Kaiſerl. Cammergericht interdiciret und verbothen worden?

22) Ob die Supplicationes und Producta correct und revidiret eingegeben worden, oder dermaſſen mendoſe, daß kein Senſus daraus zu nehmen, auch die Urthelbriefe nicht daraus gezogen werden mögen?

23) Ob die Advocaten und Procuratoren ſich in ihrem Suppliciren richtig erzeiget, die Supplicationes, auch die Producten ſelbſt revidiret, und unterſchrieben, ſodann Herrn Cammerrichter oder Präſidenten ſelbſt übergeben haben?

24) Ob ſie ſich nicht, wie die Geheimte- oder Hofräthe zu allen Sachen, wozu ſie gebrauchet werden mögen, wann ſie ſchon ans Cammergericht nicht gehören oder dahin nicht kommen können, beſtellen laſſen?

25) Ob ſie nicht die Partheyen wider den gewöhnlichen Tax beſchweret haben?

26)

26) Ob ſie nicht übermäßige Arrhas von denen Partheyen gefordert, oder ſonſt die Sachen nicht annehmen wollen, wodurch die Partheyen keine Procuratores bekommen können?

27) Ob die Procuratores, wann von einem Theil mündlich beſchloſſen, alſobald oder ad proximam gleichfalls mündlich beſchloſſen, und wann dieſes nicht geſchehen, ob die Ubertreter nach Ermäßigung beſtrafet worden?

28) Ob ein und anderer Procurator in angeſetzten oder ſelbſt angenommenen und erhaltenen Terminen, wie es ſich gebühret, ſchleunig gehandelt, oder aber, zu Verlängerung der Sachen, Zeit ad proximam gebethen?

29) Ob die Procuratores, wann ſie ſich zur Caution, Gewalt einzubringen erbothen, und gleichwohlen in angeſetzter und zugelaſſener Zeit nicht allein ſich nicht legitimiret, ſondern auch, damit die Sache lange Zeit vergebentlich aufgehalten, ſich temere excuſiret, zur Verzögerung des Rechten und großen Schaden der Parthey?

30) Ob auch die Procuratores, ehe ſie beſchloſſen, ihre Gewalt fleißig durchſehen, und wann Mangel darin, ſie denſelben mit Einbringung anderer Gewalt zeitlich zuvor emendiret, oder, wann es nicht geſchehen, in gebührende Strafe gezogen worden?

31) Ob die Manualia Proto- & Notariorum jemand aus der Canzley oder Leſerey zu tragen vergönnet worden?

32) Ob die Procuratoren einander die Partheyen abpracticiret, oder abwendig gemachet?

33) Ob auch die Procuratores, ohne Vorwiſſen oder Bewilligung des Herrn Cammerrichters, oder deſſen, ſo ſeine Stelle vertritt, ſich in Commiſſionibus außerhalb gebrauchen laſſen?

34) Ob auch die Advocaten in angenommenen Sachen wiſſentlich einigerley falſch, Gefärde oder Unrecht gebrauchet haben?

35) Ob die Advocaten auch in denen Audienzien, ſonderlich wenn die Urtheln publiciret worden, in ihren Stellen erſchienen oder geſeſſen?

36) Ob ſie in ihren ſchriftlichen Handlungen und Productis jederzeit ſich der gebührenden Beſcheidenheit gegen jedermänniglich, ſonderlich die Stände des Reichs gebrauchet?

37) Ob Deponens ſonſt einige Mängel von Procuratoren und Advocaten wiſſe?

Auf nachfolgende Articul ſollen Präſidenten, Beyſitzere, Advocaten, und Procuratores, Verwalter, Protonotarii und andern Canzley-Perſonen von denen Leſern und auf ihre Perſonen gefragt werden.

Leſer. 1) Ob ſie die Acta, ſo denen Beyſitzern zu referiren übergeben, ehe und bevor ſie expediret, ohne des Herrn Cammerrichters oder deſſen, der ſeine Stelle vertritt, Vorwiſſen in die Leſerey angenommen?

2) Ob ſie ein Regiſter über die Austheilung der Acten gehalten, darin dieſelbe, wenn, auf welche Zeit, und worauf darin beſchloſſen, und wann ſie einem jeden Aſſeſſoren zu referiren, oder zu correferiren übergeben ſeyn, auch wann daraus referiret worden, geſchrieben und aufgezeichnet?

3) Ob ſie auch einigen Beyſitzern auf ſein Geſinnen Acta, producta, protocolla oder Manualia aus der Leſerey ohne Vorwiſſen und Befehl des Herrn Cammerrichters, oder deſſen, ſo ſeine Stelle vertritt, ausgehändiget und folgen laſſen?

4) Ob Sie auch die Procuratores, ihre Subſtituten, oder Partheyen, oder ſonſt jemand, der zu denen Acten nicht geſchworen, in die Leſerey kommen oder eingelaſſen, oder ſonſt die Acta jemanden ohngebührlich communiciret?

5) Ob ſie Auffehens gehabt haben, in was Puncten jede Sache beſchloſſen, und ſolches auf die Acta geſchrieben?

6) Ob ſie auch auſſerhalb gerichtlichen Einbringen Producta und ander angenommen?

7) Ob ſie die Referenten und Correferenten jemand offenbaret, oder wo es ſonſt herkommen, daß ſolche öfters kund gemachet worden?

8) Ob auch einige deponirte Gelder bey hieſigem Cammergericht vorhanden, wer ſelbige in Verwahrung habe, und wo ſie liegen thun?

9) Ob einige Depoſita angegriffen, von wem, und wohin ſelbige verwendet worden?

10) Ob Deponens ſonſt noch einigen Mangel von denen Leſern wiſſe?

Auf nachfolgende Articul ſollen Präſidenten, Beyſitzere, Advocaten, Procuratores, Verwalter, Protonotarien und andere dem Cammergericht verwandte Perſonen von denen Secretarien, Ingroſſiſten und Copiſten gefraget werden.

Ingroſſiſten und Copiſten. 1) Ob die Secretarien oder Ingroſſiſten und Copiſten ihrem Amt mit Fleiß abgewartet, die beſtimmte Canzley-Stunde gehalten, und treulich die Zeit gearbeitet?

2) Ob ſie dem Verwalter, Protonotarien auch Notarien in Sachen, die ſie ihnen anbefohlen, jederzeit Gehorſam geleiſtet?

3) Ob ſie zu der Zeit, da ſie in der Canzley ordinari zu ſchreiben gehabt, nicht etwas extraordinari vorgenommen, und das ſo ordinari geſchrieben werden ſollen, von der Hand geleget?

4)

4) Ob ſie auch Atteſtationes, Zeugniß und andere Documenta mit Fleiß abcopiret und folgens collationiret, auch auf ein jedes Blat ſo viel Zeilen, wie in der Viſitation de Anno 1556. verabſchiedet, geſchrieben, oder denn an wem widrigen Falls der Mangel geweſen?

5) Ob Deponens ſonſt mehr Mängel von ihnen wüſſe, ſollte er ſolche auch anzeigen?

Auf nachfolgende Articul ſollen Präſidenten und Beyſitzere, Advocaten, Procuratores, Verwalter, Protonotarien, und andere Canzleyperſonen von dem Bothenmeiſter gefraget werden.

1) Ob der Bothenmeiſter die Proceß, wenn ſie ausgefertiget, zu ſeinen Händen genommen und die Bothen in ihrer Ordnung damit zum forderlichſten abgefertiget habe? Bothen-Meiſter.

2) Ob er denen Procuratoribus geſtattet, daß ſie die Proceß in der Canzley liegen laſſen, oder dieſelbigen hinweg genommen, und der Ordnung zuwider, wann und durch wen ſie gewolt, verkündigen laſſen?

3) Ob er unter denen Bothen gute Ordnung gehalten, daß keiner vor den andern beſchweret oder befördert worden?

4) Ob er die Proceß und Briefe, die er durch die Bothen zu exequiren befohlen, fleißig aufgezeichnet, die Bothen in das Bothenregiſter unterſchreiben laſſen, der Bothen Relation eingeſchrieben, ſie von wegen ihrer Belohnung zu der Rechnung angehalten, und das übrige in die Büchſe eingeleget, und zu gebührlicher Zeit unter die Bothen ausgetheilet?

5) Ob er daran geweſen, daß die Bothen ſo abgefertiget, forderlichſt abgereiſet, und ihren Befehl nachgekommen ſeyn, oder weiter auf andere Proceß, ſo ihnen zukommen mögten, gewartet haben?

6) Ob er auch in der Audienz bey denen Reproductionen Achtung gegeben, wie die Proceß inſinuiret worden?

7) Ob der Bothenmeiſter die Partheyen oder ihre Procuratores mit denen Concordien, und Reitgeldern wider die Ordnung beſchweret habe?

8) Ob annoch mehrere Mängel von dem Bothenmeiſter anzuzeigen?

9) Ob nicht ein oder der andere von Canzleyperſonen ungebührliche Gabe oder Geſchenk genommen?

Auf nachfolgende Articul ſollen Präſidenten, Beyſitzer, Verwalter und Protonotarien, Notarien, Leſer und Fiſcal von und auf den Pfennigmeiſter gefraget werden.

1) Ob der Pfennigmeiſter denen Präſidenten und Beyſitzern, ſo lange ſie über die erlaubte Zeit ausgeblieben, oder gegen die Cammergerichtsordnung und Pfennig-Meiſter.

Reichsabſchiede zu Rath nicht erſchienen, ihre Beſoldung abgezogen, und unter die andern, ſo anweſend geweſen, und ſich der Gebühr nach erzeuget, vertheilet habe?

2) Ob ſich der Pfennigmeiſter in Einnehmung der Cammerziehler und Bezahlung der Cammergerichtsperſonen gebührend verhalten?

3) Ob er die Stände, welche in der Bezahlung ſäumig, oder ſo hernach ihr Contingent gebührend erleget, auch dem Fiſcal förderlich angezeiget, und die ihm zugeſchickte Urkund in was Sorten und wie viel erleget, fürgezeiget?

4) Ob er das eingenommene Geld, gleichwie er daſſelbe empfangen, ohnverzüglich in die dazu verordnete, und in des Collegii Verwahrung behörigen Orts ſtehende Truhen eingeleget habe?

5) Ob die Einnahme und Ausgabe dem jüngern Reichsabſchied, und Cammergerichtsordnung gemäß jederzeit beſchehen?

6) Ob denjenigen, ſo die zur Abnahm der Pfennigmeiſterrechnung in Annis 1671. und 1672. verordnet, ein Begnügen geſchehen?

7) Ob von dem Pfennigmeiſter noch weitere Mängel anzuzeigen ſeyn?

Auf nachfolgenden Articul ſollen Verwalter und andere Canzleyperſonen gehöret werden.

Kanzley-Knecht. Ob er dem Verwalter gehorſam geweſen, und ſonſt ſeinen Dienſt fleißig verrichtet?

Auf nachfolgende Articul ſollen Präſidenten und andere dem Cammergericht verordnete Perſonen von wegen der Pedellen gefraget werden?

Pedellen. 1) Ob die Pedellen ihrem Amt vermöge der Ordnung abgewartet, und ſich derſelben gemäß bezeiget haben?

2) Ob ſie die Präſidenten, Aſſeſſores und Gerichtsperſonen in gebührenden Ehren gehalten haben?

3) Ob ſie die Heimlichkeit des Raths, ſo ſie erfahren, jemand offenbaret, als nemlich, wer die Referenten und Correferenten und Beyſitzere geweſen in Senatu, welche die Sache unter Händen gehabt?

4) Ob ſie über ihren gewöhnlichen Lohn von denen Partheyen etwas angenommen?

5) Ob ſie eine Parthey zum Nachtheil der andern gewarnet, ihnen gerathen, oder ſonſt einen Fürſchub gethan?

6) Ob ſie das Strafgeld, dem Armenſeckel zum Beſten, fleiſig eingebracht, und davon jährliche Rechnung gethan?

7) Ob etwas weiters von ihnen anzuzeigen?

Sollen dem Cammergericht verwandte Perſonen von denen Bothen gefraget werden.

1) Ob die Bothen glaubhaft, fromm, redlich und zum Bothenamt tauglich ſeyn, auch ſchreiben und leſen können? Bothen

2) Ob ſie in ihrer Ordnung vor der Canzley gewartet, ſich zum Reiſen willig befunden, und ſobald ſie abgefertiget geweſen, ausgereiſet?

3) Ob ſie ſich von jemand anders, dann dem Bothenmeiſter mit Proceſſen abfertigen laſſen?

4) Ob ſie alſobald ſie ihre Reiſe vollbracht, und wieder gekommen, und ſich bey dem Bothenmeiſter angezeiget?

5) Ob ſie das Geld, ſo in die Büchſe gehörig, dem Bothenmeiſter verrechnet und überantwortet?

6) Ob ſie das Geld, und was ſonſten ſie von denen Partheyen denen Procuratoribus zu liefern angenommen, ihnen alſobald überantwortet?

7) Ob ſie an denen Orten, da ſie Execution gethan, ſich beſcheidentlich gehalten, oder ob ſie jemand mit Worten oder Werken beſchweret?

8) Ob ſie über ihre beſtimmte gebührliche Beſoldung die Partheyen in viel oder wenig übernommen?

9) Ob ſie die Execution nach Inhalt der Ordnung verrichtet, und die Inſinuationes auf die Proceß und Copeyen fleißig aufgeſchrieben?

10) Ob ſie die Rathſchläge, wenn ſie etwas gehöret, heimlich gehalten?

11) Ob ſie ſonſt in ihren Verrichtungen Mängel und Gebrechen erſcheinen laſſen?

Von allen Cammergerichts Perſonen, von einem jeden, ſo viſitiret, zu fragen:

Ob etliche Gerichtsperſonen partial geweſen, ſich zuſammen verbunden, und ihre beſondere Anſchläge, den andern zuwider, gehabt, daraus etwa Ohnrichtigkeit oder Uneinigkeit erfolget, und welche dieſelbe geweſen?

§. XIV.

Die Viſitatoren entſcheiden II. hie zwiſchen den Gliedern des Gerichts entſtandene Streitigkeiten. In dem ofterwehnten Viſitationsbericht vom 18ten Dec. 1713. heiſſet es: „Ferner hat man, nach Anleitung des §. 8. der Reichs-Inſtruktion, die Fragſtücke verfertiget, und dabey abgeredet, ſelbige auf alle Mängel und Gebrechen einzurichten, folglich hierin per modum inquiſitionis zu verfahren, hingegen der Diſſidien halber, den Proceſſum accuſatorium vorzunehmen, und beyden Theilen in denen ſich dazu qualificirenden Puncten den Beweiß aufzulegen, doch daß der Proceſſus accuſatorius mit dem Inquiſitorio con- Sie entſcheiden die zwiſchen den Gliedern des Gerichts entſtandene Streitigkeiten.

cur-

currire, und jenen durch dieſen auch geholfen werden möge.“ Wie auch demnächſt: „Es iſt gleichmäßig von uns reiflich überleget worden, was man mit denen annoch unerörterten Diſſidien vornehmen, und wie man nach Inhalt des §. 17. der Reichsinſtruction einem jeden zu ſeiner Satisfaction verhelfen könnte. Weilen aber endlich beyde Theile ſich derſelben begeben, und den Ständen die groſſe Koſten noch länger zu ertragen beſchwerlich, uns aber bedenklich gefallen, die ſo ziemlich beruhigte Gemüther aufs neue zu erbittern, als haben wir um deſto mehr gut befunden, dieſen Punct zu übergehen, und es bey denen beyderſeits Erklärung und Verzicht zu laſſen.“ S. *Fabrum* d. l. p. 573. 580.

§. XV.

Laſſen ſich von des Gerichts-Einnahme und Ausgabe Rechnung thun.

Es wurde III. in der Cammergerichtsordnung de 1507. §. 14. den Viſitatoren aufgegeben, „vom Cammerrichter, den Beyſitzern und Königl. Fiſcal alles ihres Einnehmens und Ausgebens Rechnung zu empfangen, die angezeigte Fiſcaliſche und Canzleygefälle zu ermeſſen und zu erwegen, und, wo ſie alsdann zu Unterhaltung des Cammergerichts nicht gnugſam vermerken, ſondern achten und erkennen, daß weiter Contribuirens von den Ständen Noth ſeyn wird, alsdann den Anſchlag wieder zu geben und reichen, oder den, nachdem ſie die angezeigte Fälle geſtalt finden, zu mindern, zu ordnen und zu ſtellen, und ſolches fürter den Ständen des Reichs zu verkünden, ſolchen Anſchlag, wie er durch ſie ganz oder zum Theil zu geben und zu reichen, vor gut angeſehen und verordnet wird, durch den Königl. Fiſcal von Amtswegen von denen, ſo in ſolchen ſäumig, läßig oder ungehorſam erſcheinen würden, einzufordern, und zu ermahnen, zu befehlen und zu verfügen, auch ſonſt alles und jedes zu handeln, zu ordnen, fürzunehmen, und zu verſehen, daß vor und nach hierin von ihnen geſchrieben ſtehet.“ In dem Churſächſiſchen Diario d. 20ten Aug. 1587. heiſſet es: „Weiter ſein die Rechnungen des vorigen Pfennigmeiſters Wittwe, Fiſcals wegen ſeiner jetzigen Verwaltung, und des jetzigen Pfennigmeiſters unterſchrieben worden von Herrn Grafen Johann von Montfort, als Oberſten Kaiſerl. Commiſſarien, Herrn Johann Heinrich von Dirnhein Domſänger zu Speyer wegen Mainz, und D. Lovenio wegen Pfalz, wie dann wegen der geiſtlichen Fürſten Oeſterreich, weltlichen Fürſten Braunſchweig, und letzlich die Prälaten, Grafen und die Stadt Cölln ſolche unterſchrieben, auch 3 unterſchiedene Quittungen, ſo ihm gegeben worden, verſiegelt.“ Vermöge der Reichsinſtruction de 1706. art. 20. ſollten die Viſitatores ſowohl die fiſcaliſche Rechnung nach Anleitung der Cammergerichtsordnung, als auch die Pfennigmeiſterrechnung vor- und abnehmen. Daß dieſes

ge-

geſchehen, erhellet aus ihrer Relation beym *Fabro* d. l. p. 576. Es handelt auch der Viſitationsreceß §. 105. 106. 107. 108. von der Pfennigmeiſterey.

§. XVI.

IV. Sind durch die Viſitatoren vielfältig neue Ordnungen gemacht. Im Reichsabſchied de 1559. §. 53. 54. 55. wurde eine Deputation verordnet, welche aus 6 Churfürſten, 6 Fürſten, und 2 Ständen beſtunde, mithin beliebet, „daß was durch ſie verglichen, entſchloſſen und verabſchiedet würde, das ſolle im Reich in allermaſſen, ob es der Cammergerichtsordnung einverleibet, gehalten, ins Werk gerichtet, und vollzogen werden.“ Der Reichsabſchied de 1594. §. 98. will, „daß die Dubia Cameralia von den Viſitatoren, anſtatt allgemeiner Stände des Reichs, beſchließlich erörtert werden ſollen.“ Der Reichsabſchied de 1598. §. 58. gab ihnen vollkommene Macht und Gewalt, nicht allein die vom Cammergericht vorhin angebrachte oder noch vorhandene Dubia, auch ob deren immittelſt noch mehr vorkämen, ſondern weiters insgemein über allen andern, ſo zu Erhaltung und Verbeſſerung des Juſtitzweſens, daran dem Reich ſo viel gelegen, es treffe gleich den Proceß gedachten Cammergerichts, oder ichtwas anders dergleichen an, zu erledigen, alles auf Maß, in jüngſter Reichsabſcheidung auch verſehen, daß dasjenige, was alſo endlich geſchloſſen, in die Deputationsverabſchiedung, als ein gemeiner des heiligen Reichs Beſchluß, gebracht werden ſolle.“ Im Reichsabſchied de 1654. §. 135. lautet es hievon alſo: „Ratione dubiorum cameralium (ſowohl den Proceß als die Jura ſelbſt betreffend) ſollen die Aſſeſſores dieſelbe hierzwiſchen zuſammen tragen, reiflich überlegen, und das hierüber gemachte Concluſum nicht weniger zur Mainziſchen Canzley zu dem Ende überſchicken, damit von daraus den verordneten Viſitatoren und Reviſoren davon bey Zeiten Communication geſchehe, dieſelbe ſich darin der Nothdurft erſehen, und bey bevorſtehender Viſitation die befundene Mängel um ſo viel deſto beſſer examiniren und abhelfen können.“ Dieſe wurden in der Reichsinſtruction de 1706. art. 24. angewieſen, „die Dubia Cameralia vor die Hand zu nehmen, und, wie ſolche abzuthun, ein Gutachten an Kaiſerl. Majeſtät und das Reich abzufaſſen, wie auch dieſem Puncte balde völlige Erörterung zu geben.“ Sie berichteten aber Ao. 1713. hievon folgendes: „Die Dubia Cameralia haben wir zwar nach Anleitung des §. 24. der Reichsinſtruction gleich anfangs von dem wieder eröfneten Cammergericht gefordert. Weil aber die Beyſitzer in gar zu geringer Anzahl, dazu mit der Arbeit überhäuffet, auch meiſtentheils neu angekommen ſeyn, ſo haben dieſelbe hierin falls an uns nichts gelangen laſſen, ſich jedoch laut Lit. E. erbothen, wenn dergleichen vorfiele, ſolche zuſammen zu tragen, und Sr. Churfürſtl Gnaden

Machen vielfältig neue Ordnungen.

zu Mainz, als des heiligen Römiſchen Reichs Erzcanzlern hiernächſt einzuſenden, um ſelbige weiter an Ihro Kaiſerl. Majeſtät und das Reich zu bringen." Sonſt finden ſich in dem Viſitationsreceß verſchiedene neue heilſame Ordnungen.

§. XVII.

Revidiren die Acta und geſprochene Urtheile.

Es ſind V. vermöge der Cammergerichtsordnung de 1555. Part. III. tit. 53. §. 1., durch die zur jährlichen Viſitation verordnete Stände die Acta und geſprochene Urtheil des Cammergerichts zu revidiren. Im Reichsabſchied de 1598. §. 62. wird hievon folgendes verordnet: „Weiter und als etlich Jahr her von denen an unſerm Kaiſerl. Cammergericht litigirenden Ständen und Partheyen viel unterſchiedliche Reviſiones, nach Anweiſung der Cammergerichts-Ordnung, bey unſerm lieben Neven und Churfürſten des Erzbiſchofen zu Mainz als Erzcanzlers Ebden geſuchet, deren wir jederzeit verſtändiget worden, aber von wegen der bishero unterbliebenen Ordinarivisitationen ihren Fortgang nicht erreichen können, dadurch dann die rechtliche Executionen zu vieler Partheyen ohnwiederbringlichen Schaden und Nachtheil geſtecket werden, und das Juſtizweſen einen gefährlichen Stoß leidet, deme zu begegnen und vorzukommen, haben wir uns mit der Churfürſten und Stände Räthen und Bothſchaften und Geſandten, und ſie ſich hinwiederum mit uns verglichen, ordnen, ſetzen und wollen, dieweil die Erörterung ſolcher Reviſionen der Viſitation abhängig, auch alle Præparatoria reviſionum bey derſelben verrichtet werden, daß ein ſolches bey ſeiner Ordnung zu laſſen." Der Reichsabſchied de 1654. §. 130. will, „daß nächſt Verrichtung der Viſitation die Reviſion unter Hand zu nehmen, und darin fleißig zu verfahren ſey." Die Hochfürſtl. Brandenburgiſche Häuſer thaten in den ſtreitigen Zollſachen wider Nürnberg beym *Fabro* in der Staatscanzley P. XIV. pag. 858. dieſe Aeuſſerung: „Und läſſet man im übrigen als eine beede Hochfürſtl. Häuſer vorjetzo nicht touchirende Sache dahin geſtellet ſeyn, ob bey dieſer (Ao. 1708. eröfneten) Viſitation von einer oder andern Parthey nicht auch eine formale Reviſion möchte oder dörfte ausgebethen werden, da an allen dazu gehörigen Requiſitis kein Mangel erſcheinet, und aus ſo vielen tapfern Subdelegatis gar leicht ein anderer Reviſionsrath formiret werden könnte." Es iſt jedoch ſolches nicht geſchehen. In den beyden jüngſten Kaiſerl. Wahlcapitulationen Art. 17. §. 8. wird eben auch das Viſitations- und Reviſionsgeſchäft in folgenden Worten mit einander vereiniget: „Und nachdem gedachter jüngerer Reichsabſchied beſaget, daß die beliebte ordinari Reichsdeputation, theils zur Viſitation unſers und des

Reichs.

Reichscammergerichts, und theils zu denen alten, dann neuern Reviſionsſachen ſich zu verwenden habe, und zu dem Ende die in jeder Claſſe befindliche 24 Stände in 4 Senatus abzutheilen wären, alſo ſollen denen zu Folge die nebſt unſern Commiſſarien in termino erſcheinende Stände, ſo balden ſich alſo abtheilen, und die Senatus formiren, mithin derer erſterer auch dermalen ſothane Viſitation zuförderſt vornehmen, von den 3 übrigen Senatibus aber 2 die alte Reviſionsſachen, und der 4te die neuere unter die Hand nehmen, und rechtlicher Gebühr entſcheiden.“ Uebrigens lehret *Hertius* in Diſſ. de Judicio reviſorio in Imperiali Camera gründlich, was bey dieſem Gericht von den Richtern und Partheyen zu beobachten iſt.

§. XVIII.

In den Verſammlungen der Viſitatoren thut gemeiniglich Churmainz die Propoſition, und ſelten die Commiſſio Cæſarea. Es iſt von jenem geſchehen Ao. 1580. 33 mal, Ao. 1581. 1582. und 1586. immer, Ao. 1583. 27 mal, Ao. 1587. 24 mal und Ao. 1595 21 mal; Dahingegen die Kaiſerl. Commiſſion nur proponiret hat Ao. 1580. 2 mal, Ao. 1583. einmal per modum notificationis, und das zweytemal poſt viſitationem in reviſione incidenter anno 1587. einmal per modum notificationis, und Ao. 1595. einmal allein, und das zweytemal mit Churmainz.

Churmainz thut bey denen Zuſammenkünften gemeiniglich die Propoſition.

Auch ergeben die Extractus protocollares de 1553. 1556. 1557. 1584. und 1586. daß ſich die Kayſerl. Commiſſion von den Deputirten der Stände nicht getrennet hat, ſondern daß die Concluſa jedesmal per majora gemachet worden.

§. XIX.

Im Jahr 1713. gelangte die jüngſte Viſitation zur Endſchaft. Es erſchiene vor den Viſitatoren in der gewöhnlichen Audienzſtube am 18ten Dec. 1713. das Collegium Camerale, ſamt dem Canzleyverwalter und übrigen Bedienten, auch den Advocaten und Procuratoren. Nachdem ſich der Cammergerichtamtsverweſer, die Präſidenten und Aſſeſſores a latere dextro in einer Reihe niedergeſetzet, die übrige Cameralperſonen aber auf beyden Seiten des Zimmers ſtehen blieben, thate Churmainz die Anrede, und übergab dem Cammergerichtsamtsverweſer den Viſitationsabſchied nebſt den Memoralien für die übrige Cameralperſonen. Worauf ſelbiger nomine Collegii Cameralis die Erklärung that, daß es den Viſitationsabſchied in geziemenden Reſpect pro publicato halten, ſolchen in pleno ableſen laſſen, und ihm gebührend nachleben wolle. S. Electa juris publici T. VI. p. 558. Womit dann dieſes wichtige Geſchäft beſchloſſen worden.

Schluß der Viſitation.

§. XX.

Bewegungsgründe, warum ſie wieder in den Gang zu bringen.

Das ganze Deutſche Reich erkennet die Nothwendigkeit der Viſitationen. Weil. Kaiſer Carl VI. lieſſe ſich in dem Commiſſionsdecret de 24ten May 1719. hievon vernehmen: „Sie könnten die von ſo geraumer Zeit ins Stecken gerathene Ordinariviſitationes und Reviſiones nicht anderſt als einen notablen und ſolchen Mangel anſehen, wodurch, und zwar in den erſten bey abgehender ſo hochnöthiger Aufſicht alle vorhin mühſam errichtete heilſame Ordnung ins Wanken geſetzet, in den andern aber das ohnentbehrliche letztere Complementum benommen würde.“ S. *Fabrum* d. l. P. 34. p. 562. Unter denen Ao. 1741. von den Miniſtris der altfürſtl. Häuſer dem Churfürſtl. Collegio beym Wahlconvent übergebenen Deſideriis befande ſich auch Nro. 42. dieſes, „daß der regierende Kaiſer nach Antritt ſeiner Regierung in materia viſitationum & reviſionum bey dem Cammergericht, um und wie ſelbige wieder in den ordentlichen Gang zu bringen, von Churfürſten und Ständen ein Reichsgutachten erforden, inzwiſchen aber bis ſelbige in Gang kommen, und die im Weg ſtehende Hinderniß gehoben ſeyn werde, durch extraordinarias viſitationes & reviſiones dieſes nothwendig beſorgen laſſe.“ Wie auch das Churfürſtl. Collegium von dem Nutzen der Viſitationen nicht weniger überzeuget iſt, ergeben die beyden jüngern Kaiſerl. Wahlcapitulationen Art. 17. Dennoch aber thut man nicht zur Sache, und bleibet noch immer unbefolget, was die ältern und neuern Reichsgeſetze hievon verordnen. Mancher ſchreyet über das Kaiſerl. Cammergericht, und die ſachfällige Partheyen nehmen einen Recurſum ad Comitia über den andern zur Hand. Wäre es nicht ein viel leichters und unanſtößigers mit unſerer Reichsverfaſſung beſſer zu reimendes Mittel ſich wider Ungerechtigkeiten in Sicherheit zu ſtellen, wenn die Viſitationes und Reviſiones wieder in den Gang gebracht, mithin der Rechte kundiger unpartheyiſcher Männer Beurtheilung übergeben würde, ob die Richter die Schranken ihrer Gewalt überſchritten, oder ſich ſonſt einiger Ungerechtigkeit theilhaftig gemachet haben? Dieſes geſchiehet am füglichſten durch das Judicium reviſorium, worin vermöge der Cammergerichtsordnung P. III. tit. 63. §. 11. die Beyſitzer, ſo das Urtheil gefället haben, gegenwärtig ſeyn, und die Urſachen und Gründe ihres Erkenntniſſes anzeigen müſſen, wovon man auf dem Reichstag öfters nichts zuverläßiges weiß, und weil die eigentliche Ratio decidendi unbekannt iſt, gar leicht den gerechteſten Spruch misbilliget.

Nachdem die Unterthanen zur Herbeyſchaffung der Deputationskoſten Ao. 1670. angewieſen ſind, ſo können dieſe einen deutſchen Reichsſtand nicht wohl bewegen, das gemeinnützliche Werk zu hindern. Groſſen Ländern betragen ſie

eine

eine Kleinigkeit, welche die Unterthanen nicht ſehr empfinden werden, daher auch die wegen ihres privilegii de non appellando das Cammergericht wenig gebrauchende zum gemeinen Beſten des Reichs eine ſo erträgliche Laſt billig nicht von ſich ablehnen ſollten. Den Unterthanen ſchwächerer Stände mögte es zwar mehr zur Beſchwerde gereichen, wenn ſie öfters Viſitationskoſten aufbringen müſſen. Dieſe aber haben den größten Nutzen davon, daß bey den Reichsgerichten die Juſtitz ohne Aufenthalt und unpartheyiſch gehandhabet werde, weil faſt alle ihre wichtige Steitigkeiten an ſelbige gedeihen.

Wer demnach dasjenige, was die jüngſte Wahlcapitulationen von den Viſitationen und Reviſionen verordnen, nicht gerne ins Werk richtet, dem muß entweder die oberrichterliche Gewalt in Deutſchland überall ein Dorn im Auge, und die Wiedereinführung des Fauſtrechts zwiſchen den Reichsſtänden lieber ſeyn, oder er ſelbſt ſolche Rechtshändel haben, deren Entſcheidung zu veranlaſſen, es ihm gefährlich zu ſeyn ſcheinet.

Sieben und zwanzigſte Abhandlung.

Von der im Weſtphäliſchen Friedensſchluß erlaubten Selbſthülfe.

§. I.

In dem Weſtphäliſchen Friedensſchluß Art. XVII. §. 5. 6. lieſet man folgende heutiges Tages zu vielem Streit Anlaß gebende Verordnung: Teneantur omnes hujus transactionis Conſortes univerſas & ſingulas hujus pacis leges contra quemcunque ſine religionis diſtinctione tueri & protegere, & ſi quid eorum a quocunque violari contigerit, laeſus laedentem inprimis quidem a via facti dehortetur, cauſa ipſa vel amicabili compoſitioni vel juris diſceptationi ſubmiſſa. Veruntamen ſi neutro horum modorum intra ſpatium trium annorum terminetur controverſia, teneantur omnes & ſinguli hujus transactionis Conſortes, junctis cum parte laeſa conſiliis viribusque, arma ſumere ad repellandam injuriam a paſſo moniti, quod nec amicitiae nec juris via locum invenerit, ſalva tamen de caetero uniuscujusque jurisdictione juſtitiaeque juxta cujusque Principis aut Status leges & conſtitutiones competenti adminiſtratione. Dem Buchſtaben dieſes Reichsgeſetzes gemäß, erachten ſich die Evangeliſche Reichsſtände befugt und verpflichtet zu ſeyn, wenn keine gütliche Vorſtellungen etwas helfen, noch baldige richterliche Hülfe zu erlangen iſt, nachdem ſolche ganze drey Jahre vergebens erwartet worden, zur Execution des Friedensſchluſſes zu ſchreiten, und ihre bedrängte

Von den Evangeliſchen Reichs-Ständen wird die Selbſt-Hülfe für erlaubet gehalten, wenn der wider den Weſtphäliſchen Friedens-Schluß laufenden Beſchwerden Abſtellung in Güte oder durch rich-

terliche Hülfe binnen 3 Jahren nicht zu erlangen geweſen.

Glaubensverwandte in den Beſitz desjenigen zu ſetzen, was ihnen demſelben zuwider genommen worden. Das Corpus Evangelicorum lieſſe Sr. Churfürſtl. Durchl. zur Pfalz durch den Baron von Boetzelaer am 29. April 1700. zu erkennen geben, „daß es gemeynet ſey, zuförderſt an Ihro Kaiſerl. Majeſtät und das Reich ſich zu wenden, dann auch bey denen übrigen hohen Compaciſcenten und Garans, imgleichen bey denen in dem Weſtphäliſchen Frieden eingeſchloſſenen, und bey deſſelben Aufrechthaltung intereſſirten Cronen und Puiſſancen, welche ſamt und ſonders, vermöge des Weſtphäliſchen Friedens, zu deſſen Garantie contra quemcunque, ſine religionis diſtinctione, verbunden ſind, von den erleidenden offenbaren Contravenſionen die Nothdurft anzubringen, und deren Garantie und Aßiſtenz zu imploriren, und ſich endlichen ſelbſt, ſo gut als möglich, bey dem ſo theuer erworbenen Religions- und Weſtphäliſchen Frieden zu ſchützen, hingegen ſich von allem widrigen Verfahren, und gänzlicher Inreviſion des Status Eccleſiaſtici zu retten (a). Als die Fürſtl. Naſſauiſche Häuſer Evangeliſchen Theils die Poſſeſſion deſſen wieder ergriffen hatten, woraus Evangelici wider den Tenorem des Inſtrumenti pacis zeithero mit Gewalt geſetzet worden, begehrte das Corpus Evangelicorum am 9ten Sept. 1708. „von allerſeits benachbarten Evangeliſchen Ständen, ſowohl in- als auſſerhalb des Weſtphäliſchen Crayſes, zu deſſen Maintenirung ermeldten Fürſtl. Hauſern hülfliche Hand zu leiſten (b)," und im Jahr 1710 wurden Sr. Königl. Majeſtät in Preuſſen, Churfürſtl. Durchl. zu Braunſchweig und Hochfürſtl. Durchl. zu Heſſen-Caſſel ſamt und ſonders von Corporis wegen requiriret, „denen vom Evangeliſchen Fürſten zu Naſſau-Siegen angebrachten Gravaminibus in eccleſiaſticis ad normam inſtrumenti pacis Weſtphalicae abzuhelfen (c)." Als im Jahr 1708. Sr. Churfürſtl. Durchl. zu Braunſchweig und Lüneburg das Hildesheimiſche Domcapitul nöthigten, die Religionsbeſchwerden abzuſtellen, worüber die Landſtände A. C. ſo lange Klagen geführet hatten, gründete man die vorgenommene Execution auf den obangeführten Art. XVII. §. 5. 6. Inſtrumenti Pacis (d). Im Jahr 1719. hat das Corpus Evangelicorum Ihro Königl. Maj. Maj. als Churfürſten zu Brandenburg und Braunſchweig Lüneburg erſuchet, „allenfalls nach Anleitung des Inſtrumenti Pacis Weſtphalicæ Art. XVII. §. 5. 6. Art. XVI. §. 2. 6., Friedens-Executions-Hauptreceß §. 3., Kaiſerl. Executionsedicts vom 7ten Nov. 1748. und Arctioris modi exequendi vom 2ten Mart. 1749. ihren Vorſtellungen bey Ihro Churfürſtl. Gnaden zu Mainz, und Churfürſtl. Durchl zu Pfalz, ſamt und ſonders den erforderlichen Nachdruck zu geben, wie denn ſolchenfalls das Corpus Evangelicorum, was dieſelbe zu Maintenirung obgedachter Reichsgeſetze vorkehren würden, als wann es von dem Corpore ſelbſt geſchehen, genehm halten

ten, auch mit allem erforderlichen Nachdruck ſouteniren helfen wollte (e)." Des Königs in Preuſſen Majeſtät äuſſerten in einem an Sr. Kaiſerl. Majeſtät am 9. Jan. 1720. abgelaſſenen Antwortſchreiben die Meynung, „daß in den Fällen, da es auf bloſſe Execution und Reſtitution des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes ankömmt, die Beleidigte alſofort gerade an die Craysausſchreibämter, oder wenn die ihrer Schuldigkeit kein Genügen thun, an alle und jede Conſortes pacis ſich unmittelbar wenden, oder durch ihre eigene Mittel auch Hülfe derer nächſt an Hand habender Kaiſerl. und Königl. Schwediſchen oder anderer Majeſtäten und alſo manu militari ſich ſelbſt reſtituiren und einſetzen mögen, welche wiewohl militariſche, doch rechtmäßige Execution keineswegs für eine Contravention des zu Osnabrück und Münſter geſchloſſenen Univerſalfriedens gehalten oder angezogen werden, und noch dazu die widerſetzliche Reſtituentes allen daraus flieſſenden Schaden und Unkoſten zu erſetzen ſchuldig ſeyn ſollten (f)." Deswegen hat denn das Corpus Evangelicorum Ao. 1750. in der reichskündigen Hohenlohiſchen Sache beſchloſſen, „daß bey noch weiterhin ausbleibender Remedur man Evangeliſcher Seits parti gravatae die Reichsconſtitutionsmäßige Selbſthülfe am Ende angedeihen zu laſſen, ſich unumgänglich gemäßiget finden würde, maſſen dieſe als ein Remedium ſubſidiarium wider ſolcherley unſtatthafte Executionsverzüge, als der gegenwärtige ſey, in den Reichsconſtitutionen ſelbſt Art. XVII. §. 6. Inſtrumenti pacis, und §. 66. 67. des Friedens Executions Receſſus klar und deutlich fundiret wäre (g)."

(a) Herr v. *Schavroth* Concluſa Corporis Evangelicorum T. II. p. 337.

(b) Ibid. p. 213.

(c) Ibid. 219.

(d) *Fabri* Staatscanzley P. XVII. pag. 155. 156.

(e) *Schavroth* d. l. p. 538.

(f) Ibid. pag. 660.

(g) Ibid. T. I. p. 812. 813.

§. 11.

Auch behaupten ſelbige, daß die Crays-aus-ſchreib-Aemter, ohne einen Kaiſerl.

Es iſt nemlich in beſagtem Friedens-Executions-Hauptreceß de 1649. §. 6. verſehen: „Und ſoll hierunter weder von der Römiſchen Kaiſerl. Majeſtät noch jemanden andern denen Craysausſchreibenden Fürſten oder Executoren einige Inhibition oder Einhalt nicht geſchehen, wielweniger was bereits nach Inhalt des Friedensſchluſſes, Kaiſerlicher Edicten und dieſes Receſſus exequiret und reſtituiret, oder hiernächſt noch weiter ſolchergeſtalt exequiret und reſtituiret werden mögte, wieder aufgehoben, geändert, umgeſtoſſen oder darwider einige Turbation geſtattet werden (a)." Deswegen begehrte das Cor-

pus

Special-Befehl erwarten zu dürfen, befugt ſind, den Friedens-Schluß zu exequiren.

pus Evangelicorum zuförderſt von den Crayſen wider die Gravantes Hülfe, und wurden nicht weniger der Biſchof zu Coſtanz, als der Herzog von Würtemberg im Jahr 1700. erſuchet, „den Fürſten zu Kempten durch alle dienliche Mittel dahin zu vermögen, daß die reformirte Theinſelberger ohne Aufenthalt, wie ſie ſich Ao. 1624. in Eccleſiaſticis und Politicis ohne Contradiction befunden, in integrum reſtituiret, und künftig ohne fernere Turbation bey ihrem freyen Religions-Exercitio cum annexis gelaſſen werden mögen (b).„ Im Jahr 1703. gründeten ſich König Carl XII. von Schweden und Herzog Georg Wilhelm zu Braunſchweig und Lüneburg laut eines an das Hildesheimiſche Domcapitul abgelaſſenen Schreibens alſo auf ihr Craysausſchreibamt: „Wann nun dieſes Unternehmen der klaren Diſpoſition des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes directe entgegen läufet, und wir dannenhero als ausſchreibende Fürſten des Niederſächſiſchen Crayſes ſolchen und dergleichen zur Unterdrückung der Evangeliſchen Religion gereichenden Contraventionen beſagten Friedensſchluſſes alſo länger nachzuſehen nicht vermögen, ſondern uns vielmehr der im angeregten Stift geſeſſenen, und auf ſolche Weiſe gravirten Landſtände und Unterthanen billig annehmen müſſen; Zuförderſt aber dieſes Schreiben derentwegen an die Herren abzulaſſen gut befunden, ſo haben wir dieſelbe obhabenden hohen Craysamts halber hierdurch erinnern wollen, ſolche Gravamina von ſelbſt unverzüglich abzuſtellen, und alles wieder in den Stand, wie es Ao. 1624. geweſen, zu ſetzen, auch inskünftige es dabey allerdings ungeändert zu laſſen, geſtalt ſolchen Infractionen mehrgedachten Inſtrumenti pacis weiter nachzuſehen, man keineswegs verantwortlich halten, vielmehr auf den Fall nicht erfolgender gehöriger Remedirung von Crayſes wegen durch zulängliche Mittel darunter Rath zu ſchaffen, allerdings ſich wird obligiret erachten müſſen (c)." In der oberwehnten Hohenlohiſchen Sache requirirte das Corpus Evangelicorum den Herrn Marggrafen von Brandenburg-Onolzbach als Evangeliſchen Craysausſchreibenden Fürſten des Fränkiſchen Crayſes wider die Gravantes executive zu verfahren, und heiſſet es in deſſen Schreiben vom 29ten May 1750.: „Craysausſchreibende Fürſten ſind von ſelbſt vermöge des Kaiſerl. Executionsedicts in ſolchen Fällen mit Kaiſerl. Macht und Gewalt, und alſo mit einer Commiſſione perpetua verſehen, und von wegen unſerer höchſt und hohen Herrn Principalen Obern und Committenten fügen wir die bündigſte Verſicherung gehorſamſt hinbey, daß Evangeliſche Churfürſten und Stände dieſe Reſtitutionsexecution bis zu deren gänzlichen Vollſtreckung auf Ew. Fürſtl. Durchl. nöthig und dienlich findende Requiſition allemal kräftig zu unterſtützen, ohnermangeln, und dazu auf allen

Fall

Fall beſonders mit den beyden höchſten Chur-Brandenburg und Chur-Braunſchweigiſche Höfe, die nöthige Krieges-Mannſchaft bereit halten werden (d).“

(a) *Londorp* Act. Publ. T. VI. p. 580. *Fabri* Staatscanzley P. 38. p. 486.

(b) *Schavroth* Concl. Corp. Evang. T. II. p. 77.

(c) *Faber* d. l. P. VIII. p. 851.

(d) *Schavroth* d. l. Tom. I. p. 815. 816.

§ III.

Die Entſcheidung der wegen Contravention des Friedensſchluſſes und über deſſen Verſtand erregten Zwiſtigkeiten, ſtehet, den ordentlichen Gerichten nicht zu.

Ich habe bißher gezeiget, welchen Sinn die Evangeliſche Reichsſtände den Verordnungen des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes, und Friedens-Executions-Receſſus von der den Beſchwerten zu leiſtenden Hülfe beylegen, und will nunmehro unterſuchen, ob ihre Erklärungen Grund haben? mithin alle Zweifel, welche dawider erreget ſind, oder ich erſinnen können, treulich anführen, und auf das ſorgfältigſte prüfen.

Der erſte beſtehet darin, daß durch die erlaubte Selbſt-Hülfe eine Anarchie eingeführet werde, und wenn ſelbige Platz finde, ſo hörten die Reichsſtände auf Glieder eines Staats zu ſeyn, der Landfriede nehme ein Ende (a), und man gebe zu einem ewigen Kriege zwiſchen den Catholiſchen und Evangeliſchen Anlaß. Denn der eine Theil ſey nicht weniger als der andere befugt, das Inſtrumentum pacis nach ſeiner Deutung zu exequiren. Der ſtärkſte behielte daher jederzeit Recht; die Ober-Macht bliebe aber nicht immer auf einer Seite, ſondern die Conjuncturen, auch die Lage der Oerter ſetzten bald dieſen, bald jenan in den Stand ſein vermeyntes Recht gelten zu machen, und den andern zum Nachgeben zu nöthigen. Es ſoll alſo I. dem Weſen eines Staats zuwiderlaufen, daß die darin entſtandene Streitigkeiten anders als durch richterliche Ausſprüche entſchieden werden, und II. der von den Evangeliſchen angenommene Satz beyderſeitigen Religions-Verwandten groſſes Unheil androhen.

Ich antworte hierauf I., wie es vielmehr aus dem Weſen eines keiner ohnumſchränkten Gewalt unterworfenen Staats herflieſſet, daß man in dergleichen Streitigkeiten es auf ein richterliches Erkenntniß nicht dürfte ankommen laſſen. Denn ſie entſtehen entweder daher, daß der Catholiſche Theil den Verträgen einen andern Sinn beyleget, als der Evangeliſche, oder der eine klaget, daß ihm der andere wider den eingeſtandenen Sinn der Verträge keine Gerechtigkeit wiederfahren laſſen will. Erſtern Falls hat jener, auch der Kaiſer ſelbſt als pars compaciſcens, keine mehrere Befugniß ſie zu erklären, wie dieſer, und votirte Braunſchweig Lüneburg bereits Ao. 1644. auf dem Reichstage, „es ſey manifeſti juris & rationis, daß gleichwie der Religionsfriede zwiſchen beyderſeits

Religionsverwandten Ständen in vim contractus reciproci ſanciret und aufgerichtet worden, alſo auch die gemeiniglich über den Verſtand deſſelben vorfallende Dubia anders nicht als von ſämtlichen Conſtituenten durch gütliche Vergleiche und Unterredung interpretiret und reſolviret werden könnten (b).'' Letztern Falls aber iſt man nicht ſchuldig, es dabey zu laſſen, wenn die Catholiſche dem Friedens-Schluß zuwider handeln, und das Oberhaupt des Reichs oder deſſen Gerichte, welche darüber halten ſollten, ſolches zu geben, den gravirten die von ihnen begehrte rechtliche Hülfe verweigern, und dennoch die Selbſthülfe inhibiren, weil der höchſten Obrigkeit nur unter der Bedingung gehorſam angelobet worden, wenn ſie die Reichsgrundgeſetze beobachtet. Herr *Moſer* (c) lehret ganz recht alſo: „Wann Stände des Reichs klagen, daß der Kaiſer ihren allgemeinen oder beſondern Freyheiten zu nahe getreten ſey, ſo kann einmal der Kaiſer ſich ſo wenig ein Recht zu, als die Stände ihm daſſelbe abſprechen, ſondern es kömmt auf die Vergleichung zwiſchen ihnen an. Findet dieſe nicht ſtatt, ſo höret das Jus publicum auf, und jeder Theil wird zwar behaupten er habe Recht, und bey einem muß es auch wahr ſeyn, oder es haben auch wohl beyde in etwas Recht. Weil aber ſolchenfalls niemand einen richterlichen Ausſpruch darinnen thun kann, ſo bleiben es gleichſam Privatmeynungen, und kann man niemand verübeln, wenn er die Sache ſo weit treibet, als er ſich getrauet, es vor Gott und der ehrbaren Welt zu verantworten und durchzutreiben.'' Die Schlüſſe, welche der eine oder andere Theil alsdenn machet, ſind ſolchemnach kein Judicium ſuperioris in inferiorem, ſondern ein Judicium paciſcentis quousque compaciſcens fidem pacti ſervet (d). Churſachſen votirte Ao. 1690. beym Wahlconvent, „man machte aus Compaciſcenten gemeine Partheyen, wenn die Evangeliſche auf Ausführung verwieſen würden. Wer denn Judex ſey, im Fall ein dubius inſtrumenti pacis ſenſus fürhanden, oder die Garantie präſtiret werden ſolle? wovon nebſt der Cron Schweden, die Churfürſten, Fürſten und Stände als partes contrahentes und Compaciſcentes verhoffentlich nicht auszuſchlieſſen wären (e).'' Die Catholiſche Geiſtlichkeit würde gewiß keine andere Sprache führen, dafern man durch Oberrichterliche Erkenntniſſe z. E. die Seculariſation anſehnlicher Biſthümer verfügte, und ohne die jetzige Reichsverfaſſung aufzuheben, mithin eine unumſchränkte Monarchie einzuführen, kann niemand in dergleichen Zwiſtigkeiten eine richterliche Gewalt im eigentlichen Verſtande behaupten. Hieraus erhellet denn, daß die Rechtshändel, ſo zwiſchen zweyen Reichsſtänden, über Fürſtenthümer und Herrſchaften entſtehen, ganz anderer Art ſind als die Streitigkeiten, welche die Religionsbeſchwerden veranlaſſen, wenn nemlich jemand klaget, es handle nicht nur ein Catholiſcher Reichsſtand wider den Weſtphäliſchen Frieden, ſondern werde auch

den

den Evangeliſchen die ih[nen] ex pacto gebührende Kaiſerliche oder Crayshülfe verſaget. Wollte man, wenn Länder der Vorwurf eines Streits ſind, es auf kein richterliches Erkenntniß ankommen laſſen, ſo würde dasjenige Band aufgelöſet, welches den Deutſchen Staatskörper zuſammen hält. Eine oberrichterliche Gewalt, welche die zwiſchen den Gliedern deſſelben erregte Irrungen nach den eingeführten Rechten entſcheidet, beſtehet auch in allen Reichen gar wohl mit der Stände Freyheit; Dahingegen dieſe von der Willkühr des Regenten abhänget, wenn nur er oder ſeine Gerichte beurtheilen dürfen, ob den Reichsgrundgeſetzen zuwider gehandelt und den Ständen verſaget ſey, was ſie aus einem Vertrag von des Reichs Oberhaupt und ihren Mitſtänden zu fordern haben? Dergleichen Zwiſtigkeiten hat man in Deutſchland nimmer der Reichsgerichte Erkenntniß übergeben, in den wichtigſten Händeln der Reichsſtände aber ihre Jurisdiction von jeder erkannt, und ſie ausüben laſſen.

Was II. das Unheil anlanget, welches die Selbſthülfe fürchten machet, ſo räume ich ein, daß es daraus entſtehen kann. Keine Regimentsform iſt aber vollkommen, und in allen Reichen, worin die Stände beträchtliche Freyheiten genieſſen, giebet es mehr innerlichen Streit, als in denen einer deſpotiſchen Gewalt unterworfenen Landen. Würde ſich aber wohl jemand getrauen, den Ständen ſolcherwegen anzurathen, ihrer Freyheit zu entſagen, und ſich einer willkührlichen Gewalt zu unterwerfen? Mit dem gegentheiligen Argument kann man aller Staaten jus belli anfechten: Deſſen Gebrauch veranlaſſet auch manches Uebel. Es iſt aber ein nothwendiges Uebel, und man muß entweder die Gefahr laufen, indem man ſich ſelbſt Recht ſchaffen will, mehr Unheil zu veranlaſſen als abzuwenden, oder ſich auf Diſcretion ergeben, und geduldig zuſehen, wenn uns andere das unſrige nehmen, oder gar überwältigen. Die Evangeliſche ſahen ſich genöthiget in dem Fall der Contravention entweder die Selbſthülfe zu bedingen, oder es in des Catholiſchen Theils Willkühr zu ſtellen, ob er den Frieden erfüllen wolle oder nicht? Denn man ſetzet ihn in den Stand, den Evangeliſchen öfters einen groſſen Theil der mit ſo vielem Blut erſtrittenen Gerechtſame, welche denenſelben vermöge Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes zukommen, ohne Mühe und Gefahr zu nehmen, wenn keinem Gravanti auf andere Weiſe, als durch die Reichsgerichte, Einhalt geſchehen kann. Ich laſſe es ferne von mir ſeyn, alle Catholiſche Richter einer ſolchen vorſetzlichen Ungerechtigkeit zu beſchuldigen, daß man von ihnen nimmer in den Evangeliſchen vorträgliches Erkenntniß in Religionsſachen erwarten könne. Ich habe in dieſen Nebenſt. 2 Th. 17ten Abh. §. 17. ſelbige von dem Vorwurf befreyet, als hielten ſie alle die Religions-Verträge für unverbindlich. Inzwiſchen fehlet es doch in Gerichten

Man muß entweder auf den Contraventions-Fall, denen paciſcirenden Theilen die Selbſthülfe erlauben, oder es in des einen und beſonders des Catholiſchen Theils Willkühr ſtellen, ob er den Frieden erfüllen wolle oder nicht?

an Männern nicht, die ein übermäßiger Religionseifer auſſer Stand ſetzet, in dergleichen Sachen die Juſtiz unpartheyiſch zu handhaben. Es iſt auch unmöglich geweſen, die Verträge dergeſtalt zu faſſen, daß überall keine Mißdeutung Platz findet, und werden noch immer neue erſonnen, die vormals niemanden in den Sinn kommen. Begehret man nun die Entſcheidung einer ſolchen Sache, und es wird nur ein Evangeliſcher Reichshofrath oder Cammergerichtsaſſeſſor von dem Catholiſchen Theil gewonnen, ſo hat der Evangeliſche verlohren. Auch iſt derſelbe wenig gebeſſert, wann Paritas votorum entſtehet, und die Sache auf den Reichstag deswegen verwieſen wird, weil ſie eine Interpretationem legum imperii erfordert, als welche in Religionsſachen noch nimmer zu erlangen geweſen, mithin bleibet der Gravatus hülflos, und kann ein Catholiſcher Landesherr, wenn er keinen Widerſtand der Evangeliſchen Reichsſtände fürchten darf, den neuern Principiis der Catholiſchen Publiciſten gemäß, das Jus reformandi dergeſtalt gebrauchen, daß der gegenwärtige Zuſtand ſeines Landes mit dem Statu anni decretorii nicht die mindeſte Gleichheit behält, welches zu wagen mancher Bedenken träget, der erwarten muß, daß mächtige Nachbarn ihn zur Beobachtung des Friedensſchluſſes nöthigen werden. Nichts hat im 17. Jahrhundert ſo viel dazu beygetragen, daß das Kriegesfeuer in volle Flammen ausgebrochen, als die bey den Reichsgerichten wider die Evangeliſche gefällete viele Urtheile, und dieſe konnten von Catholiſchen Richtern nicht anders erwartet werden, weil ſie nach ihrem Glaubensbekänntniß dafür hielten, daß irrige Religionen keinesweges zu dulden wären, ſondern die irrende Strafe verdienten, und die Evangeliſche Fürſten ohne einen Kirchenraub zu begehen, ſich ſo wenig einige Gewalt in Kirchenſachen anmaſſen, als von den Kirchengüthern einen dem Buchſtaben der Fundationen zuwider laufenden Gebrauch machen dürften. Um ſich und ihre Nachkommen nicht künftig gleicher Gefahr auszuſetzen, bedungen die Evangeliſche im Weſtphäliſchen Frieden nicht nur, daß gewiſſe Evangeliſche Räthe und Aſſeſſores in die höchſte Reichsgerichte aufgenommen, ſondern daß auch wider die Contravenienten des Friedensſchluſſes die Selbſthülfe erlaubet werden ſolle.

(a) Herr Geheimter Rath *Sundermahler* de Poteſtate jus ſuum vi & armis perſequendi in imperio haud permiſſa §. 3. 17.

(b) *Meiern* Acta Comitialia P. II p. 280.

(c) in des Staatsrechts IIIten Theil p. 211.

(d) S. dieſer Nebenſtunden IIIten Theil XIIte Abhandlung. *Huber* de jure civitatis Lib. I. C. 6. n. 10. *Griebner* Princip. jur. nat. L. II. C. 8. §. 4 5. *Ganzius* Diſciplin. moral. §. 1211.

(e)

(e) Herr *Moſers* Anmerkungen über Kaiſer Carl VII. Wahlcapitulation p. 204.

(f) S. dieſe Nebenſtunden d. I.

§. IV.

Denn ſelbiger verordnet auf das deutlichſte, daß der læſus cum conſortibus pacis zu den Waffen greifen dürfte, wenn er innerhalb 3 Jahren weder in Güte, noch auf dem Wege Rechtens zu dem Seinigen gelangen können. Der Art. XVII. §. 6. Inſtrumenti pacis handelt von allen Contraventions-Fällen, und nicht von dem einzigen, wenn die Verbindlichkeit des Friedens-Schluſſes geleugnet wird.

Man wendet zwar zweytens dawider ein, die Selbſthülfe wäre nur alsdenn erlaubet, wenn einer verweigere zu erkennen, daß jedweder in den Stand zu ſetzen ſey, worin er Ao. 1624. geweſen, und ſo wenig die richterliche Entſcheidung befolgen, als gütliche Handlung pflegen wolle.

Es findet ſich aber im Inſtrumento pacis kein Wort, woraus zu ſchlieſſen, daß man nur wider diejenige die Selbſthülfe gebrauchen dürfe, welche in Abrede ſtellen, daß deſſen Verfaſſer befugt geweſen einem jeden zuzubilligen, was er im Jahr 1624. beſeſſen. Eine ſolche Einſchränkung iſt auch der Abſicht des Geſetzes ungemäß, als mittelſt deſſen man überhaupt die Vollſtreckung des Friedensſchluſſes befördern wollen. Ob aber jemand unter dem Vorwand der Unverbindlichkeit deſſelben, oder weil er deſſen Sinn verdrehet, oder ein klares Factum läugnet, ihm zuwider handelt, läuffet auf eines hinaus, daher es ganz unglaublich, daß durch die Selbſthülfe nur jenes, nicht aber dieſes verhindert werden wollen. Das Inſtrumentum pacis Art. XVII. §. 6. redet indefinite de controverſia amicabili compoſitioni vel juris diſceptationi ſubmiſſa, & intra ſpatium trium annorum non terminata, nicht allein aber von einem über die Gültigkeit des Friedens erregten Streit.

§. V.

Drittens ſoll aus den Weſtphäliſchen Friedenshandlungen erhellen, daß die Catholiſche von keiner Selbſthülfe wiſſen wollen. Als bey denſelben die Evangeliſche begehrten, man möchte denen Reſtituendis die Wahl laſſen, ob ſie ſich ſelbſt propriis viribus in den vorigen Stand ſetzen, oder Executores erwählen wolten (a), ſo hätten jene eingewand, „es wäre eine Sache contra jura communia, des Reichs Herkommen, unerhöret, daß einer in propria cauſa ihm ſelbſt Recht ſchaffen ſollte, zumalen weil der Unwille und Eifer etlicher Orten groß, und die Exceſſe ſchwerlich verbleiben würden: In des Reichs Executions-Ordnung wäre ſchon genugſame Verſehung geſchehen, dabey lieſſe man es billig bewenden (b).“ Worauf denn auch die Evangeliſche in dieſem Punct nachgegeben (c). Ja es ſey nicht einmal den Crayßoberſten und Directoren erlaubet in ihrer eigenen Sache die Execution zu verrichten (d). Bey den Friedens-Tractaten iſt denen keine Selbſt-Hülfe verſtattet, welche der richterlichen Hülfe theilhaftig werden können, wohl aber demjenigen, dem

diese innerhalb 3 Jahren entſtehet.

Es fällt aber einem jeden in die Augen, daß die ganze Handlung überall nicht des Instrumenti pacis Art. XVII. ſondern den Art. XVI. betrift. Man wollte demjenigen keine Selbſthülfe erlauben, der der richterlichen Hülfe ohne Aufenthalt theilhaftig werden kann. Folget aber wohl daher, daß jene auch denen unterſaget iſt, welche vergebens um dieſe angeſuchet haben? Von dem letzten Fall handelt der Art. XVII., und man machte einen ſorgfältigen Unterſchied zwiſchen der Execution und Aſſecuration des Friedens. Die Execution ſollte auf die im Reich übliche Weiſe geſchehen, jedoch dergeſtalt, „daß die Evangeliſche dem Kaiſer nicht einmal die Erkenntniß ſuper exceſſibus executionis einräumen wollten, weil ſie vermeynten, es ſtecke dieſes darunter, daß alle Executiones übern Haufen geworfen werden könnten (e).“ Die Aſſecuration aber war man auf den guten Glauben des Catholiſchen Theils, mithin auf die höchſte Reichsgerichte ankommen zu laſſen, und aller Hülfe zu entſagen, ſobald im Reichshofrath oder Cammergericht Paritas votorum entſtehet, oder per majora etwas dem Friedensſchluß zuwider laufendes, beliebet wird keineswegs gemeynet. Es glaubten die Evangeliſche, „daß der Catholiſchen Wille nicht ſey, ihre Gravamina eccleſiaſtica zu erledigen, ſondern davon zu ziehen, die Sache ſtecken zu laſſen, und auf dem Reichstage zu einem neuen Diſputat zu verweiſen, welchenfalls man ſchlechten Nutzen von ſo vielem vergoſſenen Blut und aufgewandten Gelde haben mögte (f).“ Dieſem Uebel vorzubeugen, war nicht nur nothwendig die ohnaufhältliche Execution des Friedensſchluſſes zu veranlaſſen, ſondern auch die künftige Contraventionen zu verhindern, welche in Entſtehung der Güte und richterlichen Hülfe, unmöglich anderſt, als durch die Selbſthülfe geſchehen kann. Selbige wurde deßwegen in dem den 21ten April 1648. übergebenen Project bedungen (g), und von den Catholiſchen nimmer das mindeſte dawider eingewandt (h).

(a) *Maiern* Acta Pacis Weſtphalicæ P. V. p. 814.
(b) Id. d. l. p. 814. & P. VI. p. 89.
(c) Id. d. l. P. V. p. 815. P. VI. p. 93.
(d) Herr *Sundermahler* d. l. §. 19 22.
(e) *Meiern* Acta pacis executionis P. II p. 10.
(f) Id. Actorum pacis Weſtphal. P. VI. p. 782.
(g) Id. d. l. P. V. p. 766.
(h) Id. d. l. p. 814. P. VI. p. 110. 393. 394.

§. VI.

Man räumet ſolches ein, indem nachgegeben wird, es ſey zwar auſſerordentlich eine Selbſthülfe erlaubet. Dadurch aber müſſe der Friedensſchluß

nicht

nicht exequiret, ſondern aſſecuriret werden (a). Denn auf die Benennung kömmt es wenig an. Soll die Aſſecuration etwas wirken, ſo iſt die Selbſthülfe wider den Friedensbrecher zu gebrauchen. Nur dieſes behaupten die Evangeliſche, und es iſt ihnen gleichgültig, ob man ſage, der Herr Marggraf von Brandenburg-Onolzbach habe als Garant, oder als Executor pacis Weſtphalicæ die Catholiſche Fürſten von Hohenlohe genöthiget, ihren Evangeliſchen Unterthanen zu reſtituiren, was ſie ihnen gegen den weſtphäliſchen Friedensſchluß entzogen hatten.

Man nimmt jedoch das mit der einen Hand gegebene, mit der andern wieder weg, indem Viertens behauptet werden will, es handle 1) der Art. XVII. Inſtrumenti pacis keinesweges von den futuris poſt pacem temporibus, und hätten 2) die Kaiſerliche nicht einmal zugeben wollen, daß die Crayſe dem læſo zu Hülfe kämen. Die Garantie theilte 3) den Garans keine Jurisdiction mit, und ſie ſey auf die nach dem geſchloſſenen Frieden entſtandene Streitigkeiten nicht auszudehnen (b).

Es hat aber 1) das Corpus Evangelicorum bereits auf das gründlichſte hierwider vorgeſtellet, „daß der Art. XVI. §. 6. um ſo weniger auf das Tempus damaligen Friedens zu reſtringiren ſey, als nicht nur ſolche Verordnung zu den genommenen Maaßreguln, den Frieden auf ewig hinaus feſt zu ſtellen, gehöret, ſondern auch ex Art. XVI. §. 1. 5. & Art. XVII. §. 1. wahrzunehmen, daß alle damalige Reſtituenda in beyden Punctis amneſtiæ & gravaminum tam politicorum, quam religionis, ſchon binnen denen inter concluſam & ratificandam pacem beſtimmten 8 Wochen zu völliger Execution gebracht werden ſollen, da dann, wenn man die Meynung einer bloß auf damalige Friedenszeiten ſich beziehenden Selbſthülfe aus angeregten §. 6. Art. XVII. Inſtrumenti pacis zu behaupten ſuchen wollte, das ſeltſame folgen würde, daß ſuper uno eodemque objecto doppelte ſich entgegen ſtehende Diſpoſitiones, wo nemlich die Reſtituenda ſo fort, und zugleich binnen 3 Jahren geſchehen ſollen, zu treffen höchſte und hohe Autores inſtrumenti pacis ſich hatten beygehen laſſen; ſonach auch mit eben ſo gutem Grunde und Recht zu behaupten ſtünde, daß die in vorſtehenden §. 5. Art. XVII. von höchſten und hohen Compaciſcentibus übernommene Friedens-Garantie nur von damaligen höchſt und hohen, den Frieden ſchlieſſenden Theilen zu verſtehen geweſen (c).“ Der Art. XVII. handelt auch von den futuris poſt pacem temporibus.

2) Iſt freylich der §. des Projects Ut etiam pax &c. (d) nicht genehmiget, weil er diſcordias cauſire, und ein novus modus executionis ſey. Selbiger handelt aber keinesweges vom Religionsfrieden, ſondern vom Landfrieden. Von dieſen iſt in antecedentibus & conſequentibus die Rede, mithin erwei-

weiſet die angeführte Stelle nichts weniger, als daß man überall keine Selbſthülfe wider die Verletzer des Friedensſchluſſes erlauben wollen.

Die Garans müſſen den Beſchwerten mit den Waffen Hülfe leiſten, wenn gleich die Reichsgerichte keine Execution erkannt haben.

3) Enthält allerdings der Art. XVII. die Uebernehmung einer Garantie, und der Garant kann ſich keine Jurisdiction anmaſſen. Er iſt aber verbunden und befugt, denen beſchwerten Evangeliſchen würckliche Hülfe mit den Waffen angedeihen zu laſſen. Ob dieſen von den Catholiſchen zu nahe geſchiehet, darüber erkennet er nicht als Richter, ſondern als Compaciſcens (e). Setzte die Garantie jedesmal einen richterlichen Spruch und ein Mandatum Cæſareum de exequendo voraus, ſo wäre ſie ganz unnütz, und hätte man es ſonſt gewiß bey der Executions-Ordnung bewenden laſſen. Der Friedensſchluß erfordert ausdrücklich die Hülfleiſtung, ſi intra terminum trium annorum non ſit terminata controverſia amicabili compoſitione vel juris diſceptatione. Ohne den Worten Gewalt anzuthun, kann man ſie daher unmöglich auf den Fall einer Controverſiæ, quæ per juris diſceptationem eſt terminata einſchränken.

Endlich 4) wird dieſelbe ganz zu Waſſer gemacht, wenn ſie bey denen nach geſchloſſenem Frieden entſtehenden Zwiſtigkeiten kraftlos ſeyn ſoll. Denn nur in dieſen bedarf man ihrer, und iſt kein Catholiſcher ſo unbeſonnen, den Evangeliſchen etwas zu nehmen, zugleich aber zu bekennen, daß ihnen ſolches vermöge des Friedensſchluſſes gebühret. Dem ärgeſten Vſurpatori fehlet nimmer ein Vertheidiger, und wenn es genug iſt, einen neuen Streit zu erregen, um den Evangeliſchen die Hülfe der Garans zu entziehen, alsdenn haben ſie ſich derſelben nimmer zu getröſten. So oft der Friedensſchluß verdrehet, und wider die Wahrheit abgeleugnet wird, daß die Evangeliſche Ao. 1624. in dem Beſitz einer ihnen genommenen Sache geweſen, ſo oft wird dem Frieden zuwider gehandelt, und findet folglich die Garantie Platz.

(a) Herr *Sundermahler* d. l. §. 23.

(b) Id. d. l. §. 24. 25. 32.

(c) *Schauroth* Concluſ. Corp. Evang. T. I. p. 868.

(d) *Meiern* in Actis pacis Weſtphalicæ P. V. p. 766. 937. P. VI. p. 89.

(e) *Schauroth* d. l. p. 792.

§. VII.

Vermöge Inſtrumenti pacis Art. XVII. §. 6. 7. ſoll auſſer dem Fall der Contravention

Man ſtellet in keine Abrede, daß der Regul nach, im Deutſchen Reich alle Selbſthülfe verbothen iſt. In dem Inſtrumento pacis Weſtphalicæ Art. XVII. §. 7. heiſſet es: Et nulli ſtatuum imperii liceat jus ſuum vi vel armis perſequi, ſed ſi quid controverſiæ ſive jam exortum ſit, ſive poſthac inciderit, unusquisque jure experiatur; Secus faciens reus ſit fractæ pacis. Dieſe Regul und allgemeine Verordnung hebet aber fünftens die beſondere Verordnung und Ausnahme

nicht

nicht auf, vermöge welcher, wenn kein Recht zu erlangen, man ſich wider diejenige, ſo dem Frieden zuwider handeln, ſelbſt helffen kann. In den eben angeführten Worten iſt von deſſen Execution und beſtändiger Aufrechthaltung die Rede nicht, ſondern von Streitigkeiten, welche der Weſtphäliſche Friedens Schluß unentſchieden gelaſſen. Man hat nemlich bey Erlaubniß der Selbſthülfe bedungen, quod ſalva *de cætero* eſſe debeat uniuscujusque jurisdictio, juſtitiæque juxta cujusque Principis aut Status leges & conſtitutiones competens adminiſtratio, nemlich in denen durch den Friedensſchluß nicht abgethanen, und ihrer Natur nach für die Juſtizcollegia gehörigen Sachen, mithin iſt dieſer Reſervation gar ſchicklich hinzu gethan: Et nulli omnino ſtatuum liceat jus ſuum vi vel armis perſequi &c., nemlich auſſer dem vorhin angeführten Fall der Contravention des Friedensſchluſſes. Wie denn das *de cætero* unwiderſprechlich erweiſet, daß man nur im übrigen, d. i. in andern Sachen, mithin keinesweges in denjenigen, welche des Friedensſchluſſes Execution und Aufrechthaltung betreffen, die richterliche Gewalt ohngeſchmählert bewahret wiſſen wollen.

des Friedensſchluſſes, niemand ſich ſelber Recht ſchaffen.

Nicht mehr kömmt den Catholiſchen der Reichsabſchied de 1654. §. 193. zu ſtatten, welcher alſo lautet: „Wir ſetzen und ordnen auch, daß kein Stand gegen den andern oder deſſen Lande und Leute, oder auch gegen ſeine eigene Unterthanen und Bürger in Religionsſachen wider den Friedensſchluß mit Gewalt und eigenmächtiger Beginnung das geringſte nicht attentiren oder vornehmen, ſondern ein jeder dasjenige, was er vermeynet, daß ihm gebühre, mit behörigen Wege Rechtens ſuchen, und dem, ſo dawider beſchweret worden, Mandata inhibitoria gehörigen Orts ertheilet und vollzogen werden ſollen." Denn da lieget ganz klar vor Augen, daß nur die wider den Friedensſchluß verübte Gewalt gemißbilliget, und keinesweges verbothen iſt, ſie wider die Friedensbrecher zu gebrauchen. Indem auch verſehen worden, daß den gravirten Mandata inhibitoria zu ertheilen, iſt ſolches für das einzige zu ihrer Rettung nothwendige Mittel keinesweges erkläret. Dieſe heilſame Verordnung misbilliget es deutlich, daß Catholiſche Landesherrn, welche vermeynen, es ſtehe ihnen vermöge des juris reformandi eine Gewalt in den Kirchenſachen ihrer Evangeliſchen Unterthanen zu, die ſie Ao. 1624. nicht gehabt, ſich deren de facto unterziehen, und ſie nicht mit behörigen Wege Rechtens ſuchen.

§. VIII.

Man machet zwar Sechſtens viel Aufhebens davon, daß auch die Religionsſachen eine diſceptationem juris, mithin legitimam cauſæ cognitionem, ejus in contradictorio factam ventilationem, ſammt den audiatur & altera pars erfordern, und keine ſola executio, noch ſoli executores abſque judice competente ge-

Wie fern die richterliche Gewalt in ſolchen Con-

traventi-ons-Fällen Platz findet? nug wären; daß man den Reichsgerichten nicht aufgegeben hätte, den Friedensſchluß zu befolgen, wenn die aus denſelben zu entſcheidende Streitigkeiten nicht für ſie gehörten, und daß auf Veranlaſſung der Evangeliſchen durch den Reichsabſchied de 1654. der Reviſion in Religionsſachen Effectus ſuſpenſivus beygeleget worden (a).

Es darf auch freylich ein Executor auf des klagenden Theils bloſſes Angeben nicht zuplatzen, und jemanden ungehöret das mindeſte nehmen. So verfuhr man bey der Primordialexecution des Inſtrumenti pacis keinesweges, ſondern vernahm die Partheyen gegen einander, und brachte es alsdenn zum Vergleich, oder ſtellete das Gravamen ab, wenn ſolches hinlänglich dargethan worden, wovon ich vorhin ein Exempel angeführet habe (b). Die Evangeliſche Reichsſtände behaupten dieſem allen ohngeachtet aber billig, daß ſich Religionsgeſchäfte und Beſchwerden zu ordentlichen Proceſſen bey den Reichsgerichten nicht qualificiren (c), und räumen nur ein, daß das Factum poſſeſſionis per Commiſſarios bisweilen klar zu machen iſt (d), auch „wenn ſich ein erheblicher Zweifel circa legem & pactum hervor thut, man ſich in comitiis darüber (doch ohnaufhältlich der Execution nach den annis regulativis) gütlich zu vernehmen habe (e).“ Sie erkennen Se. Kaiſerl. Majeſtät für den ſupremum pacis Weſtphalicæ executorem (f), und billigen es, daß die Reichsgerichte auf Anrufen des beleidigten Theils Inhibitiones und Mandata S. C. oder Localcommiſſiones ad exequendum ſecundum nudum factum poſſeſſionis in anno decretorio erkennen (g). Nur wollen ſie die Sachen nicht mit der, auch in cauſis ſummariis gewöhnlichen Weitläuftigkeit behandeln laſſen, welche zu vermeiden, die Verfaſſere des Friedensſchluſſes das richterliche Verfahren ganz weislich auf eine 3jährige Friſt eingeſchränket haben, nach deren Ablauf das Geſchäfte wieder in ſeine natürliche Umſtände gelanget, mithin es nicht ferner auf ein judicium ſuperioris in inferiorem, ſondern auf ein judicium paciſcentis, quousque compaciſcens fidem pacti ſervet, ankömmt, und ſolches geſchiehet auch alsdenn, wenn ein Theil ſein Verfahren mit einer vom andern nicht gebilligten Auslegung des Friedensſchluſſes zu beſchönigen ſuchte.

Wowider nichts hindert, daß die Evangeliſche der Reviſion in Religionsſachen den Effectum ſuſpenſivum nicht wollen nehmen laſſen, maſſen ſie ſich deutlich erkläret haben, „daß dieſes nicht von den Differenzien zu verſtehen ſey, ſo im Inſtrumento pacis decidiret ſind (h).„ Unmöglich kann man für Friedensbrecher ausgeben, die etwas thun, ſo im Frieden nirgend verbothen worden. Hingegen bleibet derjenige ein ſolcher, der dem Frieden zuwider han-

handelt, wenn er gleich mit einer unrichtigen Erklärung dieſes Reichsgeſetzes ſich zu rechtfertigen ſuchet.

(a) Herr *Moſers* Hanauiſcher Berichte von Religonsſachen I. Band p. 682. Herr *Sundermahler* d. l. §. 13. 14.

(b) in dieſer Nebenſtunden IIten Theils 6ter Abhandlung §. 15.

(c) *Schavroth* d. l. Tom. III. p. 427.

(d) Ibid. p. 868.

(e) Ibid. T. II. p. 849.

(f) Ibid. p. 807.

(g) Ibid. T. I. p. 356. T. III. p. 200.

(h) *Meiern* Acta Comitialia Part. II. p. 618. 627. 628. *Moſers* Hanauiſcher Berichte von Religionsſachen 9ter Theil p. 17.

§. IX.

Ob die Selbſt-Hülfe zu erlauben, wenn der Catholiſche und Evangeliſche Theil über den Verſtand des Friedens-Schluſſes nicht einig iſt.

Zwar ſcheinet es Siebendens unbillig zu ſeyn, daß ein Evangeliſcher Compaciſcens den Catholiſchen nöthige, den Friedensſchluß in dem Verſtande zu befolgen, welchen er, und nicht auch der andere Theil ihm beyleget. Eben ſo wenig Recht haben aber auch die Catholiſche nach ihrer Auslegung zu verfahren, und den Evangeliſchen anzumuthen, daß ſie ſolches geſchehen laſſen ſollen. Es ſind alſo nur zwey Wege übrig, aus der Sache zu kommen. Man muß entweder, bis der Streit gütlich beygeleget iſt, alle Neuerungen unterlaſſen (a), und z. E. die Evangeliſche Conſiſtoria, welche Ao. 1624. in Catholiſcher Landesherrn Territoriis geweſen, nicht einſchränken, vielweniger aber aufheben, bevor die Evangeliſche Reichsſtände nachgegeben haben, daß die im Inſtrumento pacis ſo klar verſehene Suſpenſio jurisdictionis eccleſiaſticæ Catholicorum in Evangelicos ein nichts bedeutendes Wortſpiel iſt, und daß man den Catholiſchen Landesherrn in der Evangeliſchen Kirchenſachen keine Gewalt verſagen, ſondern nur verordnen wollen, daß ſelbige anſtatt der Geiſtlichen Gerichtbarkeit eine weltliche Landeshoheit genennet werden ſolle (b), oder jedwedem erlauben, ſein vermeyntes Recht zu behaupten, ſo gut er kann, weil, wenn ein Vertrag ſo dunkel iſt, daß deſſen Sinn nicht ausfündig zu machen ſtehet, die Sache unverglichen, und alſo in ſtatu litigioſo bleibet, durch erregte übel gegründete Zweifel aber niemanden ſeine Befugniß entzogen, und er behindert werden kann, dieſelbe auszuüben. Der Evangeliſche Theil erbiethet ſich zu dem erſten, als dem glimpflichſten Mittel, und wenn ſolches nicht angenommen, ſondern die einſeitig beliebte Veränderung des Status anni decretorii von den Catholiſchen thätlich durchgeſetzet werden will, ſo kann jenem niemand verdenken, wenn er auch ſeinen einſeitigen Erklärungen gemäß verfähret, weil ſonſt die

Inſtrumento pacis Weſtphalicæ und der Natur der Sache feſt gegründete Aequalitas wegfiele, und den Catholiſchen mit Ausſchlieſſung der Evangeliſchen die Interpretation des Friedensſchluſſes eingeräumet werden müſte. Daß die Meynungen der Evangeliſchen vom Simultaneo und der Jurisdictione Eccleſiaſtica nicht neu ſind, habe ich bereits vorhin dargethan (c), und wenn ſie auch zu neuern Zeiten erſt ins Licht geſetzet wären, ſo iſt es nur deswegen ſo ſpät geſchehen, weil erſt damals die Catholiſche mit den Principiis offenbar heraus gegangen, wodurch ſie den Evangeliſchen zu Waſſer machen wollen, was ihnen der Friedensſchluß beyleget.

(a) S. dieſer Nebenſtunden IIIten Theils XVte Abhandlung §. 10. Herr *Moſers* Hanauiſcher Berichte von Religionsſachen I. Band p. 664.

(b) Reichs-Fama P. VII. p. 207. 208. 209. 210. Dieſer Nebenſtunden IIten Theils VIte Abhandlung §. 18.

(c) Nebenſtunden d. l. §. 10. 11. 17. 18.

§. X.

Es ſoll Achtens deßwegen unerlaubet ſeyn, ſelbigen in einem von den Catholiſchen nicht anerkannten Sinn zu vollſtrecken, weil vermöge des Nürnbergiſchen Executions-Receſſus de 1649. §. 3. 1) die Caſus liquidi von den illiquidis zu ſepariren ſind, und 2) die Erörterung der Gravaminum keinesweges denen Executoren, ſondern gewiſſen Deputatis gleicher Anzahl von beyden Religionen aufgetragen, die von dieſen nicht erledigte Streitigkeiten aber durch den Reichsabſchied de 1654., auf dem Frankfurtiſchen Deputationsconvent, und wenn ſich ſelbiger über der Interpretation des Friedensſchluſſes nicht in Güte vergliche, auf den Reichstag verwieſen worden. Es hätten auch 3) die Deputati zu Frankfurt nur diejenige Caſus als liquidos angeſehen, welche von beyden Theilen für ſolche gehalten ſind (a).

Indem aber 1) die Caſus liquidi von den illiquidis ſepariret worden, iſt nicht beliebet, daß nur in jenen executive zu verfahren ſey, ſondern daß darin die Hülfe den Impetranten ſchleuniger angedeihen ſolle, als in den Fällen, die eine Unterſuchung des Facti erfordern.

Durch die Anordnung des Judicii Deputatorum hat man ſich der Selbſthülfe

Durch die Anordnung des Judicii Deputatorum, welchem die Einwendungen der die Reſtitution verweigernden zu beurtheilen aufgegeben worden, und die Remiſſion der Sachen auf dem Reichstag zur Verſuchung der Güte, iſt auch 2) der Selbſthülfe in dem Fall keinesweges entſaget, wenn ſich die Deputati über der Deciſion, oder auf dem Reichstag der Catholiſche und Evangeliſche Theil über die Auslegung des Friedensſchluſſes nicht vereinigen können. Der Verſuch per amicabilem compoſitionem vel diſceptationem judicialem die Gravamina

ec-

eccleſiaſtica zu erledigen, war dem Inſtrumento pacis gemäß, es auch löblich, daß der Terminus trium annorum nicht allemal ſo genau beobachtet, ſondern nach den verſchiedenen Umſtänden wohl länger erwartet wurde, ob auf glimpfliche Weiſe Remedur zu erlangen ſey. Die Evangeliſche Reichsſtände verfahren noch jezt alſo, und man ſuchet jedesmal zuförderſt geraume Zeit durch gütliche Vorſtellungen, und bey den Reichsgerichten, oder auf dem Reichstag angebrachte Klagen den Gravirten zu helfen. Wenn aber ein ſolcher Verſuch fruchtlos iſt, ſo bleibet kein anderes Rettungsmittel übrig, als dasjenige, welches in Art. XVII. §. 6. bedungen worden. Es fehlet auch ſo viel, daß man Ao. 1654. ſich deſſelben begeben wollen, daß vielmehr Zweybrück votirte: „Quoad eccleſiaſtica müßten die Executiones nach dem Inſtrumento pacis verrichtet werden. Liquida müſte man zur Execution bringen; Circa illiquida aber hätte man ſich per Deputatos utriusque religionis gütlich zu vernehmen und zu vergleichen: Zumalen die deſignirte Puncte eine Interpretationem Inſtrumenti Pacis nach ſich führten, ſo per conventionem intereſſentium geſchehen müſten. So wäre auch in dem Inſtrumento Pacis Art. XVII. klärlich enthalten, daß keinem Theil dagegen einige Gewalt zugefüget, und der Gewalt leidende von den andern Ständen geſchützet werden ſollte (b)." nicht begeben.

Endlich 3) muß Herr Geheimter Rath *Sundermahler* die Reichstagshandlungen de 1654. nicht recht eingeſehen, oder dafür gehalten haben, es würden diejenige, welche ſeine Sätze prüfen, ſie mit weniger Aufmerkſamkeit leſen, wann er behaupten will, es hätten die Frankfurtiſche Deputirte vorausgeſezet, daß nur diejenige Fälle liquid wären, welche beyde Theile dafür halten. Allerdings ſuchten die Catholiſche dieſes Principium durch die Präliminarien feſt zu ſtellen, und in dem vom Directorio verleſenen Aufſatz heiſſet es alſo: „Die Materiam betreffend, da ſey in liquidis caſibus, das iſt, welche von beyden Theilen für ſolche gehalten werden, keine ſonderbare Cognition vonnöthen, ſondern dahin zu ſehen, damit dieſelbe ohngeſäumt zu gebührender Execution gebracht werden." Der Evangeliſchen Meynung wurde aber ſolcher Paſſus ungemäß zu ſeyn befunden. Deswegen lautet der von beyden Theilen gebilligte Vergleich über die Präliminarien ganz anders, und zwar alſo: In liquides cauſis ſollen ſich die Deputati in cognitione nicht aufhalten, ſondern dahin ſehen, damit dieſelbe ohngeſäumt exequiret werden (c)." Man hat alſo keinesweges einräumen wollen, daß nur liquid ſey, was beyde Theile dafür halten, und zwar denen Rechten gemäß, weil das bloſſe verneinen eine an ſich liquide Sache nicht illiquid machet (d), und wann der Catholiſche Theil dasjenige, was klar iſt, ohne Grund für dunkel ausgiebet, ſo hat zwar das ge- Die Evangeliſche wollten nicht einräumen, daß nur dasjenige liquid ſey, was beyde Theile dafür halten.

richtliche Verfahren ein Ende; keinesweges aber müſſen die Evangeliſche es dabey bewenden laſſen, und ohne Widerſtand zugeben, daß man gegen die errichtete Verträge handle.

(a) Herr *Sundermahler* d. l. §. 29, 30. 31.

(b) *Meiern* Acta comitialia P. I. p. 327.

(c) Id. d. l. p. 947. 948.

(d) *Mevius* P. II. Dec. 16.

§. IX.

Der Nürnbergiſche Executions-Receß hebet das Inſtrumentum pacis Art. XVII §. 6. nicht auf.

Nicht mit beſſern Gründen will Neuntens Herr *Sundermahler* d. l. §. 41. ſeine Leſer überreden, die im Inſtrumento pacis beliebte 3jährige Friſt ſey durch den Nürnbergiſchen Executions-Receſs auf eine kürzere Zeit eingeſchränket, und es nur erlaubet, den Beſchwerten mit den Waffen beyzutreten, wenn der Caſus entweder ſpecialiter und mit Namen im Inſtrumento pacis ausgedrücket, oder doch unter den Regulis generalibus unverneinlich begriffen werde, welchenfalls ante exitum ultimi exauctorationis termini, wenn die ordentliche Executores nicht helfen, man ſich der Selbſthülfe gebrauchen könne.

Es iſt aber bekanntermaſſen nimmer eine Aenderung der Geſetze zu vermuthen, dafern die Worte anderſt gedeutet werden können, welches in gegenwärtigem Fall nicht nur thunlich, ſondern nothwendig geſchehen muß, wenn man beym Buchſtaben bleibt. Der erſte Friedens-Executions-Receſs §. 3. will keinesweges, daß nur die Cauſas liquidi zur Richtigkeit gefördert werden ſollen, ſondern daß deren Execution vor den erſten, andern und dritten Termino exauctorationis & evacuationis zu verrichten ſey. Im andern Friedens-Executions-Receſs §. 28. iſt ausdrücklich verſehen, daß die in den 3 Terminen nicht ſpecificirte oder ante primum exauctorationis terminum bey den Reichsgerichten von Catholiſchen und Augſpurgiſchen Confeßionsverwandten einkommene Reſtitutions-Fälle *pro excluſis* keineswegs gehalten werden ſollen, und der §. 66. will, „daß die im Imſtrumento pacis enthaltene Garantia generalis durchgehend mit allen ihren Diſpoſitionibus, Aſſecurationibus, Clauſulis und Verwahrungen, auch auf dieſen Präliminar- und Hauptſchluß extendiret, und mit gleicher Würkung, Kraft und Verbindung dahin verſtanden ſey: Wie nicht weniger alles dasjenige, was ſonſt Art. XVII. per totum von Ratification, Confirmation, Feſthaltung und Verſicherung des Friedensſchluſſes diſponiret iſt, gleichmäßig bey dieſem Executions-Schluß ſtatt finden, haben und behalten ſolle nicht anders, als wenn obberührter *Art. XVII. cum omnibus & ſingulis paragraphis* von Wort zu Wort allhier inſeriret und wiederhohlet worden wäre." Iſt ſolchemnach der Art. XVII. von Wort zu Wort wiederhohlet, ſo kann er unmöglich in einem ſo wichtigen Punct, als die

Selbſt-

Selbſthülfe iſt, aufgehoben, und dieſe den Evangeliſchen entzogen ſeyn. Selbiger handelt nicht nur von der Primordial-Execution, und dem Fall, ſi quis executioni & reſtitutioni repugnaverit, ſondern überhaupt von den Caſibus, ubi quis huic tranſactioni contravenerit, beſonders aber ſi reſtitutum de novo gravare tentaverit; Dahingegen im erſten Executions-Receſs §. 3. offenbar die Rede von der erſten Vollſtreckung des Friedens iſt. Unmöglich konnte demnach jener dergeſtalt eingeſchänket werden, wie dieſer, ſondern das zur Aufrechthaltung des Friedens nöthig befundene Mittel muß ſo lange dauren, als der Friede ſelbſt.

§. XII.

Man berufet ſich Zehentens darauf, daß bey 2 Wahlconventen Ao. 1711. und 1742. die Erneurung und Extenſion des Nürnbergiſchen Executions-Receſſus nicht genehmiget werden wollen (a). Indem man bedenklich gefunden, in den Kaiſerl. Wahlcapitulationen von der Selbſthülfe zu handeln, iſt ſolche nicht gemisbilliget.

Wenn aber alles dasjenige, was die Churfürſten wie überflüßig, oder anderer auch wohl politiſcher Urſachen halber der Capitulation einzuverleiben bedenklich gefunden, als von ihnen verworfen und gemisbilliget anzuſehen wäre, ſo möchte manchen viel zu nahe geſchehen. In der Kaiſerl. Wahlcapitulation Art. X. §. 8. wird der Kaiſer verbunden, ſich angelegen ſeyn zu laſſen, daß dem Ritterlichen Johanniterorden reſtituiret werde, was ihm in und auſſerhalb des Reichs entzogen iſt. Einige Churfürſten haben ſchon mehrmalen begehret, daß auch dem Deutſchen Orden zum Beſten eine ſolche Verfügung der Capitulation einverleibet werden mögte. Weil aber Chur-Brandenburg ſich dawider ſetzte, ſo lieſſe man es beym Text (b). *Sundermahler* wird vermuthlich hieraus nicht folgern, daß die Reſtitution des Deutſchen Ordens wegen aller ihm entzogenen Güther, ſie ſeyn belegen, wo ſie wollen, von den Churfürſten für widerrechtlich erkannt worden. Um des Königs in Preuſſen Majeſtät zu keinem Mißvergnügen Anlaß zu geben, fande man bedenklich zu ſeyn, die Sache damals zu regen. Aus gleichem Bewegungsgrund iſt in den Capitulationen nicht umſtändlicher von der Selbſthülfe gehandelt. Ao. 1711. war die unrechte Zeit auf die Erledigung der Religionsbeſchwerden im ganzen Reich zu gedenken, und dadurch innerliche Zwiſtigkeiten zu veranlaſſen, weil man mit dem gemeinen Reichsfeinde genug zu thun hatte. Als demnach Churbrandenburg die, die Selbſthülfe erlaubende Worte des Nürnbergiſchen Executions-Receſs der Wahlcapitulation einverleibet wiſſen wolte, fanden ſolches die Churfürſten bedenklich, und zwar Chur-Sachſen mit Anführung der Urſach, „daß es ſchon durch ein Reichs-Geſetz feſtgeſtellet, und deswegen eben ſo nöthig hier nicht wäre;" wie denn auch Churpfalz äuſſerte, „daß des Puncts halber allſchon in dem Nürnbergiſchen Executions-Receſs genugſame Verſehung geſchehen wäre;" folglich iſt man weit

da-

davon entfernet geweſen, zu glauben, daß beſagte Diſpoſition kraftlos ſey. Ao. 1742 wollte Chur-Trier, „daß es beym Textgelaſſen werden möchte, weil Art. XVII. Inſtrumenti pacis mit vieler Mühe und Sorgfalt diesfalls die allergenaueſte Vorſehung geſchehen, mithin es darauf ankomme, dieſen Principiis nachzugeben, überhaupt aber bedenklich ſey, ſich in die Interpretationem dieſer Stelle weiter zu vertieffen;" Worauf denn alle Churfürſten für rathſam befunden, es beym Text bewenden zu laſſen, und zwar ſowohl der bedenklichen Umſtände halber, worin ſich das Reich befande, welche keinen Patrioten auf eine Selbſthülfe denken lieſſen, als auch weil man vorher ſahe, daß die Catholiſche Churfürſten widerſprechen würden, und es alſo vergebens ſey, durch die Capitulation eine Erläuterung desjenigen zu erlangen, was die Reichsgeſetze hievon verordnen.

Ich ſchlieſſe dieſe Materie mit der Anführung des merkwürdigen Geſtändniſſes, welches das Kaiſerl. Commiſſions-Decret vom 12. April 1720. enthält, „daß Sr. Kayſerl. Majeſtät wüſten, was denen in Religionsſachen ſtrittigen Theilen, wenn nemlich innerhab 3 Jahren kein Recht erfolge, wegen zuläßiger Thätlichkeit und Waffen in dem Oſnabrückiſchen Friedensſchluß Art. XVII. §. veruntamen ſi neutro &c. und in dem Münſterſchen Art. 116. §. veruntamen &c. deutlich eingeſtanden und erlaubet ſey (c)."

(a) Herr *Moſers* Anmerkungen über Kaiſer Carl VII. Wahlcapitulation p. 517. 518. 519.

(b) Id. d. l. p. 375. 376.

(c) *Schauroth* d. l. P. II. p. 654.

§. XIII.

Die Gravirte begehren noch heutiges Tages mit Fug die Crays-Hülfe.

Bisher habe ich den Art. XVII. des Inſtrumenti pacis zu erläutern geſuchet. Es iſt aber annoch ferner die Frage zu erörtern: Ob die gravirte Evangeliſche auch heutiges Tages mit Fug diejenige Crayshülfe begehren, welche ihnen bey der Primordial-Execution des Friedens angediehen? Daß die Evangeliſche Reichsſtände ſolche bejahen, erhellet aus demjenigen, was ich in §. II. geſaget habe. Hingegen ſind die Catholiſche, zu gegenwärtigen Zeiten, anderer Meynung.

Ich bemerke zum voraus, daß das Intereſſe controverſiae nicht das gröſte iſt, nachdem hinlänglich dargethan worden, wie alle Conſortes pacis ihre Glaubensgenoſſen bey demjenigen ſchützen können, was ihnen vermöge des Friedensſchluſſes gebühret. Denn ob, z. E. des Herrn Marggrafen von Brandenburg-Onolzbach Durchl. als Craysausſchreibender Fürſt, oder als Conſors pacis auf Requiſition des Corporis Evangelicorum das Inſtrumentum pacis in der

Graf-

Grafſchaft Hohenlohe vollſtrecken, laufet auf eins hinaus. Der Unterſchied beſtehet nur darin, daß die Crayshülfe ohne allen Verzug, die Garantie des Friedensſchluſſes aber erſt nach Ablauf dreyer Jahre begehret werden kann, welchen Terminum die Evangeliſche gemeiniglich mehrmalen verſtreichen laſſen, ehe ſie die Selbſthülfe gebrauchen.

Ich will immittelſt prüfen, was man wider die Crayſexecutiones einwendet.

Der erſte Einwurf beſtehet darin, daß vermöge der Reichsgeſetze niemand eine vom Kaiſer nicht erkannte Execution verrichten könne (a). Dieſes iſt nun in keine Abrede zu ſtellen, dem Inſtrumento pacis Art. XVI. §. 2. gemäß aber von Sr. Kaiſerl. Majeſtät durch das Executions-Edict de 1648. denen ausſchreibenden Fürſten und Crays-Oberſten ernſtlich befohlen, daß ſie auf Anſuchen derer, welchen etwas abzutreten, der verglichenen Executionsordnung und dieſen Abhandlungen gemäß, eines jedweden Reſtitution befördern und vollbringen ſollen." Daher ſie dann mit einer Kaiſerl. Commiſſione perpetua verſehen ſind. Die Crays ausſchreibende Fürſten haben eine Kaiſerliche Commiſſionem perpetuam Catholiſche und Evangeliſche bey demjenigẽ zu ſchützen, was ihnen vermöge des Friedensſchluſſes gebühret.

(a) Herr *Sundermahler* d. l. §. 10.

§. XVI.

Dieſe ſoll ſich aber Zweitens, der Catholiſchen Meynung nach, nur auf diejenige Executiones erſtrecken, welche gleich nach dem Friedensſchluß vo. deſſen Ratification oder der Schwediſchen Kriegesvölker Abdankung zu bewerkſtelligen waren, wie auch auf die Fälle, welche die Frankfurtiſche Deputirten demnächſt liquid machen, und der verfertigenden Deſignation einverleiben würden (a). Dieſe erſtrecket ſich nicht nur auf die bald nach geſchloſſenem Frieden zu verrichtende Executiones.

Von ſolchen Einſchränkungen findet ſich aber in den Reichsgeſetzen kein Wort. Vielmehr heiſſet es in dem erſten Friedens-Executions-Haupt-Receſs §. 6.: „Und ſoll hierunter weder von der Römiſchen Kaiſerl. Majeſtät noch jemanden andern den Craysausſchreibenden Fürſten oder Executoren einige Inhibition oder Einhalt nicht geſchehen, vielweniger was bereits nach Inhalt des Friedensſchluſſes, Kaiſerlichen Edicten und dieſes Receſſes exequiret und reſtituiret werden möchte, wieder aufgehoben, geändert, umgeſtoſſen, oder dawider einige Turbation geſtattet, ſondern vielmehr dabey geſchützet werden." Da dann den Craysausſchreibenden Fürſten nicht nur die Execution, ſondern auch die Manutenenz des Friedensſchluſſes aufgegeben worden, welche letztere auf eine kurze Zeit einzuſchränken, der paciſcirenden Theile Abſicht ganz zuwider laufen würde. Noch deutlicher widerleget die gegentheilige Deutung der andere Executions-Receſs § 28. mit folgenden Worten: „Soviel dann andere in den dreyen Terminen nicht ſpecificirte, oder noch ante primum exauctorationis terminum bey

dem Reichs-Directorio von Catholiſchen und Augſpurgiſchen Confeſſions-Verwandten einkommende Reſtitutionsfälle betrift, die ſollen pro excluſis keineswegs gehalten, noch jemands die Reſtitution abgeſchnitten, ſondern männiglich expreſſe reſerviret und vorbehalten ſeyn, ſeine Nothdurft hernach bey ſeines, oder, wie im Inſtrumento pacis verſehen, nächſt angelegenen Crayſes ausſchreibenden Fürſten, oder gar bey Kaiſerl. Majeſtät gebührend vor und anzubringen, allwo er damit gehöret, und ihme nach dem vorgeſchriebenen *Modo executionis ſummarie* zu ſchleunigſter *Reſtitution* verholfen werden ſoll." Denn hier wird den Reſtituendis kein gewiſſer Terminus anberahmet, binnen welchem ſie die Reſtitution begehren ſollen, ſondern es mag ein jeder noch hernach, nemlich nach verſtrichenen Terminen, und der geſchehenen Abdankung, ſeine Nothdurft vorbringen, und auch alsdenn ſoll der in den Receſſen geſchriebene Modus Executionis gebrauchet werden, mithin einem jeden erlaubt ſeyn, entweder bey Sr. Kaiſerl. Majeſtät oder bey den Crayſausſchreibenden Fürſten Hülfe zu ſuchen, welche alſo dieſe den darum anſuchenden auch ohne vorgängigen Kaiſerlichen Befehl angedeihen laſſen können, weil ſie ſolche nicht ſonſt entweder vom Kaiſer oder vom Crayſe, ſondern jedesmal von beyden zu begehren hätten. Von den Catholiſchen iſt noch Ao. 1653. eingeſtanden, „daß die zu Nürnberg nicht ſpecificirte, oder bey dem Reichs-Directorio von beyderſeits Religions-verwandten Ständen nicht einkommende Reſtitutionsfälle ſo wenig pro excluſis gehalten, als einem jedweden benommen werden ſolle, ſeine Nothdurft nach Innhalt des Inſtrumenti pacis bey oftermeldetem Reichs-Directorio, den Crayſausſchreibenden Fürſten, oder der Kaiſerl. Majeſtät ſelbſt vorzubringen, und nach dem verſehenen *Modo executionis* ſich ſummarie zur ſchleunigſten Reſtitution verhelfen zu laſſen; Daher ein jeder Theil, ſowohl die Catholiſche als Augſpurgiſche Confeſſions-Verwandte ihre angegebene, und zu haben vermeynte Gravamina ex inſtrumento pacis & caſus tam liquidos quam illiquidos zuſammen zu tragen, und dem Chur-Maynziſchen Reichs-Directorio, als ad univerſale imperii protocollum, in duplo einzuliefern hätten, und von denſelben hernacher den Deputatis fürderſt zu der fernern Examination und Erörterung auch befindenden Dingen nach förderſamſter Execution zuzuſtellen wären.„ Es heiſſet daſelbſt ferner ſehr merkwürdig: „Der Deputatorum judicium iſt nicht auf ewig, ſondern nur auf gewiſſe Zeit angeordnet geweſen, deren Jurisdiction iſt nun längſt expiriret, daß alſo nothwendig ein Judex ſeyn muß: Der Kaiſerl. Majeſtät und der verordneten Reichs-Commiſſarien und Crayſausſchreibenden Fürſten aber in ipſo receſſu Norico ſolidiret und gegründet (b). In dieſer von dem Kaiſerlichen Miniſter Vollmar (der ſo groſſen Theil am Friedensſchluß, und dem Execu-

tions-

tions-Receſs gehabt) den Evangeliſchen zugeſtellten, auch ſonder Zweifel entworfenen Erklä ung wird alſo eingeräumet, daß Ao. 1653. man noch Gravamina vorbringen können, die in keiner Liſte ſtunden. Es ſetzte auch der Catholiſche Theil die Jurisdiction des Crayßausſchreibenden Fürſten der Kaiſerlichen an die Seite, und behauptete, daß nicht nur dieſe, ſondern auch jene annoch daure, und im Nürnbergiſchen Executions-Receſs gegründet ſey, welches, wie es mit den heutigen Principiis der Catholiſchen zu reimen ſtehet, ich nicht abſehe.

Es iſt zwar in dem oft angeführten Executions-Receſs fürnemlich die Rede von denen Reſtituendis, welchen zur Zeit des Friedensſchluſſes bereits etwas entzogen war, ſo ſie in Gefolg deſſelben billig begehrten, unbegreiflich aber, warum man mehr für ſelbige ſorgen wollen, als für diejenige, welche in folgenden Zeiten der Rechte und Güther friedbrüchiger Weiſe entſetzet ſind, die ihnen vermöge des Inſtrumenti pacis gebühren. Wie ganz irrig vorgegeben wird, daß die Primordial-Execution nur deswegen auf auſſerordentliche Weiſe beſchleuniget worden, um der Schwediſchen Kriegesvölcker loß zu werden, erhellet daher, daß eben der Anfangs gebrauchte Modus auch hernach beybehalten, und den darum anrufenden noch Ao. 1653. zu ſchleunigſter Reſtitution verholfen werden ſollen.

(a) Herr *Sundermahler* d. l. §. 21.

(b) *Meiern* Acta Comitialia P. I. p. 365. 367.

§. XV.

Drittens will man den Crayßausſchreibenden Fürſten keine Erkenntniß verſtatten, wenn zwiſchen den Catholiſchen und Evangeliſchen erregte Streitigkeiten abzuthun ſind.

Die Crayßausſchreibende Fürſten mögen das factum poſſeſſionis Ao. 1624. habitae unterſuchen.

Nun räume ich gerne ein, daß wenn über den Verſtand des Friedens-Schluſſes ein erheblicher Zweifel entſtehet, die Crayßausſchreibende Fürſten in dieſer Qualität den Streit zu ſchlichten keine Befugniß haben. Das Factum können ſie aber allerdings unterſuchen, und den Statum anni decretorii ausfündig machen. Vermöge des erſten Executions-Receſſus §. 5. „ſollte, was propter defectum ſive informationis ſive probationis item abſentiam unius vel utriusque partis zu Nürnberg nicht geſchehen konnte, den Crayßausſchreibenden Fürſten mit Einſchlieſſung einkommener Klagen oder Begehren zu weiterer Erkundigung der Sache, und zugleich mit nach deren Befindung zu würcklicher Execution überſchicket werden;„ und der arctior modus exequendi authoriſiret ſie, „im Fall ſuper facto poſſeſſionis einige Dubia von ſonderbarer Erheblichkeit vorfielen, dieſelbe ſummariiſſime alſobald in loco executionis zu erörtern." Was dieſelbe aber als Crayßausſchreibende Fürſten nicht vermögen, das ſind ſie als Conſortes pacis zu thun befugt, und es erlaubet ihnen das Natur und Völkerrecht über das

Inſtrumentum pacis in demjenigen Sinn zu halten, welchen ſie denſelben, nach ſorgfältiger Prüfung, ihrem beſten Wiſſen und Gewiſſen nach beylegen.

§. XVI.

Von Repreſſalien und Retorſionen.

Nachdem dieſes dargethan worden, ſo iſt nicht abzuſehen, wie man den Gebrauch der Repreſſalien und Retorſionen misbilligen könne, da ſelbige weit glimpflichere Mittel ſind, als die mit gewafneter Hand bewürkte Vollſtreckung des Friedensſchluſſes.

Es geſchiehet jedoch, und wird dawider angeführet 1) daß die Repreſſalien im Reichsabſchiede de 1570. §. 84. und alle Via facti im Inſtrumento pacis Weſtphalicae Art. V. §. 1. 3. und Art. VIII. §. 1. verbothen worden; auch ſolche 2) dem Kaiſerlichen Oberrichterlichen Amt Abbruch thue; Die Retorſiones aber 3) nur dem Nahmen nach davon unterſchieden (a), und es unbillig wäre, unſchuldige an den Religions-Beſchwerden keinen Theil habende Leute büſſen zu laſſen, was etwan andere ungerechtes verübet haben. Ich füge dieſen 4) hinbey, daß als der Kaiſerliche Landvogt in Schwaben der Reichsſtadt Leütkirch, um ſie zu nöthigen, Catholiſche Bürger aufzunehmen, das Commercium hemmete, vom Corpore Evangelicorum bey Sr Kaiſerlichen Majeſtät Ao. 1669. und 1671. darüber geklaget, und in dem Beſchwerungsſchreiben behauptet worden, „es habe das inſtrumentum pacis allbereits genugſame Vorſehung gethan, wie diejenige, ſo dawider graviret zu werden vermeynen, nicht mit Gewalt und im heiligen Römiſchen Reich bey vorhandenen höchſten Oberhaupt hochverbotenen Repreſſalien verfahren, ſondern es gehöriges Orts ſuchen, und ſich an Recht und Billigkeit vergnüget halten ſollten (b).“

Allein 1) kann die in den Reichsgeſetzen allerdings enthaltene Regul, daß niemand ſich ſelbſt mit Gewalt und den Waffen Recht ſchaffen ſolle, die zugleich ganz klar darin befindliche Ausnahme von ſolcher Regul, daß nemlich wider die Contravenienten des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes nach Ablauf des Triennii die Selbſthülfe erlaubet ſey, keinesweges aufheben, noch jemand mit Vernunft ſich in die Gedanken kommen laſſen, es wäre durch die Worte des Inſtrumenti pacis, quod tranſactionis conſortes poſſint arma ſumere ad repellendam injuriam, der Gebrauch anderer gelinderer Zwangsmittel verbothen. Wenn jemals a majori ad minus geſchloſſen werden muß, ſo iſt es hier nothwendig.

2) Habe ich oben §. III. dargethan, daß nach der Natur der Sache und den klaren Buchſtaben des Inſtrumenti pacis Sr. Kaiſerl. Majeſtät Oberrichterliches Amt keinen Platz weiter findet, wenn das Corpus Evangelicorum ſich dadurch beſchweret erachtet, daß von den Catholiſchen wider den Friedensſchluß gehandelt worden, und ihnen diejenige, welchen es oblieget, innerhalb 3 Jahren

ren keinen Einhalt gethan, mithin deswegen die Conſortes pacis zur Selbſthülfe ſchreiten wollen.

3) Iſt allerdings zwiſchen Repreſſalien und Retorſionen ein würklicher Unterſchied. Wenn man jene gebrauchet, ſo muß der unſchuldige für den ſchuldigen Gewalt leiden (c), und das Factum läſſet ſich nicht anders als mit dem Jure belli rechtfertigen.

Hingegen aber kann ein Landesherr als Geſetzgeber mit der Billigkeit die Verordnungen, welchen man in Catholiſchen Ländern die Evangeliſche Unterthanen unterwirft, auch wider ſeine Catholiſche Unterthanen ergehen laſſen (d). Sowohl jenes als dieſes erlauben die Reichsgeſetze, und es iſt vielfältig geſchehen.

Zur erſten Gattung hätte es gehöret, wenn man wegen des dem Berchtolsgadiſchen Emigranten vorenthaltenen Vermögens alle Catholiſche Berchtolsgader und deren Effecten, ſo ſich in Evangeliſchen Landen und Orten antreffen laſſen möchten, arreſtiret, und in Beſchlag genommen hätte, wohin Ao. 1719. die Abſicht ginge (e). Auch ſind von dieſer Art die Arreſte, womit der Hildesheimiſchen Catholiſchen Geiſtlichkeit Gefälle in den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen beleget wurden, weil man die Gravamina religionis dem Weſtphäliſchen Friedensſchluß gemäß abzuſtellen ſich weigerte (f).

Eine andere Beſchaffenheit hat es zweytens mit den Retorſionen, welche um deſtoweniger getadelt werden können, da ein Landesherr zu denſelben ſchreiten mag, wenn auch ſonſt alle Selbſthülfe verbothen wäre, maſſen ihn niemand darüber zur Rede ſtellen darf, daß er Geſetze und Verfügungen machet, die einigen ſeiner Unterthanen oder Fremden, welche in das Land kommen, beſchwerlich fallen, und am wenigſten können die Catholiſche Reichsſtände an andern misbilligen, was ſie ſelber thun.

Eine ganz erlaubte Sache war es demnach, daß Churbraunſchweig Ao. 1719. der Churpfälziſchen Religionsbeſchwerden halber, die Catholiſche Kirche zu Celle verſchlieſſen lieſſe (g), und Churbrandenburg Ao. 1726. die Capuciner von Cleve wegſchaffen wollte, dafern nicht den Gravaminibus zu Reidt abgeholffen würde (h), weil an beyden Orten die Catholiſche kein Recht hatten, dasjenige zu fordern, was man ihnen nahme und nehmen wollte, ſondern beſagte Kirche und Kloſter nur precario geduldet wurden, dergleichen Gnaden die Landesherrn widerrufen können, ohne die mindeſte Urſach anzuführen.

Gleiche Bewandniß hätte es, wenn wegen der Erziehung unmündiger Waiſen in der Catholiſchen Religion, wider den Willen ihrer verſtorbenen Evangeliſchen Eltern, dasjenige ins Werk gerichtet würde, wofür das Corpus Evange-

gelicorum die Catholiſche Reichsſtände in dem pro Memoria vom 22ten May 1746. mit folgenden Worten gewarnet hat: „Allenfalls man wenigſtens auf das quod tibi non vis fieri &c fein zurück denken möchte, auſſerdem, und von ſo ungemeſſenen Betragen reſpectu väterloſer Waiſen Religion, wie das bisherige Osnabrückiſche ſich varſtellet, nothwendig immer mehrere Irrungen entſtehen müſten, Evangelicis hinwiederum Kinder, deren Erziehung nach diſſeitigen Principiis in der Catholiſchen Religion geſchehen ſollte, auf die nemliche Art und Weiſe und unter denenſelben Prätexten, als jenſeits dergleichen Ingreſs gemachet worden, zur Evangeliſchen zu ziehen und anzuhalten, demnach hierdurch mindeſtens die im Weſtphäliſchen Frieden, zwiſchen beyden Theilen ſo heilig feſtgeſtellete exacte Aequalität zu behaupten, an Gelegenheit vieler Orten, und ſonderlich im Osnabrückiſchen ſelbſten es kaum fehlen könnte (i).“ Verfügen die Catholiſche Landesherrſchaften, daß man 1) Evangeliſcher Eltern hinterlaſſene unmündige Kinder in der Catholiſchen Religion erziehen, und 2) was dieſerwegen in den Ehepacten verſehen iſt, unerfüllet laſſen ſoll, ſo können ſie es mit Billigkeit unmöglich tadeln, wenn Evangeliſche Landesherrn verordnen, daß es mit der Erziehung ihrer Catholiſchen Unterthanen hinterlaſſener Kinder eben alſo gehalten werden ſolle.

Weil man denen im Stift Münſter wohnhaften Evangeliſchen Neuenkirchern nicht verſtatten will, das Taufen, Copuliren, Einſegnen und Beerdigen im benachbarten Stift Osnabrück durch einen Evangeliſchen Geiſtlichen dem Inſtrumento pacis Art. 5. §. 34. gemäß verrichten zu laſſen, ſo hat das Corpus Evangelicorum Se. Churfürſtl. Durchl. zu Cölln als Biſchof zu Münſter unterm 23ten Febr. 1754. erſuchet, das Gravamen abzuſtellen, „damit man Evangeliſcher Seits in gleichen Fällen ein gleiches Recht gegen die Catholiſche Unterthanen auszuüben nicht etwa ſonſt bewogen werden möchte.“ Entweder ſehen die Catholiſche obige Actus als religioſos und annexa des Eexercitii religionis an, welche der Friedensſchluß im beſagten Art. 5. § 34. den Unterthanen in vicinia erlaubet oder nicht. Erſtern Falls können die Evangeliſche Neuenkircher ihre in der Nachbarſchaft befindliche Geiſtliche Glaubensverwandte dazu gebrauchen. Letztern Falls aber hat niemand Urſach ſich zu beſchweren, wenn den Catholiſchen Unterthanen der Evangeliſchen anbefohlen wird, dieſe Actus parochiales durch Evangeliſche Geiſtliche verrichten zu laſſen, weil es ſodann ganz gleichgültig iſt, durch wen ſie geſchehen. Das erſte erfordert der Friedensſchluß (k). Wenn aber die Catholiſche Compaciſcentes das Gegentheil behaupten wollen, und alſo dem Vertrage zuwider handeln, ſo ſind die Evangeliſche Reichsſtände der Verbindlichkeit entlediget, ihn in dieſem Punct zu erfüllen.

End-

Endlich 4) waren die von dem Kaiſerlichen Landvogt in Schwaben gebrauchte Repreſſalien ungerecht, weil im Inſtrumento pacis Weſtphalicæ nirgend verſehen iſt, daß eine Evangeliſche Reichsſtadt, welcher das Jus reformandi zuſtehet, wider ihren Willen neue Catholiſche Bürger aufnehmen müſſe, wie dann auch Ao. 1672. die Sache dahin verglichen worden, daß dem Magiſtrat das liberum arbitrium recipiendi cives verbleiben, er aber die in der Stadt befindliche zehn ganz Catholiſche Ehen bis auf 25, jedoch nicht perpetuirlich, ſondern dergeſtalt vermehren laſſen ſolle, daß ſie durch Todesfälle verringert werden könnten, und die Obrigkeit nicht ſchuldig ſey, ſelbige wieder zu erſetzen, wiewohl die Evangeliſche demnächſt ein mehreres nachgegeben (l).

Dieſe bedienen ſich des Vergeltungsrechts ſehr ungern, und nur im äuſſerſten Nothfall (m). Wenn aber entweder ſolches Rettungsmittel zu gebrauchen, oder die bedruckte Glaubensverwandte gänzlich Preiß zu geben ſind, ſo erfordern Recht und Billigkeit, daß das erſte geſchehe, woran man es auch ſodann nicht ermangeln läſſet, wie die neuere Concluſa Corporis Evangelicorum ergeben (n).

(a) Frid. Lud. de *Berger* ad Cocceji Jurispubl. prud. Cap. 23. n. 27.

(b) *Schavroth* d. l. T. II. p. 105.

(c) *Gundling* in Conſ. Hall. T. II. Lib. I. Conſ. 149. n. 52.

(d) *Baver* de vero fundamento, quo retorſio juris nititur inter gentes §. 16.

(e) *Schavroth* d. l. p. 119.

(f) *Fabri* Staatscanzley P. VIII. p. 842. 848. 853.

(g) *Schavroth* d. l. p. 772.

(h) Id. d. l. Tom. I. p. 176.

(i) Id. d. l. Tom. II. p. 280.

(k) *Henniges* ad Inſtrumentum pacis Weſtphalicæ p. 616. *Ziegler* de Juribus Majeſtaticis Lib. 1. C. 14. §. 4. *Lyncker* de Eo quod juſtum eſt circa perſonas diverſæ religionis p. 25. *Pfaff* Inſt. Jur. Eccleſ. p. 159. *Eſtor* Jur. Publ. Eccleſ. Proteſt. p. 186.

(l) Herr *Moſers* Deutſches Staatsrecht P. 41. p. 354. 360. 362.

(m) *Schavroth* d. l. T. II. p. 397.

(n) Id. d. l. T. III. p. 162. 190. 457.

Acht und zwanzigſte Abhandlung.

Von adelichen Dienſtleuten.

§. I.

Vertheidigung meiner Lehre von Dienſtleuten.

Um den alten Deutſchen Adel zu erniedrigen, will von einigen behauptet wer-

werden, daß er vor Zeiten den Fürſten und Herren mit einer ſolchen Leibeigenſchaft zugethan geweſen, die ſeiner Freyheit nicht nur ſehr enge Schranken geſetzet, ſondern auch veranlaſſet habe, daß die Dienſte, ſo er leiſten müſſen, mit ſchlechter Ehre vergolten worden. Man ſiehet die Dienſtleute als unſere heutige gemeine Reuter und geringere Hofbedienten an, welche die Befehle ihrer Obern blindlings befolgen müſſen. Ja man hält jene noch für ſchlechtere Leute, weil ihre Kinder in eben der Verbindlichkeit ſtunden, worin ſich die Eltern befanden. Es iſt hier nicht nur um eine hiſtoriſche Wahrheit zu thun, welche ohne jemandens groſſen Nachtheil bejahet oder verneinet werden kann, ſondern es werden in den wichtigſten Streitigkeiten dem unmittelbaren und mittelbaren Adel höchſt ſchädliche Folgen aus ſolcher alten Leibeigenſchaft gezogen, daher es der Mühe werth, ſorgfältig zu unterſuchen, worin ſie eigentlich beſtanden. Ich habe vor 20 Jahren dieſe Arbeit unternommen, und mich bemühet, in meinen Obſervationibus Juris & Hiſtoriæ Germanicæ die Mittelſtraſſe zu finden, indem ich dargethan, daß zwar die mehreſten Dienſtleute von keiner ſo groſſen Ankunft ſind, als unſere Altfürſtliche, Gräfliche, und Freyherrliche Häuſer, noch dieſen jemals gleich geachtet worden, daß ſie dennoch aber vor vielen Jahrhunderten ſchon in Ehre und Anſehen gelebet, maſſen die bey Hofe und im Kriege von ihnen geleiſtete Dienſte keinesweges gering und verächtlich, ſondern dergeſtalt beſchaffen geweſen, wie diejenigen ſind, welche der Adel noch heutiges Tages zu leiſten ſich nicht ſchämet, und wodurch er groſſe Vorzüge erwirbet. Ich habe ferner gezeiget, daß, der übernommenen Knechtſchaft ohnerachtet, die adelichen Dienſtleute ihren Herren keinen blinden Gehorſam geleiſtet, und in Regierungsſachen mehrere Gewalt gehabt, als man in manchem Lande ihrer adelichen Nachkommenſchaft heutiges Tages gönnet. Es gereichet zu meinem beſondern Vergnügen, daß nicht wenige, ſehr gelehrte, der Deutſchen Alterthümer kundige Männer, welche die Sache ohne Partheylichkeit beurtheilen können, mir Beyfall gegeben. Die zwiſchen einigen Reichsſtänden in Oberdeutſchland und der unmittelbaren Reichsritterſchaft zu groſſer Bewegung gediehenen Zwiſtigkeiten erfordern aber anjetzt eine weitere Unterſuchung des Standes der ehemaligen adelichen Dienſtleute. Denn die Vertheidiger der Reichsſtändiſchen Gerechtſame ſetzen in ihren Ausführungen die adeliche Leibeigenſchaft dem Adel entgegen, und in den Ritterſchaftlichen Schriften ziehet man in Zweifel, daß er ſelbiger auf die vorgegebene Art unterworfen geweſen. Dieſes ſcheinet den Herrn *Semler* beweget zu haben, beym Antritte ſeines Altorffiſchen Lehramts eine Commentationem hiſtorico-criticam de Miniſterialibus zu ſchreiben, in welcher er die Meynung zu widerlegen

ſu-

ſuchet, welche ich vertheidiget habe. Da mir bey fernerer Leſung alter Urkunden nichts vorgekommen, ſo mich bewegen könnte, ſie zu ändern, ſondern ich vielmehr dadurch in ſelbiger beſtärket bin, ſo war ich auſſerdem gewillet, der Obſervation de Miniſterialium dignatione eine Zugabe beyzufügen, und hatte ſie bereits verfertiget, als mir des Herrn *Semlers* Schrift zu Händen kommen. Mein Endzweck erfordert alſo, daß ich beſagte Zugabe mit der Beantwortung ſeiner Einwürfe vermehre.

§. II.

Worin ihre Knechtſchaft beſtanden.

Daß in den mittlern Zeiten viele ritterliche Geſchlechter den Fürſten, Grafen und Herren mit einer ſolchen Dienſtpflicht zugethan geweſen, daß man ſie deßwegen Servos, homines proprios, und eigene Leute genannt, iſt in keine Abrede zu ſtellen. Ich habe es in der Obſervation de Miniſterialium dignatione §. 2. ausdrücklich eingeräumet, und geſchrieben, multos militaris generis viros, a quibus propullarunt gentes equeſtres, in ſervitute aliqua vixiſſe, quæ etiam poſterorum libertatem imminuit. Herr *Semler* vermeynet pag. 15. 16. es ſey dieſe meine Ausdrückung zweydeutig, maſſen es nur darauf ankomme: Ob die Dienſtleute dem Urſprunge nach ſo frey geweſen, als diejenigen, welche eine gröſſere Würde hatten? Denn alſo verſtehe ich ſeine folgende Worte pag. 16.: Caput cauſæ illud eſt, an Miniſteriales ratione originis tam ingenui & liberi homines fuerint, quam iſti alii, qui cætera alia dignitate & hos & illos ſuperabant. Mir deucht, es ſey noch zweydeutiger, wenn er durch die iſtos alios verſtehet, qui cætera alia dignitate & hos & illos ſuperabant. Redet er vom hohen Adel, ſo ſind wird ganz einig. Denn ich räume gerne ein, daß ſelbiger von gröſſerer Herkunft iſt, als die mehreſten ritterlichen Geſchlechter. Um meine Gedanken auf das deutlichſte zu erkennen zu geben, ſetze ich voraus, daß die Knechtſchaft, worin mancher lebet, entweder vollkommen oder unvollkommen iſt. In jener ſind diejenigen, welche ſich und ihre Nachkommen zu allen möglichen Dienſten verbunden haben, und ohne Ausnahme, auch ohne Entgeld thun müſſen, was der Eigenthumsherr ihnen befiehlet, welches in alten Zeiten das Schickſal der Kriegesgefangenen war. Hingegen erfordert die unvollkommene Dienſtbarkeit von denen, welche ſie übernommen, nur gewiſſe Dienſte auf eine beſtimmte oder unbeſtimmte Zeit, und gegen einen gewiſſen Lohn. S. Hrn. *Canzens* Diſciplinas morales §. 940. Von dieſer letztern finden ſich faſt unzählbare Arten, und ſie iſt nach der verſchiedenen Beſchaffenheit der Dienſte, welche ein Herr zu fordern hat, mit vieler oder weniger, oder gar keiner Ehre verknüpfet, und machet den dienenden wohl gar verächtlich. Daß die adelichen Dienſtleute in einer vollkommenen Knechtſchaft gelebet haben, läſſet ſich niemand in den

Sinn kommen. In der unvollkommenen befanden ſie ſich aber mit allen denjenigen, welche andern für einen gewiſſen Lohn oder Gehalt dienen. Dergleichen Verpflichtung übernehmen höhere und niedrige Bediente, die gröſten Staatsminiſter, Generale, Räthe und Kriegesofficies. Es fehlet auch ſo viel, daß ſie jemandens Ehre nachtheilig ſeyn ſollte, daß vielmehr die in einer ſolcher Dienerſchaft lebenden von Adel denenjenigen vorgehen, welche einer gröſſern Freyheit genieſſen, daher mancher, der keine Dienſte erlangen kann, ſich mit dem Titul eines Bedienten zu zieren vermeynet. Die adelichen Dienſtleute waren ſo wenig von gleichem Anſehen, als es heutiges Tages groſſer Herren Bediente ſind. Ihre Freyheit war auch in gewiſſen Stücken enger eingeſchräncket. Die Dienſte, welche von ihnen bey Hofe und im Kriege geleiſtet wurden, machten ſie aber zu geehrten Leuten, und keinesweges verächtlich. Dem Urſprunge nach waren dieſelben ſowohl frey, als diejenigen ritterlichen Geſchlechter, ſo ſich mit ihren Erbgüthern vergnügten, und niemanden zur Dienſtleiſtung verbindlich gemachet hatten. Herr *Semler* räumet es p. 16. wie ich vermuthe, mit dieſen Worten ein: Servos, ruſticos & proprios homines in miniſterialium locum ſuffectos eſſe, non arbitramur. Sind die Miniſteriales alſo keine Nachkommen verächtlicher leibeigener Bauren, ſo müſſen ſie gleich dem übrigen niedern Adel von den freyen Leuten abſtammen, welche der ritterlichen Würde theilhaftig geworden.

§. III.

Welchergeſtalt ſie Zubehörungen der Länder geweſen.

Zum Beweiſe ihrer geringen Knechtſchaft wird von denenjenigen, welche meiner Meynung nicht beypflichten, erſtlich angeführet, daß ſie Zubehörungen der Fürſtenthümer, Graf- und Herrſchaften geweſen. Allein zu denenſelben gehörte auch der hohe Adel und die freyen Leute. Es bemerket *Horn* in der Handbibliothec von Sachſen P. I. p. 25., daß die Freyen zuweilen ſo gut, als die Dienſtmanne zu gewiſſen Schlöſſern und Bezirken geſchlagen geweſen, und beym *Martene* in Theſaur. Anecdot. T. I. p. 796. geſchiehet Meldung der Virorum *nobilium* & miniſterialium ad comitatum Hainoenſem pertinentium. Die deutſche Fürſtenthümer ſind Zubehörungen des deutſchen Reichs. Wer folgert daher, daß die Fürſten und ihre Unterthanen des Reichs leibeigene Leute oder auch nur, daß ſie der willkührlichen Gewalt des Kaiſers unterworfen ſind?

§. IV.

Auch veräuſſert worden.

Zweytens wurden die Miniſteriales vielfältig von ihren Herren verkaufet, vertauſchet, und deren Kinder in die Theilungen gebracht. Herr *Semler* ſchreibet pag. 16.: Jam qualem fingemus ingenuum liberumque hominem? Eumne,

ne, qui vendi, permutari, dono dari, pignoris loco eſſe, per hereditatem venire vel invitus ſolitus eſt. Dieſes lieſſe ſich hören, wenn der Käufer mit dem erkauften Dienſtmanne nach Willkühr und Gefallen ſchalten und walten können. Er erlangte aber durch den Kauf nur die Befugniß, gewiſſe Pflichten von ihm zu fordern. Es bezeuget ſelbſt der dem Adel keinesweges ſchmeichelnde Vicecanler *Kopp*, *in den Proben des deutſchen Lehnrechts* P. I. p. 17. „daß nicht nur ganze Graf- und Herrſchaften, Aemter und Schlöſſer, mit ihren Mannen, Burgmannen, und Dienſtmannen, ſondern auch einzelne Vaſallen von den Reichsſtänden je und allwege ohngehindert an andere veräuſſert und transferiret worden;" Jmgleichen *Horn* an ebenangeführtem Orte, „daß die Freyen zuweilen ſo gut, als die Dienſtmannen nach Gutbefinden verwechſelt oder ſonſt veräuſſert ſind," nemlich das Recht, welches dem Verkäufer an ſelbigen zuſtunde. Jm Jahre 976. ſchenkte Kaiſer Otto II. der Kirche zu Aſchaffenburg illam egregiam familiam, quæ eſt in Wertheim, Siehe Herr von *Gudenus* d. l. T. I. p. 349., und eben daſelbſt p. 714. findet ſich ein Kaufbrief, mittelſt deſſen der Herr von Nüenberg im Jahre 1266. dem Erzſtift Mainz dimedietatem vaſallorum, miniſterialium, hominum cujuscunque conditionis verkaufte. Groſſe Herren überlaſſen noch heutiges Tages andern ganze Regimenter mit hohen und niedern Befehlshabern, ohne deren vorgängige Einwilligung zu begehren. Ein handgreiflich nichtiger Einwurf iſt es, daß der Miniſterialis, in Anſehung des Verhältniſſes gegen Dominum, *ſuus* genannt wird. Saget man nicht auch Vaſallus ſuus, ſubditus ſuus? Hat ſich wohl jemand einfallen laſſen, daraus eine wahre Leibeigenſchaft zu folgern? Das Recht des Dienſtherrn ſeine Befugniß einem andern zu überlaſſen, beläſtigte die Dienſtleute wenig, weil ſie eben ſo leicht als heutiges Tages die mehreſten Kriegesbedienten, ihren Abſchied erhielten. Die Strafe des Ungehorſams war der Verluſt des Lehns, und dieſer machte der Dienſtpflicht ein Ende. Man lieſet in Vita Conradi Archiepiſcop. Salisburgenſ. beym *Pez* in Theſaur. Anecdot. Tom II. P. III. p. 229.: Conradus Salzburg. Archi-Epiſcopus miſſis nuntiis vocavit miniſteriales ad ſuſcipienda beneficia ſua, vel prorſus venire recuſantes per ſententiam interdicta ſibi in futurum cognoſcerent. - - Si qui autem in pertinacia ſua perſiſtentes, ſub hac lege diſtrictionis beneficia ſua ſuſcipere ſpreverant, competitorum ſuorum judicio proſcripti ſunt. Einem leibeigenen Manne, oder auch einem ſchlechten Soldaten erlaubet man aber nicht leicht zu gehen, wohin er will, ſondern nöthiget in zu leiſten, iwozu er verbunden iſt. Die Dienſte der Miniſterialium konnten mit einem mäßigen Gelde abgekaufet werden. Beym Stifte Worms war folgende Verordnung gemachet: Si Epiſcopus fiſcalem homi-

minem ad ſervitium ſuum aſſumere voluerit, ut ad aliud ſervitium eum ponere non debeat, niſi ad Camerarium, aut ad Pincernam, vel ad Inſertorem, vel ad Agaſonem vel ad Miniſterialem, & ſi tale ſervitium facere noluerit, quatuor denarios perſolvat ad regale ſervitium, & ſex ad expeditionem & tria injuſſa placita quærat in anno, & ſerviat cuicunque voluerit. S. *Schannat* Hiſtor. Wormat. T. II. p. 47. Da denn auſſer Zweifel von Dienſtleuten, welche ein Lehn oder Prædium fiſcale hatten, und die man zu Cämmerern, Schenken und Stallmeiſtern gebrauchen konnte, die Rede iſt, wie aus des du *Freſne* Gloſſario voc. *Agaſo* und *Fiſcalis* erhellet.

Um die Freyheit in fremde Dienſte zu tretten einzuſchränken, wurde beym *Hund* Metrop. Salisburg. T. I. p. 157. 158. folgendes zwiſchen den Herzogen von Bayern und Biſchof von Regenſpurg verabredet: Neuter eorum debet vaſallum vel miniſterialem vel hominem alterius ſibi caſtellanum vel quocunque alio modo aſſumere, niſi de ipſo alteri velit juſtitiam exhibere. Item neuter eorum debet miniſterialem alterius, qui gratiam ſuam non habet, ſive per matrimonialem contractum, ſive quocunque modo aſſumere, aut contra eum violenter defendere, ſed, ſi forte altero eorum ignorante, miniſterialis tranſierit in poteſtatem alterius per copulam matrimonialem, tunc ille, in cujus poteſtatem tranſivit, proſequetur eundem ad conſilium domini, a quo receſſit. Item ſi comes vel liber vel miniſterialis alterius eorum exiſtens in familiaritate domini ſui gratiam ſuam amittat, illum non debet alter ſibi aſſumere, niſi ille prius gratiam domini ſui habeat. Dergleichen Verträge wären überflüßig geweſen, wenn ein Dienſtmann ſeinem Herrn beſtändig zu Gebote ſtehen, und alle deſſen Befehle befolgen müſſen.

§. V.

Von ihrer eingeſchränkten Freyheit zu heyrathen.

Die Freyheit zu heyrathen war drittens nicht immer dahin eingeſchränket, daß der Dienſtmann überall keine, ſeinem Dienſtherrn unanſtändige Frau nehmen durfte, ſondern er muſte nur eines mit ihm in gleicher Verpflichtung ſtehenden Miniſterialis Tochter heyrathen, wenn er auf ſeine Kinder die Güther vererben wollte, die ihm der Dienſtherr verliehen hatte. Es heiſſet beym Herrn von *Hontheim* Hiſt. Trevir. T. I. p. 528.: Si quis Miniſterialium eccleſiæ extraneam uxorem duxerit, filii ejus prædictum ſervitium, quod pater eorum, quia miniſterialis eccleſiæ erat, habuiſſe videbatur, non habebunt; und in einem Diplomate Königs Rudolph I. beym *Pez* Theſaur. Anecdot. Tom. III. P III. p. 646.: Si quem etiam officiatorum migrare contigerit ab hac luce, decedentis primogenitus tantum debet in officii & feudorum ad id ſpectantium poſſeſſione quieta & pacifica permanere, ne in plures heredes ipſum officium

divi-

dividatur. Si vero aliquis ex hujusmodi officialibus extra poteſtatem eccleſiae matrimonium contraxerit, heredes ejusdem idem officium nullatenus hereditabunt, & in hoc Abbati & Conventui antedictis tam officium quam feodum ipſi officio attinens, in alium transferre licebit; welche Officiati ausdrücklich Miniſteriales genennet ſind, und wird von ihnen geſaget, daß ſie Marſchalle, Truchſeß, Schencken und Cämmerer geweſen. In des Herrn von *Gudenus* Cod. Diplom. Tom. I. heiſſet es p. 917. von den Mainziſchen Schenken de Apolde: Si uxorem de genere miniſterialium aliorum quam eccleſiae Moguntinae duxerit, filii, quos ex tali uxore genuerit, nullum jus habebunt, petendi nomen & officium pincernae. Einige Dienſtleute ſind jedoch genauer verbunden, und muſte beym Herrn von *Hontheim* d. l. p. 805. der Trierſche Burggraf zu Tryß eidlich angeloben, liberos ſuos utriusque ſexus nullis aliis, quam miniſterialibus praefatae eccleſiae matrimonialiter copulare. Dieſes geſchahe auſſer Zweifel auch von den Prümiſchen Dienſtleuten, von welchen man eben daſelbſt p. 668. lieſet: Sciendum eſt, quod quicunque de Miniſterialibus infeodatis eccleſiae uxorem alienam duxerit, & de ea filios genuerit, quod dominus Abbas de jure non teneatur illis feodum patris conferre. Quicunque enim miniſterialibus hoc praeſumſerit facere, ſciat, ſe erga eccleſiam non fideliter agere, & Dominus Abbas, ſi vuluerit, ſuper hoc eum poterit convenire, & pro tali delicto graviter punire. Die Urſache, warum dergleichen Heyrathen verbothen wurden, war dieſe, daß man fürchtete, es mögte die Anverwandſchaft mit fremden benachbarten ritterlichen Geſchlechtern die Dienſtleute abhalten wider ſelbige zu fechten, wenn beyderſeitige Dienſtherren aneinander geriethen, welches ſich bey den damaligen häufigen Fehden öfters begab. Man ſuchte auch dadurch die Streitigkeiten wegen der Lehnsfolge zu vermeiden, und zu behindern, daß die Güther jemanden anfielen, deſſen Treue der Lehnsherr nicht verſichert war. Der Trieriſche Burggraf muſte deswegen an obangeführtem Orte beym *Hontheim* p. 805. der Freyheit, eine Fremde zu heyrathen, entſagen, ne cuſtodia dictae curtis vel Burggravionatus in praejudicium eccleſiae Trevirenſis & in laeſionem, deteriorationem, vel diminutionem juris ipſius eccleſiae ad manus devolvatur alienas, nec aliquis liberorum aut heredum, vel quicunque alius Burggravionatum praedictum tenere poterit vel habere, qui non ſit miniſterialis eccleſiae Trevirenſis, und König Otto IV. verordnete beym *Lunig* in des Spicil. eccl. II. Th. p. 916. quod pueri ex matrimonio miniſterialis eccleſiae cum muliere libera nati eſſe debeant ipſius eccleſiae miniſteriales, cujus & pater eſt miniſterialis, alias enim omnes miniſteriales eccleſiarum imperii deperirent.

§. VI.

Sie wurden nur dem hohen Adel nachgeſetzt.

Weil viertens in vielen Urkunden die Freyen den Dienſtleuten vorgeſetzet ſind, ſo folgert man daher, daß diejenigen von Adel, welche in keiner Dienſtpflicht ſtunden, geehrter geweſen, als die Miniſteriales. Jene ſollen zu den Mittelfreyen gehöret haben, deren Rechte ein Dienſtmann nur durch die Freylaſſung erlangte, maſſen es im Schwäbiſchen Landrecht nach *Schannats* Herausgabe Cap. 42. heiſſet: „Lat ein Lay-Fürſt ſeinen Dienſtmann frey, der gebohren iſt von ritterlicher Art, der beleibt Mitter-Freyen Recht.“ Ich glaube nicht, daß ein Dienſtmann von ritterlicher Geburt geringer geweſen, als diejenigen rittermäßigen, ſo ſich zu keinen Hof- und Kriegesdienſten verpflichtet hatten. Die Liberi, welche den Miniſterialibus vorgingen, waren nicht nur freygebohrne Leute, die auſſer aller beſondern Verbindlichkeit gegen andere als die ordentliche Obrigkeit lebten, ſondern Freyherren. Herr *Eſtor* lehret in den kleinen Schriften T. I. p. 556. das Wort Frey ſey nur von denen in dem Herren- Grafen- und Fürſtenſtande lebenden gebrauchet, und *Horn* in der Handbibliothec von Sachſen P. I. p. 2. 3. 5. 6. 11. 12. 21. 22., daß Fürſten und Herren freye Männer genannt ſind. *Duellius* in Excerptis Genealog. Hiſtor. p. 31. ſchreibet: Liberos fuiſſe Freyherren; und dieſes bemerket auch Herr *Schöpf*, in der Schrift von den Domherren des Stifts Würzburg p. 23. Unter den Liberis, welche in den Urkunden von den Miniſterialibus unterſchieden, und ihnen vorgeſetzet werden, finden ſich Comites in den Jahren 1124. 1127. 1130. beym Hrn. von *Gudenus* in Cod. Diplom. T. I. p. 66. 83. beym *Ioannis* Spicil. p. 100. 115., und in den Jahren 1107. und 1158. beym Herrn von *Hontheim* Hiſtor. Trevir. T. I. p. 587. 588., auch bey Herr *Hanſelmann* im Beweiſe, daß dem Hauſe Hohenlohe die Landeshoheit vor dem groſſen *Interregno* zugeſtanden p. 17. 371. vom Jahre 1182. Es heiſſet merkwürdig beym *Kuchenbecker* von den Heßiſchen Erbhofämtern im Anhange p. 5. in einem im Jahre 1227. von Landgraf Henrich in Thüringen, den Grafen von Battenberg ertheilten Lehnbriefe: Quod ſi facere diſtulerimus cum ſibi conſimilibus noſtris, *videlicet liberis hominibus* nos amicabiliter debent admonere; mithin waren die Freyen den Grafen gleich, welches von dem niedern Adel nicht geſaget werden mag. In einer Urkunde von 1173. beym *Schannat* Hiſtor. Wormat. P. II. p. 83. werden Liberi genannt Cunradus Palatinus Comes de Rheno, Rudolfus Comes de Phulendorf, Emicho Comes de Liningen & Ulricus de Stouphen, und bey eben dieſem Hiſtorienſchreiber Dioeceſ. Fuld. p. 248. heiſſet im Jahr 1030. Comes Hartmannus liberae conditionis vir. Auch finden ſich in ſeiner Hiſtor. Fuld. p. 192. unter den Liberis Grafen. Dieſe Freyen ſtammeten von den alten Heer-

führern

führern der Deutſchen, und den Nobilibus her, deren ſchon Tacitus Meldung thut. Alle ihre zahlreiche Nachkommenſchaft konnte man mit herzoglichen, gräflichen und andern dergleichen hohen Würden nicht verſehen. Viele lebten daher von ihren Erbgüthern, welche der öftern Theilungen halber nicht immer beträchtlich waren, und um Schutz und Schirm zu erlangen, vielfältig andern zu Lehn aufgetragen wurden. Sie ſtunden unter den Herzogen und Grafen. Muſten auch, wenn das Aufgeboth geſchahe, mit zu Felde ziehen. Entſchloſſen ſich aber nicht leicht, in ihrer Nebenbürtigen, nemlich der Fürſten, Grafen und Herren Dienſte als Miniſteriales zu treten. Man nannte dieſelben Mittelfreyen in Vergleichung mit den Fürſten, welche die höchſten Freyen hieſſen. S. das Schwäbiſche Landrecht des *Schannats* p. 186. Erließ der Dienſtherr einen ritterlichen Miniſterialem ſeiner Pflichten, alsdenn gelangte dieſer ſofern in die Umſtände ſolcher Mittelfreyen, daß er gleicher Freyheit genoß, und wie man von unadelichen Beſitzern adelicher Güther ſagen kann, daß ſie die Rechte des Adels behalten, ſofern nemlich ſelbige dem Guthe ankleben, ſo ſagte man auch von einem ſeiner Pflicht entledigten Dienſtmanne, er behalte der Mittelfreyen Recht, nemlich was die ihm künftig obliegenden Dienſtleiſtungen anlangte. Denn daß derſelbe einer höhern Würde theilhaftig worden, und ältern Rittern vorgegangen, weil ſie Dienſtleute geblieben, iſt unglaublich, wenn man erweget, in welcher Ehre und Anſehen die leztern damals gelebet haben. Wie denn auch die bloſſe Freylaſſung jedes Dienſtherrn keine Standeserhöhung würken konnte. Die widrige Meynung ſchadet dem hohen Adel, anſtatt ihm fürträglich zu seyn. Denn dadurch wird ein gemeiner Rittersmann, der ein geringes Erb- oder auch ein Lehnguth beſaß, Fürſten und Herren gleich gemacht, wenn er ſich nur zu keinen beſtändigen Hof- und Kriegesdienſten als Miniſterialis verpflichten laſſen.

§. VII.

Und nicht den Stadtleuten.

Geſezt aber auch, die Freyheit von Dienſtpflichten hätte den ritterlichen Geſchlechtern einen Vorzug für andern ihren Nebenbürtigen beygeleget, ſo folgte daher fünftens nicht, daß die Dienſtleute allen und jeden freyen Leuten, mithin auch den Bürgern nachgeſetzet worden. Zu deſſen Beweiſe führet man zwar einige Urkunden an, in welchen der Bürger ehe Meldung geſchiehet, als der Dienſtleute. Ich habe aber hierauf bereits geantwortet, daß ſich dieſes überaus ſelten findet, daher vermuthlich der Notarien Unachtſamkeit die wenige Ausnahmen von der Regul veranlaſſet hat. Auſſer den von mir angeführten Oertern ſind die Dienſtleute den Bürgern vorgeſetzet beym *Mencken* Rer. Germ. T. I. p. 536. 539. 544. 598. 631. 694. Tom. III. p. 1039., beym *Ludewig*

wig Scriptor. Bamberg. p. 1153., beym *Eccard* Corp. Hiſtor. T. II. p. 101., beym *Rethmeier* in der Braunſchweig-Lüneburgiſchen Chronic. p. 725., beym *Lunig* Spicil. Eccleſ. P. II. p. 307. 725. 872. und P. III. 729., beym *Tollner* Cod. Diplom. Palat. pag. 61. beym *Horn* in der Handbibliothec von Sachſen pag. 312. 500., beym *Brower* Annal. Trevir. T. II. p. 109., beym *Kress* vom Archidiaconal-Weſen in den Beylagen p. 163., beym *Falckenſtein* in Cod. Antiquit. Nordgav. pag. 58. beym *Duellius* Excerpt. Genealog. Hiſt. p. 33., beym *Herrgott* in Cod. Probat. Genealog. Habsburg. p. 194. 284. beym *Schannat* Hiſtor. Wormat. P. II. p. 77. 217. 218. 241. Hiſtor. Fuld. Codic. Probat. p. 275. Dioeceſ. Fuld. pag. 292 293., beym *Schlöpken* in der Bardewickſchen Chronic. pag. 239. beym *Kettner* Antiqu. Quedlinburg. p. 436., beym *Joannis* in Spicil. p. 23. 100. 489., beym *Kuchenbecker* Analect. Haſſ. Collect. 8. p. 277. und beym *Hanſelmann* d. l. p. 408. Herr *Semler* antwortet hierauf p. 26. tutius concludi, diverſis & variis juribus uſos eſſe patritios, quorum alii alios dignitate tum caetera tum proſapiarum eximiis meritis inſignium ſuperarint, adeo ut etiam inter nobiles, & cum ipſis, in publicis litteris nomina ſua teſtandi cauſa conſignaverint. Non mirum ergo, patricios quosdam alibi praelatos, alibi poſtpoſitos. Dieſes lieſſe ſich hören, wenn die mindeſte Wahrſcheinlichkeit fürhanden wäre, daß den, denen Dienſtleuten vorgeſetzten Bürgern ein beſſers Recht, als andern, zugeſtanden. Daß die Halliſchen Bürger, welche in einem Privilegio Erzbiſchofs Albrechts beym *Ludewig* Reliq. MSS. Tom. V. p. 24. im Jahre 1212. ehe als Gottfried von Suterhauſen und andere Magdeburgiſche Dienſtleute genennet ſind, den Rang vor dieſen behaupten wollen, machet nicht nur des damaligen Erzſtiftiſchen Adels Gewalt und Anſehen unglaublich, ſondern es erhellet auch das Gegentheil aus andern Diplomatibus. Beym Herrn von *Dreyhaupt* in der Beſchreibung des Magdeburgiſchen Saal-Crayſes P. II. p. 365. findet ſich eine Urkunde eben dieſes Erzbiſchofs Albrechts vom Jahre 1225., in welcher Barthol. de Sutterhuſen und andere Dienſtleute den Halliſchen Bürgern, und vielleicht einigen derjenigen vorgeſetzet ſind, welche in dem Briefe von 1212. nahmhaft gemachet werden. Denn in beyden Briefen kommen die Cives Eiko und Konemundus vor. Eben daſelbſt in einer Schenkung vom Jahre 1172. findet ſich Erenfridus de Suterhauſen ehe angeführet, als die Halliſchen Bürger. Dieſe ſtehen auch hinter den Militibus und dem Dapifero in der Confirmation eines Tauſches vom Jahre 1291. daſelbſt p. 369. Die Miniſteriales gehen ferner den Halliſchen Bürgern vor im Jahre 1121. und 1182. beym Herrn von *Dreyhaupt* d. l. P. I. pag. 722. 726. imgleichen daſelbſt p. 775., einer des Geſchlechts von Amendorf

dorf im Jahre 1296., obwohl deſſen Dienſtpflicht keinen Zweifel leidet, als welches das Erzſtift durch einen mit Herzog Otten von Braunſchweig getroffenen Tauſch Ao. 1239. an ſich gebracht hat. S. *Dreyhaupt* d. l. P. II. p. 969. Beym *Joannis* Spicil. P. 378. iſt ein Document vom Jahre 1270. beſtärket cum ſigillo univerſitatis civium Grunenbergenſium ac pincerne Domini de Swensberg. Daß das Geſchlecht der Schenken zu Schweinsberg ohnſtreitig eines der älteſten, vornehmſten und reicheſten in Heſſen ſey, verſichert der Herr Vicecanzler *Eſtor* in den kleinen Schriften T. I. p. 1. Wer kann denn glauben, daß ihnen die Bürger der kleinen Stadt Grünberg nicht weichen wollen? Es iſt auch, wie ich ſogleich ferner bemerken werde, den Begriffen der damaligen Zeiten ganz abſtimmig, daß ein Rittersmann vornehmer worden, wenn er das Bürgerrecht erlanget hat. Von dem Notario muß daher aus Unwiſſenheit oder Partheylichkeit das Städtiſche Siegel dem Schenkiſchen vorgeſezet ſeyn, wenn es nicht etwa in Abſicht auf einen ältern Ritter geſchehen, der damals Bürger zu Grünberg geweſen.

Wäre das Vorrecht des Patriciats deſſen Urſache, ſo müſte man mehrere dergleichen Exempel an den Orten finden, wo dieſer vor andern zu groſſer Macht und Anſehen gelanget iſt, als nemlich zu Nürnberg und Lüneburg. Das Gegentheil lieget aber klar vor Augen. Beym *Falckenſtein* in Cod. Diplom. Antiquit. Nortgaw. p. 58. in einer Urkunde Burggraf Friederichs zu Nürnberg vom Jahre 1269. werden die Zeugen alſo benannt: Marquardus de Wilhelmdorf, Winhardus de Rorbach, Arnoldus de Seckendorf, Heinricus de Maiental, Heinricus de Hildebach, Bruno de Schonenberg, Cunradus de Kurenborg, Wolkoldnus de Nurenberg milites, Marquartus Phinzing, Cunradus Stromaier, Albertus Ebener, Fridericus Ungelter, Hermannus Sleiker cives Nurenbergenſes & quam plures alii fide digni, und beym *Schlöpken* in der Bardewikiſchen Chronic p. 237. 239. in einem Briefe Herzogs Johannes zu Braunſchweig vom Jahre 1273. geſchiehet Meldung, plurium militum & Burgenſium tam de civitate Lüneborg, quam ex aliis locis. Die Zeugen aber führet man folgendergeſtalt an: Gerardus Decanus Verdenſis, Henricus Praepoſitus de Lune, Bernhardus Praepoſitus de Buxtehude, Lippoldus Canonicus S. Blaſii in Brunſuic, Adam Monachus in Reinevelde. Milites, Dns. Hinricus Comes de Wolberge, Gevehardus Senior de Bortvelde, Gevehardus filius ſuus, Gevehardus filius Domini Ludolphi, fratres de Wenden, Boldewinus & Hinricus, Hinricus de Tune, Bernardus Sprenger, Echardus Scako. Burgenſes Johannes de Berge, Waſmodus Albertus Holle, Johannes de Lubecke & alii quamplures. Wären gleich die von Heinrich dem Vogler in die Städte geſetzten Milites agrarii keine Baurenknechte, ſondern vom Nie-

dern Adel geweſen, ſo haben dennoch ſelbige die Vorzüge, welche ihnen die Geburt beylegte, faſt aberall dadurch ganz verlohren, oder doch ſehr verringert, daß ſie das Kriegeshandwerk nicht weiter ſo ſtark und vor andern Bürgern getrieben, als der Landadel, auch ſich durch heyrathen mehr mit jenen, als mit dieſen verbunden, und ſelten von Königen und Fürſten als ihre Räthe und Bediente gebrauchet worden.

In dieſen Nebenſtunden P. I. iſt angemerket, daß Grafen und Edelleute kein Bedenken getragen, in mancher Stadt das Bürgerrecht zu gewinnen, um Schutz und Schirm zu erlangen. Solche Exempel finden ſich auch beym Herrn von *Hontheim* Hiſtor. Trevir. T. II. p. 15. 110. 616. T. III. p. 14. und Herrn *Hanſelmann* d. l. p. 51. 93. 112. 115. Herr *Kuchenbecker* berichtet in der Abhandlung von den Erbhofämtern der Landgrafſchaft Heſſen p. 118. 119. daß die von Riedeſel zu Alsfeld, die Schenken von Schweinsberg zu Ameneburg, und die von Berlepſch zu Münden Bürger geweſen. Er thut ſehr wohl hinzu, „daß durch die Erlangung des Bürgerrechts dem Adel dieſer anſehnliche Vortheil zugewachſen, daß ſie in den betrübten Fehdezeiten das Ihrige in Sicherheit bringen, ſich zu den Schöppenſtühlen und andern Ehrenämtern (nemlich in Städten) den Weg bahnen, und des Vermögens der Städte wider ihre Feinde bedienen können.“ Dahero auch nicht allein der Militairſtand, ſondern wohl gar Grafen und Herren als Bürger, zumal in den Reichsſtädten, worinnen ſolches keine Landſaſſerey nach ſich gezogen, auf- und angenommen zu werden, ſich eifrigſt angelegen ſeyn laſſen.

Solche adeliche Bürger verlieſſen aber ihre Landgüther keinesweges. Um dieſe zu vertheidigen, und im Nothfalle hinter den Mauren der Städte Sicherheit zu finden, gewannen ſie das Bürgerrecht. *Ayrmann* in Syllog. Anecdot. Prol. §. 75. beſtärket ſolches alſo: Vaſalli & Miniſterialis a villis & vicis ſuis, quos feudali titulo poſſidebant & incolebant, cognomina adepti, eadem poſtea, cives & oppidani facti, una cum poſſeſſionibus retinebant, & ad poſteritatem ſuam propagabant, ſi vel maxime etiam feuda reſignaſſent, aut alienaſſent bona vetera. Quod ad oculum demonſtrari poteſt ex his, duae alicubi de familia Haſſiaca dictorum de Saſſen ſcripſi, qui cives Grunbergenſes & Fridbergenſes facti, nihilominus cognomen, a viculo priori civitate finitimo adoptatum, cum bonis & feudis variis conſervarunt. Dergleichen Bürger waren vermuthlich zu Münſter Lubertus de Hammone und Joannes Dapifer, welche den Famulis Brunſteno de Miſſe & Richardo de Grotenhus vorgeſetzet ſind, worauf ſich Herr *Eſtor* in Comment. de Miniſterialibus §. 368. beruft. Nicht die Qualität eines Bürgers machte ſie des Vorgangs vor den Famulis theilhaftig, ſondern ihr Alter oder andere Umſtände.

Könte

Könnte alſo Herr *Semler* erweiſen, daß die Patritien in einer oder andern Stadt von ſolchen ritterlichen Geſchlechtern abſtammen, welche auf dem Lande in Ehre und Anſehen gelebet, ehe ſie Bürger geworden, ſo hätte er noch nicht dargethan, daß ſolcher Stadtadel dem Landadel jedesmal vorgegangen ſey, oder vorgehen müſſen.

Es möchte aber auch jener Beweis ſehr ſchwer fallen. Daß der Landadel in verſchiedenen Städten das Bürgerrecht erlanget, und am Regimente Theil gehabt, zugleich aber ſeine anſehnliche Güther behalten, daran zweifelt niemand. Hier iſt nur von denenjenigen von Adel die Frage, welche ſich gänzlich in die Städte begeben, und keine Mitglieder des Landadels verblieben. Ich glaube wohl, daß ein und das andere dieſer Geſchlechter alten rittermäßigen Herkommens iſt. Es fehlet auch an Exempeln nicht, daß in den mittlern Zeiten, als die Städte überaus mächtig waren, und die gröſten Fürſten ſich um ihre Freundſchaft bewarben, tapfere Bürger zu Rittern geſchlagen worden. Wann deren Nachkommen ſich mit keinen andern als ritterbürtigen durch heyrathen verbunden, und der bürgerlichen Nahrung entſchlagen haben; ſo ſind ſie in Turnieren zugelaſſen, und ſollten billig dem Landadel gleich geachtet werden. Daß ſich aber viele Patritien deſſen rühmen können, daran zweifele ich.

§. VIII.

Daß ſechſtens ein freyer Rittersmann dem Dienſtmanne einen Kampf verweigern dürfen, iſt unerwieſen und unglaublich. Es wurde allerdings eine Gleichheit des Standes der Kämpfenden erfordert. Alle aus ritterlichen Geſchlechtern entſproſſene waren aber gleichen Standes, ſie mogten Dienſtleute ſeyn oder nicht. Sowohl die Italiäniſchen als Deutſchen Geſetze verlangten nur den Beweis, quod quis parentibus ſuis natione legitimus miles exiſtat, daß er ſeine 4 Ahnen darthue, und Wopensgenoſſe ſey. S. dieſer Nebenſtunden III. Th. 21. Abhandlung §. 8. Hätte man die Freyheit von der Dienſtpflicht nöthig zu ſeyn erachtet, ſo wäre inſonderheit ſolches in dieſen Verordnungen zu bemerken geweſen, weil der ritterlichen Geſchlechter gröſter Theil dienſtpflichtig und alſo öftere Irrungen zwiſchen ſelbigen und dem übrigen niedern Adel zu vermuthen waren.

Kein freyer Ritter weigerte ihnen einē Kampf

Auf den Einwurf, daß gleichwohl beym *Galbertus* ein Miles liber dem andern einen Kampf verweigert hat, quia hic ancillam in uxorem duxerat, iſt von mir geantwortet, daß dieſe Frau, die Anverwandtin des Probſtes, der ſie einem Rittersmanne zur Ehe gegeben hatte, ein gemeines leibeigenes Bauerſmenſch, und keines ritterlichen Dienſtmannes Tochter geweſen. Herr *Semler* hält den zum Kampf aufgeforderten für einen Ritter, den andern aber für ei-

nes Grafen Dienſtmann. Jenes beſtehet mit meiner Meynung gar wohl. Dieſes aber habe ich gröſſer Recht zu verneinen, als er es zu bejahen. Daß im XI. und XII. Jahrhundert die Dienſtleute bereits in Anſehen geweſen, wird noch mehr aus demjenigen erhellen, was ich unten anführen will, und deswegen iſt nicht glaublich, daß ſie von denen, der Dienſtpflicht entledigten, ſonſt aber mit keiner höhern Würde verſehenen Rittern ſo verächtlich gehalten worden. *Galbertus* ſchreibet in Vita B. Caroli C. 3. n. 22.: Siquidem cum eſſet (Praepoſitus) caput ſui generis, nepotes ſuos ad modum nutritos, *& tandem militia praecinctos* omnibus in patria praeferre ſtuduit. Man hielt es alſo für etwas auſſerordentliches, daß dieſe Leute die ritterliche Würde erlangten, und hieraus erhellet, daß ſie ihrer Ankunft nach keine adeliche Dienſtleute, ſondern leibeigene Bauren geweſen, weil jenen niemand den Ritterſchlag verſagte. Eben deswegen wurde der Probſt zur Verzweiflung gebracht, als man der Seinigen Freyheit anfochte. Es heiſſet am angeführten Orte C. 2. n. 13.: Quandoquidem defenſionis ſuæ effectum habere non poterat Præpoſitus & ſui quin libertate ſibi uſurpata carerent, maluit ipſe cum tota nepotum ſucceſſione perire, quam ſervituti Comitis mancipari. Es war allerdings höchſt betrübt, aus einem ritterlichen Manne ein eigenbehöriger Bauer zu werden, dahingegen nicht ſelten freye Leute, auch diejenigen, welche ſich im Herrenſtande befunden, gutwillig in den Stand der Dienſtleute traten, mithin iſt es unglaublich, daß die Furcht in ſelbigen zu gerathen, den Probſt veranlaſſet hat, ſeinen Herrn um das Leben bringen zu laſſen.

§. IX.

Sie waren groſſer Ehrenſtellen fähig.

Siebentens vermeynet Herr *Semler* p. 22. 23., daß die Dienſtleute keiner Ehrenſtellen fähig geweſen. Selbiger ſchreibet, ad liberos ſpem omnem honorum tunc pertinuiſſe, & miniſteriales ſuſcepiſſe tantum pejoris militiæ ſervitia. Er verſtehet durch das leztere vermuthlich gemeine Reuterdienſte. Es war aber die ritterliche Würde an ſich in groſſem Anſehen, daß Könige und Fürſten kein Bedenken trugen, ſie anzunehmen. Dieſer ſind die Dienſtleute fähig geweſen, und alſo zu anſehnlichen Würden gelanget, wie ſich denn dergleichen Milites miniſteriale finden beym *Leibniz* Rer. Brunſuic. T. I. pag. 465., beim *Matthaei* Scriptor. Amorfort. p. 16. 17., in Udalſchalci Narratione de controverſiis inter Hermannum Auguſtanum & Eginonem Abbadem S. Udalrici beym *Caniſius* Antiquar. Lect. T. II. p. 217. 218., beym *Mencken* Rer. Germ. T. III. p. 359. und beym *Ayrmann* in Syllog. Anecdot. prol. §. 51.

Zwar wendet Herr *Semler* p. 15. n. 10 hierwider ein, in eadem oratio-

orationis ſerie clare diſtingui milites, militares & miniſteriales. Deſſen Urſache iſt aber leicht zu finden. Nicht alle Miniſteriales waren Milites, ſondern ſie konnten es nur werden, und nicht alle Milites und Militares waren Miniſteriales, ſondern einige nimmer in Dienſtpflichten getreten, und einige hatten ſich davon losgemachet. Es folget alſo keinesweges, die Miniſteriales werden zu Zeiten von den Militibus und Militaribus unterſchieden, E. waren keine Miniſteriales Milites oder Militares.

Wenn nur der hohe Adel anſehnlicher Ehrenſtellen fähig geweſen, woher rühren denn deſſen Klagen, daß ſo viele geringe Leute von den Königen aus dem Staube erhoben worden? *Theganus* de geſtis Ludewici Imp. n. 50. lehret uns, wie ſich unter Ludovici Pii Räthen Servi befunden. Von König Zwentibold meldet *Regino* L. II. p. 71. und der Annaliſta Saxo ad Ao. 900. illum cam ignobilioribus regni negotia diſpoſuiſſe, ad anno 913. aber Karolum occidentalium Regem Haganonem ex mediocribus extollere, & ſupra omnes principes diligere cœpiſſe; Jmgleichen *Lambertus Schafnab.* p. 192. von König Heinrich IV., illum obſcuris & pene nullis majoribus ortos ampliſſimis honoribus extuliſſe; & primos in palatio feciſſe, ad eorum nutum cuncta regni negotia diſpoſuiſſe. Daß die Dienſtleute der Fürſten Räthe geweſen, will ich ſogleich darthun. Uebrigens iſt es natürlich, daß wenn ſie ihren Herrn im Kriege gefolget, gemeiniglich dieſe, und nicht jene den Haufen geführet haben. Die ehemalige Verfaſſung des Kriegesweſens war von der jetzigen sehr weit unterſchieden. Die innerliche Kriege, in welchen man die Miniſteriales fürnemlich gebrauchte, wurden mit weniger, aber koſtbar ausgerüſteter Mannſchaft, die ſich der Speere und Schwerdter wohl zu gebrauchen wuſte, geführet, und deßwegen bedurfte man nicht ſo vieler Befehlshaber, als heutiges Tages. Der Rittersmann brachte einige ſtreitbare Knechte mit, und dieſe machten eine Gleſe aus, welche er führte. S. des Herrn *Glafey* Hiſtor. Polem. Germ. p. 526., Götz von *Berlichingen* erzählet in ſeinem Leben p. 45., daß er mit 3 Pferden dem Talacker, einem Schwäbiſchen Bundsverwandten gedienet. Selbiger erklärte ſich nach ſeinem Berichte p. 17. gegen den von Thungen, er wolle auf einen ſeiner Knechte warten, der der Sache beſſer verſtändig wäre, denn er, d. i. er wolle demſelben folgen, und ihm zu Gebothe ſtehen. Jch zweiſle daher gar nicht, daß vielfältig einem ritterlichen Dienſtmanne wegen ſeiner Kriegeserfahrenheit die Führung eines Haufens aufgegeben worden, wenn ſich gleich in ſelbigen Herren von höherer Geburt befunden. Die von Buchenau waren Dienſtleute, und dennoch erhellet aus des Herrn Reichshofraths von *Senckenberg* Select. Jur. & Hiſtor. T. III. p. 377. daß Eberhard von Buchenau mit 100. Pferden gedienet habe, wel-

cher daher ganz ein anderer Mann war, als unſere Reuter, und keine Servitia pejoris militiæ leiſtete.

§. X.

Ob ſie die Baulebung gegeben.

Auf den Einwurf, daß von den Dienſtleuten ſogar die Baulebung und gewiſſe Zinſen ihren Herrn entrichtet worden, habe ich achtens geantwortet, es ſey ſolches ſelten geſchehen, auch an ſich nichts ſchimpfliches, weil wohl Könige und Fürſten dergleichen Laſten übernommen.

Herr *Semler* antwortet darauf p. 28. obgleich ſolche Zinſen nicht immer aufgezeichnet worden, ſo könnten ſie doch deßwegen bezahlet ſeyn, und man müſſe zwiſchen Königen, Fürſten und Dienſtleuten keine Vergleichung anſtellen. Die Könige von Neapolis reichten nicht aus Nothwendigkeit, ſondern gutwillig dem Pabſt den Zelter mit dem Golde.

Was für eine vernünftige Urſache mag er aber anführen, welche es gläublich machet, daß gemeiniglich ritterliche Männer, welche ihre Lehrgüther mit dem Degen verdienten, noch überdem davon Zinſe entrichten müſſen? In *Hoffmanns* Annal. Bamberg. beym *Ludewig* Scriptor. Bamberg. p. 131. 132. leſen wir: Erat ſub id tempus in his religionibus quoddam hominum genus, quod ad eccleſiæ arbitrium cogebatur quodvis præſtare obſequium ſine recuſatione, poterant tamen vel libertate donari, vel aliis in ſervitutem concedi. Tales quinque proprietatis ſuæ fœminas, Dietmutam, Mathildin, Gertrudem, Bertradam & Otiliam, patre Eberhardo Nigro cive Norinbergenſi natas, cum unius earum Dietmutæ nimirum filiis, Rudegero, Conrado, Burcardo, Fridericus Sueviæ dux, Conradi regis filius, authoritate & conſenſu Friederici imperatoris, patrui ſui, Everhardo Epiſcopo ita tradidit, ut quacunque conditione eas habere vellet, in ea permanerent. Quas Eberhardus ab ommni jure cenſuali & beneficiario exemit, & *honeſtioris familiæ ſuæ jus eis indulſit.* Hieraus erhellet, daß die honeſtior familia, nemlich die ritterliche Dienſtleute, dem Jure cenſuali nicht gemeiniglich unterworfen geweſen. Beym *Miraeus* Oper. Tom. I. p. 297. läſſet ſich Marggraf Philip von Namur alſo vernehmen: Notum facio, quod conſuetudines quasdam indecedentes, quos contra honorem militarem injuſte uſurpaveram, iniquas eſſe diſcernens, decrevi & ſtatui, ut a nullo milite, qui ſit de familia vel advocatione mea, melius mobile (quod melius cathellum dicitur) de cetero accipiatur poſt ejus deceſſum, nec id ab ejus herede pro illo mortuario exigatur. Ein allgemeiner Gebrauch hat alſo die Dienſtleute mit der Baulebung nicht beſchweret. Waren alle Miniſteriales zinspflichtig, und die mehreſten adelichen Geſchlechter, Fürſten und Herren mit Dienſtpflicht zugethan, woher rühret es denn, daß nicht noch heutiges Tages von ſelbigen den mehreſten Fürſtlichen und Gäſ-

lichen

lichen Rent- und Lehncammern dergleichen Zinſen entrichtet werden? Denn ſolche Hebungen läſſet man nicht leicht abkommen. Die Kriegesdienſte des Adels konnten zu neuern Zeiten nicht mehr recht gebrauchet werden, und deßwegen forderte man ſie zu deren Leiſtung ſelten auf. Ihr Geld blieb aber immer gut und nützlich. Viele Freylaſſungen der Miniſterialium ſind nimmer geſchehen. Denn ſonſt würde man ſolche unter der groſſen Menge Urkunden häufig finden, welche durch den Druck bekannt gemacht ſind.

Warum ſollte nicht ſo fern eine Vergleichung zwiſchen Königen und Edelleuten anzuſtellen ſeyn, daß gleichwie jene, alſo auch dieſe der Zinspflichtigkeit ohnerachtet in Ehre und Anſehn leben können. Die Könige vermogten ſich nicht leichter eines Tributs zu entledigen, als die Dienſtleute des Zinſes. Der König von Neapolis muß den Verträgen gemäß den Zelter und das Gold liefern, wenn er belieben ſeyn will, und unter eben dieſer Bedingung forderte man von einigen Dienſtleuten Geldzinſen.

§. XI.

Neuntens ſollen die Miniſteriales den Herrendienſt gleich unſern Bauren geleiſtet haben. Ich erkläre die zu deſſen Beweiß angeführten Stellen von keinen ritterlichen Dienſtleuten, ſondern von gemeinen Bauren. Herr *Semler* wendet aber p. 31. dawider ein, die Prumiſchen Scararii, oder Miniſteriales, hätten mit ihrer Freyheit gepralet, und Lehne beſeſſen, welches von Bauren nicht geſaget werden könne. Allein auch dieſe genieſſen vielfältig beſondere Freyheiten vor anderen ihres gleichen. Es finden ſich groſſe Baurenhöfe, deren Innhaber man Schulzen und Meyer nennet, und denen andere Bauren dienen müſſen. S. Hrn. Oberappellationsrath *Puſendorf* T. II. Obſ. 184. Auch fehlet es in Deutſchland an vielen Feudis emphyteuticis und cenſualibus ruſticorum nicht. Daß dergleichen die Prumiſchen Miniſteriales geweſen, erhellet aus dem Regiſtro Prumienſi ganz deutlich. Das Wort Scara bedeutet nicht nur eine Cohortem & aciem bellatorum, ſondern auch Herren oder Frohndienſte, welche man noch heutiges Tages in Bayern Schaarwerk nennet. S. *Schilter* in Gloſſario Teutonico Theſaur. Antiquit. Tom. III. p. 710. Daß es allhier im letztern Verſtande genommen werde, daran laſſen mich folgende Stellen beſagten Regiſtri nicht zweifeln. Es heiſſet darin Cap. 5.: Scaram facere eſt D. Abbati, quando ipſe juſſerit, ſervire, & nuntiam ejus ſive litteras ad locum ſibi determinatum deferre. Die Scararii muſten demnach ſich Botenweiſe verſchicken laſſen. Dieſes beſtärket das Cap. 66. alſo: Scaram facit cum pedibus, angariam unam, und Cap. 68. folgender Geſtalt: Wactas facit ſcaram pedeſtrem, angarias duas, colligit fœnum & anonam & vindemiam & linum in orto lectum, auch Cap. 97.

Leiſteten nimmer Dienſte gleich den Bauren.

Scaram

Scaram facit ubi ei præcipitur. Wactas facit; und C. 115.: Scaram facit, cum ſuo caballo ad Prumiam, & portat aut 6. Tarciles aut 8. camſiles, aut 6. ſulmones. Auch das Dröſchen und Schweinehüten gehörete zu der, den Scarariis obliegenden Arbeit. Denn wir leſen eben daſelbſt: Vadit ac Scaram dominicam & battit de avena modios 10 & ducit ad manſionem - - debet tres dies in ebdomada poſt meridiem in ſcaram dominicam battare, reliquum tempus tres dies operari. Brazant & coqunt. Debent porcos cuſtodire in paſtu ſimul cum porcario. Ducunt ſuales ad Prumiam. Kann man ſich vorſtellen, daß dergleichen Arbeit vom Kloſter Prüm der ritterlichen Würde fähigen, und mit ſelbiger vielfältig begabten Männern angemuthet worden? Warum werden denn aber die Scararii in oft angeführtem Regiſtro miniſteriales genannt? Dieſe Frage beantwortet der Herr Vicecanzler *Eſtor*, wenn er in Obſervat. Jur. Feud. p. 22. gründlich lehret, miniſterialem, Germanis einen Dienſtmann, interdum dictum ordinis ſervilis hominem, qui operas ruſticas praeſtabat. Verum hunc ſignificatum non adeo frequentem eſſe in medio aevo; und nichts iſt gewiſſer als dieſes. Beym *Hund* Metrop. Salisburg. T. II. p. 22. verordnete Herzog Henrich von Bayern im Jahr 1256.: Si quis de familia ipſius eccleſiæ, militaris vel ruſticana perſona, mulierem de noſtra familia duxerit, & liberos ex ea genuerit, primogenitus ipſorum attineat eccleſiæ reliqui vero pueri aequaliter dividantur. Man nannte geringe Dienſtleute die familiam minorem. S. *Herrgott* Genealog. Habsburg. Vol. II. p. 108. und dieſe wird von den honoratis ſervitoribus unterſchieden beym *Schannat* Hiſtor. Fuld. Cod. Prob. p. 156. Die adelichen Dienſtleute ſind in dem Regiſtro Prumienſi nicht vergeſſen. Es thut Cap. 88. Meldung der Heredum Garſili militi, qui erat miniſterialis eccleſiae. Dieſe beſaſſen klöſterliche Güther zu Kerpen, als ein Afterlehn des Comitis Hoſtadienſis. Selbige waren Zins- und Dienſtpflichtig. Der Rittersmann leiſtete aber ſolche Zinſe und Dienſte nicht, ſondern ſie wurden ihm vielmehr von den darauf geſezten Bauren entrichtet. Am Ende des Regiſtri findet ſich eine Liſte der Hominum nobilium Prumienſis eccleſiae, auch der Miniſterialium infeodatorum, welche keine kleine Baurenhöfe, ſondern ganze Curias inne hatten, und deren in dem Regiſtro nicht ſo umſtändlich, als der Scharpflichtigen Güther, Meldung geſchehen. Wie kann man ſich auch von den adelichen Dienſtleuten verächtliche Begriffe machen, und ſie den Scarariis gleich halten, da jene ſo oft ausdrücklich geehrte Männer benannt ſind. In einem Briefe Biſchof Bertholds zu Würzburg vom Jahre 1283. beym *Schannat* d. l. p. 212. leſen wir: Praeterea promittimus, quod ad opidum Geylenhauſen duos de noſtris canonicis, vel duos *honorabiliores de noſtris miniſterialibus* deſtinabimus, und beym *Pez* Theſaur. Anecdot. T. VI. P. I. p. 443.

wer-

werden in einem Briefe des Marggraf Ottocars von Steyermark vom Jahr 1165 die Dienſtleute vom gemeinen Manne folgendermaſſen unterſchieden: Si quis vero noſtræ conſtitutionis edictum recognoſcens contemptor temerarius extiterit advocati loci, ſi liber vel miniſterialis eſt, decem libras componat, ſi de ordine plebejo eſt 30 ſolidos perſolvat. Dem Abt zu S. Emeran ertheilte Kaiſer Friederich im Jahr 1153. das ſpeciale privilegium dignitatis, ut in ordinem & jus poſſit promovere miniſterialium, quemcunque de familia tali honore judicaverit eſſe dignum. S. *Hund* d. l. p. 262. Im Jahre 1304. hieß der Eichſtettiſche Erbcämmerer Geyſericus de Oettingen. Von dieſem ſchreibet Biſchof Conrad quod idem officium majori quodam ampliationis honore ſublimare voluerit, und dennoch war er ein Dienſtmann, deſſen Erben dieſes Amt nur alsdenn zu Theile werden ſollte, dummodo Epiſcopo & eccleſiæ jure miniſteriatus teneantur obſtricti. S. *Falkenſtein* d. l. p. 122. 124. In der Hannöverſchen Gelehrten Anzeigen vom Jahre 1751. 99ten Stück habe ich mehrere Beweisthümer beygebracht, daß die Miniſteriales geehrte Leute geweſen.

§. XII.

Ich habe bisher den Beweis dererjenigen geprüfet, deren Begriffe von den adelichen Dienſtleuten den Meinigen ſehr ungleich ſind, und will nunmehro den Gegenbeweis führen, mithin darthun, daß die Miniſteriales geehrte, in groſſem Anſehen lebende Männer geweſen, welche an den wichtigſten Regierungs-Geſchäften ihrer Herren Theil gehabt, maſſen 1) deren Rath begehret worden, wenn man Geſetze gemachet, und andere Staatsſachen behandelt hat; 2) Die Verträge der Fürſten und Herren, inſonderheit aber der Geiſtlichen, mit ihrer Genehmhaltung beſtätiget; und ſelbige 3) in die höchſte Gerichte aufgenommen ſind. Sie wähleten auch 4), nebſt den Domherren, die Biſchöfe, bothen 5) ihren Herren öfters den Kopf, und waren mächtig; Wie dann 6) nicht die ärmeren, von andern gering geachteten adelichen Geſchlechter, ſondern diejenigen, ſo die gröſten Güther und erblichen Würden erlanget haben, Miniſteriales geweſen. Sie waren von groſſem Vermögen.

Ich ziehe aus dieſem allen den Schluß, daß die Dienſtpflicht weder eine Landſäſſerey, noch eine ohnumſchränkte Gewalt der Dienſtherren, in Abſicht auf die Ritterſchaft, mit ſich geführet hat, und bemerke endlich, daß, da ſie dem Adel längſt erlaſſen worden, auch heutiges Tages ihre Würkungen, ſie mögen beſchaffen geweſen ſeyn, wie ſie wollen, hinwegfallen müſſen.

§. XIII.

Halfen ihren Herren die Regierung führen.

Die Dienſtleute halfen erſtlich ihren Herren das Regiment führen. Denn man begehrte ihren Rath und Einwilligung, wenn neue Geſetze und Ordnungen gemachet werden ſollten. Beym *Schannat* Hiſt. Wormat. T. II. p. 44. befahl Biſchof Burchard zu Worms Ao. 1024. cum conſilio cleri & militum *& totius familiæ* ſcribere leges, ne aliquis advocatus aut vicedominus, *aut miniſteriales* familiæ novi aliquid inferre poſſit, ſed una eademque lex diviti & pauperi ante oculos prænotata omnibus eſſet communis; und im Jahre 1200. geſchahe in der Grafſchaft Hennegau eine Declaratio legum communi conſenſu & conſilio ac deliberatione ſanaque recordatione virorum nobilium & *miniſterialium* ad Comitatum Hainoenſem pertinentium, beym *Marterne* in Theſ. Anecdot. T. I. p. 796. Im Jahre 1259. erklärte Biſchof Gerhard beym *Vogt* in Monum. Bremenſ. p. 254. die Rechte der Stadt Verden de conſenſu Capituli ac *Miniſterialium* ſuorum. In dem Privilegio Margraf Ludewig von Brandenburg vom Jahre 1349. beym *Hund in* dem kurzen Auszuge etlicher hiſtoriſcher Obſervationen, welche der Herr von *Piſtorius* ſeinen Amœnitatibus Hiſtorico-Juridicis P. IV. p. 827. einverleibet hat, heiſſet es aber: „Daß wir mit unſern Rath und *unſern Dienſtleuten*, überall zu Rath worden ſeyn, daß wir in unſerer Herrſchaft zu Tyrol ſogtan neu Recht ſetzen und beſtättigen wollen.“ In Graf Conrads von Lützenburg Diplomate de advocatia Abbatiæ S. Maximini vom Jahre 1135. beym Herrn von *Hontheim* Hiſtor. Trevir. Tom. I. p. 528. wurde verſehen, nullum miniſterialem a conſilio vel a menſa Abbatis arceri debere, und es heiſſet in einer Corveyiſchen Urkunde vom Jahre 1149. beym *Trever* im Anhange der Münchhauſiſchen Geſchlechtshiſtorie p. 3.: Huic ergo petitioni Dominus Abbas non abnuens, elegit ex miniſterialibus ſuis octo, videlicet Carolum Senem, Elvericum Comitem, Heinricum de Riten, Heinricum de Lintem, Godescalcum de Godenleveſſe, Brudonem, Udonem, Reimarum, quos hujus reconciliationis conſiliarios conſtituit, ut quicquid iſti ſecundum honeſtatem ſuam & eccleſiæ in conſilio invenirent, ipſe ſequeretur. Als auch im Jahre 1217. Graf Rudolf von Habsburg einen Vergleich zwiſchen dem Kloſter Einſiedel und denen von Schweitz ſtiften wollte, nahm er zu ſich ſeine guten Rathgeber, Berchtold von Schnabelburg, Arnold von Werth, R. von Wediswilln, und andere ſeine Dienſtleute. S. *Herrgott* Genealog. Habsburg. Tom. II. p. 224.

§. XIV.

Dieſe machten

Die errichteten Verträge der Fürſten und Herren, inſonderheit der Geiſtlichen, erforderten zweytens ihrer Dienſtleute Genehmhaltung. Beym *Schan-*

Schannat Hiſtor. Fuld. Cod. Prob. p. 152. findet ſich ein Tauſchbrief, der im Jahre 1015. zwiſchen König Henrich II. und Bobbo, Abten zu Fulda, cum aſſenſu & voluntate omnium fratrum militum & *ſervientium* errichtet worden, und beym *Ludewig* in Chron. Reicherſp. p. 263. ſtehet ein Concambium vom Jahre 1153. welches Conrad, Biſchof zu Paſſau, mit dem Kloſter Reichersperg ex conſenſu cleri & *miniſterialium* ſuorum beliebet hat. Eben dieſes thaten beym *Schannat* Hiſtor. Wormat. T. II. p. 93. Lupoldus, Biſchof zu Worms, im Jahre 1199. conſilio & aſſenſu *Miniſterialium* ſuorum, und im Jahre 1213. beym *Herrgott* Geneal. Habsburg. Cod. Prob. p. 206. der Abt zu Murbach conſenſu fratrum & *miniſterialium* ſuorum. In einer ſehr merkwürdigen Verordnung König Friederichs II. beym *Hund* Metrop. Salisb. T. II. p. 407. heiſſet es: Super quo facta a nobis inquiſitione, per ſententiam Principum & ſubſequutionem tam Nobilium quam Baronum atque Miniſterialium omnium, qui aderant, judicatum eſſe: Nullum principatum poſſe vel debere, nomine vel cujuscunque ab alienationis ad aliam perſonam transferri ab imperio, niſi de mera voluntate & aſſenſu Principis præſidentis *& Miniſterialium ejusdem principatus.* In dem Ao. 1231. errichteten Vergleiche beym *Schannat* Diœceſ. Fuld. p. 274. leſen wir: Dominus Epiſcopus Herbipolenſis pro ſe & ſua eccleſia mandato & voluntate & conſenſu ſui capituli & *miniſterialium*, & Dominus Abbas Fuldenſis pro ſe & ſua eccleſia mandato & voluntate & conſenſu ſui capituli & *miniſterialium* taliter convenerunt. Die Abbatiſſin Gertrud zu Quedlinburg beliebte beym *Kettner* d. l. p. 272. den Landgrafen von Thüringen im Jahr 1241. mit Duderſtädtiſchen Güthern habitu conventus, nec non *miniſterialium* & fidelium ſuorum & aliorum prudentum conſilio, und in eben dieſem Jahre löſete ſie die Advocatiam in Ditforde ein, habito conventus & *miniſterialium* nec non fidelium ſuorum conſenſu & aſſenſu, wie zu erſehen aus dem *Kettner* d. l. p. 276. Im Jahre 1244. gab der Biſchof zu Straßburg dem Grafen von Kyburg ein Lehn de communi conſenſu capituli & *miniſterialium*, beym *Herrgott* d. l. p. 275. Im Jahre 1248. verordnete beym *Schannat* Vindem. liter. Coll. II. p. 123. Biſchof Heinrich zu Bamberg, ne aliquis de capitulo *vel miniſterialibus*, conſenſum præbeat, & favorem, ut prædicta caſtra & bona infeodentur vel alienentur. Im Jahre 1294. kam ein, beym *Falckenſtein* in Cod. Diplomat. Antiquit. Nordgav. p. 95. befindlicher Tauſchcontract zwiſchen den Biſchöfen zu Regenſpurg und Eichſtedt zu Stande, de capituli *miniſterialium* ac fidelium eccleſiæ, nec non aliorum, quorum intererat, voluntate, conſilio & aſſenſu, und im Jahre 1259. verkaufte der Graf von Habsburg dem Kloſter Wettingen beym *Herrgott* pap. 352. einige Güther, vaſallorum & *miniſteriailum* conſilio,

mit ihrer Genehmhaltung Verträge.

im Jahr 1300. aber die Quedlinburgiſche Aebtiſsin, Bertradis, die Neuſtadt dem Grafen von Regenſtein, conſulente conventu, nec non *miniſterialium* ſuggerente conſilio, wie der Kaufcontract beym *Kettner* d. l. p. 381. ergiebet. Der Vertrag zwiſchen dem Biſchof zu Eichſtedt, und den Eichſtedtiſchen Bürgern wurde auch im Jahre 1317. mit ganzem Rathe des Capituls, der Prälaten und Dienſtleute errichtet. S. *Falckenſtein* d. l. p. 134. In dem Fundationsbriefe des Kloſters Breitenau vom Jahre 1123. beym Herrn Cammergerichtsaſſeſſor von *Gudenus* Cod Diplom. p. 60. 61. leſen wir: Comes Wernherus Advocato de militibus ſuis Engelboldo jus & poteſtatem, quam ipſe habebat de dando & contradendo cœnobio dedit, fidei ſuæ committens, ut communicato conſilio cum uxore ſua & Abbate & *miniſterialibus ad locum pertinentibus*, ſi forte ipſe de ſubito non eſſet, omnes pariter hoc inde providerent, quod ipſe pro remedio animæ ſuæ & parentum ſuorum in eodem loco Deo obtulerat, ne impoſterum periret -- Sic ſupradictus miles Engelboldus, petente uxore Comitis & Abbate loci, *cum miniſterialibus*, ipſum cœnobium cum omni poſſeſſione ſua B. Martino ſtabili & perpetua traditione donavit. In Torquati Serie Pontificum eccleſiæ Magdeb. beym *Mencken* Rer. Saxon. T. III. pag. 281. heiſſet es: Iſte Conradus tertio ſui Pontificatus anno (1137.) cum Imperatore ad Italiam perrexit, ſecum ab eccleſia LII. libras auri quadrantem & pondus octo denariorum auri deferens pro uſibus ſuis & impenſa, de conſenſu tamen Cleri, & Comitum Rudolfi & Bernardi ceterorumque laicorum nobilium & *miniſterialium* ea conditione, ut hæc ſumma æquali æſtimatione reſtitueretur. Im Jahre 1138. beſtätigte Erzbiſchof Conrad I. zu Salzburg beym *Pez* in Theſ. Anecdot. T. III. P. III. pag. 532. dem cœnobio Admontenſi ſeine Privilegia Prælatorum & majoris eccleſiæ Canonicorum, nec non *Miniſterialium* unanimi conſilio & aſſenſu. Im Jahre 1157. gab Erzbiſchof Arnold zu Mainz beym Herrn von *Gudenus* d. l. p. 225 dem Beringero das Caſtrum Gamburg, communicato conſilio fidelium ſuorum *tam miniſterialium*, quam aliorum, und im Jahre 1158. Erzbiſchof Hillinus zu Trier, beym *Hontheim* Hiſtor. Trevir. T. I. 58. dem Grafen von Luxenburg, de liberato Eccleſiae ſuæ liberorum & *miniſterialium conſilio*, das Schloß Naſſau zu Lehn. Im Jahre 1161 that Erzbiſchof Eberhard zu Salzburg dem Kloſter Reicherſperg eine Schenkung, collaudatione fratrum ſuorum clericorum & fidelium laicorum *miniſterialium*, wie aus dem Chron. Reicherſperg. beym *Ludewig* Scriptor. Bamberg. T. II. p. 279. erhellet. Im Jahre 1192. erhielt das Kloſter Burgbreitungen beym *Kuchenbecker* in Anal. Haſſiac. Collect. XII. p. 326. vom Abt Siegfried zu Hirſchfeld die Freyheit, einen Abt aus den Mitteln des Convents zu erwählen, habito fratrum, fidelium quo-

quoque, & *miniſterialium* eccleſiae ſuae conſilio, und in eben dieſem Jahre ſchenkte Wolckerus, Biſchof zu Paſſau, beym *Duellius* in Excerptis Genealog. Hiſtor. p. 33. dem Kloſter St. Pölten einige Gebäude, conſenſu Cathedralium ſuorum atque *miniſterialium*. In einer über die Magdeburgiſchen Lehne der Marggrafen von Brandenburg im Jahre 1193. ertheilten Urkunde Kaiſer Heinrichs VI. beym *Ludewig* in Reliqu. MSc. Tom. XI. p. 604. lieſet man: Hanc autem conſtitutionem Archiepiſcopus, data fide, canonici majores, & quinquaginta miniſterialium cum horum filiis & fide & juramento interpoſitis firmaverunt. Im Jahre 1198. beym *Gudenus* T. II. p. 28. gab Cunegundis Cometiſſa de Naſſowe eccleſiae St. Nicolai in Arenſtein decimam, *univerſorum* ejus *miniſterialium* aſſenſu conſilioque inducta, und im Jahre 1199. beym *Herrgott* d. l. p. 206. der Abt zu Murbach dem Coenobio Montis Angelorum einige Oerter, Fratribus & *miniſterialibus eccleſiae inſimul conſentientibus*, nicht weniger Erzbiſchof Siegfried zu Mainz beym *Joannis* Rerum Moguntiacarum Vol. II. p. 472. Ao. 1220. den Canonicis S. Petri eine Parochiam, de conſenſu praelatorum & totius capituli majoris eccleſiae accedente etiam conniventia aliarum eccleſiarum, *nec non & miniſterialium*.

Man wendet zwar hierwider ein, es würde an manchem Orte auch des gemeinen Volks Einwilligung zu den wichtigſten Geſchäften erfordert, und doch zähle ſolches niemand dem Adel bey. Der Unterſchied zwiſchen beyden Fällen iſt aber handgreiflich. Wenn alle Bürger und Mitglieder des gemeinen Weſens am Regiment Theil haben, ſo giebet ihnen ſolches kein Vorrecht vor andern, weil ſie alle mit gleicher Würde und Gewalt begabet ſind. Wohl aber erlanget der geringere Theil des Volks durch eine ſolche Zuziehung vorzügliche Ehre. Die wenigſten Unterthanen eines Fürſten waren Dienſtleute. Da nun ſelbige, und die Capitul in den Stiftern, mit Ausſchlieſſung ſo vieler andern, zu Rathe gezogen, und ohne ihre Einwilligung nichts wichtiges vorgenommen wurde, ſo erhielten ſie einen Vorzug, welchen kein gemeiner Bürger in den Democratien hat.

Ob ſolcherwegen die Dienſtleute dem Adel beygezählet worden, iſt ein Wortſtreit. Zum hohen Adel, der aus Fürſten, Grafen und Herren beſtund, gehörten dieſelben nicht. Deswegen aber fehlete es ihnen an keiner ſolchen Würde, welche ſie über die mehreſten andern Unterthanen erhob, und dieſe vererbten dieſelbe auf ihre Kinder, mithin ſtund ihnen allerdings ein erblicher Adel zu. Hier iſt aber nicht nur die Frage vom Ehrenſtande, ſondern noch mehr von der Dienſtleute Unterwürfigkeit, und daß dieſe nicht die gröſte geweſen, erweiſet ihr Anſehen, welches ſelbſt der Fürſtlichen Gewalt Schranken ſezte. Von dem

geringſten Pöbel kann man nicht ſagen, daß er in einer wahren Knechtſchaft lebet, wenn die Obrigkeit ohne ſeine Einwilligung die wichtigſten Regierungsgeſchäfte nicht verrichten darf.

§. XV.

Sie ſaſſen in den höchſten Gerichten des Landes.

Drittens ſaſſen die Dienſtleute in den höchſten Gerichten, von welchen geringere verächtliche Leute ausgeſchloſſen waren. Beym *Martene* in Theſ. Anecdot. Tom. I. p. 189. leſen wir in einer Urkunde vom Jahr 1060.: Conceſſimus igitur ut Advocatus (Virdunenſis) ad tria annualia placita veniat & cum majore poteſtatis etquae ſcabinis aliisque miniſtris ea legitime inſimul teneat, & juſtitias ibi factas communiter ipſe & *miniſteriales* pro poſſe pauperum determinet. Die Confirmatio privilegiorum Cartuſiae Seitzenſis de 1185. beym *Pez* Theſaur. Anecdot. P. II. p. 39. verordnet: Interdicimus quoque, - - ne quis officialium noſtrorum ſ. judicium, *nec non miniſterialium* tractatibus ſ. cauſis in exercendis judiciis contra homines eorum aliqualiter ſe immiſceat, niſi rogatus, und im Jahr 1227. beym *Schaten* Ann. Paderb. p. 1019. Erzbiſchof Heinrich zu Cölln: Ex parte utriusque eccleſiae (Colonienſis & Osnabrugenſis) ſex miniſteriales praeficientur, qui inter utriusque eccleſiae miniſteriales decident, ſi quid inter ipſos emerſerit quaeſtionis. In der Sententia arbitrali Erzbiſchof Balduins zu Trier, welche wider den Grafen von Ziegenheim, deſſen Anhänger, und die Bürger zu Fulde im Jahre 1331. gefället wurde, heiſſet es: „Hait der Abt mit der Stadt oder mit den Bürgern icht zu ſchaffen, dat mag her vorderen, als ſine Scheffen und Dienſtmann deilent, und ſprechint, als it von aldir herkommen iſt." S. *Shannat* Hiſtor. Fuld. Cod. Probat. p. 248. Daß auch die Dienſtleute, als Pares curiae, in Lehngerichten zugelaſſen worden, lehret der Herr Vicecanzler *Eſtor* in ſeinem Buche de Miniſterialibus §. 215., und es beſtärkt ſolches eine Urkunde beym *Schannat* Client. Fuld. p. 261., welche ergiebet, „daß Stamm von Schlitz genannt von Görtz des Stifts zu Fulda Marſchall, das Manngericht als geſatzter Richter mit des Stifts ehrbern rittermäßigen Mannen beſeſſen hat." Da denn ſonder Zweifel die Beyſitzer gleich dem Richter Dienſtleute geweſen. Daß man auch dieſe in den Wormſer Gerichten gefunden, lehret *Schannat* Hiſtor. Wormat. p. 217. 374. und in Cod. Probat. p. 261.; welches von den Gandersheimiſchen Dienſtleuten gleichfalls bemerket Herr *Harenberg* in Hiſtor. Gandersh. p. 428. Von dem Osnabrückiſchen Vogt lieſet man beym *Kress* in den Beylagen der Erläuterung des Archidiaconalweſens p. 163. in einer Urkunde vom Jahre 1237.: Inſtitutio vero advocati per Epiſcopum fiet de anno in annum ita tamen, *quod miniſterialem eccleſiae*, ſive militem, ſive Burgenſem, ſive ſervientem inſtituet, inſtitutus vero ter in anno ſolenniter advocationis praeſide-

ſidebit judicio, niſi publici exceſſus ſaepius requirant judicium. Ueber der Gerichtbarkeit zu Langatun entſtund im Jahre 1256. ein Rechtsſtreit zwiſchen dem Kloſter St Urban und dem Dienſtmanne genannt Luternowe, S. *Herrgott* Geneal. Habsb. T. II. p. 329., welches nicht geſchehen können, wenn dieſer deren unfähig geweſen wäre. Daß die von Bortfeld Miniſteriales geweſen, erhellet aus *Kettners* Antiquit. Quedlinburg. p. 338. S. auch unten §. 19. Gleichwohl war Burchard von Bortfeld Beyſitzer eines in Gegenwart Biſchof Magnus zu Hildesheim Ao. 1425. gehegten Gerichts. S. meine Obſervationes Juris & Hiſtoriae Germanicae Obſ. 5. §. 3. In ſelbigen habe ich Obſ. 2. §. 5. und 9. bemerket, daß die von Steinberg den Miniſterialibus beygezählet ſind. Demohngeachtet war Johann von Steinberg im Jahre 1498. Marſchall oder Richter des ganzen Braunſchweigiſchen Adels, wie *Rethmeyer* in der Braunſchweig-Lüneb. Chronic. p. 837. meldet. Es räumet auch Herr *Eſtor* in *Kuchenbeckers* Anal. Haſſiac. Collect. 3. p. 99. ein, daß die Miniſteriales als Schöppen in die Gerichte aufgenommen worden, und Herr Conſiſtorialrath *Grupen* in Obſ. p. 212. bemerket, daß ſie mit den Schöppen, auch ohne dieſelben, Cauſas forenſes entſchieden haben, und zwar ſowohl über Comminiſteriales, als über ſchöpfenbare Freyen.

§. XVI.

Viertens wurden die wichtigſten Hofämter durch Dienſtleute verwaltet, die ſich Herr *Semler* ganz unrecht als ſchlechte Haus-Knechte vorzuſtellen ſcheinet, wenn er p. 23. ſchreibet, eos praeter ſervitia ſuſcipienda, ſi opus eſſet, pejoris militiae, officia domeſtica praeſtitiſſe, quibus perpetuo fuerint adſtricti. Die Marſchalle, Cämmerer, Truchſeſſe und Schenken, auch wohl andere Hofbediente übten eine ſolche Gewalt an den Höfen, daß man ſich viele Mühe geben muſte, ſie einzuſchränken. Nach eines Biſchofs Tode eigneten ſie ſich ſeinen ganzen Hausrath zu. Kaiſer Friederich unterſagte es den Hildesheimiſchen Hofbeamten im Jahr 1226. S. Herr *Harenbergs* Hiſtoriam Gandersheim. p. 429. Sie kehreten ſich aber vermuthlich nicht viel daran, weil Biſchof Otto es für nöthig fand, ihren Verzicht auf dieſes Recht im Jahr 1268. auszuwirken, der ſich beym *Mader* Antiq. Brunſuic. p. 262. 263. findet. Den Droſten bewegte Biſchof Siegfried mit 170. Mark, ſein Amt fahren zu laſſen, quia multa in commoda in victualibus ab eo ſuſtinebat. S. das Cronicon Hildesh. beym *Leibnitz* Rer. Brunſuic. T. I. p. 651. und als der von Bock hinwieder damit beliehen wurde, erforderte Biſchof Gerd ausdrücklich von ihm, daß er das Amt nach ſeinem und ſeiner Nachkommen Willen und Bequemlichkeit üben, und ihnen damit nicht zu Unwillen ſeyn ſolle. Man ſezte es ſogar in die Biſchöfl. Wahlcapitulation, daß

Verwalteten die gröſten Aemter bey Hof.

wenn

wenn der Dapiferatus erlediget würde, er nicht wieder zu verleihen ſey, niſi ex communi conſenſu capituli. Auch klebte dem Cämmereramte vielfältig eine Gerichtbarkeit an. Siehe dieſer Nebenſtunden P. III. Jnandern Stiftern waren die Dienſtleute eben wenig in einer groſſen Unterwürfigkeit. Deßwegen muſte Kaiſer Henrich VI. im Erzſtifte Bremen verordnen: Nullus officialium aliquid ſibi dicere juris poteſt in rebus Epiſcoporum morientium. S. *Lunigs* Spicil. eccl. I. Theil im Anhang p. 108. Wibold Abt zu Corvey brachte beym *Schaten* Ann. Paderborn P. I. p. 783. folgende Klage im Jahre 1150. an den König Conrad: Dapiferi & Pincarnae & reliqui, qui miniſterii locum in domo Corbeienſis Abbatis tenent, *quam dignitatem* vulgari nomine officia appellant, quasdam abuſiones in eisdem officiis ſibi uſurpaverunt, ut videlicet omnia victualia, & univerſam ſubſtantiam domus Domini ſui ſub cuſtodia ſua teneant, & cui placuerit eis, *inconſulto domino* ſuo, eadem bona ſervanda, & paſſim diſtribuenda conferant, tantamque poteſtatem in iſtis officiis ſibi aſſerere conantur, *ut dominis ſuis palam, & quaſi de jure ſuo prohibeant*, ne claves & cuſtodiam rerum ſuarum alicui committant. Solent enim de rebus dominorum ſuorum proprias familias alere, ac milites paſcere in tantum, *ut in propriis dominus plerumque aut tanta aut etiam plura quam domini ſui de facultatibus eorum*, *quas debuerant ſervare*, *expendant*, & in diſſipandis bonis eorum modum omnino nullum teneant. Der Spruch fiel dahin aus, ut Abbati Corbeienſi liceret claves & cuſtodiam rerum ſuarum committere absque conſilio Dapiferi & Pincernæ, cuicunque voluiſſet. Dapifero autem & Pincernae tale judicium adinvenerunt, ut in victualibus domini nullam poteſtatem dandi absque voluntate ipſius prorſus habeant, ſed, cum domino ſuo ſecundum debitum officii ſui ad menſam ſervierint, *hanc dignitatem de officio ſuo conſequantur*, ut, refecto domino, ad menſam ejus cum cæteris miniſtris de bonis domini ſui reficiantur, & præter hanc nullam aliam poteſtatem de rebus ipſius excerceant. Daß dieſe Truchſeſſe und Schenken, welche das Herz hatten, ſich eine ſo übermäßige Gewalt anzumaſſen, unſern Hof-Laquaien nicht gleich zu achten ſind, wird hoffentlich ein jeder, der die Sache ohne Vorurtheile anſiehet, leicht begreiffen.

§. XVII.

Erwählten die Biſchöfe.

Wie groſſen Theil fünftens die Miniſteriales an den Biſchöfl. Wahlen gehabt, iſt in dieſen Nebenſtunden P. I. gezeiget. Es erzählet auch *Schannat* in Hiſtor. Fuld. p. 155. Regem Ao. 1075. Ruthardo baculum paſtoralem Fuldenſem tradidiſſe, obnixe flagitantem, ut ceteri tam monachi, quam & Fuldenſis eccleſiae milites & *miniſteriales* in ejus electionem libere conſentire vellent. Jm

Jahre

Jahre 1148. befahl der Pabſt Eugenius, den Monachis Liberis, & *Miniſterialibus* eccleſiae Fuldenſis de alio clauſtro Abbatem eligere S. *Schannat* d. l. p. 173. Wir leſen in Chronico Salisburg. beym *Caniſius* Antiquar. Lect. T. VI. p. 1268. Papam Ao. 1247. ad petitionem Capituli & *miniſterialium* electionem a D. Philippo factam confirmaſſe; Und als im XV. Jahrhundert Erzbiſchof Burchard zu Salzburg propter modicam tribulationem quorundam ſuorum *miniſterialium* ſich des Erzſtifts begeben wollte, riethen ihm ſeine Conſiliarii, ut rem tam arduam cum conſilio ſui capituli & *miniſterialium* prius ageret, ac tractaret. S. das Chronicon Saltzburg. beym *Duellius* in Miſcellaneis Lib. II. p. 157. 158. Hieraus erhellet klärlich, daß nicht nur die von Dienſtleuten entſproſſene Domherren, ſondern auch die Dienſtleute ſelbſt, welche Layen und Ritter oder Ritterbürtige waren, zur Wahl gezogen ſind. Anfänglich hat man zwar auch das Volk davon nicht ausgeſchloſſen. Es geſchiehet aber, wenn dieſes gefraget iſt, vielfältig des Conſenſus Miniſterialium & plebis Meldung, mithin werden jene von geringen Leuten ſorgfältig unterſchieden.

§. XVIII.

Durften ſich wohl ihren Herrn widerſetzen.

Dieſe Dienſtleute ſind fünftens nicht bloſſe Räthe geweſen, deren Meynung der Herr jedesmal nach Willkühr befolgen, oder verwerfen können. Sie behinderten durch ihren Widerſpruch manches Geſchäfte, und heiſſet es in einer Urkunde Erzbiſchof Conrads zu Salzburg vom Jahre 1144. beym *Ludewig* Scriptor. Bamberg. T. II. p. 255.: Sed illud privilegium non eſt firmatum per clericorum noſtrorum ſubſcriptiones, vel conclaudationem, quin potius caſſatum eſt, per eorum contradictionem, & *miniſterialium noſtrorum publicam reclamationem.* Dieſelbe widerſezten ſich auch öfters thätiglich, und führten mit ihren Herren Krieg. Es meldet das Chronicon Huxarienſe beym *Paulini* Rer. Germ. p. 46. ad Ao. 1176.: Amelunxiani miniſteriales monaſterio & urbi multa facientes damna, & vineas, agros, paſcua vaſtantes ubique exercebant malitiam ſuam; und im Jahre 1202. ſchrieb der Thüringiſche Adel (worunter ſich viele Dienſtleute fanden) dem Landgrafen Feindſchaft zu. S. *Spangenbergs* Sangerhauſiſche Chronic in *Buders* Sammlung p. 32. Es meldet das Chronicon Clauſtro-Neoburgenſe ad Ao. 1237. beym *Pez* Scriptor. Rer. Auſtriac. Tom. I. p. 457. Poſtea propter multas inſolentias & enormitates ſuas Wiennenſes & aliæ civitates & miniſteriales in utroque principatu coeperunt ſe opponere ei; und ad an. 1239. p. 458.: Majores tam in Auſtria quam in Styria miniſteriales ac civitates fortiter reſiſtebant ei, quia Ducis fidei ſe committere non audebant; Das Chronicon Salisburg. ad an. 1258. beym *Pez* d. l. p. 366. aber: Epiſcopus Brixinenſis cum miniſterialibus ſuis gravem habens guerram, eos, ubi poterat, laeſit, &

vaſtavit, & ipſi verſa vice civitatem Brixinenſem igne totaliter cremaverunt; und das Cronicon Clauſtro-Neoburgenſe ad. an 1295. p. 473.: Cum miniſteriales tam Auſtriae quam Styriae reſiſtentes contra eum in Stochrau & in Trebenſe ſimul convenerunt, ut niſi conſiliis eorum annueret, & Swevos, quos nimium dilexit, de terra ejiceret, eum pro Domino hebere nollent; auch das Chronicon Magdeburg. beym *Meibom* Rer. Germ. T. II. p. 337. ad an. 1314.: Burchardus Archiepiſcopus habuit guerras cum miniſterialibus Eccleſiae -- Dum Marchio Brandenburgenſis adveniens ſe interpoſuit placitando pacem & amicitiam inter partes. Es erhellet ferner aus dem Chronico picturato ad an. 1388. und der Brevi Narratione belli, quod Dux Magnus cum Luneburgenſibus geſſit, beym *Leibnitz* Rer. Brunsvic. T. III. p. 390. 675. daß die von Steinberg und von Schwicheldt Herzog Berend von Lüneburg in einer Fehde gefangen bekommen, und zu Bodenburg verwahret haben. An. 1380. waren die von Schlitz, von Buchenau, von Stein, und von Tanne mit dem Stift Fulda in einer Fehde begriffen, S. *Schannat* Hiſt. Fuld. Cod. Prob. p. 275. und noch im XV. Jahrhundert führten die von Riedeſel, und von Buchenau einen Krieg mit ſelbigen. S. *Schannat* d. l. p. 311. 314. Es vermeynet zwar der Verfaſſer des Berichts vom Adel, daß auch wohl Bauren zu den Waffen gegriffen, und ſich der Obrigkeit widerſetzet hätten. Solches iſt aber nicht von einzelnen Bauren, ſondern von einem groſſen Haufen derſelben geſchehen, dahingegen einzelne adeliche Geſchlechter es gewaget haben, ihre Händel mit groſſen Fürſten und Herren durch den Degen zu laſſen entſcheiden. Die geführten Kriege ſind daher allerdings ein Beweis der Macht und des Anſehens, worin die Dienſtleute in den mittlern Zeiten lebten, mithin waren ſie keine geringe, unter das Joch gebrachte Leute.

§. XIX.

Die reichſte ritterliche Geſchlechter ſtunden in der Dienſtpflicht.

Wenn ſelbige ſechſtens weniger geehrt geweſen, als der übrige niedere Adel, ſo entſtehet nicht zu begreifen, wie dieſer Unterſchied dergeſtalt gänzlich aufhören können, daß nicht die geringſte Spur davon übrig blieben. Die Menſchen laſſen nicht leicht die durch die Geburt erlangten Vorzüge fahren. Die alte Fürſten widerſetzen ſich, wenn man ihnen die neuen gleich machen will, und der alte Adel räumet dem neuen ſeine ſämmtlichen Vorrechte nicht gutwillig ein. Die wenigſten Miniſteriales ſind ihrer Dienſtpflicht ausdrücklich und gänzlich entlediget, ſondern es iſt ſtillſchweigend geſchehen, weil ſie mit der Zeit denen Herren unnütz geworden, und dieſe ſich bey denen ihnen verwilligten Landſteuren beſſer befunden, als bey den Kriegesdienſten der Miniſterialium, die ihnen nicht immer zu Gebote ſtunden.

Hät=

Hätten daher in den mittlern Zeiten einige adeliche Geſchlechter für andern Vorzüge gehabt, ſo hätten ſie ſich ſolche nimmer nehmen, und eine völlige Gleichheit des ritterbürtigen Adels einführen laſſen. Die angeſehenſten Geſchlechter ſind Miniſteriales geweſen, von denen keineswegs zu vermuthen, daß aus ihnen die geringſte Art des Adels beſtanden. Es bezeuget ſolches *Horn* in der Handbibliothek von Sachſen P. I p. 31. 32. von denen von Geißmar, von Wangenheim, von Bünau, von Werthern und von Eckſtedt. Beſage eines Briefes vom Jahre 1197. beym *Treuer* im Anhang der Münchhäuſiſchen Geſchlechtshiſtorie p. 7. waren die von Münchhauſen Corveyiſche Miniſteriales, welche die Curiam in Münchhauſen jure officii, quod vulgo Ambecht-Recht dicitur, hatten, und dieſe erhielt nachmals ein Miles de Lippia für ſich und ſeine Erben ea conditione, ut liberi ſui efficiantur miniſteriales eccleſiae Corbeienſis. Im Jahre 1192. ſchenkte Kaiſer Heinrich VI. dem Stifte Paderborn Conradum de Brochuſen cum bonis ſuis in Brochuſen & Odinge beym *Schmink* Monim. Haſſ. P. II. p. 664. und der Graf von Bentheim übergab im Jahre 1300. Stephanum Hake miniſterialem ſuum eccleſiae Hervordenſi beym *Falken* in Tradit. Corbeienſ. p. 753. Kaiſer Konrad der III. nannte Ao. 1140. Gelahum de Ingilnhem miniſterialem ſuum beym *Gudenus* in Cod. Diplom. T. I. p. 122. und unter Herzog Heinrichs des Löwen Miniſterialen fanden ſich Ao. 1154. die von Guſtedt, von Heimburg, und von Wallmoden, beym *Heineccius* Antiquit. Goslar. p. 150. imgleichen im Jahre 1162. beym *Weſtphalen* Rer. Cimbric. T. II. p. 2038. die von Meding, von Hitzacker und von Bremer. Aus den Originibus Guelficis T. III. Probat. p. 551. 563. 627. 696. 702. 775. 853. 854. und 861. lernen wir, daß Miniſteriales geweſen im Jahre 1183. die von Rautenberg und von Alten, im Jahre 1197. die von Bünau, im Jahre 1203. die von Oberg und von Bortfeld, im Jahre 1211. die von Hitzacker, und im Jahre 1224. die von Veltheim. Eben daſelbſt p. 828. findet ſich eine Commutatio inter Ottonem IV. Imperatorem, & Sifridum Hildenſemenſem Epiſcopum, welche alſo lautet: Nos uxorem Sifridi de Borſem, filiam videlicet *Ludovici* de *Saldere* cum omnibus filiis ſuis & filiabus & uxorem C. Mareſcalci filiam L. quondam Advocati de Dalem, & filium quem modo habet, conceſſimus & dedimus in commutationem Sifrido Hildesheimenſi Epiſcopo & eccleſiae ejusdem loci pro Eckeberto G. Dapiferi primogenito; proximus autem filius, quem praefata Uxor C. Mareſcalci, Deo dante, eſt habitura, noſtro perpetualiter pertinebit dominio. In einer Fuldiſchen Urkunde vom Jahr 1232. beym *Schannat* Hiſtor. Fuld. Cod. Prob. p. 201. heiſſet es: Inſuper ut major certitudo habeatur, quatuor ex miniſterialibus eccleſiae Fuldenſis

cum ipſo Abbate fidem dederunt Gerlacus de Haſilſtein videlicet, de Sliteſe & de Tanne, Symones.

Im Jahre 1186. fanden ſich die von Mandelsloh unter den Miniſterialibus S. *Falke* d. l. p. 852. Der Herzoge zu Lüneburg Albrecht und Johannes milites miniſteriales waren im Jahre 1266. Otto Magnus, Gerhardus de Bortfelde & Wernerus de Medinge, beym *Schlöpken* in der Bardewikiſchen Chronik p. 234., im Jahre 1249. aber milites miniſteriales eccleſiae Halberſtadienſis, Nicolaus de Hoym & Hinricus de Veltem, beym *Lunig* Spicil. Eccleſ. Contin. I. p. 800. Im Jahre 1257. gab die Abbatißin Gertrud von Quedlinburg Friedrich von Dalen dem Herzoge Albrecht von Braunſchweig, und erhielt dagegen von ihm Ulrichen von Bortfeld. S. *Kettners* Antiq. Quedlinb. p. 338. Noch im XIV. Jahrhundert waren die von Schlitz Fuldiſche Miniſteriales nobiles. S. *Schannat* d. l. p. 236., und im Jahre 1308. Miniſteriales Hildeſienſis Eccleſiae Albertus Bock, Conradus de Saldern & Balduinus de Steinberg. S. meine Obſervationes Juris & Hiſt. German. p. 79. Auch ſchenkte im Jahre 1320. beym *Schannat* Client. Fuld. p. 348. Conrad, Herr von Weinſperg dem Stifte Fulda Utam relictam quondam Conradi dicti Caplan & Agnetem relictam quondam Geroldi de Gemmingen militum cum ſuis liberis utriusque ſexus. In einem Briefe vom Jahre 1325. beym *Grashof* de Originibus & Antiquit. Mulhuſae p. 220. geſchiehet unter den Dienſtleuten Meldung Henrichs von Erfa, und als Osnabrückiſche Miniſteriales werden im Jahre 1237. nahmhaft gemacht die von Horſt, von Haren, und von Bar, beym *Kress* vom Archidiaconalweſen im Anhange p. 163. meldet der Erzbiſchof Rohde in Chronic. Bremenſ. beym *Leibnitz* Rer. Brunſuic. T. II. p. 267. Ivanum de Borch fuiſſe miniſterialem eccleſiae Bremenſis, cujus tota hereditas jure miniſteriali devoluta fuiſſet ad eccleſiam Bremenſem, ſed vaſallos eccleſiae Bremenſis contrariam conſuetudinem introduxiſſe, opponentes ſe, dicentes ubi deficit linea maſculina, ibi ſuccedit foeminia. Da denn inter bona miniſterialia & feudalia kein Unterſchied gemachet wird. Ich vermuthe auch, daß ſelten ritterlichen Geſchlechtern Lehne gegeben worden, ohne ſie zu verhindern, auch die Dienſtpflicht zu übernehmen, und daß daher der mehreſte niedere Lehnadel aus Dienſtleuten beſtanden.

§. XX.

Worin dieſe von der Lehnspflicht unterſchieden geweſen.

Aus dem bisher angeführten ergiebet ſich nun von ſelbſt, daß es zur Entſcheidung der Streitigkeiten, welche zwiſchen einigen Lehnsherrn, und ihren unter dem Reiche unmittelbar geſeſſenen Vaſallen, auch einigen Landesherren und ihren adelichen Landſtänden obſchweben, nichts beyträget, wenn gleich erwieſen würde, daß alle Vorfahren des Adels Miniſteriales geweſen.

Denn

Denn 1) würkete die Dienſtpflicht, worin ſelbige ſtunden, ſo wenig vor Zeiten einen blinden ohnumſchränkten Gehorſam, und machte aus dem Rittersmanne einen Unterthanen, als es die Lehnspflicht heutiges Tages thut, in welcher ſich bekanntermaſſen eine groſſe Menge der Ritterſchaft, wegen ſolcher Güther befindet, die theils ohnſtreitig unmittelbar dem Reiche und theils der Landeshoheit anderer Reichsſtände unterworfen ſind.

Der Unterſchied zwiſchen einem bloſſen Lehmann und demjenigen, welcher zugleich ein Dienſtmann war, beſtund hauptſächlich in der eingeſchränkten Freyheit zu heyrathen, und das Seinige ohne des Dienſtherrn Genehmhaltung zu veräuſſern. Dieſe Einſchränkungen wurden bedungen, damit der Lehnsherr ſich ſeiner Ritterſchaft Treue verſichern, und ſie nicht auſſer Stand gerathen mögte, den ſchuldigen Lehndienſt zu leiſten. Zu ſolchen Pflichten kann ſich jemand ſowohl verbinden, ohne ein Unterthan zu werden, wie mancher Fremder in eines andern als ſeines Landesherrn Kriegsdienſte trit, ohne ſeine Unmittelbarkeit, oder das Recht eines Landſaſſen im Vaterlande zu verlieren. Die Ritterſchaft durfte ſo wenig Bedenken tragen, die beſagte Einſchränkung der Freyheit zu heyrathen ſich gefallen zu laſſen, als es von einigen Zünften geſchiehet, die ſolche durch Verträge eingeführet haben, in der Abſicht, ihre Töchter bey den Nachbaren leichter anzubringen. Die unterſagte Veräuſſerungen ſind auch den adelichen Geſchlechtern vielmehr heilſam als ſchädlich, und deßwegen verſtatten ſolche viele Erbverträge und Teſtamente nicht. Sowohl des Lehnmanns, als des Lehnsherrn Beſtes veranlaſſete ſie daher, ſolche zu bedingen. Es iſt ein grundfalſcher Satz, worauf die Gegner ihr ganzes Gebäude gründen, daß nemlich der Dienſtherr von den Dienſten und Perſonen ſeiner Dienſtleute frey diſponiren können. Wie läſſet ſich ſolches damit reimen, daß jener ohne derſelben Einwilligung in wichtigen Sachen nichts vornehmen dürfen, und ſie nicht einmal immer zu behindern vermogt, in anderer Herren Dienſte zu treten? Die Veräuſſerungen und Vertauſchungen der Dienſtleute ſind nichts als Uebertragungen der dem Dienſtherrn zuſtehenden Rechte. Auch Unterthanen, welche ſich kein knechtiſches Joch auflegen laſſen, müſſen ihrem Landesherrn die Befugniß gönnen, die ihnen über ſelbige zuſtehende Gewalt einem andern zu übergeben. Da die Landſtände zu den Zeiten, als die gröſten adelichen Geſchlechter Miniſteriales waren, der Landesherrn Rechte mehr einſchränkten, wie es heutiges Tages geſchiehet, ſo lieget klar und deutlich vor Augen, daß ſich auf die ehemalige Dienſtpflicht keine willkührliche Gewalt gründen läſſet.

§. XXI.

Der Nexus miniſterialis iſt aufgehoben.

Es ſey aber mit dem Nexu miniſteriali vor Zeiten beſchaffen geweſen, wie es wolle, ſo iſt jedoch 2) genug, daß er gänzlich aufgehöret hat, alſo auch deſſen etwanige Wirkungen hinweg fallen müſſen.

Zwar wird dawider eingewand a) ſo lange man keinen Beweis der Genehmhaltung des Reichs beybringe, ſchützeten die Revolutionen niemand. Den ritterſchaftlichen Vorrechten ſey aber von den Reichsſtänden ſeit 200. Jahren widerſprochen.

Ein Miniſterialis habe b) wider ſeines Herrn Willen nichts erlangen können. Ein Landesherr werde aber nicht ſo freygebig ſeyn, und aus ſeinen Dienern eigene Herren machen.

Nun iſt es allerdings an dem, daß eine geraume Zeit her über einige Vorrechte der freyen Reichsritterſchaft geſtritten worden. Nimmer aber hat Miniſterialität Zwiſtigkeiten veranlaſſet, und man dem Adel angemuthet, die Pflichten der ehemaligen Dienſtleute zu erfüllen. Indem dieſes, ſeit mehr als 200. Jahren, unterblieben, iſt ihm eine Freyheit zugeſtanden, deren nicht alle ſeine Vorfahren theilhaftig worden. Niemand zweifelt, daß ein leibeigener Bauer durch die Verjährung ſeine Freyheit erlangen könne. Wie mag man denn leugnen, daß die Ritterſchaft auf dieſe Art ſich gewiſſer Obliegenheiten entledigen mögen.

Die Herren haben c) darin gewilliget, indem ſie durch einige Jahrhundert ihr Recht nimmer zur Uebung gebracht, mithin es fahren laſſen. Ob ſolches aus erheblichen oder unerheblichen Urſachen geſchehen, iſt zu unterſuchen unnöthig, die Veranlaſſung aber nicht ſchwer zu errathen. Denn nachdem die Art zu kriegen verändert, und der Landfriede feſtgeſtellet worden, mithin man die Lehndienſte nicht mehr gar nöthig hatte, und ſelten nützlich gebrauchen konnte, war es dem Lehnsherrn gleichgültig, ob ſein Vaſall eines fremden oder ſeines Lehnmanns Tochter heyrathete, und wie er mit dem Seinigen haushielte, wenn nur das Lehnguth ohnveräuſſert bliebe. Man bekümmerte ſich alſo nicht ferner um ein Recht, welches keinen Vortheil brachte, und eben dieſes erweiſet, daß die Dienſtpflicht an ſich wenig bedeutet hat, weil man ſich ſonſt deren nimmer begeben hätte.

Neun und zwanzigſte Abhandlung.

Vom Alter des niedern Deutſchen Adels.

§. I.

Ich habe mir in dieſer Nebenſtunden IIIten Theils XXIter Abhandlung Mühe gegeben, zu erweiſen, daß die ritterliche Geſchlechter in Deutſchland ſchon zu ſehr alten Zeiten des Adels theilhaftig, auch bereits damals vielfältig Nobiles genennet worden. In einer wider die unmittelbare Reichsritterſchaft vom Hrn. *Rudolph* unter dem Titul: Vindiciæ territorialis poteſtatis imperii Romano-Germanici adverſus exemtiones nobilium verfertigten Schrift §. 63. ſind meine Gründe geprüfet, und von ihm zu leicht befunden. Da mich hingegen ſeine Einwürfe annoch auf keine andere Gedanken gebracht, er auch ſelbſt zweifelt, ob er meinen Sinn recht eingenommen hat, ſo iſt nöthig, daß ich ihm dieſen Zweifel benehme, und zugleich zeige, wie ganz unſtatthaft ſeine Auslegungen der von mir angeführten Zeugniſſe ſind.

Einwürfe wider das Alter des Adels der Ritterſchaft.

§. II.

Der Herr Rudolph ſetzet p. 154. 155. an meiner Abhandlung aus, daß ich nicht bemerket hätte, wie man den Adel von andern Leuten unterſcheiden könne. Er vermeynet, es würde endlich alles auf einen Wortſtreit hinaus laufen, weil ich das Wort *Nobilis* in ſenſu grammatico nehme, de ſenſu civili aber die Frage ſey.

In welchem Verſtande die aus ritterlichen Geſchlechtern entſproſſene in den mittlern Zeiten Nobiles genannt ſind.

Nun beziehe ich mich in gedachter Abhandlung ausdrücklich auf meine Obſervationes Juris & Hiſtoriæ Germanicæ. In dieſen aber iſt Obſ. I. §. 2. deutlich geſaget, daß ich durch den Adel eine Eminentiam civilem verſtehe, qua ſumma poteſtas aliquos e ſorte plebis eximit, & quorundam privilegiorum ac exiſtimationis cujusdam intentæ in poſteros transmittendæ participes reddit. Dieſe Ehre und Vorrechte erhielten einige Geſchlechter, nachdem von der höchſten Gewalt feſtgeſtellet worden, daß man nur denen daraus entſproſſenen a) die ritterliche Würde ertheilen, b) ſie in Thurniren zu laſſen, c) mit gewiſſen Ehrenämtern bey Höfen verſehen, d) in gewiſſen höhern Gerichten, auch e) in verſchiedenen geiſtlichen Stiftern aufnehmen, und f) nur ſie mit gewiſſen Güthern belehnen ſolle, folglich dieſe Geſchlechter ſo fern von den übrigen Einwohnern des Landes unterſchieden, und ihnen vorgezogen wurden.

Herr Vicecanzler *Eſtor* räumet in ſeiner Commentation de Miniſteriali-

riali-

rialibus der Ritterſchaft Prærogativam equeſtrem ein. Mir deucht es ſey ein Wortſtreit: Ob dieſer Vorzug ein Geburtsadel zu nennen? Ich bejahe die Frage, weil meine Definition des Adels auf die Deutſche Ritterſchaft paſſet, und in medio ævo unter den Nobilibus vielfältig die Militares begriffen ſind, wie ich gezeiget zu haben glaube, und dieſen Satz ſogleich wider alle gemachte Einwürfe vertheitigen werde.

Indem ich ſage, das Wort *Nobilis* ſey in ſenſu grammatico genommen, ſchlieſſe ich den Significatum curialem aus, nicht aber derjenigen buchſtäblichen und zugleich politiſchen Verſtand, nach welchen es civili eminentia hereditaria præditos angezeiget. Bey den Römern bedeutete das Wort Nobilis ſowohl Gente als Animo nobilem und ſubſtantive jedesmal nobili genere natum. Der Stylus curiæ beobachtet aber nicht immer die Eigenſchaft der Worte. Ein in den Grafen- oder Freyherrnſtand erhobener Feldherr heiſſet in der Canzley Hochgebohrner, Hoch- und Wohlgebohrner, wenn gleich ſein Vater der ſchlechteſte Bauersmann geweſen. Man wuſte in den älteſten Zeiten, ehe die ritterliche Würde eingeführet und verordnet worden, daß nur der Rittere Söhne ihrer fähig seyn ſollten, in Deutſchland von keinem andern Adel als demjenigen, welchen wir jetzt den hohen nennen, womit nemlich Fürſten, Grafen und Freyherrn begabet waren. Deßwegen ſind nur dieſe in den Canzleyen, welche nicht leicht die Titularen ändern, bis auf ziemlich neue Zeiten gemeiniglich Nobiles genannt. Nachdem aber die ritterliche Geſchlechter eines erblichen Vorzugs theilhaftig worden, ſo hat man im gemeinen Reden und Schreiben auch ſie vielfältig alſo geheiſſen, und dieſes thun nunmehro gleichfalls viele Canzleyen, da Fürſten und Herren nicht mehr Edle, ſondern Durchlauchtige Hochgebohrne ꝛc. genannt ſeyn wollen. S. *Eyben* de Titulo nobilis Oper. pag. 829.

Es iſt in keine Abrede zu ſtellen, daß durch Viros nobiles nicht immer Leute von adelichem Herkommen, ſondern wohl bisweilen clari & excellentes angedeutet werden. Die von mir beygebrachte Stellen kann man aber unmöglich von dergleichen mit ausnehmenden Eigenſchaften, oder auch andern Würden, als der ritterlichen begabten Männern, und deren Nachkommen verſtehen, wie im §. IV. V. VI. und VII. mit mehrerem dargethan worden.

Hieraus wird nun Herr Rudolph erkennen, was bey mir und dem Herrn Schwarz κατ᾽ ἐξοχήν Nobilis bedeutet, und es ſoll mit einem Exempel aus den Actis publicis noch klärer gemacht werden. Als man Ao. 1654. auf dem Reichstag den Verſtand des Inſtrumenti Pacis Weſtphalicæ Art. V. p. 53. unterſuchte, votirte Sachſen-Coburg alſo: „Die Worte *Miniſtri Juſtitiæ*

wären

wären in ihrem eigentlichen Verſtande auch auf die Canzleybediente zu ziehen. Ob wohl dieſes Wort κατ' ἐξοχὴν dem Judici, Præſidibus und Aſſeſſoribus zukomme, propter nobilibus, quo funguntur, officium, ſo competire doch das Prædicat in proprio ſignificatu auch den Miniſtris Cancellariæ." S. *Maiern* Acta Comitialia Ratisbonenſia P. II. pag. 480. Auf eben dieſe Weiſe iſt nun Fürſten und Herren ihres höhern Adels halber das Wort Edler im höhern Verſtande beygeleget, als den Ritterbürtigen, und in dieſem Verſtande gebrauchten es die Canzleyen gemeiniglich. In proprio ſignificatu kömmt es aber den Ritterbürtigen mit zu, weil auch ſelbige eine erbliche Würde haben, und ſolches iſt ihnen auſſer den Canzleyen vielfältig beygeleget.

§. III.

Ich will bey dieſer Gelegenheit auch die Schwierigkeiten aus dem Wege räumen, welche Herr *Mettingh* in dem Buch de ſtatu militiæ Germanorum pag. 612. wider meine Definition des Adels erreget hat. Den Bürgern mangelt eine angebohrne Eminentia civilis.

Er vermeynet 1) daß nach ſelbiger auch die Bürger Edelleute wären, weil ſie den Bauren vorgiengen.

Aber jener Vorzüge ſind a) nicht erblich. Denn wenn ſich des Bürgers Sohn im Dorf auf einen Kothhof niederläſſet, ſo gehet er ſeinen ältern Nachbarn, und den Hüfnern oder Meyerleuten nicht vor, welche von Bauren abſtammen; Dahingegen der Sohn des Edelmanns die adeliche Vorrechte behält, wenn er gleich nur einen dienſtpflichtigen Baurenhof anſtatt eines Ritterguths beſitzet.

Man muß zwar b) um Unordnung zu vermeiden, einer bürgerlichen Geſellſchaft vor der andern, mithin den Bürgern vor den Bauren bey Zuſammenkünften einen Platz anweiſen. Dieſes aber wirket keine beſondere Würde und Eminentiam civilem, ſondern der Bürger und Bauer, vielmehr aber ihre Kinder haben nur eine Exiſtimationem ſimplicem. Ferner wirfet Herr Mettingh 2) ein, es wären die Militares nimmer von der höchſten Gewalt in den Orden der Militum principalium geſetzet.

Ich räume ſolches willig ein, und gedenke den wichtigen Unterſchied zwiſchen dem hohen und niedern Adel keinesweges aufzuheben. Dieſes aber hindert nicht, daß auch die minores milites eine erbliche, obwohl geringere Würde gehabt.

§. IV.

Wenn ſolches voraus geſetzet wird, ſo ergiebet ſich, daß Hr. Rudolph die zum Beweis meiner Meynung angeführte Stellen ſehr unrichtig erkläret hat. Beym Regione werden durch No-

biles keine tapfere Männer, ſondern gebohrne Edelleute verſtanden.

Er ſtehet p. 156. in den Gedanken, wenn Regino meldet, innumeram multitudinem nobilium virorum occubuiſſe; und Andreas Presbyter, diſſipata nobilitate Aquitanorum Normannos poſſidere eorum terras, & non eſſe, qui eorum fortibus reſiſtat, ſo würde hier nur von tapfern Kriegesleuten, und zwar ſowohl von Fußgängern, als von Rittern geredet. Denn das Heer hätte nicht allein aus der Reuterey beſtanden, und ſich auch tapfere Männer unter dem Fußvolk gefunden. Aus meiner Erklärung folge, daß die Normänner ſich allein der Güther des Aquitaniſchen Adels bemächtiget hätten.

Man darf aber 1) nur den Regionem einſehen, um überzeuget zu werden, daß er von einem Treffen der Reuterey ſchreibet. Seine Worte lauten p. 67 alſo: Equites Nortmannorum audito clamore cum feſtinatione advolant, & ingravato prælio Chriſtianorum exercitus, peccatis facientibus, heu proh dolor terga vertit. In quo prælio Epiſcopus Moguntiæ urbis Sunzo & Arnolphus Comes occubuerunt, *nec non innumera multitudo nobilium virorum*. Bald darauf heiſſet es bey eben dieſem Hiſtorienſchreiber: Rex felle commotus exercitum jubet deſcendere, & pedeſtri congreſſione cum adverſariis decertare. Qui dicto citius ab equis deſilientes clamore exhortationis dato præſidium inimicorum interrumpunt. Es beſtunde alſo der Franken gröſte Macht in der Reuterey, wie auch *Gundling* de Henrico Aucupe pag. 136. 137. lehret.

2) Nennet man wohl ausnehmend tapfere Männer, die ſich vor andern hervor thun, viros nobiles, nicht aber ein ganzes Kriegesheer, und zwar Leute, welche vor ihren Feinden auf ſchändliche Weiſe flohen. Keinesweges haben alſo tapfere Thaten, ſondern die Geburt Reginonem veranlaſſet, die erſchlagene Aquitanier Nobiles zu nennen. Daß er auch gewohnet iſt, durch dieſes Wort gebohrne Edelleute anzuzeigen, erweiſet ſeine folgende Erzählung p. 66. 67. Circa hæc tempora Salomon Conſtantienſis eccleſiæ antiſtes receſſita ſeculo, in cujus locum ſucceſſit Salomon, qui hac ætate Abbatiam S. Galli tenebat, vir *non ſolum nobilitate*, verum etiam prudentiæ ac ſapientiæ virtutibus inſignitus; Da denn die Tugenden vom Adel unterſchieden werden, mithin dieſer nichts anders als den Geburtsadel bedeuten kann.

Ich gebe gerne zu, daß man bisweilen durch Nobiles überhaupt geehrte Leute verſtehe. Unmöglich konnte ſich aber ein ſo groſſer Haufe derſelben in Aquitanien finden, wenn nicht die ritterliche Geſchlechter dadurch angezeiget ſind. Der Herr Rudolph iſt unvermögend zu ſagen, aus was für andern Leuten dieſe innumera multitudo nobilium beſtanden. Machet man ſich aber von dem damaligen Ritterſtande einen ſolchen Begrif, wie er heutiges Tages in Pohlen beſchaffen iſt, ſo glaubet ein jeder leicht, daß in einem Treffen

eine

eine ſolche Anzahl Ritterbürtiger Leute umkommen, daß ihr Tod den Verluſt des Landes nach ſich gezogen. Sie beſaſſen den gröſten Theil der liegenden Gründe, deren ſich 3) die Sieger bemächtigten, und das geringe Volk nicht zu verjagen, ſondern in der Knechtſchaft zu erhalten, oder es darin zu ſetzen ſuchten.

§. V.

Ich glaube, daß beym Annaliſta Saxone das ignobile vulgus geübten Rittern entgegen geſetzet, mithin dieſe vom Pöbel unterſchieden, und dem Adel beygezählet werden. Auch in andern Urkunden.

Herr Rudolph bringet dawider für, es heiſſe ignobile vulgus ſo viel als ein verächtlicher Haufe, den man gering achtete, weil er in den Waffen nicht geübet war.

Eben daher erhellet aber, daß das Kriegeshandwerk als eine edle Sache angeſehen worden, und daß alſo die Ritter und Ritterbürtige, welche es beſtändig trieben, die Waffen zu führen wuſten, und ſich in die damals erforderliche ſchwere Rüſtung ſetzen konnten, von den geringen Leuten ſorgfältig unterſchieden worden, und in Würden lebende Männer geweſen, welche ihre Vorzüge nicht nur der perſönlichen ausnehmenden Tapferkeit (die keinesweges bey allen gleich geweſen) ſondern vornehmlich der Geburt zu danken hatten, maſſen keiner zum Ritter geſchlagen wurde, der nicht von Rittern abſtammte.

Weil es in der Legenda S. Bonifacii heiſſet: Nemo debet equitare in armis, niſi legitime ad hoc natus, uti magnates, ac nobiles galeati, ſo folgere ich daher, daß die Ritter Nobiles geweſen, weil ihnen ſonder Zweifel erlaubet war, bewafnet zu reiten.

Herr Rudolph hat p. 157. wider die Richtigkeit des Schluſſes nichts einzuwenden. Er vermeynet aber, weil das Comma vor dem Wort Galeati ſtehe, ſo würde nicht von Nobilibus galeatis geredet.

Der Einwurf giebet zu erkennen, daß er die Stelle beym Mencken nicht einmal angeſehen. Allda unterſcheidet kein Comma das Nobiles von Galeati, ſondern es iſt ein jedermann in die Augen fallender Druckfehler, daß ſolches in meinen Nebenſtunden geſchehen. Setzte man es nach dem Wort *Nobiles*, ſo wäre der Verſtand unvollkommen. Wer ſchreibet doch wohl alſo: Niemand darf in Waffen reiten, wenn er nicht dazu gebohren iſt, als groſſe Herren und Edelleute, diejenige ſo einen Helm tragen. Hier fehlte augenſcheinlich das und, welches nach dem Wort Edelleute ſeinen Platz haben, oder ein rc. folgen müſte. Letztern Falls aber hätte der Verfaſſer der Legendæ nichts geſaget

get, weil es immer ungewiß bliebe, wer in Waffen reiten dürfe. Er thäte auch ſolchenfalls ganz überflüßig der Magnatum und Nobilium Meldung, maſſen alle Magnates ſonder Zweifel Nobiles waren.

Daß ferner die triginta Nobiles, welche den Abt von Corvey begleiteten, und die Viri nobiles, ſo Grundherren in regione Grapfeld waren, anſehnliche Männer geweſen, wie Herr Rudolph p. 158. behauptet, räumet man ihm ein. Mögte aber von demſelben gerne belehret werden, worauf ſich ihr Anſehen ſonſten, als auf die ritterliche Würde und Ritterbürtigkeit gründen können. Denn der Abt zu Corvey hatte nicht ſo viele vornehme ſeine Dienſtleute an Würde übertreffende, und dem hohen Adel gleich geachtete Bediente, daß er daraus 30. und mehrere aufbiethen, und auſſer Landes führen können.

Es iſt auch ganz unglaublich, daß die Regio Grapfeld nur ſo groſſen Herren eigenthümlich zugeſtanden, und ſich darin keine Ritterbürtige Beſitzer unbeweglicher Güther gefunden, deren Einwilligung der König bedurfte. Dieſe Zweifel fallen aber hinweg, und alles reimet ſich nach den Umſtänden der damaligen Zeiten ſehr wohl, wenn man durch das Wort *Nobiles* allhier überhaupt in Würden lebende Männer, und alſo auch die Ritterbürtige verſtehet.

§. VI.

Mediocres und mediocriter Nobiles dieſſen die ritterliche Geſchlechter.

Es ſoll beym Annaliſta Saxone durch *Mediocres* die Ritterſchaft nicht verſtanden werden, weil, wie Herr Rudolph pag. 158. ſchreibet, die mediocriter nobiles ein figmentum picturæ Horatianæ ſimile wären. Eben ſo dreiſt drücket er ſich hievon pag. 154. alſo aus: Quid enim eſt eſſe mediocriter nobilem, nec tamen nobilem? Neſcio quid prodigii hæc alat ſententia. Es wird keine andere Urſach angeführet, warum ihm ſolches ſo befremdlich ſcheinet, als dieſe, quod non omnes ſint ordine Nobiles, ac civili dignitate, qui propter aliquam præcellentiam *libero arbitrio* hominum nixam, ac juſta forte meritorum æſtimatione Nobiles interdum dicuntur, reſpectu ad alios ejusdem cæteroquin dignitatis ac ordinis homines habito, quippe qui civili ſenſu poſſint eſſe ignobiles. Wie kann er aber ſagen, die Würde des Ritterſtandes habe ſich auf der Menſchen freye Willkühr, und auf perſöhnliche Verdienſte gegründet, da, wie im §. II. gezeiget worden, die Deutſche Rechte den Ritterbürtigen ſo viele Vorzüge beylegten, welche ihnen niemand nehmen durfte, und da nicht nur ein und anderer fürtreflicher Ritter, ſondern ganze Haufen, worunter ſich gewiß auch Leute von ſehr mäßiger Geſchicklichkeit und Tugend befunden, mediocriter nobiles genennet worden? Zeigte dieſes Wort nur weiſe und tapfere Männer an, ſo würde man diejenige, welche von den Principibus ſorgfältig abgeſondert ſind,

nicht

nicht mit einander mediocriter nobiles, ſondern einige derſelben Nobiliores, ja wohl Nobiliſſimos nennen. Es bedarf keiner ausdrücklichen Verordnung der höchſten Gewalt, wodurch die Ritterbürtige des Adels theilhaftig worden, weil derjenige gleiche Kraft hatte, welche aus den Handlungen der die Ritterſchaft hervorziehenden Könige gefolgert wird. Einem groſſen Theil des hohen Adels fehlte es in den mittlern Zeiten an einer andern Standeserhöhung. Daß dienige, welchen die höchſte Reichsämter anvertrauet worden, zugleich in den gröſten Würden gelebet haben, iſt ganz natürlich; daß aber ihre mit keinen ſolchen Aemtern verſehene Nachkommen, welche zum Theil mittelbar waren, und nicht alle groſſe Güther beſaſſen, dennoch dem höhern Adel beygezählet, und Freyhern genennet ſind, ſolches iſt aus Königlichen ſtillſchweigenden Begnadigungen herzuleiten.

§. VII.

Nobiles inferioris ordinis hatten eine Dignitatem civilem.

Herr Rudolph giebt zu erkennen, daß er den Entſchluß gefaſſet hat, auch vor dem klareſten Licht die Augen zuzuſchlieſſen, indem derſelbe p. 158. behaupten will, die Salzburgiſche Nobiles inferioris ordinis wären alſo in ſenſu grammatico, non civili genannt. Er verſtehet nun dadurch entweder ausnehmend tugendhafte und tapfere Leute, oder ſolche, die mit anſehnlichen Ehrenämtern verſehen geweſen. Erſtern Falls möchte man das Land wohl kennen lernen, in welchem ſich ein gewiſſer Ordo ſolcher Männer findet. Es ſollen ja die Nobiles nach Herr Rudolphs Meynung überall keine civilem dignitatem, ſondern eine Praecellentiam libro arbitrio hominum nixam gehabt haben. Der Autor Vitae Chonradi bezeuget aber, daß zu Salzburg ein Ordo inferior Nobilium geweſen. Er meldet von dieſen Leuten, quod ipſis faventibus & cooperantibus multa in Epiſcopatu mala ſunt commiſſa. Sie richteten alſo nichts gutes, ſondern viel böſes an, und waren folglich keine Männer, die man ihrer Verdienſte halber edle nennen konnte. Vermeynet aber etwan Herr Rudolph, es ſey ſolches wegen ihrer wichtigen Aemter geſchehen, ſo mache er doch diejenige nahmhaft, welche im Erzſtift Salzburg einen ganzen Ordinem der Ritterſchaft vorgezogen haben.

Daß in der angeführten Stelle erſt der Nobilium inferioris ordinis, und nachmals der Miniſterialium Meldung geſchiehet, daraus ſoll folgen, daß die leztern keine Nobiles geweſen. Ich habe um eine ſolche Mißdeutung zu verbinden, angeführet, daß auch vielfältig erzählet würde, wie Miniſteriales und Milites an einem Ort geweſen, und dennoch niemand zweifle, daß beyde Eigenſchaften ſich öfters bey einer Perſon gefunden. Dem Herrn Rudolph thut ſolche Antwort kein Genügen. Er ſchreibet p. 158.: Ergone quia Miniſteriales & Milites quaedam communia habuerunt, ideo in omnibus ejusdem conditionis fuere? Wo habe

be ich doch aber dieſes jemals behaupten wollen? Ich zweifle gar nicht, daß es Militares gegeben, die in keiner Dienſtpflicht geſtanden, und ſage, daß das Gegentheil öfters, mithin nicht immer bemerket werde, ja ganz ausdrücklich, daß nicht alle Ritter Dienſtleute geweſen. Eine ſo nachläßige Erwägung meiner Worte veranlaſſet das Apage! und was darauf ganz unſchicklich folget. Man überläſſet es dem Urtheil vernünftiger Leſer, ob Herr Rudolph die Worte der Schriftſteller verdrehet, um eine Meynung zu behaupten, die offenbar falſch iſt, oder ob es von mir geſchehen. An den angefochtenen Orten gehet meine Meynung dahin, durch eine Inſtanz zu erweiſen, daß man nicht ſagen könne, diejenige wären keine Nobiles geweſen, deren cum nobilibus Meldung geſchiehet. Dieſes hat auch ſeine völlige Richtigkeit. Der Hiſtorienſchreiber erwähnet der Canonicorum de Choro gleichfalls. Wer zweifelt aber, daß unter den Salzburgiſchen Domherrn Nobiles geweſen, man nehme das Wort in welchem Verſtande man wolle. In den Landesfürſtlichen Edicten pfleget deren Vollſtreckung denen Droſten und dem Adel, oder der Ritterſchaft befohlen zu werden. Sind deswegen keine Droſten Edelleute?

§. VIII.

Minores Nobiles waren nicht Leute von mittelmäßigem Stande, ſondern vom niedern Adel.

Ich habe bereits dargethan, daß die Ritterbürtige Nobiles genennet worden, weil ſie eine von der Geburt herrührende Würde hatten, und damit ſind auch die aus dem Pezio und Caniſio beygebrachte Beweißthümer gerettet.

Daß Zantflieth im XIVten Jahrhundert ſchreibt, diejenige, welche den Herzog von Jülich gefänglich weggeführet hatten, wären damals Nobiles genennet, daraus folget keineswegs, daß es vorhin nimmer geſchehen, ſondern daß die Benahmſung häufiger gebrauchet iſt, nachdem Fürſten und Herrn höhere Titul annahmen, wie im §. II. bemerket worden.

Minores Nobiles und mediocriter Nobiles will Herr Rudolph nicht Leute vom niedern Adel, ſondern Leute vom mittelmäßigen Stande überſetzet wiſſen. Heiſſet denn aber dem Buchſtaben nach nicht mediocriter nobilis ein mittelmäßiger Edelmann. Was berechtiget den Herrn Rudolph von ſolchen abzuweichen, weil er den darauf gegründeten Schluß ſonſt nicht entkräften kann. Selbiger thut hinzu: Mediocriter nobilis aut ſenſu civili nobilis eſt, aut non eſt. Si illud, otioſum eſt additum illud: mediocriter. Hoc vero temere ac ſine ratione diceretur. Ergo mediocriter nobilis non civili ſenſu nobilis eſt, ſed ſenſu grammatico. Allerdings aber war der mediocriter nobilis ein ſolcher in ſenſu civili, und zugleich nach dem buchſtäblichen Verſtand des Worts, vermöge deſſen es Leute bedeutet, die eine Eminentiam civilem hereditariam haben. Das Wort mediocriter iſt auch keineswegs vergebens hinzu gethan, weil es anzeiget, daß

die

die Ritterbürtigen zwar eines Adels, nicht aber einer ſo hohen erheblichen Würde theilhaftig worden, als Fürſten und Herrn erlanget hatten. Das Chronicon Reicherſpergenſe beſtärket meine Lehre, indem es der Magnatum, Mediocratum ac popularium Meldung thut, wenn gleich dieſe Worte ſo viel bedeuten als groſſe, mittelmäßige und geringe Leute. Man kann, bevorab im XIV. Jahrhundert, die Ritterbürtige denen Popularibus nicht beyzählen, da Herr Rudolph einräumet, daß ſie beym Zantfliet Nobiles heiſſen.

Endlich wird p. 159. noch eingewand, es unterſcheide das Bündniß des S. Georgen Schildes die Edeln von den Rittern.

Dieſe aber werden jenen ausdrücklich vorgeſetzet, wenn es darin heiſſet: „Were aber einer von der Ritterſchaft Hauptmann, ſo ſoll er nicht mehr haben, dann 6 Pferde, ein Rath, iſt er Ritter, 4 Pferde, ein Edelmann 3 Pferde.“ Auch lautet es im Anfang des Bündniſſes alſo: „So nun der Allmächtige den Adel hat geordnet, Gerechtigkeit und Fried zu fördern, und unſern Altvordern vom Adel in dem Land zu Schwaben von Alter her in Ainung, Verſtändniß und Geſellſchaft S. Georgen Schildens geweſen.“ S. *Datt* de Pace publica Cap. 12. p. 318. 321. Da denn ſonder Zweifel durch den Adel nicht nur der hohe Adel verſtanden wird, weil die mehreſte Geſellen vom Ritterſtande waren. Wenn alſo einige nicht edel geweſen, ſo hat ihnen die Ritterbürtigkeit gemangelt. Denn es fanden ſich ſchon zu dieſen Zeiten verſchiedene Rittergüther in der Bürger Händen, die man des gemeinen Beſtens halber mit in das Bündniß aufnahm, nicht aber erlauben wollte, daß ſie das S. Georgen Schild führeten.

Dreyßigſte Abhandlung,

enthaltend eine Erläuterung des Reichsabſchiedes de 1654. §. 180.

§. 1.

Das Quantum der vermöge der Reichsgeſetze aufzubringen. den Steuren, und den Mo-

Sowohl in den Obſervationibus Juris & Hiſtoriae Germanicae Obſ. IV. §. 8. 9. 12. 13. 14. als in dieſer Nebenſtunden IIten Theils Xten Abhandlung §. 11. 16. 17. 18. habe ich mich bemühet, den Sinn der Reichsgeſetze zu erforſchen, welche die Unterthanen verbinden, zur Erhalt- und Beſetzung nöthiger Feſtungen, den Legationskoſten und Cammerzielern ihrer Landesherrſchaft mit hülflichem Beytrag an Hand zu gehen, und jenen keine willkührliche Diſpoſition über die Landſteuer verſtatten. Ich vermeyne dargethan zu haben, daß beſagte

Zum collectandi mag der Landesherr ohne ſeiner Stände Zuziehung nicht beſtimmen.

te Reichsgeſetze es keineswegeſ in der Landesherrn Willen und Wohlgefallen ſtellen, was für Summen zur Vertheidigung des Landes aufgebracht werden müſſen, und welchergeſtalt dieſelbe zu erheben ſind, ſondern daß eine wahre Nothwendigkeit vorhanden ſeyn, der Modus collectandi mit der Landſtände Genehmhaltung feſtgeſtellet, und ohne dieſelbe der Ueberſchuß nicht verwendet, dafern man ſich aber deswegen nicht vereinigen könnte, der Streit von den Reichsgerichten entſchieden werden müſſe.

In den Reichskundigen Streitigkeiten eines Reichsfürſten mit ſeiner Ritterſchaft ſind dieſe Sätze heftig angefochten, da von denjenigen, welche für den gnädigſten Landesherrn die Feder führet, behauptet werden wollen, man vermiſche die Rechte der alten freywilligen Contribution mit denen, die der Kaiſer und das Reich zur Schuldigkeit gemachet. Die Reverſales, welche das Recht der Formirung des Contributions-Modi den Ständen beylegten, handelten nur von freywilligen Contributionen, bey welchen die Landesherrſchaft nichts gebiethen könne, und keineswegeſ von denjenigen, die aus Schuldigkeit aufgebracht werden.

Als von mir verlangt worden, daß ich dieſe neue, die meinige anfechtende Lehre prüfen und widerlegen mögte, iſt es in einer Deduction folgendergeſtalt geſchehen.

§. II.

Dieſes ergeben die bey Abfaſſung der Kaiſerl. Wahlcapitulationen gehaltene Protocolla, und des Reichs Obſervanz.

Nimmer ſind im Deutſchen Reich die ſämmtliche Unterthanen jeden Landes durch ein geſchriebenes Reichsgeſetz, oder das Herkommen verpflichtet, denen Landesherrn jährlich eine gewiſſe Steuer zu entrichten. Nach der alten Verfaſſung ſezte der Gebrauch des Landesherrlichen Beſteurungsrechts der Landſtände Einwilligung, oder wenigſtens eine ſolche Nothwendigkeit voraus, daß dieſe Bewilligung von rechtſchaffenen Patrioten nicht verſaget werden, mithin man die Landſtände dazu durch Kaiſerliche Befehle nöthigen mögte. War man über der aufzubringenden Summe einig, ſo geſchahe die Beſtimmung des Modi collectandi gemeiniglich nach der Landſchaft Begehren, welcher der Landesherr dieſe ſo viel weniger überlieſſe, weil er in den mehreſten Ländern nicht mehr noch weniger überkam, man mögte eine Vermögen- Kopf- oder Conſumtions-Steuer einführen, oder die liegende Gründe, oder auch wohl die Rauchfänge beſchweren. Denn der Ueberſchuß bliebe ſowohl dem Lande, als es den etwanigen Abgang erſetzen muſte.

Es iſt zwar in den Reichsabſchieden de 1548. §. 95. de 1576. §. 11. und in einigen darauf folgenden verſehen, daß wenn die Reichs Praeſtanda von Churfürſten, Fürſten, und Ständen des Reichs bewilliget ſind, „eine jede Obrigkeit,

keit, wie Herkommen und Recht iſt, ihre Unterthanen, geiſtliche und weltliche, exemt und nicht exemt, gefreyet und nicht gefreyet, niemand ausgenommen, derhalben mit Steuer belegen möge." Zugleich aber hat man dieſen zu gute verordnet, „daß es nicht höher und weiter geſchehen ſolle, denn ſofern ſich einer jeden Obrigkeit gebührende Anlage erſtrecket.„ Der Landesherrſchaft kommt daher von dieſen Steuren kein Heller zu gute, ſie beſorget nur deren Hebung, und verwendet dieſelbe denen Comitial-Schlüſſen gemäß, zum gemeinen Beſten des Reichs.

Hiernächſt iſt zwar durch die neuern Reichsgeſetze den Unterthanen noch eine mehrere Laſt aufgeleget. Sie ſollen nemlich vermöge Reichsabſchiedes de 1654. §. 14. auch der Kayſerlichen Wahlcapitulationen zu des Kayſerl. Cammergerichts Unterhalt den Reichsſtänden an Hand gehen, mithin in Gefolg einer von denenſelben veranlaſſeten Reſolutionis Caeſareae de 1670. die nöthige Legationskoſten, bey denen Reichsdeputations und Crayſconventen übernehmen. Auch verbindet ſie der Reichs-Abſchied de 1654 §. 180. zu Beſetz- und Erhaltung der einen oder andern Reichsſtand zugehörigen nöthigen Feſtungen, Plätze und Garniſonen, ihren Landesfürſten, Herrſchaften, und Obern hülflichen Beytrag zu thun. Nirgend aber iſt verſehen, daß dieſe Steuren auf eine andere als die in jedem Lande hergebrachte, oder von den Ständen belebte Art erhoben und abgeführt werden ſollen. Die leztere ſind bloſſe Landſteuren, welche der Unterthan nicht zum gemeinen Beſten des ganzen Reichs, ſondern zur Beförderung der Wohlfart eines jeden Landes entrichtet, wie denn die mehreſte Feſtungen wider benachbarte Stände erbauet ſind, und dem ganzen Reich geringen Nutzen ſchaffen. Daß ſolche Steuren die Unterthanen dem Landesherrn verweigern, mißbilligen die Reichsgeſetze. Sie heben aber die Verfaſſungen der Länder nicht auf, vermöge welcher gemeiniglich einige Unterthanen von allen Landſteuren, mithin auch von denjenigen, die zum Unterhalt der Feſtungen aufgebracht werden, befreyet ſind, und nicht alle Species collectarum überall, ſondern in einem Lande dieſe, in dem andern aber eine andere nach Beſchaffenheit der Umſtände eingeführet worden. Die Reichsgeſetze laſſen es wegen des Modi collectandi ſchlechterdings beym Alten. Es liefe 1) den Regeln der Gerechtigkeit gerade zuwider, wenn man den Landſtänden die hergebrachte, und durch vie'e Verträge befeſtigte Rechte nehmen wollen, und iſt daher ſolches von den höchſten Geſetzgebern keinesweges zu vermuthen. Ihre hievon weit entfernte ſehr billige Abſichten, erhellen auch 2) klärlich aus demjenigen, was das Churfürſtliche Collegium bey den Wahlconventen mehrmalen geäuſſert hat. Es votirte Ao. 1658 Churſachſen: „Der Paſſus wegen der Landſtände wäre etwas zu

limitiren, damit ſie ſich nicht beklagen mögten, daß ihrer ungehöret alle Privilegia aufgehoben worden. Chur-Trier conformirte ſich mit Churſachſen und Chur-Brandenburg, daß die Unterthanen in der Capitulation nicht ſo ſtark zu tractiren (a).“ Imgleichen waren Ao. 1689. die Churfürſten darin einig, „daß es bey demjeigen verbleiben müſte, was wegen des Beytrages zwiſchen dem Landesfürſten und ſeinen Unterthanen verglichen worden.“ Churmainz votirte, „daß die Jura ſtatum mediatorum nicht überall gleichförmig wären;“ Imgleichen Chur-Sachſen, „es wären in gewiſſen Landen ſolche Verfaſſungen vorhanden, daß die Landſtände gewiſſe Schulden übernommen und auf gewiſſe Weiſe von denen Landſteuren ſolche und dergleichen Nothdurften zu beſtreiten hätten (b).“

Dieſe Deutung der Reichsconſtitutionen ſetzet 3) die Obſervanz auſſer allen Zweifel. Wenn die Reichsſtände ſich Ao. 1654. die Befugniß ausgedungen hätten, ohne der Landſtände Bewilligung von allen Unterthanen eine gewiſſe Steuer zu erheben, warum hat denn kein einziger derſelben ſie zur Uebung gebracht, ſondern man überall das Steuerweſen entweder in der alten Verfaſſung gelaſſen, oder es mit der Stände Zuziehung verändert? Es fehlet ſo viel, daß den leztern die Diſpoſition von der Landſteuer, deren Empfang, Ausgabe und Rechnungsreceßirung genommen werden wollen, daß vielmehr in den Kaiſerlichen Wahlcapitulationen denenſelben nur unterſaget iſt, ſie privative mit Ausſchlieſſung des Landesherrn vor und an ſich zu ziehen, welche Verordnungen ihre Concurrenz und die Beybehaltung der Landeskaſten vorausſetzet.

Ao. 1670. haben zwar verſchiedene Reichsſtände darauf angetragen, daß man die Klagen der Landſtände und Unterthanen bey den höchſten Reichsgerichten nicht annehmen mögte, wenn ſie ſich in Hergebung der zur allgemeinen Reich-Landes- und Defenſionsverfaſſung erforderten Mittel ſäumig erzeigten. Nimmer aber iſt eine willkührliche Beſtimmung des Modi collectandi, und die freye Diſpoſition von den zum Behuef der Landesnothwendigkeit aufgebrachten Steuren nur begehret, mithin vielweniger ausgedungen. Alle in dergleichen Sachen bisher ergangene Erkänntniſſe der höchſten Reichsgerichte gründen ſich auf den Gegenſatz, wovon man hier nur zwey neuere anführen will. Es hat nemlich der Hochpreißliche Kayſerliche Reichshofrath Ao. 1736. in Sachen des Stifts Baſel Landſtände und Unterthanen, contra den Herrn Biſchof alſo erkannt: „Jedoch ſoll der Herr Fürſt und dann die Landſtände die Inſpection oder Aufſicht und Diſpoſition über die Acciscaſſe miteinander haben, auch die darin liegende, oder noch künftighin einkommende Landgelder zu nichts anders, als zu denen gemeinen Landesangelegenheiten, wozu ſie eigentlich deſtiniret ſind, der bisherigen Obſervanz nach, verwendet werden.“ Und ferner: „daß der Biſchof

(wie jedem Reichsfürſten vi ſuperioritatis zuſtehet) in caſibus neceſſitatis publicae das Jus collectandi alleinig ohne deren Landſtände zu erfordern habenden Conſens ohngehindert zu exerciren haben ſolle. So viel aber das (auſſer denen Reichs- und Crayßanlagen) eigentlich zu determinirende Quantum anlanget, oder die Mittel und Wege die erforderlichen Summen Geldes aufzubringen, und Verwendung der Steuren, und deſſen Surrogati des Acciſes ſelbſt anbetrift, ſo ſoll ſolches alles nach der alten Obſervanz, und nach obiger bey dem Grav. III. ertheilten Kaiſerlichen Verordnung auf dem Landtag feſtgeſtellet und reguliret, auch dem Herrn Biſchof und Landſtände von den Contributions- und Accis-Einnehmern alle Jahr richtige Rechnung abgeleget werden." Es heiſſet ad Grav. III., worauf man ſich beziehet: „Stehet den Landſtänden frey, in den gemeinen Landesangelegenheiten zu dem erforderlichen Geldbeytrag, oder auf die Weiſe, wie ſie es hergebracht, ihre Miteinwilligung zu geben (c);" folglich iſt das hergebrachte Recht der Stände, daß ohne ihre Bewilligung die vermöge des Landesherrlichen Juris collectandi aufzubringende Summe, und der Modus collectandi nicht beſtimmet werden mögen, keinesweges durch die neuere Reichsgeſetze aufgehoben. Eben ein ſolches Cammergerichtliches Erkänntniß wurde auch Ao. 1746. in Sachen der Lippiſchen Landſtände, wider die Gräfliche Landesherrſchaft erkannt (d). Aus welchen allen denn unwiderſprechlich erhellet, wie weit ſowohl Se. Kaiſerl. Majeſtät und beyde höchſte Reichsgerichte, als die höchſten Chur- und Fürſten des Reichs von der Meynung entfernet ſind, daß man durch den Reichsabſchied de 1654. die Verfaſſung der Länder abändern, den Landſtänden ihre hergebrachte Concurrenz beym Collectenweſen und die Caſſen nehmen, mithin es des Landesherrn Willkühr überlaſſen wollen, welchergeſtalt die Repartition der erforderlichen Steuren zu machen ſey.

(a) Herr *Moſer* in den Anmerkungen über Kaiſer Carl VII. Wahlcapitulation P. II. p. 455.

(b) Ibid. p. 461. 462. 464.

(c) Herr *Moſers* alte und neue Reichs-Hofraths Concluſa P. I. p. 9. 12. 19.

(d) Dieſer Nebenſtunden II. Theil.

§. III.

Der Herr Vertheidiger der Landesherrlichen Rechte iſt durch dieſe Gründe auf keine andere Gedanken gebracht, ſondern er hat in einer dem Druck übergebenen Schrift meine Einwürfe abzulehnen geſucht. Was er dawider fürbringet, will ich hieher ſetzen, und es beantworten. Nur die Queſtio An? Ob nemlich ſolche Steuren aufzubrin-

gen, iſt abgethan.

Der Herr Gegner meynet 1) einen Widerſpruch darin zu finden, daß man behaupten wolle,

die Reichsgeſetze theilten der Landesherrſchaft die Befugniß nicht mit, ohne der Stände freye Bewilligung, zu Behuf der Garniſons- Fortifications- und Legationskoſten, auch Cammerzieler, Steuren zu erheben, und dennoch einräumte, daß eben dieſe Reichsgeſetze die Verweigerung ſolcher Steuren mißbilligten.

Nun iſt zwar allerdings die Quaeſtio an? feſtgeſtellet, und wer beſagte Steuren verweigert, wenn ſie nöthig ſind, der handelt wider die Reichsgeſetze. Nicht aber iſt zugleich beſtimmet, wie viel zu dieſem Behuf aufgebracht werden ſolle, noch deſſen Beſtimmung der Landesherrn Willen überlaſſen, ſondern hierüber müſſen ſie ſich mit ihren Ständen gütlich vergleichen, oder es auf den richterlichen Spruch ankommen laſſen.

Eben wenig haben der Kaiſer und das Reich gut befunden, daß der hergebrachte Modus collectandi ohne der Landſchaft Genehmhaltung verändert werden möge.

§. IV.

Die Reichsgeſetze nehmen den Landſtänden die bey den Aerariis hergebrachte Rechte nicht.

Mein Satz, daß Reichsgeſetze den Landſtäuden ihre, bey denen Landeskaſten hergebrachte Rechte nicht nehmen, wird folgendergeſtalt angefochten:

Womit ſtehet zu beweiſen, daß die Reichsgeſetze es wegen der Steuren zu Legations- Fortifications- Garniſonskoſten und Cammerzielern beym Alten laſſen? Es war ja bey der neuen Verordnung der Reichsgeſetze vom Beytrag der Unterthanen in Anſehung dieſer Steuren kein ſogenanntes Altes vorhanden. Die Reichsgeſetzliche Verpflichtung der Landſaſſen und Unterthanen, war in dieſer Art nach dem jüngſten Reichsabſchied reichskündig ganz neu. Wie konnte ſie ſich dann auf das Alte beziehen?

Ich habe aber nur geſchrieben, die Reichsgeſetze lieſſen es beym Alten, wegen des *Modi collectandi.* Mein Herr Gegner redet hingegen nicht von dem Modo collectandi, ſondern von der Pflicht, die Steuren aufzubringen. Von dieſer ſaget niemand, daß ſie alt ſey. Freilich ſind auch vor 1654 denen Landesherrn vielfältig zu Behuf der Garniſons- und Fortificationskoſten von den Unterthanen Beyträge, jedoch mehrentheils nicht aus Schuldigkeit, ſondern vermöge freyer Bewilligungen geſchehen. Nachdem aber der Kaiſer und das Reich es billig gefunden, daß dergleichen zum gemeinen Beſten gereichender Beytrag nimmer verweigert werde, haben ſie nicht auch für Recht erkannt, daß die Unterthanen alles hergeben müſſen, was man zu dieſem Behuf von ihnen fordert; noch daß die Landſtände von der Adminiſtration, der aus Schuldigkeit aufbringen-

genden Steuren ausgeſchloſſen werden mögen, wenn bisher nach den Landes-Verträgen und Herkommen, ohne ihre Zuziehung keine Steuren verwendet worden. Wie die Abſicht dahin nicht gegangen, ſolches erfordert keinen Beweis, da der Vernunft und allen Rechten nach eine Abrogatio juris nimmer zu vermuthen, quando verba novæ legis eum ſenſum poſſunt habere, ut non dicatur facta.

§. V.

Der Herr Gegner vermeynet ferner, daß nicht die bey den Kaiſerl. Wahlgeſchäften ergangene Gedanken und Aeuſſerungen, ſondern nur dasjenige, was von Kaiſerlicher Majeſtät in der Wahlcapitulation ausdrücklich erkannt und zugeſaget worden, zum Grunde der Entſcheidung eines Streits anzuziehen ſtehe.

Die Wahl-capitula-tiones ſind aus demjenigen zu erklären, was bey ihrer Abfaſſung verhandelt worden.

Ich gebe dieſes nach, wenn die währender Tractaten geſchehene Aeuſſerungen dem klaren Innhalt der Wahlcapitulation zuwider laufen. Entſtehet aber über deren Verſtand ein Zweifel, ſo iſt jedesmal derjenigen Meynung beyzupflichten, welche die Verfaſſer der Reichsgeſetze, beſage der Protocollen, geäuſſert haben. Von der Nürnbergiſchen Reichsdeputation wurde Ao. 1649. ein förmliches Concluſum dahin abgefaſſet, „daß man in caſibus dubiis ad protocolla & acta (welche bey den Weſtphäliſchen Friedenshandlungen ergangen) recurriren, den verum ſenſum aus ſolchen erheben, und wie es damals gemeynt geweſen, recht erforſchen ſolle (a)„ Sehr gründlich läſſet ſich der Königliche Preußiſche JCtus *Hoffmann* (b) hievon alſo vernehmen: Hinc propoſita in tractatibus, protocolla, horum extractus, deſuper tradita partibus vel tradenda documenta, aliaque confinia egregie juvant textus interpretationem. Imo ipſi legislatores & paciſcentes ad illos fontes recurrere ſolent - - - Conſiſtit illorum uſus in eo, ut quid actum, quænam deſideria & prætenſiones tractantium, quænam deciſa, quænam affecta ſed non abſoluta, & quæ ſententia paciſcentium aut leges ferentium fuerit, inde cognoſcatur. Hinc ſi conſtitutionis verba ſenſum recipiant, quem in declationibus, protocollis, alliſque ſcriptis affinibus contentum deprehendimus, ille pro vero atque genuino tenendus eſt.

(a) Reichs Fama, P. VII. p. 231.

(b) In Diſſ. de Ratione interpretandi leges imperii Romano-Germanici Cap. 3. §. 12. S. auch Herr *Moſers* Miſcellanea Hiſtorico-juridica P. II. p. 523.

§. VI.

Ich gründe meinen Satz mit in der Obſervanz des Reichs, und halte dafür, daß wenn durch den Reichsabſchied de 1654. die damalige Steuerverfaſſung aufgehoben, und denen Landesherrn ein ohnumſchränktes Beſteurungs-

Die Reichsſtände haben ſich nicht be-

rechtiget zu ſeyn erachtet, vermöge Reichsabſchiedes de 1654. ihrer Länder Steuerverfaſſung zu ändern.

Recht mitgetheilet wäre, man von den Landſtänden keine Bewilligung ferner begehret, ſondern die Steuren nach Willkühr ausgeſchrieben haben würde, deſſen Gegentheil gleichwohl notoriſch iſt.

Dieſe Obſervanz leugnet der Herr Gegner vor der Fauſt, und tadelt es, daß man fräget, warum von keinem Reichsſtande, das angeblich, durch beſagten Reichsabſchied erlangte neue Recht zur Uebung gebracht worden, ſondern überall das Steuerweſen entweder in der alten Verfaſſung verblieben, oder es mit der Stände Zuziehung geändert iſt. Er ſchreibet:

> Heiſſet aber das beweiſen? oder iſt entweder fragen und beweiſen bey der Ritterſchaft einerley? Woher weiß, oder womit beweiſet die Ritterſchaft, daß kein einziger Reichsſtand dieſe Art der Beſteurung zur Uebung gebracht? Wie kann die Ritterſchaft mit Grunde der Wahrheit vorgeben, daß überall das Steuerweſen ſeit dem Jahr 1654. in der uralten Verfaſſung geblieben ſey?

Man hat nun den Herrn Gegner mit einem Beweis ſolcher Dinge verſchonen wollen, die ihm nach ſeiner vermuthlichen Kenntniß des allgemeinen und beſondern Deutſchen Staatsrechts nicht unbekannt ſeyn können, und von deren Erweislichkeit man denſelben überzeugt zu ſeyn, geglaubet hat. Weil er aber das Gegentheil zu erkennen giebt, ſo will ich es an dem verlangten Beweis, in ſo fern er etwas zur Sache thut, nicht mangeln laſſen.

Das Probandum beſtehet darin, daß nach der Verfaſſung des Reichs-Abſchiedes de 1654. die angeſehenſte Reichsſtände vor wie nach, zum Behuf der Fortificationskoſten, und dergleichen, von ihren Unterthanen keine Steuren beygetrieben haben, ohne der Landſtände Conſens zu begehren und zu erlangen. Daß auch dieſen ſolcher Steuren Adminiſtration nicht entzogen worden.

Selbſt Sr. Kaiſerliche Majeſtät tragen kein Bedenken, die Bewilligung der zu dieſem Behuf nöthigen Geldſummen von den Oeſterreichiſchen Landſtänden zu geſinnen, und ſolches iſt Ao. 1688, 1750, 1713, 1715, 1716, 1717, und 1719 geſehen (a), womit bis auf den heutigen Tag fortgefahren wird. Im Erzſtift Trier verwilliget man die Steuren auf Landtagen, die Stände vergleichen ſich ſuper modo collectandi, und ernennen nebſt den Churfürſten die Receptores (b). Churfürſt Joſeph Clemens zu Cölln erkannte Ao. 1694., „daß die Erzſtiftiſche Stände auf gnädigſt und gütiges Begehren in vorfallenden merklichen Nothſachen anſehentliche Summen Geldes aus gutem freyen Willen, allein die groſſe Noth und Gefahr und weit ausſehendes vor Augen ſchwebendes gemeines Unheil des lieben Vaterlandes mitleidentlich betrachtend darge-

ſchoſſen, contribuiret und gegeben hatten" (c). Auch trugen Ao. 1734. Sr. Kaiſerliche Majeſtät des Churfürſten Clements Auguſts Durchl. auf, „die weltliche Erzſtiftiſche Landſtände zu Beyhaltung des per antiquam obſervantiam & rem judicatam feſtgeſtelleten Modi contribuendi oder ſogenannten Simpelfuſſes (als von welchen ohne Einwilligung der geſammten Landſtände ohne dies niemalen abgegangen worden) und ſie insgeſamt überhaupt zu vollkommener Vereinbarung und guten Vernehmen unter ſich zu vermahnen (d)." In Bayern waren Ao. 1702. Landſchaftliche Caſſen, woraus die zum Kriege erforderliche Gelder genommen wurden, und die Landſchaft hat dazu groſſe Summen hergeſchoſſen (e), mithin triebe der Landesherr ſelbige nicht ohne Bewilligung bey. In Churſachſen überkam die Landſchaft Ao. 1660. das völlige Directorium des Steuerweſens, und von den Ständen ſind bey verſchiedenen Land- und Ausſchußtagen Poſtulata depreciret. Gemeiniglich wird alle 6 Jahr ein Landtag gehalten, weil bis dahin die Landesverwilligungen ſich zu erſtrecken pflegen (f). Ao. 1682. verlangte Churſachſen von den Prälaten, Ritterſchaft und Städten des Marggrafthums Oberlaußnitz zur Verſtärkung der Militz eine Beyhülfe, und eben dieſes geſchahe Ao. 1692. und 1710. (g). Chur-Brandenburg begehrte Ao. 1672. von den Ständen aus der Ritterſchaft und Städten des Herzogthums Cleve und der Grafſchaft Mark eine gewiſſe Summe Geldes zur Landes Defenſion (h). Im Herzogthum Magdeburg überlieſſe der Adminiſtrator Herzog Auguſtus das Steuerweſen der Landſchaft. Dieſes geſchahe auch annoch Ao. 1680., und in vielen folgenden Jahren von Chur Brandenburg. Zu neuern Zeiten iſt allererſt mit der Stände Einwilligung hierunter eine Aenderung vorgenommen, jedoch den Landräthen die Direction des Steuerweſens in ihren Crayſen gelaſſen (i). In den Chur-Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen werden jährlich Landtage gehalten, und die zur Landesdefenſion erforderte Koſten ohne der Stände Bewilligung nicht beygetrieben (k). Die Königin Chriſtine von Schweden verſprach Ao. 1663. den Bremiſchen Ständen, daß ſie mit Collecten nicht beſchweret werden ſollten, auſſer einer freywilligen Bewilligung (l), und maſſete ſich alſo kein willkührliches Beſteurungsrecht an. Daß im Stift Hildesheim nach der Publication des Reichsabſchiedes de 1654 weder unbewilligte Steuren ausgeſchrieben, noch die Stände von der Adminiſtration des Steuerweſens ausgeſchloſſen worden, giebet die Ao. 1668. zwiſchen dem Domcapitul und übrigen Stiftern und Klöſtern errichtete Union zu erkennen, als worin es Art. 18. heiſſet: Collectas aliasque exactiones, ſive eae ſint neceſſariæ, ſive voluntariæ, in favorem aut nudam requiſitionem pro tempore exiſtentis Epiſcopi

nun-

nunquam imponi aut exigi permittemus, niſi id vel publica neceſſitas, quæ tamen ſemper vel ex concluſis imperii aut circuli Saxonici patebit, vel evidens utilitas diœceſis, aut aliaqua alia juſta & legitima cauſa exigat, idque ſemper prævia conſueta deliberatione & mutua conſulatione; Und ferner Art. 21.: Non permittemus, ut collectæ, in quas & nos, & reliqui conſtatus noſtri unanimi voto conſenſimus, in alium quam determinatum finem impendantur; Hinc in omnibus debite indictis atque aliis diætis puplicis certus formabitur Status & Receſſus in ſcriptis ſub Regiminis & noſtrum Capituli Cathedralis & ſeptem Eccleſiarum atque cæterorum vel majorum Statuum conſentientium ſigillis & ſubſcriptionibus ſolitis, in quo ſpecifice deſignetur, in quantam pecuniarum ſummam, item in quem finem & quo tempore ſolvendam, nos modo dictum capitulum Cathedrale, nec non ſeptem Eccleſiæ conſenſerimus, atque ne vel amplius pecuniæ vel alium in finem impendatur, vel citius, quam conventum, vel appromiſſum exigi velit, nobis & reliquis Statibus, & quidem cuique ſingulatim authenticum exemplar hujusmodi receſſus tradatur (m). Im Stift Osnabrück werden die Contributionsſachen auf Landtagen reguliret (n). Den Ständen des Stifts Lüttich geſchahe Ao. 1702. durch den Grafen von Sinzendorf, als Kaiſerlichen Commiſſarium, der Antrag, daß ſie den unvermeidlichen Nothdürftigkeiten des Staats abhelffen mögten, dergleichen die Ausbeſſerung und Befeſtigung der Citadelle, Unterhalt- und Aufrichtung 2 Bataillons, Bezahlung der Leibrenten und Schulden wären (o). Im Stift Baſel hat der Fürſt und die Landſtände die Aufſicht und die Diſpoſition über die Accisçaſſe, und das auſſer denen Reichs- und Crays-Anlagen zu determinirende Quantum collectarum, oder die Mittel und Wege, die erforderliche Summen Geldes aufzubringen. Auch die Verwendung der Steuren wird auf dem Landtage feſtgeſtellet, und dem Fürſten und Landſtänden von den Contributions- und Acciseinnehmern jährlich Rechnung abgeleget (p). Auf dem Landtage, welchen Herzog Friderich der ältere zu Gotha im Jahr 1690. ausſchriebe, wurde mit den Ständen unter andern gehandelt, von der Verſtärkung der Miliz, einen beſondern Modo collectandi, auch der Repartition und Peræquation der Reichs- und Craysmatricularanſchläge und Cammerzieler. Als im Fürſtenthum Altenburg Ao. 1705. und 1715. die Bewilligung ſich geendiget hatte, hielte Herzog Friederich zu Sachſen-Gotha Landtage, mäßigte die Anforderungen nach des Landes Vermögen, und der unentbehrlichen Bedürfniß, und ließ derowegen einen Landtagsabſchied publiciren (q). Auch geſchahen Ao. 1270 auf dem Landtage zu Weimar Bewilligungen (r). Von dem Herzogthum Braunſchweig-Wolffenbüttel meldet *Wisman* (s): Statuum provincialium Ducatus Brunſuico-Guelpherbytani præcipua quidem

ſunt

ſunt jura & privilegia, quæ Sereniſſimus Princeps noſter Auguſtus Wilhelmus ſub fauſto regiminis ſui auſpicio non ſolum clementiſſime confirmavit, ſed confirmata quoque ſanctiſſime cuſtodit; Und pag. 64: Præcipua Comitiorum objecta ſunt leges proviuciales, collectæ imperii, circuli & provinciales - - Der Schatzconvent aquibusdam Statuum provincialium Deputatis atque ad rem quæſtoriam conſtitutis von den zum Engern Ausſchuß- und Schatzweſen verordneten quotannis quatuor vicibus viſitatur. Vermöge Tübingiſchen Vertrages de 1514. ſollen die Einnehmer der Landſteuer von dem Herrn Herzog von Würtemberg und der Landſchaft verordnet werden, auch beyden Rechnung thun, und man ſonſt keine Schatzungen oder unordentliche Hülfen auf das Land legen (t). Dieſen Vertrag hat Herzog Eberhard Ludewig Ao. 1692. und Herzog Carl Alexander Ao. 1733. beſtätiget (u). Von Heſſen ſchreibet Herr *Eſtor* (w): In Haſſia præſunt viri equeſtres Obereinnehmer ærario. Redduntur rationes Principi & ordinibus. Die Mecklenburgiſche Ritter- und Landſchaft iſt zwar am 7ten Julii 1698. condemniret, zur Beſſer- und Erhaltung der Feſtung Dömitz, auch deren Garniſon die Koſten, wie nicht weniger die Legationskoſten zu Reichs-Deputations- und Craystagen, auch Cammerzielern zu bezahlen. Die Landesherrſchaft wurde jedoch per Reſcriptum Cæſareum de 22ten May 1699. angewieſen, mehreres nicht zu begehren, als was die ohnumgängliche Noth und Conjuncturen erfordern, und das zur Unterhaltung der Feſtung jährlich verwendende Quantum auf 35294 Rthlr. am 10. Nov. 1699. determiniret (x). In Pommern ergienge Ao. 1724. folgende Königl. Schwediſche Verordnung: „Da auch Landſtände in Unterthänigkeit angehalten, daß das dortige Cammerweſen auf einen gewiſſen ordentlichen Fuß geſetzet werden mögte, und zwar 1) daß die Pommerſche Cammer ſich begnüge mit richtiger Einnahme, Ausgabe und Berechnung der dahin gehörigen Mittel, 2) ſich keinesweges mit dem Modo contribuendi befaſſe, als welcher ſchlechterdings eine gar angelegentliche uralte, und von Zeit zu Zeit beſtättigte Befugniß der Landſtände wäre - - - Und dann Ihro Königl. Majeſtät aus der ihr beywohnenden Landesväterlichen Hulde in Gnaden geneigt ſind, dero Vorſorge dahin ergehen zu laſſen, daß denen Landſtänden ihre wohlerworbene Privilegia und Landes-Conſtitutiones ſo wenig in dieſen als andern Fällen auf einige Weiſe mögen gekränket werden, dahingegen aber auch dasjenige, ſo in dem Viſitationsreceß des Tribunals wegen des Cameralweſens enthalten, in ſeiner Kraft verbleibe, ſo werden Ihro Königliche Majeſtät diesfals die behuſige Ordre gehörigen Orts verfügen (y)." Im Herzogthum Sachſen-Lauenburg erweiſet der Receß de 1702. Art. 16. die Concurrenz der Stände beym Steuerweſen folgendergeſtalt; „Soll das auf-

aufzubringende Quantum Contributionis, wie es die jedesmalige Nothdurft erfordert, mit Ritter- und Landſchaft, dem Herbringen nach, entweder in corpore auf einen Landtag, oder auf einer extraordinairen Convocation der 4 Landräthe und einiger anderer Deputirten Einwilligung angeleget werden . . . Quod modum collectandi ſoll Ritter- und Landſchaft bey ihren bisherigen Quoten und Anſchlägen, und der Repartition derſelben gelaſſen werden (z)." Vom Fürſtenthum Anhalt meldet *Beckmann* (aa), „daß man die Landſchaft zu gewiſſen Zeiten zuſammen berufet, die obhandene Angelegenheiten des Landes, und was etwa an Contribution aufzubringen, und wie ſolche dem Lande am erträglichſten gemachet werden könne, ihnen zu erwägen, vorzutragen, und endlich zum Schluß zu bringen; Daß auch alle 3 Jahr von dem Land-Rentmeiſter die Rechnung ſowohl denen Fürſtlichen, als auch Landſchaftsdeputirten abgeleget wird." In Oſtfrießland ſuchten noch zu neuern Zeiten vielmehr die Landſtände den Fürſten, als dieſer jene von der Adminiſtration des Aerarii publici auszuſchlieſſen, wie die Concluſa Cæſarea ergeben (bb). Es hat daher ſeine vollkommene Richtigkeit, was Herr *Moſer* (cc) von dieſer Sache folgendergeſtalt ſchreibet: „Ob und wie fern ein Herr zu des Landes oder ſeinem eigenen Beſten, Steuren ausſchreiben könne, kömmt vor allen Dingen auf jeden Landes beſondere Verträge oder Herkommen an. Meiſtens wird der Landſtände oder Unterthanen Einwilligung dazu nothwendig erfordert. Wann auch Steuren oder Anlagen bewilliget werden, muß die Art der Beſteurung meiſtens abermals zwiſchen ihnen verglichen werden. Die bloſſe Subrepartition hingegen wird meiſtens reſp. denen Ständen und Contribuenten ſelbſt überlaſſen. So werden auch die Steuren bald unmittelbar an den Landesherrn, bald und meiſtens aber förderſt zur Landſchaftscaſſe, und ſodann von da weiter an ſeine gehörige Orte geliefert. Ziehet der Herr die Steuren ſelber ein, muß er ſeinen Landſtänden oder Unterthanen die Rechnungen darüber vorlegen laſſen. Dieſe dürfen Erinnerungen darüber machen, und der Herr hat darauf billig Acht zu haben. Verwalten aber die Landſtände die gemeinen Gelder, ſo müſſen ſie denen Herrſchaftlichen dazu ernannten Commiſſarien die Rechnungen vorlegen, welche gleichfalls ihre Erinnerungen dabey machen dürfen, die ſodann in gehörige Obacht gezogen werden müſſen."

Der Herr Gegner wird vielleicht einwenden, es ſey mit dieſem allen noch nicht erwieſen, daß kein einziger Reichsſtand des ihm angeblich Ao. 1654. beygelegten Rechts ſich bedienet habe. Es bedarf aber auch deſſen überall nicht, maſſen um die Obſervantiam imperii ausfündig zu machen, keinesweges erfordert wird, daß alle Glieder des Reichs gewiſſe Handlungen verrichtet haben,

ſon-

ſondern daß es von den mehreſten geſchehen iſt. Wer alſo den beygebrachten Beweis nicht gelten laſſen will, der muß ſich zum Gegenbeweis anſchicken, und darthun, daß viele Reichsſtände gleich nach der Publication des Reichsabſchiedes de 1654. die Fortifications und Garniſonskoſten unbewilliget beygetrieben haben, weil man nur ſolchenfalls ſagen kann, die übrige hätten aus Glimpf oder anderer Betrachtungen halber ihr Recht nicht gebrauchet, dadurch aber ihren Mitſtänden keinen Nachtheil zugezogen. Ich bin nicht nur gewiß, daß dieſer Beweis unmöglich beyzubringen iſt, ſondern daß auch der Herr Gegner von keinem einigen Reichsſtand darthun werde, daß er in Gefolg gedachten Reichsabſchieds, gleich nach deſſen Publication, ſeine Land-Stände vom Steuerweſen ausgeſchloſſen, und die zum Unterhalt der Feſtungen nöthige Koſten unbewilliget ausgeſchrieben habe. Denn darauf kömmt es lediglich an, und iſt ganz unerheblich, wenn einige Reichsſtände vor Alters keine Landſtände gehabt und die Steuren nach Gutbefinden verkündiget haben, oder wenn auch in neuern Zeiten ihre Stände und Unterthanen beweget worden, eine Veränderung des Steuerweſens geſchehen zu laſſen. Doch hat man ſie an den wenigſten Orten von dieſem Geſchäfte ausgeſchloſſen.

(a) Groſſer Herren und vornehmer Miniſter gehaltene Reden P. I. pag. 490. P. III. p. 273. P. VII. p. 242. P. IX. p. 335. 357. P. XI. p. 299. 325.

(b) Herr *Moſers* Staatsrecht des Churfürſtl. Erzſtifts Trier p. 206. 207. 208

(c) *Fabri* Staatscanzley P. VI. p. 495.

(d) Reichs-Fama P. XVIII. p. 678.

(e) *Faber* d. l. P. VII. p. 580. 595. 596.

(f) Hiſtoriſcher Bericht von den Churſächſiſchen Land- und Ausſchuß Tagen, in H F. C. *Moſers* Diplomatiſcher und Hiſtoriſcher Beluſtigungen I. Band p. 228. 237. 304.

(g) Groſſer Herren und vornehmer Miniſter gehaltene Reden P. I. p. 449. 450. 462. 476. P. VII. p. 414. 415.

(h) Ibid. P. I. p. 428.

(i) Herr von *Dreyhaupt* Beſchreibung des Saal-Crayſes pag. 591.

(k) *Drever* in den Anmerkungen über Schrödern vom abſoluten Fürſten-Recht P. I. p. 94. 95. Meine Obſervationes juris & Hiſtoriæ German. Obſ. 3. §. 22. 25.

(l) Braunſchweig-Lüneburgiſche Celliſchen Theils Gerichtsordnungen p. 620.

(m) *Lunig* Spic. Eccleſ. P. II. p. 1109. 1110. Meine Obſervationes juris & Hiſtoriæ Germanicæ Obſ. 3. §. 19.

(n) Herr *Maſcov* in Notitia juris & judiciorum Brunſuico-Lüneburgicorum p. 333. 334.

(o) Groſſer Herren und vornehmer Miniſter gehaltene Reden P. V. p. 356 357.

(p) Herr *Moſers* alte und neue Reichshofraths-Concluſa P. I p. 9. 12. 19.

(q) *Rudolphi Gotha Diplomatica* P. I. C. 13. §. 13. p. 109. Groſſer Herren und vornehmer Miniſter gehaltene Reden. P. I. p. 436. 437. 446. P. IX. p. 331.

(r) bid. I. P. XI. p. 274.

(s) In Diſſ. ſub *Leyſero* habita de Feudis Brunſuicenſibus & Luneburgenſ. p. 63.

(t) Herr *Moſers* Würtembergia Diplomatica p. 269. 272.

(u) Eben derſelbe im Diplomatiſchen Archiv pag. 545.

(w) De Comitiis & Ordinibus Haſſiæ pag. 123. 126. 128.

(x) Juſtiſſimæ Deciſiones imperiales in cauſis Mecklenburgicis n. 71. 72. 75.

(y) Herr *Balthaſar* in der Hiſtoriſchen Nachricht von den Landesgerichten und derſelben Ordnungen im Herzogthum Pommern, ſonderlich Königl. Schwediſchen Antheils p. 154.

(z) *Pfeffingers* Hiſtorie des Braunſchweig-Lüneburgiſchen Hauſes P. II. pag. 872.

(aa) in der Hiſtorie des Fürſtenthums Anhalt. P. IV. p. 570. 571.

(bb) *Müllers* Juriſtich Hiſtoriſche Electa P. I. p. 140.

(cc) in der Einleitung in das Deutſche Staats-Recht Cap. 6. n. 4. 5. 6. 7. 8. 9.

§. VII.

Wider die angeführte Baſelſche und Lippiſche Præjudicia wird vorgebracht,

daß ſie im allgemeinen der Landesherrſchaft zu ſtatten kommen, in ihrer beſondern Verfaſſung aber den Staat des Landes N. nicht berührten. Es ſey etwas allgemeines, daß dem Landesherrn das Jus collectandi allein zuſtehet; Gründe ſich aber auf beſondere Obſervanzen und Verträge, was von der Verwaltung und Anwendung der Land- oder Steuer-Gelder verfüget worden.

Nun folget es nicht, daß weil nur die Landes-Herrſchaft Steuren verkündigen kann, dieſe ihre Befugniß uneingeſchränket ſey. Es lehret *Schilter* (a): In provinciis & Principatibus Germaniæ, etſi ſumma provincialis poteſtas, quam ſuperioritatem territorialem appellamus, ſine dubio penes unum eſt, dominum quippe territorii, reſtricta vero eſt ad conſultationem & conſenſum ſtatuum pro-

vin-

vincialium: Neque tamen ſtatus ſunt ſubjectum ſuperioritatis territorialis, ne quidem ex parte.

Nach des Herrn Gegners Grundſätzen müſten die Baſelſche Verträge nach 1654. errichtet ſeyn. Denn was vorher verglichen worden, vernichtigen ſeiner Meynung nach die Reichsgeſetze. Iſt es aber wohl glaublich, daß die Herren Biſchöfe zu Baſel ſich ihres Rechts begeben haben? Sie lieſſen das Steuerweſen Ao. 1654. in der Verfaſſung, worin es von alten Zeiten geweſen, und ſich nicht in die Gedanken kommen, daß alle davon handelnde ältere Pacta aufgehoben wären.

Die Lippiſche Urtheil gründet ſich auch überhaupt in den Landtages-Abſchieden, Landesherrlichen Reverſalen und Verträgen, nicht aber nur in denjenigen, welche nach 1654. errichtet worden.

(a) Inſtitutionum Juris publici Tom. I. Lib. 4. tit. ult. §. 9.

Ein und Dreyßigſte Abhandlung.

Von der Verbeſſerung des Juſtitzweſens in Deutſchland.

§. 1.

Die häufige Klagen, welche darüber geführet werden, daß es in Deutſchland ſo ſchwer fällt, zum Recht zu gelangen, ſind theils ungegründet, und theils hat man Urſach, den Geſetzgebern, Richtern oder Advocaten, auch wohl dieſen allen zugleich beyzumeſſen, daß wegen der Verſäumniß ihres Amts die Handhabung der Gerechtigkeit nicht dergeſtalt geſchiehet, wie es die Billigkeit und des Landes Wohlfart erfordert.

Die Klagen, welche über die Mängel des Juſtitzweſens geführet werden, ſind theils ungegründet.

Kein Richter kann es beyden ſtreitenden Partheyen recht machen. Der ſachfällige Theil glaubet gemeiniglich, ihm ſey zu nahe geſchehen, und ziehet die Ehrlichkeit, den Fleiß, oder die Geſchicklichkeit desjenigen in Zweifel, der die Urthel abgefaſſet hat. So ungerecht dieſe Beymeſſungen öfters ſind, ſo wenig ſchaden ſie dem gemeinen Weſen, auch den Richtern ſelbſt, wenn nicht ſonſt ihre Mängel bekannt ſind, von denen vernünftige Leute viel eher eine gründliche Beurtheilung des Rechtshandels vermuthen, als von denjenigen, die einen Proceß verlohren haben; und durch die Selbſtliebe gemeiniglich auſſer Stand geſetzet werden, in ihren eigenen Angelegenheiten das wahre von dem falſchen zu unterſcheiden.

Eine ungegründete Beſchwerde iſt es auch, daß einem Kläger nicht ſogleich und ohne einigen Zeitverluſt richterliche Hülfe widerfähret. Denn dieſes

kann unmöglich geſchehen, wenn verworrene Rechtshändel gründlich unterſuchet werden ſollen. Alle vernünftige Menſchen gedulden ſich lieber etwas, und führen einige Jahre Proceß, als ſie ſich der Gefahr ausſetzen, durch des Richters Uebereilung um Ehre, Haabe und Güther, ja um Leib und Leben zu kommen, wovon ich unten im §. IV. und XII. mit mehrerem gehandelt habe.

§. II.

Theils aber gegründet.

Hingegen ſind es gegründete Beſchwerden, daß I. wegen der Ungewißheit der Rechte, ſo viele Rechtshändel, zum gröſten Nachtheil der ſtreitenden Partheyen, an die Richter gebracht werden, welches man durch des Geſetzgebers Entſcheidung der zweifelhaften Rechtsfragen behindern könne; Wie auch II. daß wenn gleich der Richter und Advocat an ſich nichts ermangeln läſſet, dennoch faſt alle Proceſſe vor Ablauf vieler Jahre zu keiner Endſchaft gebracht werden mögen, mithin die Koſten vielfältig einen beträchtlichen Theil des Objecti litis verſchlingen;

Endlich III. daß an manchem Ort der Richter und Advocaten Eigennutz, geringe Wiſſenſchaft und Faulheit die gröſte Ungerechtigkeiten veranlaſſet.

§. III.

Man klaget mit Grunde I. über die Ungewißheit der Rechte.

Die Ungewißheit der Rechte mag I. niemand in Abrede ſtellen, der erwäget, daß die Entſcheidung der mehreſten Proceſſe von ſolchen Fragen abhänget, welche an ſich ſehr zweifelhaft ſind, und die deswegen einige der beſten Rechtslehrer bejahen, und andere verneinen.

Hieraus muß nun 1) eine Menge Rechtshändel erwachſen. Man kann es niemand verdenken, daß er bey entſtehendem Zweifel, nicht ſogleich nachgiebet, ſondern einen Verſuch thut, ob nicht etwas in Güte, oder auf dem Wege Rechtens zu erlangen ſey? Quae volumus, credimus libenter, und einem jeden ſcheinen die in ſeinen Kram dienende Gründe gemeiniglich die ſtärkſten zu ſeyn, folglich führet er mit dem beſten Gewiſſen eine Klage ein, oder nöthiget den andern dazu. Der Advocat handelt auch wider ſeine Pflicht, wenn er bey ſolchen Umſtänden die Parthey davon abhält. Derſelbe ſuchet es zwar billig zum Vergleich zu bringen. Auch alsdenn aber muß ſich einer entſchlieſſen, wegen Ungewißheit der Rechte etwas wegzugeben, ſo ihm vielleicht gebühret, und alſo die Fehler des Geſetzgebers büſſen.

Ungerechte Richter können ſich 2) immer auſſer Verantwortung ſetzen, wenn ſie in Abſicht auf Gunſt und Gaben einer Meynung der Rechtsgelehrten vor der andern beypflichten, daher die viele unbeſtimmte Fälle ſie in groſſe Verſuchung führen, und die ſtreitende Partheyen der Gefahr ausſetzen, Unrecht zu erdulden.

§. VI.

§. IV.

Wie aber dieſem Uebel abzuhelfen ſey, iſt eine Frage, welche ſehr verſchiedentlich beantwortet wird.

Sie würde nicht gemindert, wenn man die fremde Rechte abſchafte, und das alte Deutſche wieder einführte, oder ſonſt auf das arbitrium judicis vieles ankommen lieſſe.

Thomaſius vermeynet *in* den *Anmerkungen* über *Melchiors* von *Oſſe* *Teſtament* p. 45. es habe in Deutſchland um die Adminiſtration der Gerechtigkeit beſſer geſtanden, ehe die fremde Rechte eingeführet worden, weil das Deutſche Recht an ſich ſelber in ſchlechten und leicht zu begreifenden Regeln beſtanden, auch der Proceß nicht ſo verwirret, und alle Layen ſowohl deſſen, als des Rechts kündig geweſen.

Es bemerket aber der ſcharfſinnige *Leibnitz* Vol. I. Epiſt. 119. die Mängel der kurzen, aus wenigen Regeln beſtehenden Geſetzbücher ſehr gründlich alſo: Video alicubi, ubi patriae leges ſolae exiguis voluminibus comprehenſae pro norma ſunt, breviores quidem eſſe deciſiones, ſed ſaepe deteriores, quando nec volumina illa ſatis ad normam aequitatis exaſciata, plerumque etiam in comprehendenda caſuum varietate, valde hiulca ſunt. Ita res paſſim ab arbitrium judicis redit, vel pravum affectum aut lucri cupiditate, vel praeceps imprudentia, uti illud Gallicum proverbium habet: Fol juge, promte ſentence. Der Baron *Holberg* bekennet dieſen Fehler des Däniſchen Rechts in ſeiner unter dem Titul einer Epiſtolae ad virum perilluſtrem herausgegebenen Lebensbeſchreibung p. 117. 118. folgendergeſtalt: In Germania aliisque regionibus, ubi jus Romanum obtinet, imperitus judex, ſi judicio proprio non fidat, in ſpatioſo illo campo ac vaſtis iſtis juris voluminibus caſum, de quo agitur, a viro prudenti definitum jam dudum offendit, adeo ut non tam judicet ipſe, quam judiciis aliorum ſubſcribat. Heic vero in iſtis juris anguſtiis majoris eſt molis jus dicere, cum neceſſe ſit ex uno caſu ſexcentos alios ſibi fingere. *Ludewig* äuſſert eben dieſe Meynung in den *gelehrten Anzeigen* Part. I. p. 798. wenn er ſchreibet: „Wo wenig Geſetze ſeyn, da hat der Richter mehrere Gewalt im ſprechen, und ſtehet das Recht den armen Partheyen in ſeinen öfters geſchmierten oder unrichtigen und beſudelten Händen, welches in dem höchſten Reichscammergericht zu verhüten, der Kaiſer uud die Stände auf dem Reichstag zu Worms 1494. den Schluß gefaſſet, das Römiſche Geſetzbuch ſeiner Vollſtändigkeit halben im Deutſchen Reich zu Hülfe zu nehmen, und einzuführen, damit die Beyſitzer dieſes Gerichts nicht ihren Dünkel und Einfällen folgen, ſondern, bey Entſtehung eines Deutſchen Landrechts, nach der Richtſchnur der Römiſchen Rechte ſprechen, und auſſer dieſen Schranken ſich nicht verlaufen mögten.“ Selbſt *Thomaſius* erkennet an dem oben angeführten Ort p. 453. es ſey rathſam, das allerwenigſte dem

rich=

richterlichen Arbitrio zu überlaſſen, und nichts iſt gewiſſer als dieſes, wie das Exempel unſerer Vorfahren am beſten beweiſet.

Die Richter der alten Teutſchen wuſten nur einige allgemeine Rechtsregeln, und die übliche Entſcheidungen mancher Fälle, ſelten aber, ob die beſondere Umſtände jeden Falls eine Aenderung des Spruchs erforderten. Da man dieſe nicht genau unterſuchte, ſo wurde der Proceß bald geendiget, zugleich aber ſehr oft dasjenige überſehen, was zur Vertheidigung des Sachfälligen hinreichte. Eben alſo geht es noch heutigen Tages bey den Meyerdingen und andern Baurengerichten, als Ueberbleibſeln der alten Verfaſſung, zu, nemlich hurtig aber böſe, und die Fehler der Bauren würden unerträglich ſeyn, wann ſie nicht der Meyerdingsherr in der Appellations-Inſtanz verbeſſerte, welche die Urtheile durch Rechtsgelehrte abfaſſen läſſet. S. meine Tractation de Bonis Meierdingicis §. 34. 35. 37. Vermuthlich hat die groſſe Ungewißheit der Rechte vieles dazu beygetragen, daß man es in den mittlern Zeiten öfter auf die Fauſt als den richterlichen Spruch ankommen laſſen, weil der Ausgang eines Rechtsſtreits ſo ſehr zweifelhaft war, und urtheilet deswegen der Canzler von *Ludewig* d. l. p. 794. recht, es werde niemand, dem der elende Zuſtand der ehemeligen Deutſchen Gerichtsſtühle bekannt, ſich nach dieſer Egyptiſchen Finſterniß wieder gelüſten laſſen.

Man mögte gedenken, die Langwierigkeit der Proceſſe ſey ſchädlicher als mangelhafte Urtheile, und dem gemeinen Weſen wenig daran gelegen, ob Titius oder Cajus eine Sache behauptet, bevorab wenn das Objectum litis von geringer Wichtigkeit iſt. Allein ſolchenfalls verfehlet der Unterthan des Endzwecks, welchen zu erlangen, er der natürlichen Freyheit entſaget hat, nemlich damit er ſein Leben, Ehre und Güther wider ungerechte Gewalt in Sicherheit ſtellen mögte. Selbiger fordert daher von den Regenten billig als eine Pflicht, daß ſie die Streitigkeiten gründlich unterſuchen laſſen, und denen Richtern nicht verſtatten, jemanden ohne hinreichende Urſachen zu verurtheilen. Nur diejenige können aber verworrene Rechtshändel gebührend entſcheiden, welche Fleiß angewand haben zu erlernen, was Recht und Unrecht iſt. Gleichwie die wenigſte Menſchen ohne Lehrer ſolche Philoſophi und Mathematici werden, daß ſie ſchwere ihnen vorgelegte Philoſophiſche und Mathematiſche Fragen gründlich beantworten können, ſo ſetzet auch die bloſſe Vernunft ohne Cultur niemand in den Stand, das richterliche Amt gebührend zu verwalten, und zu bemerken, in welchen Fällen die jedermann bekannte Geſetze einzuſchränken oder auszudehnen ſind, welches jedoch ganz nothwendig iſt. *Huberus* beſtärket ſolches in Auſpiciis domeſticis Orat. 9. p. 272. alſo: Etſi jus naturae nunquam a ſenſu communi abhorreat, civilia tamen negotia

tia tam varios habent adſpectus, tot habent ſingularia facti, tam infinitos caſuum receſſus, ut certis rationibus reguliſque non niſi magna cura exactis, multoque temporis uſu firmatis aequaliter dirigi poſſunt; Und *Montesquiou* in dem Buch de l'Eſprit des Loix T. I. Lib. 6. Cap. I. p. 56. 57. folgendergeſtalt: Dans une Monarchie l'adminiſtration d'une Juſtice qui ne décide pas ſeulement de la vie & des biens, mais auſſi de l'honneur, demande des recherches ſcrupuleuſes. La delicateſſe du Juge augmente à meſure qu'il a un plus grand dépôt, & qu'il prononce ſur de plus grands intérêts. Il ne faut donc pas être étonné, de trouver dans les Loix de ces Etats, tant de ces règles, de reſtrictions, d'extenſions, qui multiplient les cas particuliers, & ſemblent faire un Art de la Raiſon même. Vielleicht hätte ein Grotius, Pufendorf, Huberus, Coccejus, Thomaſius und dergleichen groſſe Männer die zweifelhafteſte Fälle nach der Billigkeit entſchieden, wenn die Uebung des richterlichen Amts ihrem Gutbefinden überlaſſen wäre. Mit ſolchen Männern die Gerichte zu beſetzen, iſt aber ihrer Seltenheit halber eine unmögliche Sache. Die mehreſte Rechtsgelehrte gehören zu den Sternen der mittlern Gröſſe. Dieſe ſind ganz geſchickt die vorkommende Fälle nach den Reguln zu entſcheiden, welche der Geſetzgeber beſtimmet, auch nicht von ſo verderbten Herzen und von ſo vieler Kühnheit, daß ſie wider ſolche Geſetze oder angenommene Lehren zu handeln ſich unterſtehen ſollten. Läſſet man dieſe aber nach dem Dünkel verfahren, und muthet ihnen an, aus den allgemeinen Reguln entferntere Schlüſſe zu ziehen, ſo fehlen ſie gewiß mannigfaltig.

Ueber geringe Dinge entſtehende Rechtshändel erfordern, wenn man die Sachen auch nur politiſch betrachtet, öfters eine ſo ſorgfältige Unterſuchung, als wenn über anſehnliche Güther geſtritten wird, weil jener Verluſt zum Nachtheil des gemeinen Weſens manchen Bürger und Bauren in ein gröſſeres Unglück ſtürzet, als den Groſſen und Reichen der Verluſt eines anſehnlichen Theils ſeines Vermögens zuziehet.

§. V.

Das Römiſche Recht enthält mehr entſchiedene Fälle als einiges andere, und viele ſtreitige Rechtsfragen ſind daher entſtanden, daß die Ausleger deſſelben, aus Mangel der erforderlichen Hülfsmittel, den wahren Sinn der Geſetze nicht herausbringen können. Deren Anſehen war jedoch ſo groß, daß ihre irrige Meynungen gar bald in den Gerichten angenommen ſind. Wenn andere die Sachen beſſer einſahen, und den Gegenſatz zu behaupten ſuchten, ſo wurden die Richter irre, und viele blieben aus Faulheit oder Unwiſſenheit bey der einmal angenommenen gemeinern Meynung der Rechtsgelehrten. Man zählte alſo vielmehr deren Stimmen, als man ihre Gründe prüfete. Wäre es daher zur

Noch auch wenn die Richter angewieſen werden die Opiniones Doctorum nicht zu beobachten, und nach dem Buchſtaben der

römiſchen Geſetze zu erkennen.

zur Verbeſſerung der Juſtitz nicht hinläglich, daß man dieſen Mißbruch abſtellet, und die Richter anweiſet, den rechten Sinn der Geſetze zu erforſchen? Dieſes kann heutiges Tages ehe geſchehen, als zu der Gloſſatorum Zeiten, nachdem durch die von den Schlacken gereinigte Philoſophie, und viele entdeckte Römiſche Alterthümer der Rechtsgelahrtheit ein helles Licht angezündet worden. Die Churfürſtl. Braunſchweig-Lüneburgiſche Ober-Appellations-Gerichtsordnung erfordert ſolches P. II. tit. 12. mit folgenden Worten: „Wann auch wahrgenommen worden, daß hin und wieder in denen Gerichten der ſchädliche Mißbrauch eingeriſſen, daß man in judicando zu viel auf Opiniones Doctorum ſiehet, und dabey faſt wenig um Textus juris, Leges oder deren Rationes und Argumenta ſich bekümmert, vielmehr genug zu ſeyn vermeynet, der Doctoren Authorität bey Decidirung der Sachen zu folgen und nachzugeben, wodurch dann veranlaſſet wird, daß da faſt nichts in der Welt ſo übel fundiret ſeyn kann, ſo nicht dennoch bey ein- oder andern Autore und Scribenten Beyfall finde, durch ſolche auf dergleichen Opinionen ſich gründende Dijudicaturen viele irrige Principia in die Gerichte einſchleichen, und als Praejudicia, ja gleichſam als ordentliche Rechtsreguln eingeführet werden, oder auch, daß die Richter irre gemachet und zweifelhaft werden, welcher unter ſolchen diverſen und öfters gegeneinander laufenden Opinionen ſie folgen ſollen, wenigſt aber dadurch eine arbitraria juſtitia eingeführet wird; ſo finden wir nöthig, ſolchen Mißbrauch bey unſerm Oberappellationsgericht zuvor zu kommen. Wollen alſo, daß gedachtes unſer Oberappellationsgericht in judicando an die Opiniones Doctorum überall ſich nicht kehren ſolle, es haben denn ſolche Doctores entweder klare Leges und Conſtitutiones, oder auch ſolche triftige Rationes, die ſie mit klaren, aus denen Rechten und Geſetzen genommenen Argumentis behaupten können, vor ſich allegiret.“ Gleichergeſtalt heiſſet es in dem Churfürſtl. Braunſchweig-Lüneburgiſchen Juſtitz-Reglement von 1718. §. 16.: „Nachdem auch die Erfahrung ergiebet, daß man in einigen Judiciis oftermals mehr auf Opiniones Doctorum, als auf Textus juris, Leges oder deren Rationes und Argumenta ſiehet, wodurch viele irrige Principia in die Gerichte einſchleichen, und als Praejudicia und ordentliche Rechtsreguln eingeführet werden; So wollen wir, daß dieſes in allen unſern Gerichten abgeſchaffet, und ſolche in judicando ſich überall an die Opiniones Doctorum nicht kehren ſollen, es haben dann ſolche entweder klare Leges und Conſtitutiones, oder auch ſolche triftige Rationes, die ſie mit klaren aus denen Rechten und Legibus genommenen Argumentis behaupten, vor ſich allegiret.“ Die Verordnung gereichet zu Aufnahme der Gelehrſamkeit. Daß ſie aber die Ungewißheit der Rechte, mithin die Proceſſe mindern ſollte, wenn denen Deci-

ſio-

-ſionibus keine geſetzliche Kraft beygeleget wird, daran zweifle ich. Der Kaiſer und das Reich haben, wie ich ſogleich im §. IX. zeigen will, zur Erreichung ſolches Endzwecks für dienlicher gehalten, daß man die Richter anweiſe, alle Contrarietates praejudiciorum zu vermeiden, und beſtändig alſo zu ſprechen, wie es einsmal geſchehen, weil ſonſt die Partheyen und Advocaten irre gemachet würden. Wenn auch eine in den Gerichten angenommene Meynung weder unbillig, noch dem gemeinen Weſen nachtheilig iſt, ſo abſehe ich nicht, warum man ſelbige ſofern die Sache politiſch betrachtet wird, nur deswegen verwerfen wolle, weil ſie in dem Buchſtaben des Römiſchen Geſetzes keinen hinlänglichen Grund hat. Die wenigſte ſtreitige Rechtsfragen entſcheiden klare Geſetze, und Argumenta legum, ſondern es hat gemeiniglich die eine Meynung nur einen mehreren Grad der Wahrſcheinlichkeit als die andere. Bey aller ihrer gründlichen Gelehrſamkeit ſind ſowohl die Humaniſten als die Gloſſatores über den Verſtand vieler Römiſcher Geſetze uneins. Man machet noch immer neue Entdeckungen in den Römiſchen Rechten, daher denn, wann auf gar keine Praejudicia und Autoritates Doctorum zu achten iſt, ein jeder hoffen kann, Sätze zu behaupten, die wohl keinem oder doch den wenigſten Rechtsgelehrten bisher in den Sinn kommen. Die Vorurtheile verurſachen, daß wir ſchwache uns Nutzen bringende Beweisthümer ſehr ſtark zu ſeyn glauben, und daß viele ſowohl in dem Corpore juris als in der heiligen Schrift zu finden vermeynen, was ſie darin ſuchen. Entdecket gleich ein erleuchteter Richter die Schwäche der neuen Meynung ſehr bald, ſo iſt doch dadurch zu einem überflüßigen Geldſpillenden Proceß Anlaß gegeben. Vielfältig werden aber auch dergleichen bisher unbekannt geweſene, oder doch von den mehreſten verworfene Auslegungen gegründet zu ſeyn befunden, und alsdenn iſt die Entdeckung des gemeinen Fehlers nützlich, wenn er eine Unbilligkeit mit ſich führet. Käme es aber auf die Formalitäten an, und ein Teſtament oder Vertrag gienge übern Haufen, weil ihm etwas mangelt, welches zwar zur Zeit der Errichtung von den mehreſten klugen Leuten ſehr überflüßig gehalten, dennoch aber in den Römiſchen Rechten erfordert worden, ſo iſt es hart, daß die eine Entſchuldigung verdienende Unwiſſenheit des Verfaſſers eine ſo ſchädliche Wirkung hat. Warum läſſet man die Wohlfart vieler Menſchen davon abhangen, was ein Römiſcher Rechtsgelehrter gedacht hat, ohne ſich darum zu bekümmern, ob ſeine Gedanken billig ſind? Der Geſetzgeber ſollte vielmehr unterſuchen, was der Billigkeit am gemäßeſten iſt, und die Rechtsfragen für das künftige dergeſtalt entſcheiden, wie es die Wohlfart des gemeinen Weſens erfordert.

§. VI.

Wohl aber durch ein neues Geſetzbuch, wenn es vollſtändig genug, oder Mittel an Hand giebet, die künftig entſtehende Zweifel durch Geſetze zu heben.

Das Königl. Preußiſche Corpus juris Friedericiani will dem Uebel auf eine ganz andere Art abhelfen. In ſelbigem iſt Part. I. Lib. I. tit. 2. §. 5. verbothen, das Jus Romanum anzuführen, oder in decidendo zu attendiren. Die Vorrede §. 30. meldet jedoch, daß Sr. Königl. Majeſtät ſolches nicht aufgehoben, ſondern nur die Unordnung, welche die Compilatores durch ihre confuſe Extracte veranlaſſet, corrigiret haben. Sie hätten die in dem Corpore juris, und in den angeführten Extracten verſteckte principia juris naturalis hervorgeſuchet, ſolche bey einer jeden Materie vorausgeſetzet, vernünftige Concluſiones daraus deduciret, folglich das Römiſche Recht ad artem redigiret, d. i. in eine vernünftige Ordnung gebracht.

Dieſerwegen war nöthig im §. 32. zu verordnen, daß auf den Univerſitäten über die Compendia juris Romani weiter geleſen werden ſolle. Es geſchiehet zwar auch denen fremden Studenten zum Beſten, und weil bey den Reichsgerichten das Kaiſerliche gemeine Recht agnoſciret wird. Nur deswegen hätte man aber ſchwerlich den gröſten Theil der Einheimiſchen ein ihnen ſonſt unnützes Studium treiben laſſen. Da aber das Corpus juris Fridericiani aus den Römiſchen Rechten genommen iſt, ſo geben ihm ſelbige das beſte Licht, und iſt alſo deren Uſus doctrinalis auch in einem Lande der gröſte, worin der Uſus legalis hinweg fällt. Dieſer ſtehet auch zu entbehren, wenn man die Verordnung des neuen Geſetzbuches P. I. Lib. I. Tit. 2. Cap. 8. befolget, mithin die zweifelhafte Rechtsfragen vom Geſetzgeber jedesmal entſchieden, und deſſen Deciſiones jährlich durch den Druck pupliciret werden.

§. VII.

Es iſt nicht überall rathſam, die fremde Rechte gänzlich abzuſchaffen, ſondern ſie nach und nach zu verbeſſern.

Daß es überall rathſam ſey, den fremden Rechten alle geſetzliche Kraft zu benehmen, ehe ein anders vollſtändiges Geſetzbuch abgefaſſet worden, welches die Entſcheidung ſo vieler beſonderer Fälle enthält, als wir in den Corporibus juris Romani und Canonici finden, davon bin ich nicht überzeuget, und daß ein ſolches Geſetzbuch ganz nothwendig erfordert wird, wenn man anſtatt die Ungewißheit der Rechte zu mindern, ſie nicht vermehren will, erhellet aus demjenigen, was ich im §. IV. und V. geſaget habe.

Es ſind allerdings in den Römiſchen Rechten viele auf den Zuſtand Deutſchlandes ſich nicht ſchickende Verordnungen. Sie erfordern manche unnöthige Solennität, und manches Geſetz iſt der geſunden Politik ungemäß. Dieſe Mängel zu verbeſſern, halte ich für eine Pflicht der höchſten Landesobrigkeit, und die Nachwelt wird vielleicht bewundern, daß es nicht ehe geſchehen. Was würde aber für Zeit und Mühe erfordert, in den Corporibus juris alles

brauch-

brauchbare von dem unbrauchbaren abzuſondern? Immitteſt blieben die Sachen in der jetzigen ſo groſsen Unvollkommenheit, und der Tod eines Gerechtigkeit liebenden Fürſten oder Miniſters, oder auch derjenigen, die zu dem Werk fürnemlich gebrauchet worden, voranlaſſete wohl gar, daß es in Stecken gerie-the. Soll eine baldige Verbeſſerung erfolgen, ſo iſt entweder nach dem Königl. Preußiſchen Exempel ein ſolches Geſetzbuch abzufaſſen, welches die beſte Römiſche, Päbſtliche und Deutſche Geſetze enthält; wenn aber Rechtsfragen vorkommen, welche darin nicht entſchieden worden, (wie es faſt unzähligemal geſchehen muß) alsdenn ſind ſolche dem Geſetzgeber vorzutragen, und von ihm zu beſtimmen, welchergeſtalt die Richter erkennen ſollen, mithin durch ſolche neue Verordnungen das Geſetzbuch jährlich zu gröſſerer Vollkommenheit zu bringen, oder man machet den Anfang mit der Entſcheidung zweifelhafter Rechtsfragen, fähret damit beſtändig fort, ſchaffet anbey dasjenige durch beſondere Conſtitutiones nach und nach ab, was in den fremden Rechten aus keinen vernünftigen Principiis herflieſſet, und behält dieſe Rechte als ein Jus ſubſidiarium. Suchet ſie aber ſo viel möglich zu verbeſſern. Die im Corpore juris Romani enthaltene Doctrinalia gehören eigentlich in kein Geſetzbuch, und es kann zu nichts helfen, wenn deſſen klare Verordnungen von unſern Geſetzgebern wiederholet worden.

Ich tadle die erſte Art keinesweges. Aber ich halte ſie an den mehreſten Orten für inpracticabel. Die wenigſte Rechtsfragen können in einem Geſetzbuch berühret werden, welches in kurzer Zeit zu verfertigen. Wenn nun unbeſtimmte Fälle häufig vorkommen, ſo entſcheiden ſie die Richter entweder nach Gutdünken, weil ſelbige eine Identitatem rationis oder deren Mangel zu finden vermeynen, und ſolchenfalls werden gewiß keine einſtimmige Deutungen erfolgen, mithin entſtehet wider die ſchädliche Ungewißheit eines groſſen Theils der Rechte, der man abhelfen will, oder die Interpretation des Geſetzes wird jedesmal, wenn jemand über deſſen Verſtand einen Zweifel erreget, vom Geſetzgeber begehret, und ſolchenfalls muß dieſer ein beſonderes, mit den geſchickteſten Männern beſetztes Collegium oder, wie es *Ludewig* in den Gelehrten Anzeigen P. I. pag. 823. nennet, einen Geſetzmacher-Rath anordnen, welcher die ihm vorgelegte Rechtsfragen gründlich erörtert, und dergeſtalt entſcheidet, wie es die Vernunft, die eingeführte gute Geſetze, und des Landes Wohlfahrt erfordert. Dieſes iſt ſehr nützlich, aber in den wenigſten Ländern thunlich, und ich vermuthe, daß durch die zweyte Art der Endzweck eben auch mit geringerer Mühe und Koſten zu erreichen ſey.

§. VIII.

Es könnten nemlich einige geſchickte und arbeitſame Männer in nicht Und zu-

die ſtreitige Rechts-Fragen zu entſcheiden, entweder durch dazu benennende Commiſſarios,

gar langer Zeit viele Deciſiones ſtreitiger Rechtsfragen verfertigen, und Vorſchläge thun, wie die eingeführte Rechte zu verbeſſern ſind. Treffen ſie es gleich nicht allemal, ſo iſt doch, wie *Ludewig* in den Gelehrten Anzeigen P. I. pag. 822. wohl anmerket, beſſer, einen richtigen Weg zu haben, als in Ungewißheit den allerbeſten mit Gefahr und Schaden aufzuſuchen. Das gemeine Weſen gewinnet und verliehret öfters wenig dabey, die Entſcheidung falle aus, wie ſie wolle. Ob in Teſtamento parentum inter liberos ohne Zuziehung der ſonſt erforderlichen Zeugen, einer Perſonæ extraneæ etwas vermachet, und darin die Nepotes liberorum ſuperſtitum bedacht werden können, das Jus luendi pignoris verlohren gehe, wenn es nicht binnen gewiſſer Zeit geübet wird ꝛc. dieſe Fragen können vor das künftige nach Willkühr beſtimmet werden, und iſt ſchon genug, wenn nur die Beſtimmung des einen oder des andern ſonſt unvermeidlich enſtehende Proceſſe behindert. Bey den höchſten Gerichten des Landes pflegen gewiſſe Meynungen angenommen zu ſeyn, die man nicht leicht, jedoch wohl zu Zeiten ändert. Bey ſelbigen mögte man es nur bewenden laſſen, ſo fern nicht politiſche Urſchen anrathen, davon abzugehen. Dieſe Conſtitutiones konnten durch Supplementa, welche guten Theils aus den Præjudiciis des höchſten Gerichts zu nehmen, nach und nach verbeſſert und vermehret werden.

§. IX.

oder durch die Genehmigung und Verbeſſerung der Erkenntniſſe des höchſten Gerichts.

Es bedarf aber nicht einmal einer beſondern Commiſſion zu Abfaſſung der neuen Geſetze, und ſelbige würden mehreren Beyfall finden, wenn ſie nicht das Werk einiger weniger von andern gemeiniglich beneideter Männer, ſondern ganzer Collegiorum ſind. Man gebrauche nur das Mittel die Ungewißheit der Rechte zu mindern, welches das ganze Deutſche Reich gut befunden hat. Im Reichsabſchied de 1570. §. 77. wird dem Cammergericht befohlen, „diejenige Opiniones, ſo bey den Rechtslehrern ganz ſtreitig, und aber etwan in relationibus cauſarum mit Approbation des ganzen Raths angenommen, mit Fleiß zu colligiren, ſolches alles in ein ſonder Protocoll-Buch, ſo die Leſer in ihrer Verwahrung haben ſollen, mit Vorwiſſen des Cammerrichters durch einen Protonotarien, nur per modum concluſionis beſchreiben zu laſſen, und in die Maynziſche Canzley durch den Kaiſer auf nächſtkünftige Reichsverſammlung auf Rath und Gutachten gemeiner Stände publiciren zu laſſen, gerichtlich zu überſchicken. Gleichwohl ſollten immittelſt Cammerrichter und Beyſitzer ſolchen verglichenen Puncten in decernendo proceſſus & decidendo cauſas ſich gemäß verhalten." In dem Ao. 1641. auf dem Reichstag übergebenen Memorialzettul des hochlöblichen Fürſten-Raths, was, deſſelben Meynung nach,

die

die Herren Deputati ordinarii bey verglichener künftiger Extraordinari-Viſitation des Kaiſ. Cammergerichts in einem und andern zu beobachten, heiſſet es beym *Meiern Actorum Comitialium P. II. p.* 4.: „So wären nicht wenigers die darin noch nicht erledigte, und zeithero von neuem ereignete Dubia Cameralia tam quoad Proceſſum, quam jura ipſa atque leges zuſammen zu tragen, und dahin zu trachten, wie ſelbige zu einer klaren, beſtändigen und billigmäßigen Deciſion zu bringen ſeyn, und dadurch die bishero je zumalen verſpürte Contrarietates præjudiciorum, welche ſowohl die Partheyen als Advocaten irre machen, daß ſie nicht wiſſen, ob ſie in ihrem Handel recht oder unrecht daran ſeyn, & conſequenter, ob ſie mit Recht verfahren, oder weichen, und ſich zur Ruhe geben ſollen, fürtershin verhütet werden mögten." Der Reichsabſchied de 1654. §. 135. erfordert eben dieſes alſo: „Ratione dubiorum Cameralium (ſowohl den Proceß, als die Jura ſelbſt betreffend) ſollen die Aſſeſſores dieſelbe hierzwiſchen zuſammen tragen, reiflich überlegen, und das hierüber gemachte Concluſum nicht weniger zur Maynziſchen Canzley zu dem Ende überſchicken, damit von daraus den verordneten Viſitatoren und Reviſoren davon bey Zeiten Communication beſchehen, dieſelbe ſich darin der Nothdurft erſehen, und bey bevorſtehender Viſitation die befundene Mängel um ſo viel beſſer examiniren, und denenſelben abhelfen können." Was bey der jüngſten Viſitation des Kayſerlichen Cammergerichts dieſerwegen vorgangen, habe ich in der XXVIten Abhandlung §. XVI. gemeldet.

Wenn ein Landesherr ſich jährlich die Deciſiones der ſtreitigen Rechts-Fragen von ſeinen höchſten Gerichten cum rationibus dubitandi & decidendi einſenden lieſſe, dieſelbe entweder billigte oder änderte, und dem gemeinen Beſten gemäß einrichtete, ſobald aber eine beträchtliche Anzahl ſolcher Deciſionum vorhanden, ihnen Vim legis beylegte, und ſie publicirte, auch damit beſtändig fortführe, ſo wäre in 10 bis 20 Jahren ein groſſer Theil der Zweifel erlediget, welche den Ausgang ſo vieler Proceſſe ganz ungewiß machen, und zwar ohne daß es viele Mühe und Koſten erfordert.

§. X.

Beantwortung der dawider erregten Zweifel

Zwar ſcheinet *Thomaſius* dieſes Mittel, die Juſtiz zu verbeſſern, für unzulänglich zu halten, wenn er in der *Diſſertation de Emendatione juſtitiæ neque facili neque impoſſibili, valde tamen difficili, & caute ſuſcipienda* §. 43 ſchreibet: Quamdiu principibus perſuadetur nulla re amplius eſſe opus, quam novis deciſionibus & ordinationibus, tamdiu omnes impenſae principis & omnes labores conſiliariorum fruſtraneæ ſunt, & malum irritant, non curant. Allein ich ſage keinesweges, daß nichts als eine Entſcheidung der

ſtrei-

ſtreitigen Rechtsfragen erfordert werde. Dieſe machet es freylich nicht allein aus. Es muß auch manches dem Sinn der Römiſchen und Päbſtlichen Rechte zuwider laufendes verordnet werden. Jene aber hilfet dem wichtigſten Mangel des Juſtitzweſens gröſtentheils ab.

Man wendet ferner ein, neue Geſetze erregten neue Streitigkeiten. Es würden über den Verſtand der Landesherrlichen Deciſionen die Richter ſowohl uneinig ſeyn, als ſie ſich über den Sinn der Römiſchen Geſetze nicht vereinbaren können. Nun iſt es zwar kaum möglich, ein Geſetz dergeſtalt zu faſſen, daß ſolches gar keiner Mißdeutung unterworfen iſt. Vielen Verdrehungen und Zweifeln mag ein Geſetzgeber aber gar wohl vorbeugen, und die dem ohngeachtet entſtehende bald aus dem Wege räumen. Es ſchreibet *Griebner in Diſſ. de Jure incerto ex dubia legum, quibus utimur auctoritate oriunda* §. 4. mit Grunde alſo: Diſſenſus erunt, dum erunt homines, adeoque tibi fruſtra fingas leges, quæ caſibus omnibus ſufficiant, nil dubium relinquant & inexpeditum; Imo non opus erat JCtis, ſi conſtare jus ſine interpretatione, omnesque ambiguitates legum tolli & præcaveri poſſint: *Minui illæ, non tolli poſſunt.* Natürlicher Weiſe müſſen fremde Geſetze uns dunkler ſeyn, als die Einheimiſche, und wenn bey Abfaſſung der leztern ein Fehler einſchleichet, ſo kann man ihn per Interpretationem authenticam ſo fort verbeſſern. *Amelot* rathet dieſes auch in ſeinen Anmerkungen über den Tacitum Tom. II. p. 63. folgendergeſtalt an: Le legislateur ne pouvant prevoir tous les cas, pour y trouver des exceptions, eſt obligé de commenter ſa loi, ou plutot de faire autant des Loix, qu'il ſurvient de cas nouveaux. Zwar vermeynet *Gundling* in dem Diſcours über die Politic C. 5. p. 181. die Römer hätten übel gethan, indem ſie immer neue Leges gegeben, und von den Alten etwas ſtehen laſſen. Daher ſey ein immenſus cumulus legum erwachſen. Man müſte alles ganz aufheben, und ein neues Geſetzbuch machen. Ich ahſehe aber nicht, warum es unthunlich ſey, das auf unſere Verfaſſung ſich nicht ſchickende abzuſchaffen, und das übrige zu behalten. Wenn dieſes geſchiehet, ſo wird uns keine Menge überflüßiger Geſetze beſchweren, und der billigen Entſcheidungen können nicht leicht zu viel ſeyn, weil es nützlich das Arbitrium judicis auf das engeſte einzuſchränken. Wie ſchwer es fallen werde in kurzer Friſt ein ſolches Geſetzbuch zum Stande zu bringen, welches den Mangel des Corporis juris Civilis & Canonici erſetzen kann, habe ich in §. VII. bemerket.

§. XI.

Man muß die ange- Es iſt aber, wie ich ſchon mehrmalen geſaget, nicht nur der Sinn unſerer Geſetze auſſer Zweifel zu ſtellen, ſondern man muß dieſelbe auch vieler

Mängel entledigen, welche manches Uebel veranlaſſen. Je gemäſſer ſie den natürlichen Rechten ſind, ſo viel beſſer ſind ſie. Ein Regent handelt übel, wenn er die Freyheit ſeiner Unterthanen ohne Urſach einſchränket, und ihre Handlungen entkräftet, dafern ſie nicht mit gewiſſen überflüßigen Formalitäten begleitet werden. Dieſe ſind Fallen, worin ſo mancher der Rechten unkündiger ſich gefangen ſiehet, weil er entweder an einen ungeſchickten Advocaten geräth, oder überall keinen haben kann. Ich zähle dahin die viele Erforderniſſe der Teſtamente, welche das Römiſche Recht eingeführet hat, den Vorzug den in Concurſen die in der Obligation befindliche Worte, bey Verpfändung meiner Haab und Güther, für ältern Gläubigern geben, welche die Cautel nicht gewuſt, und daß ſelbige der Frau mit ihrem nach empfangenem Anlehn dem Ehemann zugebrachten Brautſchatze nachgeſetzet werden, wenn aus Unwiſſenheit der Rechte von ihr kein eidlicher Verzicht auf die weibliche Gerechtigkeiten gefordert iſt. Der Codex Fridericianus enthält inſonderheit von Vormundſchaften und Teſtamenten viele heilſame Verordnungen, wodurch der unmündigen Vermögen in mehrere Sicherheit geſtellet wird, und man den Betrügereyen weit beſſer, als durch die überhäufte Römiſche Erforderniſſen vorbeuget.

nommene Rechte nach den Grundſätzen verbeſſern.

§. XII.

Ein groſſer Mangel unſers Juſtitzweſens iſt es II. daß die Proceſſe ſo lange dauren. Die genaue Unterſuchung der mehreſten Rechtshändel erfordert zwar keinen geringen Zeitraum, und es iſt, wie ich bereits im §. I. angemerket habe, beſſer, die daher entſtehende Beſchwerlichkeiten zu ertragen, als ſich der Gefahr auszuſetzen, um das Leben, die Ehre, und Haab und Güther durch des Richters Ueberilung zu kommen. *Monteſquiou* urtheilet daher am angeführten Ort Lib. 6. Cap. 2. p. 55. ganz recht alſo: Si vous examinez les formalités de la Juſtice par rapport à la peine qu'a un Citoyen a ſe faire rendre ſon bien, ou à obtenir ſatisfaction de quelque outrage, vous en trouverez ſans doute trop ; ſi vous les regardez dans le rapport qu'elles ont avec la liberté & la ſûreté des Citoyens, vous en trouverez ſouvent trop peu; & vous verrez que les peines, les dépenſes, le longueurs, les dangers même de la Juſtice, ſont le prix que chaque Citoyen donne pour ſa liberté. Bey vielen Gerichten läſſet man aber nicht nur den Partheyen Zeit genug ihre vermeynte Rechte auszuführen, ſondern erlaubet ihnen auch, die Sachen unverantwortlicher Weiſe aufzuhalten. Es werden überflüßige Dilationes erkannt, zwey, ja wohl mehr Inſtanzen und noch demnächſt die Appellation an ein höhers Gericht verſtattet, über jeden Nebenpunct weitläuftig verfahren, und nach langem vorgängigen

Es iſt ein groſſer Mangel des Juſtitzweſens daß die Proceſſe ſo lange dauren.

Zanken durch ein Urthel entſcheiden, was ſogleich durch einen Beſcheid abgethan werden können, wenn der Richter nicht die Exhibita communicirte, bevor er ſie geleſen, ſondern zuförderſt unterſuchte, ob es nöthig ſey, den andern Theil darüber zu hören.

Man läſſet auch die Partheyen hin handeln, ſo lange ſie wollen, und wohl usque ad octuplicas verfahren. Der Cammergerichtsaſſeſſor von *Ludolf* ſchreibet in ſeinem Jure Camerali Sect. 2. §. 4. num. 23. p. 280.: Sunt nonnulla judicia inferiora, ubi numerus ſcriptorum modum non habet, ita ut vocabula nova barbara ſint invenienda rubricarum, quibus iſta ſcripta tum parti, tum judici propinantur. Quantum exinde referenti in Appellationis inſtantia tædium creetur, facile eſt judicatu.

§. XIII.

Welchergeſtalt der Modus procedendi bereits verbeſſert worden.

Dieſe Mängel ſind jedoch nicht allgemein, und man hat ſie in den Königl. und Curfürſtl. Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen, durch die neuere Ordnungen mit dem Beſten Erfolg guten Theils abgeſtellet. Die Sachen werden nemlich daſelbſt überaus zur Endſchaft befördert, indem man 1) denjenigen, die ein Remedium juris bey denſelben Gerichten, als nemlich die Leuteration oder Supplication gebrauchet haben, zu appelliren nicht ferner verſtattet, noch 2) bey den höhern Gerichten leicht Proceſſus appellatorios erkennen, auch ſolchenfalls es gemeiniglich zu keinem weitern Schriftwechſel kommen läſſet, bevor auf die vom Unterrichter eingeſandte Originalia Acta primæ inſtantiæ in puncto relevantiæ gravaminum geſprochen worden, welches Erkenntniß, wenn die Sache hinlänglich ausgeführet geweſen, mehrentheils ſelbige entſcheidet, und das Judicatum a quo beſtättiget oder ändert. Man verſtattet auch 3) nicht, daß durch ganzen Inſtanzen über die Zuverläßigkeit der Zeugen und der Articul relevanz geſtritten werde, ſondern die Richter unterſuchen deren Gültigkeit, verwerfen die unzuläßige Zeugen und ungültige Articul, laſſen aber die übrige entweder ſchlechterdings, oder ſalvis exceptionibus zu.

§. XIV.

Es könnte noch mehr geſchehen, wenn die ſchriftliche Handlungen der Partheyen ehe einge-

Ich zweifle jedoch keinesweges, daß noch manches verbeſſert werden könne, bevorab wenn man die Gemächlichkeit der Richter und Advocaten dem gemeinen Beſten nachſetzet.

Die Termine ſind an den mehreſten Orten überaus räumig. Man verſtattet den Partheyen eine vier wöchige, und bey den Gerichten die nur zu gewiſſen Zeiten im Jahre geheget werden, wohl eine längere Friſt zu Einbringung ihrer Handlungen. Werden dieſe nicht übergeben, ſo ruhet die Sache

bis

bis der Gegentheil contumaciret. Es laufen öfters einige Wochen hin, ehe darauf ein Beſcheid erfolget, und mittelſt deſſen ſetzet der Richter dem Contumaci nur einen anderweiten eben ſo langen Termin an, vor deſſen Ablauf er noch Dilation begehren mag, und ſie gemeiniglich erhält. In contumaciam aber wird nimmer geſprochen, bevor dieſer zweyte Termin verſtrichen iſt. Auf ſolche Weiſe kommt man vielfältig in einem Jahr und noch in längerer Zeit nicht weiter, als in Sachſen bey dem Verfahren vom Munde in die Feder, in zwey Tagen. *Thomaſius* in den Anmerkungen über Melchiors von Oſſe Teſtament p. 496. vermeynet daher, es ſey der Sächſiſche Proceß, wenn er gegen andere im Reich übliche Proceſſe gehalten wird, um zwey Drittheil, oder vier Viertheil kürzer, wenn er nur die weder in Rechten noch in der Vernuft gegründete Läuterungen abſchaffete. Der des Sächſiſchen und Reichs Proceſſus ſehr kündig geweſene *Ludolf* äuſſert aber d. l. in folgenden Worten eine andere Meynung: Saxones noluere in ſcriptis cauſas tractare, ſed viva voce regulariter usque ad quadruplicas. Experientia docuit, remedium hoc aliud peperiſſe, idque pejus malum. Dictantur ſcribæ judicii quandoque plura folia inutilibus verbis referta, quam domi elaborato ſcripto fuiſſet comprehenſurus Advocatus. Qui ſi debita ſit & integritate & doctrina, parum intererit num voce, dictando ſcilicet, an ſcripto domi elaborato Judici exhibendo cauſis patrocinetur. Si avarus eſt & indoctus, neuter modus judiciariam rem promovebit. Der Königl. Preußiſche Codex Fridericianus will P. I. Tit. 6. §. 6. und P. II. Tit. 20. §. 2. daß wichtige und weitläuftige Sachen zum ſchriftlichen Verfahren von 3 Wochen zu 3 Wochen verwieſen werden ſollen. Es könnte ein einziger Præjudicial-Beſcheid den Partheyen auferlegen, ihre Exceptiones, Replicas und Duplicas von 3 Wochen zu 3 Wochen einzubringen, welche vom Actuario cauſæ den Procuratoren aus der Hand zu communiciren, und von ihnen auf das bey den Acten verbleibende Original zu verzeichnen wäre, daß ſie die Copey empfangen hätten. Des Contumacirens bedürfte es nicht, ſondern der Richter verfahret billig ſogleich nach Ablauf des Termins in contumaciam. Bittet jemand aus erheblichen Urſachen Dilation, ſo müſte der Beſcheid, wodurch man ſie ihm ertheilet, doch taxiret werden, und noch höher derjenige, mittelſt deſſen er Reſtitutionem in integrum contra lapſum termini erlanget. Es wird ſodann kein Advocat ſeiner Parthey ohne ſelten vorhandene Nothwendigkeit ſolche Koſten verurſachen, und ſich dadurch in übeln Ruf bringen. Auf dieſe Weiſe könnte mehrentheils eine Sache vor Ablauf eines viertel Jahrs zum Rechtsſpruch reif ſeyn und damit die Verminderung der Decretorum denjenigen nichts entziehet, welchen die Spor-

bracht werden müſten.

teln in partem Salarii angewieſen ſind, ſo wäre der das Verfahren erkennende Beſcheid dergeſtalt, wie bisher 4 Decreta communicativa, zu bezahlen.

§. XV.

Auch man die Collegia in mehrere Senatus theilete.

Aus vielen Perſonen beſtehende Collegia theilet man ferner nützlich in mehrere Senatus ab.

Beym Kaiſerlichen Cammergericht müſſen in jedem derjenigen, welche Definitiv-Urtheile abfaſſen, wenigſtens 6 Aſſeſſores ſitzen. Beym Königl. und Chur-Braunſchweigiſchen Oberappellationsgericht faſſet man dieſe in pleno ab. Vor die beyde Senatus gehören aber alle neue Exhibita, die neue Appellationes, in welchen Proceſſus zu erkennen oder abzuſchlagen, die Inſpectiones actorum, und darauf abſtattende mündliche Relationes, und alle zur Direction des Proceſſus gehörige Verordnungen, Dilations-Verſtattungen, Decreta communicatoria, geringere Interlocutoriæ, die kein Gravamen irreparabile nach ſich ziehen, imgleichen Vorbeſcheide, Beeidigungen, und von den Partheyen etwa verlangte mündliche Vorträge. S. die verbeſſerte Einrichtung des Oberappellations-Gerichts de 1733. n. 4. Das Königl. Preußiſche Cammergericht zu Berlin beſtehet aus 3 Senaten, und wird von einem und dem andern provociret. Dieſe Einrichtung befördert die Endſchaft der Proceſſe ungemein, weil viele Glieder des Gerichts die Zeit, welche ſie ſonſt mit der Anhörung ihrer Collegen Relationen hinbrächten, nützlicherer Arbeit widmen können. Man darf es ſicher auf 5 gelehrter Männer Erkenntniß ankommen laſſen, und die von den mehreſten abgefaſſete Beſcheide und Urtheile ſind nicht immer die Beſten.

Finden ſich auch in einem Collegio nicht 10 Perſonen, ſo mögte man die Zahl der Beyſitzer vermehren, und fehlet es ſonder Zweifel an geſchickten Leuten nicht, welche gerne einige Zeit umſonſt dienen, wenn ſie der künftigen Succeſſion in die Stellen ihrer Collegen verſichert werden, oder es wären auch die Urtheile, Mandata S. C., Arreſta und dergleichen Erkenntniſſe von groſſem Präjudiz dem Pleno vorzubehalten, zu Abfaſſung der übrigen Decretorum aber aus 4 oder auch wohl 3 Perſonen beſtehende Senatus nieder zu ſetzen.

§. XVI.

Von den Mängeln der Richter.

Die bisher angeführte Mängel kommen auf des Geſetzgebers Rechnung, der die Ungewißheit der Rechte mindern, und die Proceßordnung verbeſſern ſollen.

Wenn aber auch dieſes alles geſchiehet, ſo kann dennoch der Ungerechtigkeit nicht geſteuret werden, dafern die Richter I. eigennützig, oder II. ungeſchickt, oder III. faul und ſaumſelig ſind.

Die

Von Corruptionen.

Dieſe Mängel äuſſern ſich Gottlob nicht überall in Deutſchland. Man weiß in verſchiedenen Ländern ſo wenig von Corruptionen, daß nicht leicht jemand die Richter mit Gelde und Gaben in Verſuchung führet, und ſelbigen etwas biethet, weil die mehreſten es als eine Injurie anſehen würden, wenn die Parthey zu glauben äuſſerte, daß durch Geſchenke etwas bey ihnen zu erlangen ſey. Ganz anders gedenket man aber an manchem Ort. Viele Richter nehmen ohngeſcheut was ihnen gebracht wird, und beſchweren ſich wohl darüber, daß die Partheyen ſo undankbar ſind, und die ihrentwegen übernommene Mühe unbelohnet laſſen. Dieſes, als eine dem gemeinen Weſen höchſtnachtheilige Sache, ſollte in keinem Staat geduldet werden, als wodurch man denjenigen, welche beſtellet ſind, zu verhindern, daß die Unterthanen um das Ihrige gebracht werden, Anlaß giebet, ſie ſelbſt zu berauben. Entweder blenden die Geſchenke den Richter (wie es gemeiniglich geſchiehet,) oder er kehret ſich daran nicht, gehet ſeinen geraden Weg, und wird durch die empfangene Präſente wohl nicht einmal beweget, die Sache zur Endſchaft zu befördern. Erſtern Falls ſetzen ihn ſelbige gänzlich auſſer Stande ein unpartheyiſches Urthel zu fällen. Letztern Falls aber, vermehret er doch auf ganz widerrechtliche Weiſe den Partheyen die Proceßkoſten, und beleget ſie mit einer Art von Steuren.

Die Quellen dieſes Unheils ſind vielfältig erſtlich der Mangel, worin man die Richter leben läſſet, und zweitens die Geſinnungen ihrer Obern, welche es eben ſo arg machen, und an andern nicht ſtrafen mögen, was ſie ſelber thun, auch wenig darnach fragen, daß die Juſtitz unpartheyiſch gehandhabet werde, ſondern lieber wollen, daß ſelbige gleich den andern Geſchäften von ihrer Willkühr abhänge.

Wenn erſtlich der Richter ſein Amt gebührend thut, ſo verdienet er das Brod gewiß ſauer, und doch theilet man ihm ſolches an vielen Orten ſo kärglich mit, daß es auch bey einer ſparſamen Lebensart, die jedoch nicht ganz verächtlich machet, unmöglich fällt, durch das Jahr zu kommen. Er wird alſo genöthiget, die Juſtitz zu verkaufen, weil der Hunger eine der mehreſten Menſchen Kräfte überſteigende Prüfung iſt.

Zweitens befindet ſich in verſchiedenen Landen faſt alle Gewalt in den Händen vieler Herren, denen ihre Geburt und Reichthümer groſſe Vorzüge geben. Das Urtheilmachen überlaſſen ſie gerne andern, und beſetzen die Gerichte mit Rechtsgelehrten. Wenn dieſe ohne Anſehung der Perſon die Juſtitz handhabeten, ſo würde es um die Groſſen und ihre Anverwandte oft übel ausſehen. Man hält alſo die Gerichte in gewiſſen Schranken, und nöthiget ſie mit denen-

jenigen glimpflich zu verfahren, die ſelbſt oder durch ihre Vettern etwas im Lande vermögen, und den Richtern ſowohl Gutes als Böſes erweiſen können. Dieſe werden alſo gewöhnet, ſich nicht genau an die Rechtsreguln zu binden, und ein Miniſter kann ihnen ſolches in andern Sachen nicht anmuthen, wenn er verhindert, daß es in ſeinen und der Seinigen Sachen geſchiehet.

Soll das Geſchenkenehmen abgeſtellet werden, ſo muß man vieler Richter Salaria verbeſſern, welches auf verſchiedene, jedoch nicht überall thunliche Art geſchehen kann.

Das Land übernimmt, wenn ſein Vermögen ſo weit reicht, dieſe Bürde billig, und begehret dagegen, daß man den Ständen die Präſentation der Richter gönne, mithin ſie in den Stand ſetze, zu verhindern, daß die Dycaſteria ſchlecht beſetzet werden.

Es räthet *Döhler* in den Ohnmaßgeblichen Vorſchlägen, der Verbeſſerung des Juſtizweſens C. I. §. 23. p. 96. an, eine gewiſſe quotam litis zu den Salarien anzuwenden, und ſchreibet: „Ehe einer 50 Thaler ſtecken läſſet, oder 50 Thaler daran wendet, ſo giebet er lieber den Zehnten davon. Desgleichen kann nun generaliter von 100 und von 1000 ein gewiſſes verordnet, und doch ein temere litigans zu deſſen Erſetzung und Indemniſation des Klägers angehalten, oder daß er einen Beklagten ſo hoch conveniret, und frivole vexiret, um den Zehenten ſeiner geklagten Summe beſtrafet werden.“

Manche Gerichte ſind zu ſtark beſetzet, und wenn dasjenige, was 10, zum Theil ſchlechte Leute bekommen, 5 geſchickten Rechtsgelehrten gegeben würde, ſo hätten dieſe ihr reichliches Auskommen, und würden mehr ausrichten, als jetzt von 10 geſchiehet.

Der Eigennutz veranlaſſet jedoch nicht ſelten, daß ſich Richter beſtechen laſſen, die überflüßig zu leben haben. Der Gehälter Verbeſſerung machet es daher nicht allein aus, ſondern es muß das Geſchenknehmen überdem jedesmal nachdrücklich beſtrafet werden.

§. XVII.

Von der Richter Untüchtigkeit.

Die Untüchtigkeit vieler Richter entſtehet II. daher, daß man die Aemter verkaufet, oder, den Eltern und Anverwandten zu Liebe ſie ſolchen Leuten giebet, denen es an der erforderlichen Geſchicklichkeit fehlet, in Hofnung, daß ſie dieſelbe mit der Zeit erlangen ſollen. Dieſes aber geſchiehet auf Unkoſten der ſtreitenden Partheyen, denen es eben ſo wehe thut, wenn ihnen der Richter aus Unverſtand etwas entziehet, als wenn es aus Bosheit geſchiehet. Man ſollte niemand in die Gerichte ſetzen, der nicht ſeine Gelehrſamkeit, Beurtheilungskraft und Fleiß in

den-

denſelben als Auditor durch referiren, oder durch die Advocatur gezeiget hat. Bloſſe Examina ſind nicht hinlänglich die Stärke eines Subjecti zu erforſchen. Mancher weiß das Compendium auswendig, und noch wohl mehr. Er trift es aber ſelten, wenn das Jus ad factum appliciret werden ſoll. Hingegen kann mancher wenige Fragen aus dem Stegreif beantworten, der es ſehr gründlich thut, wenn er Bedenkzeit hat, und ſeine Bücher zu Rath ziehen darf. Die ſicherſte Proben der Tüchtigkeit ſind einige ausgearbeitete Relationes, welche von allen, die Richter werden wollen, erfordert, von gelehrten und ehrlichen Männern geprüfet, und die zu leicht gefundene abgewieſen werden ſollten, welches andere abſchrecket, eine gröſſere Laſt auf ihre Schultern zu nehmen, als ſie tragen können.

§. XVIII.

Endlich III. muß derjenige, der das richterliche Amt gebührend verſehen will, mehrere Arbeit thun, als viele andere Bediente, deren Bemühungen beſſer vergolten werden. Von ihrem Unfleiß.

In verſchiedenen Gerichtsordnungen läſſet man es nicht blos auf den guten Willen der Richter ankommen, ſondern ſetzet ihnen Friſten, binnen welchen ſie eine gewiſſe Arbeit liefern müſſen. Der Königl. Preußiſche Codex Fridericianus erfordert es P. I. T. 6. §. 17. alſo: „Wann eine Sache, welche zum ordentlichen Schriftwechſel verwieſen worden, diſtribuiret wird, muß der Referent binnen 14 Tagen ſolche endigen, oder vor jeden Tag einen Gulden in die Sportulcaſſe erlegen; es wäre denn, daß die Sache ſehr weitläuftig und wichtig wäre, auf welchen Fall der Präſident ihm noch 8 Tage Dilation geben kann. Im Fall die Räthe durch rechtmäßige Vorfälle abgehalten würden, die Relation in der geſetzten Zeit zu verfertigen, müſſen ſie ſofort die Urſachen dem Präſident anzeigen, und ſolche an Eidesſtatt bekräftigen, da ihnen alsdann noch einige Tage verſtattet werden ſollen. Wann aber die Verhinderung lang währen ſollte, muß der Präſident einem von den Referendariis die Relation zu verfertigen anbefehlen, demſelben aber, wann kein Correferent benennet iſt, einen andern Rath beyfügen.“ In der von dem fürtreflichen Mevio verfertigten Bremiſchen Hofgerichtsordnung P. III. Tit. 2. §. 1. iſt verſehen: „Wann der Präſident oder Vice-Director einen der Aſſeſſoren Acta, um daraus zu Faſſung der Urtheil zu referiren, zugeſand, ſoll dieſer ſolche gegen den folgenden Rechtstag mit allem Fleiß zeitig verleſen, und unnachläßig bemühet ſeyn, daß er mit der Relation fertig ſeyn möge, dieſelbe nicht weiter, und bis zum andern Gerichtstage verſchieben, es wäre dann, daß der Acten Größe, oder der Sachen Wichtig-

keit

keit die Bearbeitung ſo zeitig nicht verſtatten wollen, oder ihm unabgleichliche Hinderniſſen zugeſtoſſen wären, die er alsdann bey der Zuſammenkunft nicht allein anzeigen, ſondern auch auf den geleiſteten Eid dieſelbe bekräftigen ſoll." Man verſichert mich, daß ſolche Verordnung annoch mit gutem Nutzen beobachtet wird, und da man das Hofgericht nur 4 mal im Jahr hält, ſo hat der Referent faſt 3 Monathe Zeit, binnen welchen geſchickte, fleißige Männer viel ausrichten können. Es iſt unverantwortlich, wenn diejenige, welche mit keinen Amtsgeſchäften überhäufet ſind, die Partheyen wohl ein oder mehrere Jahre nach der Urtheil ſeufzen laſſen.

Belohnungen feuren mehr zur genauen Beobachtung unſerer Pflichten an, als Strafen. Wenn man die Richter, welche ſich durch Fleiß und Geſchicklichkeit hervor thun, vor andern befördert, ſo werden ihre Collegen angemuthiget, derſelben Exempel zu folgen. Damit die Landesregenten in Erfahrung bringen, was ein jeder leiſtet, iſt an einigen Orten heilſam eingeführet, daß jährlich jedwedes Collegium berichtet, wie viel Urtheile und Beſcheide ein jeder Aſſeſſor verfertiget hat.

§. XIX.

Von den Mängeln der Advocaten.

Nun iſt noch übrig, daß ich von den Mängeln der Advocaten handle. Ihren Rathſchlägen wird es hauptſächlich beygemeſſen, daß ſo viele Proceſſe entſtehen, und daß ſie ſo lange dauren. *Döhler* d. l. heget eine andere Meynung. Er ſchreibet p. 84. „Wenn ein Richter weiſe, verſtändig und erfahren iſt, ſo kann denſelben kein ſchlimmer Advocat bereden, daß weis ſchwarz, und ſchwarz weis ſey." Imgleichen p. 188.: „Es ſollte mir nicht ſchwer fallen, durch den ganzen, ſowohl Sächſiſchen als Civilproceß, ſpecialiter zu zeigen, und mit Documentis und Excerptis zu beweiſen, daß bey dem weitläuftigen koſtbaren Proceß- und Juſtizweſen, die Schuld vornehmlich, und faſt einzig und allein auf die Richter falle, dieweil ſie es verhindern und verbeſſern können." Dieſer Mann war ſelbſt ein Advacat, nicht aber *Thomaſius*, und dennoch erkennet er in den Anmerkungen über Melchiors von Oſſe Teſtament p. 452. 453. daß ſowohl die Mängel der Richter als Advocaten zu verbeſſern ſind, und ſchreibet p. 467.: „Die ſcharfe Zucht der Rabuliſten kann zwar keinem rechtſchaffenen Advocaten entgegen ſeyn; Aber es muß auch hiernächſt ein kluger Landesherr dem geizigen und hochmüthigen, ungerechten Richter alle Gelegenheit in den Proceßordnungen, ſo viel möglich abſchneiden, den Proceß unter dem Schein der Gerechtigkeit aufzuhalten, und dieſelbe nicht gelinder beſtrafen als die Advocaten." Ich glaube auch, daß dieſe von jenen in den gehörigen Schranken gehalten werden können.

Die

Die Advocaten handeln jedoch unrecht, wenn ſie die Richter in Verſuchung führen, und dadurch ſowohl deren Arbeit, als die Proceßkoſten vermehren, und die Entſcheidung der Rechtshändel aufhalten.

§. XX.

Von derſelben Belohnungen und Strafen.

Man muß alſo auch dieſes, ſo viel möglich, zu behindern ſuchen, welches am füglichſten geſchiehet, wenn diejenige, die ihre Geſchicklichkeit, Fleiß und redliches Gemüth bey Uebung der Advocatur erweiſen, befördert werden, den untüchtigen und betrüglichen aber man das Handwerk leget.

Die Beförderung guter Advocaten hat einen doppelten Nutzen. Sie muthiget die beſte Leute an, dieſes mühſame Amt zu übernehmen, und untadelhaft zu führen, welches von denjenigen ſeltener geſchiehet, die ohne Hofnung weiter zu kommen, nur deßwegen Advocaten werden, weil ſie auf andere Art ihr Brod nicht erwerben können.

Da hiernächſt die Advocatur zur Verwaltung des richterlichen Amts ſehr geſchickt machet, ſo fehlet es nimmer in den Ländern an Männern, die fähig ſind gute Richter abzugeben, worin gute Advocaten zu finden. Diejenige Glieder der Reichsgerichte, und anderer hohen Tribunalien haben ſich von allen Zeiten hervor gethan, welche berühmte Profeſſores und Advocaten geweſen. Denn ein ungeſchickter fauler Mann kommt nimmer auf Univerſitäten und in foro empor. Wer auch durch das Lehren, Bücherſchreiben und Advociren zur ſchweren Arbeit gewöhnet worden, der ſcheuet ſie um deſtoweniger, wenn man ihm das richterliche Amt anvertrauet.

Will ſich aber der Advocat durch die Hofnung, ſein Glück zu verbeſſern, nicht bewegen laſſen, pflichtmäßig zu handeln, ſo muß ihn die Furcht vor der Strafe dazu vermögen. Dieſe verdienen diejenige allerdings, welche gegen beſſer Wiſſen und Gewiſſen widerrechtliche Sätze zu vertheidigen ſuchen. Bey der jetzigen Ungewißheit der Rechte kann man aber deſſen nicht leicht jemand überführen, und geſchiehet es vielfältig, daß einem in der erſten Inſtanz der Mißbrauch ſeines Amts verwieſen worden, der in der Zweyten mit eben den vorhin gebrauchten Gründen, ein obſiegliches Urtheil erhält. *Thomaſius* d. l. pag. 466. man ſolle den Advocaten um 5 Rthlr. ſtrafen, wenn die Parthey zu Erſtattung der Unkoſten vertheilet wird. Damit aber würde, wie *Doehler* d. l. p. 146. anmerket, nur den Clienten geſchadet, der denjenigen, welcher für ihn ſchreibet, ſchadlos halten muß, wann er, wie es gemeiniglich geſchiehet, deſſen ferner bedarf. Die Richter fehlen ohne Vorſatz ſo mannigfaltig als die Advocaten. Warum ſoll es jenen mehr als dieſen nachgeſehen werden?

Handelt aber jemand vorſetzlich wider ſeine Pflichten, ſo iſt eine geringe Geldſtrafe zu deſſen Ahndung viel zu wenig. Man ſollte dieſerwegen dem Advocaten die Remotion androhen, und wenn er ſich nicht beſſert, damit würklich verfahren.

§. XXI.

Von ihrer großen Anzahl.

Die gar zu groſſe Anzahl der Advocaten iſt dem gemeinen Weſen nachtheilig, mit andern Ständen es aber eben alſo beſchaffen. Wenn zu viele Bediente unterhalten werden, ſo gereichet es denen Fürſtl. Cammern oder den Unterthanen zur Laſt, und wenn mehrere Handwerker ſich an einem Ort niederlaſſen, wie derſelbe ernähren kann, alsdenn gehen nothwendig einige verlohren. Dieſes wiedrfähret auch den Advocaten, und wenn ihr Verdienſt zu gering iſt, ſo nimmt mancher, um ſich vom Verderben zu erretten, gewiſſenloſe Dinge vor, die er auſſer dem Nothfall verabſcheuen würde. Um dieſes zu verhindern, iſt an vielen Orten ein gewiſſer numerus advocatorum eingeführet. Weil aber ſelbige der Arbeit ſelten vorkommen können, ſo geſchiehet ſie guten Theils von andern, und die Advocati ordinarii geben nur den Namen dazu her, mithin bleibet immer eine Menge hungriger Leute übrig, die ſich vom Advociren nähren wollen, und deren viele dazu untüchtig ſind. Die Examina ſind auch unzulänglich, die Krankheit zu heilen. Denn von jungen Leuten, welche ſich in das Forum begeben, kann man nicht mehr fordern, als daß ſie ein Compendium juris inne haben. Ihre Beurtheilungskraft, Fleiß und Ehrlichkeit äuſſert ſich erſt, wenn ſie einige Jahre der Praxi obgelegen. Ich ſehe nicht, wie dem Uebel anderſt abzuhelfen ſey, als daß man denen ihr Amt mißbrauchenden und ungeſchickten Advocaten das Handwerk lege, und wenn die Zahl derer, welche die Praxin würklich treiben, zu ſehr anwächſet, nicht ehe mehrere immatriculire, bis einige abgegangen.

§. XXII.

Vom rechten Gebrauch und Mißbrauch der Allegationen.

Es wird auch als ein Mißbrauch bemerket, daß die Advocaten ihre Sätze mit vielen Allegationibus anfüllen, und hat *Thomaſius* eine ganze Diſſertation de Protractione litis per allegationes legum & Doctorum in Proceſſu advocatis permiſſas geſchrieben. Er vermeynet Cap. 2. §. 14. ein geſchickter Richter wiſſe auſſerdem was Rechtens iſt, und den ungeſchickten verwirre man nur, und mache ihn noch unſchlüßiger, wenn ſich beyde Theile auf Geſetze, und den Beyfall der Rechts-Lehrer beziehen.

Die mehreſte ſind aber weder ſo geſchickt, daß ſie ohne Hülfe der Bücher verworrene Rechtshändel entſcheiden können, noch ſo ungeſchickt, daß die-

dieſelbe nicht vermögen, von demjenigen, was andere ihnen vorgearbeitet haben, guten Gebrauch zu machen. Sie ſollten zwar ſelbſt nachſchlagen. Manchen aber fehlet die dazu nöthige Zeit, auch wohl der erforderliche Fleiß. Weil man ſich aller vernünftigen Einſchränkungen einer Rechtsregul nicht erinnert, ſo wird ſelbige öfters widerrechtlich zum Grunde der Deciſion geleget, und ein Urtheil gefället, welches nicht beſtehen kann. Dieſes nach Möglichkeit zu verhindern, iſt es nützlich, daß der Advocat den Caſum in terminis aufzufinden ſuche, und ihn dem Richter vor Augen lege. Dadurch erleichtert er ſelbigem die Arbeit, und veranlaſſet, daß in kürzerer Zeit ein Urtheil abgefaſſet wird, als es ſonſt thunlich wäre. Man vermeidet auch die Weitläuftigkeit, welche eine Ausführung ſtreitiger Rechtsfragen erfordert, wenn man ſich auf die Schriften beziehet, worin ſie geſchehen. Es iſt kein gutes Zeichen, wenn ein Advocat ſolches unterläſſet, weil gemeiniglich die Unwiſſenheit oder Faulheit deſſen Urſach iſt. Ich kann dem Canzler von *Ludewig* meinen Beyfall nicht verſagen, wenn er *in den gelehrten Anzeigen P. I. p.* 799. ſchreibet: „Hat man alſo die Vielheit der bereits entſchiedenen Sachen vielmehr vor ein Vorrecht, als einen Fehler anzuſehen, und wie angenehm ſeyn den Sachwaltern ſowohl, als den Richtern die Bücher, welche von einem Rechtshandel insbeſondere geſchrieben worden, weil man darinnen Caſus in terminis findet, deren ehmalige Entſcheidung dem Richter ſchon einen Glauben machet, es werde aus dem Grunde vom Gleich und Recht alſo geſprochen ſeyn. Dahingegen wenn ſich keine Vorurtheile finden, der Richter kein Vertrauen auf den Grund der Sache hat, und ſolchen vor eine Schminke anſiehet, welche bey der Unterſuchung die Farbe nicht halten dürfte." Der ſonſt die Autoritates Doctorum wenig achtende *Huberus* läſſet ſich auch in Auſpiciis Domeſticis Orat. 9. p. 286. alſo vernehmen: Non abnuo, cum res poſtulat, auctoritatem probatorum quorundam interpretum perſuadendis Judicibus uſurpari. Memini cum & uſum reperiret illa cura; ſed non ſuadeo ſola nomina ipſorum librorumque laudari: ipſa verba, quibus liqueat, eos lege & ratione fuiſſe ſubnixos, producenda & ab oculos ponenda puto; ne cordato judici, pondere auctoritatis rationem premere, verum conſenſu celebrium virorum magis illuſtrare velle videaris. Vor weniger Zeit hat der Chur-Bayerſche Vicecanzler von *Kreitmeier* in ſeinen Anmerkungen über den Codicem juris Bavarici Judiciarii p. 80. folgendes Urtheil von der Sache gefället: „die Allegationes juris ſind zuweilen unentbehrlich, wenn das Jus auf einem unbekannten Statuto vel conſuetudine beruhet. Desgleichen thun ſie auch in jure dubio, abſtruſo, & controverſo gute Dienſte, und ſeyn niemand verwehret, wenn man ſich in gebüh-

renden Schranken damit hält, und alle Falſchheiten, Weitläuftigkeiten, und abgeſchmackte Trivialien dabey vermeidet.„ Allegationes, welche die Entſcheidung der Sache erleichtern, befördern alſo die Handhabung der Gerechtigkeit, mithin ſind ſelbige den Advocaten vielmehr zu gebiethen, als zu verbiethen. Es erlaubet auch der Reichsabſchied von 1654. §. 96. eine oder mehrere Textus juris oder bewährte Scribenten, welche in terminis terminantibus von der Sache ſchreiben, zu allegiren, und das Churfürſtl. Braunſchweig-Lüneburgiſche Juſtizreglement §. 9. mißbilliget nur impertinente und falſche Allegata, welche dann auch keineswegeſ zu dulden, und iſt es die gröſte Thorheit, jederman bekannte ohnſtreitige Dinge mit Textibus juris und Zeugniſſen der Rechtslehrer zu beſtärken, ſtrafbar aber, wenn man dem Richter durch falſche Allegata vergebene Mühe machet, und ihn zu verleiten ſuchet.

§. XXIII.

Von der Advocaten unnöthiger Weitläuftigkeit.

Die unnöthige Weitläuftigkeit der Aufſätze verdienet mehr getadelt zu werden, wenn man nemlich die Schriften mit vielen eckelhaften Wiederhohlungen, nichts zur Entſcheidung beytragenden Dingen, und oratoriſchen Rendensarten anfüllet. Solches verurſachet den Partheyen unnöthige Koſten, und dem Richter die beſchwerliche Arbeit das erhebliche von dem unerheblichen abzuſondern. Bey Abfaſſung der Urtheil wird nur dasjenige beobachtet, was der Referens in den Extract bringet. Ich glaube, es wäre möglich und gut, die Schriften ſo kurz zu faſſen, daß es dieſes ſelten bedürfte, ſondern ſie ganz verleſen werden könnten.

Bayerische StaatsBibliothek

Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Strube, David Georg, 1694-1776

David Georg Struben, Königlich Großbritannischen und Churfürstlich-Braunschweig-Lüneburgischen Canzley-Directoris

Bd.: Vierter Theil.

Darmstadt 1789

4 Jur.opp. 48 s-4/6
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10521783-2
VD18 90512057